



Die Bourgeoisie, wo sie zur Herrschaft gekommen, hat alle feudalen, patriarchalischen, idyllischen Verhältnisse zerstört. Sie hat die buntscheckigen Feudalbande, die den Menschen an seinen natürlichen Vorgesetzten knüpften, unbarmerzig zerissen und kein anderes Band zwischen Mensch und Mensch übriggelassen als das nackte Interesse, als die gefühllose 'bare Zahlung'. Sie hat die heiligen Schauer der frommen Schwärmerei, der ritterlichen Begeisterung, der spießbürgerlichen Wehmut in dem eiskalten Wasser egoistischer Berechnung ertränkt. Sie hat die persönliche Würde in den Tauschwert aufgelöst und an die Stelle der zahllosen verbrieften und wohl erworbenen Freiheiten die *eine* gewissenlose Handelsfreiheit gesetzt. Sie hat, mit einem Wort, an die Stelle der mit religiösen und politischen Illusionen verhüllten Ausbeutung die offene, unverschämte, direkte, dürre Ausbeutung gesetzt.«

Manifest der Kommunistischen Partei (1848)



Nr. 6, Juni 1991

Jung/Miehe

■ **Postsozialistische
Kapitalismuskritik**

Heininger/Mähler

■ **Alte Standpunkte und neue
Realitäten**

Boris/König

■ **Dritte-Welt-Kapitalismus**

Heuer/Steinitz/Voigt

■ **Zu treuen Händen?**

Behrens/Tjaden

■ **Mensch – Natur – Ökologie**

Grieger/Kossok

■ **Sichtweisen auf Klio**

Domke

■ **Wider das Gerede von der
Feminisierung**

Veröffentlichungen des IMSF e.V.

IMSF Forschung und Diskussion 4

Demokratisierung

Marxismus, Demokratietheorie, alternative Strategien
Beiträge von N. Paech, J.H. v. Heiseler, J. Meyer-Siebert,
M. Kutscha, J. Reusch
Frankfurt/M. 1990, 79 S., DM 9.80

IMSF Forschung und Diskussion 5

André Leisewitz/Klaus Pickshaus (Hrsg.)

Gewerkschaften, Klassentheorie und Subjektfrage

Beiträge von H. Bierbaum, J. Bischoff, A. Engelhardt,
Th. Hagelstange, S. Herkommer, J. Hirsch, H. Jung, A. Leisewitz,
K. Pickshaus, G.v.Randow, J. Schattmann, H. Schauer, A. Schwarz,
H.-J. Urban, H. Werner, L. Winter.
Frankfurt/M. 1990, 226 S., DM 24.80

IMSF Forschung und Diskussion 6

Heinz Jung

Abschied von einer Realität

Zur Niederlage des Sozialismus und zum Abgang der DDR.
Ein politisches Tagebuch – Sommer 1989 bis Herbst 1990.
Historischer Abriss, Chronik und ausgewählte Dokumente von
Fritz Krause
Frankfurt/M. 1990, 436 S., DM 29.80

IMSF Forschung und Diskussion 7

Lothar Peter

Dogma oder Wissenschaft?

Marxistisch-leninistische Soziologie und staatssozialistisches System in
der DDR
Frankfurt/M. 1991, 110 S., DM 12.80

Marx-Engels-Forschung heute 3

AG Marx-Engels-Forschung beim IMSF e.V. in Verbindung mit der
Marx-Engels-Stiftung Wuppertal (Hrsg.)

Naturwissenschaften und Produktivkräfte bei Marx und Engels

Materialien der vierten Sitzung der AG Marx-Engels-Forschung
Einleitende Beiträge: H.J.Sandkühler, Sozialistische Studiengruppen,
M. Beyer, E.Th.Mohl

IMSF Forschung und Diskussion 8

Frankfurt/M. 1991, 186 S., DM 19.80

**Bestellungen bei Ihrer Buchhandlung oder direkt bei
Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) e.V.
Kölner Str. 66, 6000 Frankfurt/M. 1**

ZEITSCHRIFT MARXISTISCHE ERNEUERUNG

Vierteljahresschrift

2. Jahrgang

Heft 6 (Juni 1991)

Herausgegeben vom Forum Marxistische
Erneuerung e.V. (Wiesbaden)

und

Gertrud Antoni, Christiane Bainski,
Harry von Barga, Ulrike Bohnenkamp,
Ulrich Briefs, Olaf Cless, Rainer
Einenkel, Albert Engelhardt, Heike
Flessner, Wolfgang Gehrcke, Jörg
Heimbrecht, Johannes Henrich von
Heiseler, Jörg Huffschnid, Stefan
Isensee, Heinz Jung, Peter Jung, Jörg
Jungmann, Fritz Krause, Stefan Krull,
Steffen Lehndorff, Anja Maschinski,
Hans-Joachim Müller, Norman Paech,
Lothar Peter, Jürgen Reusch, Ursula
Schumm-Garling, Susanne Schunter-
Kleemann, Werner Stürmann, Cornelia
Teller, Harald Werner und Elke Vesper

Redaktion:

Albert Engelhardt, Heinz Jung

4 Editorial**Postsozialistischer Kapitalismus:
Analyse und Kritik**

- 6** *Heinz Jung:*
Defizite und Positionen marxistischer Kapitalismusanalyse
Kontinuitäten, Brüche und neue Herausforderungen
- 22** *Jörg Miehe:*
Kapitalismuskritik heute
Ein Tagungsbericht
- 29** *Joachim Bischoff:*
Kapitalismuskritik und wirtschaftspolitische Alternativen
- 35** *Klaus Mähler:*
Monopol- und Imperialismustheorie
Kapitalismustheoretische Ansätze von gestern in der heutigen Realität
- 44** *Horst Heininger:*
Neue Entwicklungstendenzen im internationalen Kapitalismus
- 53** *Dieter Boris:*
Aspekte divergierender kapitalistischer Entwicklung in der Dritten Welt
- 73** *Claus-Dieter König:*
Vor dem Verlust eines weiteren Jahrzehnts
Die 'Dritte Welt' zu Beginn der neunziger Jahre
- 81** *Klaus Steinitz/Manfred Voigt:*
Staat und kapitalistische Restauration
Zur Rolle der Treuhandanstalt in der ehemaligen DDR
- 94** *Uwe-Jens Heuer:*
Von der "Steuerlüge" zur "Treuhandlüge"?
Rede vor dem Deutschen Bundestag
- 98** *Dietmar Wittich:*
Klassengesellschaft oder Vielfalt sozialer Subjekte?
Zu aktuellen Umbrüchen in der Sozialstruktur und in Werten in der ehemaligen DDR
- 105** *Harald Werner:*
Wer soll das alles ändern?
Auf der Suche nach dem historischen Subjekt

109 *Karl-Hermann Tjaden:*
Ein paar Überlegungen angesichts des Zustandes des Mensch-Biosphäre-Systems

122 *Hermann Behrens:*
Ökologie und Sozialismus oder: Warum heute noch Kapitalismuskritik?

Eine Theorie des Mensch-Natur-Verhältnisses als Voraussetzung für die programmatische Zukunft der Linken

142 *Manfred Kossok:*
Kllo - die Muse mit dem Januskopf
Zur Geschichtswissenschaft in der früheren DDR

153 *Manfred Grieger:*
Kllos roter Umhang
Krise und Perspektive marxistischer Historiographie

167 *Monika Domke:*
Gegen die Feminisierung von Reformalternative, Politik, Gesellschaft, Frauen und Männern
Eine Polemik gegen Heidi Knaake-Werners Thesen zu "Feminismus und Reformalternative"

173 *Josef Schleißein:*
Der Gorbatschowismus: Wie weiter mit dem 'Ende des Sozialismus'?
Kritische Anmerkungen zu Gorbis Aburteilung durch Heinz Jung - nach dem Leitsatz: "Im Zweifel für den Angeklagten"

188 **Buchbesprechungen:**
Bücher über den modernen Kapitalismus (Bömer/Jung), Soziologie in der DDR (Werner)

5 **Impressum**

28 **Vorschau**

208 **AutorInnen**

Editorial

Von "postsozialistischem Kapitalismus" zu sprechen, wie wir es mit unserem diesmaligen Schwerpunktthema tun, soll vorerst nicht mehr als eine wesentliche, in ihrer ganzen Tragweite noch nicht absehbare Veränderung in den Existenz- und Entwicklungsbedingungen kapitalistischer Produktionsweisen markieren. Keine marginale Angelegenheit.

Auf einer Tagung, die im Frühjahr dieses Jahres gemeinsam vom IMSF sowie den Zeitschriften "Sozialismus" und "Z" durchgeführt wurde (und zu der Jörg Miehe in diesem Heft einige Anmerkungen macht) standen Fragen aktueller, vor dem Hintergrund der oben apostrophierten Veränderungen zu bedenkender Kapitalismusanalyse und -kritik im Mittelpunkt. Wir veröffentlichen auf den folgenden Seiten einige der dort vorgetragenen Diskussionsbeiträge und Statements. Sie werden ergänzt durch weitere Überlegungen zum Thema und zu damit zusammenhängenden Fragen. Einige erbetene, aber leider zu spät bei uns eingetroffene Artikel werden in späteren Heften erscheinen.

Die Weiterentwicklung der redaktionellen Arbeit und die des HerausgeberInnen-Gremiums, Fragen der weiteren Kooperation mit anderen Zeitschriften und der Verbesserung des Vertriebs von "Z", die breitere Einbeziehung kompetenter InteressentInnen in die langfristige Vorbereitung der Schwerpunktthemen sowie die finanzielle Situation der Zeitschrift werden Thema der nächsten Tagung der HerausgeberInnen sein. Wir werden davon auch auf dieser Seite berichten. Schon jetzt sei mitgeteilt, daß Edgar Gärtner vor einigen Wochen seinen Rücktritt als Herausgeber erklärt hat.

Heft 7 wird dem Themenkomplex "Zivilgesellschaft/bürgerliche Gesellschaft/Demokratie" gewidmet sein. Die darauf folgenden Hefte sollen sich - so die Planung der Redaktion - zum einen mit der internationalen marxistischen Diskussion bzw. jüngeren politisch-theoretischen Debatten der antikapitalistischen Kräfte (v.a. in der Dritten Welt) befassen. Zum anderen werden wir uns bemühen, Probleme und Entwicklungen der Gewerkschaftsbewegung aufzuarbeiten sowie Konzepte bzw. Realitäten der "Neuen Weltordnung" zum Thema zu machen.

Auch an dieser Stelle sei nochmals betont, daß in Vorbereitung wie in der konkreten Ausgestaltung der Schwerpunktthemen auch unerfragte Mitarbeit erwünscht ist. Daß im 'Nachschlag' zu in "Z" erschienenen Beiträgen diskutiert werden kann, dokumentieren - wenn auch noch nicht in dem von uns gewünschten Umfang - die letzt erschienenen Ausgaben der Zeitschrift.

Ein weiterer Appell soll hier nochmals ausgesprochen werden. Zu den spürbaren Folgen beschädigter linker Infrastruktur gehört auch, daß 'Z' derzeit hauptsächlich über Abonnements und zusätzlich nur über einzelne Buchhandlungen sowie über sporadische Verkaufsaktionen weniger AktivistInnen vertrieben wird. Wir erinnern deshalb an unsere Bitte und unser Angebot, als HandverkäuferIn zur Verbreitung von "Z" und zur Aufbesserung des eigenen Taschengeldes beizutragen. Fünf Mark beträgt für InteressentInnen der 'Reingewinn' pro verkauftem Exemplar. Weitere Details können bei uns erfragt werden bzw. finden sich (nebst Antwort-Coupon) auf den letzten Seiten von Heft 5.

Bleibt noch zu sagen, daß wir uns für die im März-Heft sich findenden überdurchschnittlich vielen Satzfehler bei den LeserInnen und betroffenen AutorInnen entschuldigen.

"Z - Zeitschrift Marxistische Erneuerung" wird herausgegeben vom Forum Marxistische Erneuerung e.V. (Wiesbaden) und Gertrud Antoni, Christiane Bainski, Harry von Bergen, Ulrike Bohnenkamp, Ulrich Briefs, Olaf Cless, Rainer Eienkel, Albert Engelhardt, Heike Flessner, Wolfgang Gehrcke, Jörg Heimbrecht, Johannes Henrich von Heiseler, Jörg Huffschild, Stefan Isensee, Heinz Jung, Peter Jung, Jörg Jungmann, Fritz Krause, Stefan Krull, Steffen Lehndorff, Anja Maschinski, Hans-Joachim Müller, Norman Paech, Lothar Peter, Jürgen Reusch, Ursula Schumm-Garling, Susanne Schunter-Kleemann, Werner Stürmann, Cornelia Teller, Harald Werner und Elke Vesper.

Redaktion: Albert Engelhardt (0611-378851), Heinz Jung (06084-2821).

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers bzw. der Verfasserin, nicht unbedingt die der HerausgeberInnen oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

"Z" erscheint vierteljährlich. Der Abonnementspreis (vier Hefte) beträgt DM 45.- (incl. Versandgebühr). Das Einzelheft kostet DM 15.-. Das Abonnement verlängert sich jeweils um vier Hefte, wenn nicht sechs Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraums eine schriftliche Kündigung beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind unverzüglich mitzuteilen. Bankverbindung: Forum Marxistische Erneuerung e.V., Frankfurter Sparkasse, BLZ: 500 501 02, Konto: 34595.

Postanschrift von Redaktion und Vertrieb: "Z - Zeitschrift Marxistische Erneuerung", Kölner Str. 66, 6000 Frankfurt am Main 1.

Satz: Su Sanne und Pampe PC

Gestaltungskonzept: Udo Tremmel

Druck: Fuldaer Verlagsanstalt

ISSN: 0940-0648

Redaktionsschluß: 24.04.1991

Heinz Jung

Defizite und Positionen marxistischer Kapitalismusanalyse

Kontinuitäten, Brüche und neue Herausforderungen

Kapitalismusanalyse nach der Niederlage des Sozialismus

Mit dem Zusammenbruch des Sozialismus ist die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft um kein Jota besser geworden. Es war in erster Linie ihre ökonomische Effizienz, die ihr zum Sieg im Systemwettbewerb verhalf und die strukturellen und historisch bedingten Defizite des autoritären Staatssozialismus, aber auch der anderen Varianten des realen Sozialismus, bis zur Existenzkrise und zum Kollaps vorantrieb. Dies verändert notwendigerweise unser Urteil über die historischen und aktuellen Entwicklungspotenzen beider Systeme und beeinflusst bisherige marxistische Vorstellungen über den Gang der Geschichte und des Fortschritts nachhaltig. Aber Gründe, die gegen die Notwendigkeit einer grundlegenden Kapitalismusanalyse sprächen, lassen sich daraus nicht gewinnen. Die Fassade des derzeitigen Triumphalismus mag für oberflächliche oder leicht zu beeindruckende Zeitgenossen für die Notwendigkeit dieses Gesellschaftssystems sprechen. Aber seine jedem bekannten sozialen Defekte und Gebrechen verschwinden damit nicht aus der Welt.

Die antagonistischen Grundlagen prägen noch in den Perioden der überschäumendsten Prosperität und einer unangefochtenen Systemstabilität den Charakter dieser Gesellschaft. Jeder Fortschritt trägt ein Janusgesicht. Deshalb wird eine Kritik dieser Produktionsweise und Gesellschaftsformation vom Standpunkt der arbeitenden Klasse und ihrer Emanzipationsinteressen sich nach wie vor nicht nur bei den aktuellen Gebrechen aufhalten können, sondern die blockierten und verminderten Entwicklungsmöglichkeiten ins Visier bekommen müssen. Dies gilt innergesellschaftlich und global. Denn die sozial und, ist heute anzufügen, ökologisch halbierte kapitalistische Moderne ist weit von der Erfüllung ihrer eigenen Verheißungen entfernt. Und dies wird mit dem Blick auf die internationalen Verhältnisse offenkundig.

Aber ist die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft nicht die optimalste Möglichkeit unter den vorhandenen, um die Defekte zu überwinden? Zeugt davon nicht der Zusammenbruch des Sozialismus in Osteuropa unter dem Druck gewaltiger Massenbewegungen, die ihr Heil in der Wiedereingliederung in den Kapitalismus sahen? Aber dieses Zeugnis ist von Illusionen getragen. Ihre Basis sind Erfahrungen nichtkapitalistischer Gesell-

schaften, die sich zur Alternative der Antiwelt des Westens umformten, die mit der Wirklichkeit nur wenig zu tun hat. Diese Zeugenschaft kann deshalb nur für die Überlegenheit in den Systemauseinandersetzungen angenommen werden, nicht aber für eine Entwicklung ohne Alternative. Somit bleibt es das entscheidende "Geschäft" marxistischer Kapitalismusanalyse, die transitorischen Elemente und Bewegungen zu erkunden, die, in welchen zeitlichen Perspektiven auch immer, erneut sozialistische Alternativen auf die Tagesordnung setzen werden. Es kann also nicht um eine Strukturanalyse des Status quo gehen.

Man darf den Sachverhalt heute niemals aus den Augen verlieren, daß von den Ländern, die sich der fragwürdigen Segnungen der kapitalistischen Marktwirtschaft erfreuen, nur ein Bruchteil einen relativen Massenwohlstand erreicht hat, 20 von 200. Und selbst in diesen hat sich im letzten Jahrzehnt das Muster der Zweidrittelgesellschaft durchgesetzt, in der das untere Drittel materiell und sozial und die beiden oberen Drittel moralisch degradiert werden. Die hohe ökonomische Effektivität hat einen hohen Preis. Dazu gehört heute die gigantischste Ressourcenvergeudung der Weltgeschichte mit den bekannten Folgen der kumulativen Destabilisierung der Biosphäre. Die tote, vergegenständlichte Arbeit hat ihr Joch nicht nur der lebendigen Arbeit, sondern auch der Natur aufgezwungen.

Freilich scheint es gegenwärtig, als habe diese Gesellschaft die Bruchzonen der Fundamentalkrisen durchschritten und als sei politisches und ökonomisches Krisenmanagement in der Lage, ökonomische Krisen und ihre sozialen Folgen zu entkoppeln bzw. abzufedern und sie in einem verträglichen Rahmen zu halten. Aber was spricht eigentlich dafür, daß dies immer so sein muß oder sein kann? Die geschichtlichen Erfahrungen des Systems kaum. Dies soll kein Plädoyer dafür sein, auf die Verschärfung der Krisenerscheinungen zu setzen. Vielmehr geht es darum, die geschichtlich erhärtete Relevanz der in der Tiefe wirkenden Widersprüche dieser Gesellschaft nicht zu vergessen und alle damit verbundenen Möglichkeiten zu beachten.

Die marxistische Analyse des postsozialistischen Kapitalismus in seinen innergesellschaftlichen und internationalen Dimensionen steht in einer Tradition und Kontinuität, die nicht zu leugnen, sondern produktiv zu machen ist. Sie hat freilich auch die Defizite und Verengungen zu überwinden, die mit dem Zusammenbruch des alten Sozialismus offenkundig geworden sind. Das gilt zumindest für jene Richtung, die mit der kommunistischen Bewegung verbunden war und den entwickelten Kapitalismus unserer Zeit als staatsmonopolistischen Kapitalismus (SMK) und sein internationales System als Imperialismus faßte.

Es spricht viel für die These, daß diese Verengungen und Defizite mit einer apologetischen Sicht des Sozialismus verbunden und deren Fernwirkungen waren. Diese apologetische Sichtweise wurde aus einer Fortschrittsauffassung gespeist, die auf einem abstrakt gewordenen

Verständnis der Abfolge sozialökonomischer Formationen beruhte. Dieses Verständnis verweigerte sich der Anerkennung übergreifender Gesichtspunkte, mit denen die tatsächliche und historisch bedingte Rückständigkeit vor allem der UdSSR auf vielen Gebieten faßbar und in das Formationskonzept einordenbar gewesen wäre. Es ging hier nicht um die Rückständigkeit etwa des technischen Entwicklungsniveaus; dieses wurde bekanntlich erkannt und anerkannt, sondern es ging um gesellschaftliche Rationalisierungs- und Modernisierungsschübe, die qualitative Entwicklungsunterschiede begründen.

Diese Kritik zielt nicht auf die Ersetzung des Formationskonzepts durch Moderne- und Zivilisationstheorien, wie es bei einigen früheren SMK-Theoretikern¹ der Fall ist, sondern sie wendet sich gegen seine abstrakte Verdünnung. Um deutlich zu machen, was gemeint ist, sei das Problem der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen bzw. der Klassenausbeutung und des Klassenantagonismus angeführt. Zu Recht wurden sozialistische Eigentumsverhältnisse mit der Aufhebung der Ausbeutung und des Klassenantagonismus in Verbindung gebracht. Es wurde jedoch ignoriert, daß auf der Basis monopolistischen Staatseigentums dann eine Denaturierung des Sozialismus in Gang kommen kann, wenn Verfügung und Entscheidung über das Mehrprodukt bei demokratisch nicht mehr kontrollierten und legitimierten Führungsgruppen konzentriert wird, die nach außen abgeschlossen sind und etwa über den "gesellschaftlichen Konsum" auf die Dauer Privilegien realisieren. Ein solches System zeugt nicht nur die Entfremdung, sonder trägt auch Züge der Ausbeutung, des Mehrprodukttransfers von den Produzenten zu den Dirigenten. Der Sozialismus bedarf also nicht nur der Aufhebung des Privatkapitals, sondern der demokratischen Gestaltung und Ausgestaltung. Es geht also darum, daß die Formationskonzeption eine konkrete Analyse nicht erdrücken darf.

Die bürgerliche und andere Kritik an der marxistischen Kapitalismus-Analyse ist nicht neu. Dabei war die Hauptrichtung immer die Kritik an der "Orthodoxie". Jürgen Habermas hat jüngst z.B. nochmals die grundlegenden Einwände gegen die Marxsche Theorie, wie sie der sogenannte westliche Marxismus, in hohem Maße auch in Adaption der bürgerlichen Kritik, seit den 20er Jahren entwickelt hat, vorgetragen. Sie reichen vom Fortschrittsverständnis und der Totalitätsauffassung bis zur Produktionszentriertheit und der Rechtsstaatsnegierung, die Klassentheorie nicht zu vergessen.² Diese Kritik läßt das Konzept der Produktionsweise und der Gesellschaftsformation hinter sich und leitet zu gesellschaftskritischen und reformorientierten Modernekonzeptionen über, die sich als "Aufhebung" der Marxschen Theorie und natürlich auch des Marxismus verstehen können. Der Leninismus erscheint aus dieser Sicht von vornherein als Entartung. Freilich sind die Einwände auch heute nicht zwingend und dies vor allem dann nicht, wenn der Marxismus auch als Theorie der revolutionären Gesellschaftsveränderung und Emanzipation aufgefaßt wird, deren Impulse bei weitem noch nicht aufgebraucht sind. Eine solche Theorie wird

immer wieder zum geistigen Ausstatter antikapitalistischer Bewegungen und erlebt mit diesen ihre Renaissancen. Ihre Lebensfähigkeit wird nicht am legitimierten Plätzchen in der scientific community hängen. 1968 grüßt in diesem Sinne unsere Zeit.

Defizite und Verengungen

Da marxistische Kapitalismustheorie und -analyse mehr ist als die Reflexion eines bestimmten historischen Abschnitts, etwa des Industriekapitalismus des letzten Jahrhunderts, muß sie sich immer wieder als historische offene Theorie der Realität stellen, wenn sie die Chancen wahren will, ihrem Anspruch Geltung zu verschaffen. Freilich sind die heute zu markierenden Defizite und Verengungen gravierender als in normalen Zeiten, denn sie sind nun durch das grelle Licht des Untergangs des alten Realsozialismus beleuchtet. Ihre Aufarbeitung bedarf einer gründlichen Analyse, die in Zukunft zu leisten sein wird. Im vorliegenden Beitrag kann nur punktuell vorgegangen werden.

Die Periodisierungsfrage: Es ist unvermeidlich, daß die Geschichte des Kapitalismus nun neu vom Standpunkt der heutigen Ergebnisse her gelesen werden muß. Es geht dabei um die Interpretation des historischen Platzes des Kapitalismus unseres Jahrhunderts. Seine Perspektive schien aus der Sicht von 1916/17 auszulaufen und die, wie man heute sagen muß, zeithistorischen Feststellungen W.I. Lenins schleppen sich dann in der kanonisierten Form des Leninismus bis zur Gegenwart fort.³ Es geht um die Charakterisierung des Monopolkapitalismus bzw. Imperialismus als höchstes und letztes Stadium des Kapitalismus und als faulender und sterbender Kapitalismus. Tatsächlich befand sich der Kapitalismus jener Zeit in einer krisenhaften Umbruchperiode, die auch als Zeitalter der proletarischen Revolution und des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus gesehen werden konnte. Aber aus der heutigen Sicht blieb es in der Hauptsache bei einem krisenhaften Umbruch im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaftsformation. Dieser Sachverhalt wurde später durchaus zutreffend als Übergang vom einfachen Monopolkapitalismus zum staatsmonopolistischen Kapitalismus, als die Durchsetzung neuer Vergesellschaftungs- und Regulierungsformen interpretiert - bei Aufrechterhaltung der genannten Charakterisierungen.

Es ist immer wieder in jüngerer Zeit die Frage aufgeworfen worden, ob aus der heutigen Sicht sich nicht erst im 20. Jahrhundert der entwickelte Kapitalismus durchsetzt und dementsprechend das klassische Stadium des Kapitalismus der freien Konkurrenz im letzten Jahrhundert, also wo das Kapital seinem Begriff gemäß in die Realität tritt, nicht eigentlich dem Frühkapitalismus zuzurechnen sei. Dies erledigte jedoch nicht die realen Probleme, die mit der Herausbildung von Monopolen als Produktionsverhältnissen in die Welt treten und Realstruktur und Funktionsmechanismus

des Kapitalismus verändern. Dies gilt in ähnlicher Weise für den Übergang von einfachen Monopolkapitalismus zum staatsmonopolistischen Kapitalismus, wobei die Realität des Sozial- und Interventionsstaates den theoretischen Erklärungsbedarf hervorruft.

Parallel mit der Begründung unterschiedlicher Entwicklungsstadien oder historischer Gesellschaftsformationen im Kapitalismus aus Vergesellschaftungsschüben, die sich in Krisen und Klassenkämpfen durchsetzen, läuft in der leninistischen Tradition die "Theorie der allgemeinen Krise" des Kapitalismus.⁴ Die Entwicklung des Kapitalismus seit 1917 wird in der Hauptsache aus der Einwirkung des Sozialismus als Systemalternative erklärt. Es wäre töricht, heute eine solche Einwirkung zu leugnen. Sie war in der Tat gewaltig. Aber sie war nicht eingleisig, sondern Wechselwirkung. Offensiven und Defensiven wechselten einander ab. Es war eine dialektische Entbindung des Systemgegensatzes, dessen Lösungsrichtung sich offenkundig umkehrte. Dies ist heute klar. In Erinnerung ist jedoch, daß die fast zwanghafte Etappen- und Phasenbildung, die die wachsende Rolle des Sozialismus einfangen sollte und Grundlage von Strategie und Propaganda bis in die Gorbatschow-Ära darstellte, zunehmend den Blick auf die reale Lage und Entwicklungstendenz verstellte.

Die *Unterschätzung der Entwicklungspotentiale des Kapitalismus*: Dieser Punkt gehört heute schon zu den Standardformeln der Selbstkritik. Wie sollte es anders sein. Aber auch hier gilt, daß eine Annahme kapitalistischer Omnipotenz der Wirklichkeit ebenso wenig gerecht wird. In Erinnerung ist zu rufen, daß marxistische Forschergruppen mit die ersten waren, die die Bedeutung der wissenschaftlich-technischen Revolution, den modernen Schub der Produktivkraftentwicklung, thematisierten. Aber nur zögernd wurde zur Kenntnis genommen, daß der Kapitalismus auch in der Lage war, Bedingungen ihrer Anwendung und Mechanismen ihrer Durchsetzung zu schaffen. Es wurde vor allem theoretisch verkannt, daß die monopolistische Konkurrenz, sind ihr erst die Weltmärkte und nicht mehr die Binnenmärkte als Bedingung gesetzt, Innovationskräfte freisetzt, die selbst jene der Periode des Kapitalismus der freien Konkurrenz übersteigen können. Dies betrifft dann bekanntlich zunehmend seit den 60er Jahren die monopolistische Technologiekonkurrenz im Milieu einer neuen Stufe der Internationalisierung.

Damit wurde ein Reproduktionstyp des wissenschaftlich-technischen Fortschritts durchgesetzt, der die vorherigen Schranken der Profitproduktion aufhob. Es verstärkte sich damit bekanntlich die Kapitalisierung der Gesellschaft in die Tiefe und die Erschließung neuer Bereiche und Potentiale der Mehrwert- und Profitproduktion. Ein arbeits- und kapitalsparender wissenschaftlich-technischer Fortschritt in der Produktion konnte im Kontext des Gesetzes des tendenziellen Falls der Profitrate, dem grundlegenden Entwicklungsgesetz der kapitalistischen Produktionsweise, als wachsender Ökonomisierungseffekt wirksam werden, der die Haupttendenz aufhob

und damit neue Perspektiven der Profitproduktion eröffnete. Damit sind freilich die Widersprüche der Produktionsweise nicht außer Kraft gesetzt.

Diese Probleme waren schon vor 1989 in der marxistischen Diskussion untersucht und erörtert worden.⁵ Das Hauptproblem bestand aber darin, daß der alte Sozialismus keine adäquaten Antworten fand.

Bei der Unterschätzung des Entwicklungspotentials ging es aber nicht nur um die Ökonomie. Gravierender war wahrscheinlich die Unterschätzung zivilisatorischer und emanzipativer Entwicklungsmöglichkeiten im politischen und sozialen Raum. Hinter der Betonung und Aufdeckung des Klassencharakters sozialer und politischer Erscheinungen wurde zu häufig ihre zivilisatorische Seite mindergewichtet oder ignoriert. Damit verbunden waren auch die Potenzen, die mit der Freisetzung von Individualisierung und Pluralisierung verbunden sind. Die kapitalistische Gesellschaft war nie eine Gesellschaft der arbeitenden Menschen und wird dies auch nie sein. Gleichwohl zeugte sie Bedingungen, die für große Teile der Arbeiterklasse heute akzeptabel und zum Mekka der Massen der unterentwickelten Zonen der Erde, einschließlich der ehemals sozialistischen Länder, geworden sind.

Ökologie- und Risikofrage: Auch die Defizite auf diesen Gebieten wurden in jüngster Zeit schon hinreichend thematisiert. Auch hier ging es darum, daß der Realsozialismus den platten Industrialisierungs- und Technikoptimismus der frühen Industriebourgeoisie übernommen hatte. Hinzu kommt, daß diese Optik auch in der Arbeiterbewegung des entwickelten Kapitalismus Wurzeln geschlagen hatte und die kritischen Ansätze des Marxismus verdeckte. Theoretisch lag dem einen deterministische Verengung der Geschichtsbetrachtung auf die Entwicklung der Eigentumsverhältnisse und damit eine Preisgabe der wirklichen Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen zugrunde. Diese Haltung ist allerdings im gorbatschowistischen Konzept der globalen Probleme längst ins andere Extrem umgekippt.

Fortschrittssubjekt: Materialistische Geschichtsbetrachtung für antagonistische Gesellschaften steht und fällt mit der Theorie der Klassen und des Klassenkampfes als sozialer Ausdruck sozialökonomischen Antagonismus. M.E. kann dieser Ansatz auch heute nicht aufgegeben werden, wenn man eine marxistische Kapitalismusanalyse betreiben will. Aber im entwickelten Kapitalismus haben sich die Formierungsbedingungen der Arbeiterklasse gravierend gewandelt. Die Klassenpolarisierung ist durch vielfältige Differenzierungen gebrochen, sodaß Klassen als sozioökonomische Großgruppen nicht mehr umstandslos zum politischen Handlungsobjekt werden können. Dies gilt mit offenkundig noch gravierenderen Folgen für die alten sozialistischen Gesellschaften, wo die Arbeiterklasse ein hochgepäpelter aber unmündig gehaltener Riese blieb. Als Klasse war sie nicht in der Lage, eine der Bourgeoisie vergleichbare

Rolle zu spielen und die von ihr hervorgebrachten Organisationen und Institutionen, einschließlich des Staates, unter Kontrolle zu halten.

Zur Erklärung wird heute auf eine ungenügend entwickelte Überbautheorie des Marxismus und eine fehlende schlüssige Handlungstheorie verwiesen. M.E. ist heute die Frage erst ungenügend beleuchtet, wie sich Fortschrittssubjekte für die Überwindung des Kapitalismus im Rahmen der heutigen Klassengesellschaft bilden. Dies ist aber die zentrale Frage des Marxismus, weil mit ihr der politische Bezugspunkt der Theorie bestimmt wird. Offenkundig kann sich dieses Subjekt auf der Basis bzw. im Rahmen der Arbeiterklasse nur dann entwickeln, wenn sich ein Zusammenschluß mit Teilen der Intelligenz in den sozialen und politischen Bewegungen vollzieht.

Hinreichend thematisiert wurden die Defizite des Marxismus ebenfalls in jüngster Zeit in der Geschlechterfrage. An ihr und mit der Frauenbewegung wurde im letzten Jahrzehnt am deutlichsten, daß im Rahmen der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft weiterreichende soziale Probleme für eine demokratische Lösung anstehen können, die im Sozialismus bei zurückgebliebenen materiellen Verhältnissen schon wieder von der Tagesordnung verschwunden waren, ohne in dieser Richtung gelöst worden zu sein.

Verstaatlichung⁶: Eine der wahrscheinlich folgenreichsten Verengungen vollzog sich mit der Verabsolutierung der Hauptvariante marxistischer Vergesellschaftungsvorstellungen, die den Staat als Sachverwalter der Gesellschaft in den Mittelpunkt rückte und jenen Möglichkeiten zu geringe Aufmerksamkeit widmete, bei denen, wie im Absolutismus, der Staat zum Leviathan gegenüber der Gesellschaft werden kann.

Die Staatsfixierung der marxistischen Arbeiterbewegung hatte hinreichende Gründe, weil nur mit staatlichen Maßregeln die zerstörende Wirkung der Konkurrenz eingeschränkt werden konnte und eine erweiterte Reproduktion der Lohnarbeiter nur im Rahmen staatlich gesetzter Bedingungen möglich ist. Hieraus ergab sich unter fortgeschrittener Vergesellschaftung die Notwendigkeit des Sozialstaates. Ferner ergab sich aus der politischen Vermittlung der Verfügungs- und Dispositionsbefugnisse bei Staatseigentum auch die Möglichkeit, daß Interessen der Beschäftigten in höherem Maße Einfluß auf die Arbeits- und Sozialverhältnisse ausüben konnten. Dies galt allerdings meist nur für Verhältnisse des Parlamentarismus. Somit konnte vom Standpunkt der Lohnarbeiter Staatseigentum als die im Kapitalismus höchste Form der Vergesellschaftung angesehen werden und seine Verallgemeinerung bei Errichtung einer neuen Staatsmacht den Übergang zu Sozialismus bedeuten.

Freilich entsteht die moderne Arbeiterbewegung mit der Organisation solidarischer Selbsthilfe, also zivilgesellschaftlichen Momenten. Selbstverwaltung, Genossenschaftswesen und Kommunalisierung waren dement-

sprechend in der Arbeiterbewegung und im marxistischen Denken immer Varianten, die in entsprechenden Sozialismusvorstellungen mündeten. Aber die Erfahrungen der Klassenkämpfe verwiesen darauf, daß die "Schützengräben" der bürgerlichen Zivilgesellschaft nur unter dem Einsatz einer sozialistischen Staatsmacht überwunden werden können und daß die Eigentumsordnung nur mit ihrer Hilfe verändert werden kann. Es gibt kaum Gründe, daß dies nicht auch für einen zivilgesellschaftlich zentrierten oder einen demokratischen Sozialismus Gültigkeit hätte. Aber die Rücknahme des Staates in die Gesellschaft ist offenkundig keine Aufgabe, die auf einen fernen Übergang zum Kommunismus verschoben werden kann, sondern muß von Anfang an aktuelle Gestaltungsaufgabe sozialistischer Verhältnisse sein.

Dementsprechend müssen auch die Vergesellschaftungsformen im heutigen Kapitalismus eine Neubewertung erfahren. Auch diese Diskussion ist seit einiger Zeit im Gange und muß Alternativvorstellungen nachhaltig beeinflussen. Es geht um Formen jenseits privatmonopolistischer und marktformiger Vergesellschaftung auf der einen und bürokratisch etatistischer auf der anderen Seite. Etatismus ist unverzichtbar, aber er bedarf der Dezentralisierung, der Kommunalisierung, der Kontrolle von unten usw.

Auch in dieser Hinsicht bleibt die Staatsfrage die Schicksalsfrage des Marxismus und einer sozialistischen Perspektive.

Die nichtverstandenen Zeichen der Krise 1974/75

Diese hier angeführten und viele andere Defizite marxistischer Kapitalismusanalyse sind mit der Niederlage des alten Staatssozialismus virulent geworden. Freilich bestanden sie schon früher. Fragt man nach den Ursachen, dann liegen sie m.E. in der Hauptsache nicht in "strukturellen Defiziten" des Marxismus, sondern sind die Folgen einer apologetischen Sicht des Realsozialismus, einer Verengung der politischen Haltung und einer ungenügenden theoretischen Bewältigung der Dialektik der Entwicklung. Dies führt zum Auseinanderdriften von Theorie und Realität, zur Krise des Marxismus.

Zur Verdeutlichung folgendes Beispiel: Mit der Krise 1974/75 und der fortbestehenden Massenarbeitslosigkeit erwarteten Marxisten politische Radikalisierungstendenzen in der Gesellschaft und vor allem bei den Betroffenen selbst. Dies war aber nicht der Fall und verwies auf gravierende strukturelle Änderungen, die vorher schon stattgefunden haben mußten. Die Nachbarschaft sozialistischer Staaten ohne Massenarbeitslosigkeit wirkte nicht als Stimulus, wie nicht nur Kommunisten angenommen hatten. Dies eröffnete der Monopolbourgeoisie und ihrer politischen Klasse vorher nicht mehr für statthaft gehaltene Lösungswege zur Überwindung der Regulierungs- und Vergesellschaftungskrise. Dies schuf die

Konstellation für die konservative Wende⁷, die die Verschärfung der Massenarbeitslosigkeit ohne eine politisch-soziale Destabilisierung des Systems in Kauf nehmen kann und sogar bewußt ansteuert und mit einer Politik der Privatisierung, Deregulierung, Flexibilisierung - meist zu Lasten der sozialen Standards - zum Geburtshelfer einer neuen Formation oder Etappe der kapitalistischen Entwicklung, d.h. vor allem eines neuen Regulierungs- und Vergesellschaftungstyps, zu werden bestrebt ist. Zwar gehörte das Lamento über den Sozial- und Interventionsstaat schon lange zum Standard der bürgerlichen Kritik des staatsmonopolistischen Kapitalismus, aber daß ein anderer Weg in der Realität möglich sein würde, erwarteten nur wenige Theoretiker.

Danach zeigte sich in Frankreich, daß antimonopolistische Alternativen zur Durchsetzung einer demokratischen Lösung nicht griffen, weil die Einbindung in die kapitalistische Weltwirtschaft und die dabei dominierenden Interessen vor allem über die Reaktion der Währungs- und Kreditverhältnisse binnenwirtschaftliche Maßnahmen durchkreuzten.

Schließlich wurde in England deutlich, daß selbst die opferbereite Militanz von Kerngruppen der Arbeiterklasse, so der Bergarbeiter, nicht zum Impuls einer nationalen Solidarisierung der Arbeiterklasse wurde, die die Thatcher-Regierung wie vorher die Regierung unter Edward Heath hinweggespült hätte. Die Differenzierung in der Arbeiterklasse war schon Segmentierung und Marginalisierung und zur allgemeinen Akzeptanz der Massenarbeitslosigkeit und der Zweidrittelgesellschaft geworden, weil das erreichte Lebensniveau bei Mehrheiten der Arbeiterklasse zu integrativem Verhalten geführt hatte, das auch zum "Milieu" einer konservativen Hegemonie des Thatcherismus werden konnte.

All dies verwies auf eine neue historische Situation, deren Erkenntnis die marxistische Kapitalismusanalyse nur ungenügend vorgearbeitet hatte und die Marxisten erst mit Verspätung bewußt wurde. Die Krise von 1974/75 war zwar als tiefer Einschnitt begriffen worden, es wurde aber nicht erkannt, daß ihre Überwindung nicht in der Fortschreibung der Muster der Vergangenheit bestehen würde.

Bleibt die SMK-Richtung tragfähig?

Trotz der hier skizzierten Schwächen, Verengungen und Defizite der Kapitalismusanalyse, deren Aufarbeitung und Überwindung ansteht, war sie auch vor 1989 in der Lage, Triebkräfte und Grundstrukturen dieser Gesellschaft in ihren Veränderungen realitätsgerecht zu erfassen. Dabei wird m.E. auch in Zukunft die SMK-Richtung⁸ im Rahmen unterschiedlicher marxistischer Ansätze der aktuellen Kapitalismusanalyse Bestand haben und ihre Produktivität unter Beweis stellen.

Immerhin kann sie für sich in Anspruch nehmen,

- den Charakter dieser historischen Formation oder dieses Stadiums des Kapitalismus als politisch durchsetzter Formation thematisiert zu haben;
- die Verflechtung und Interaktion von Monopolen bzw. Wirtschaft und Staat, Ökonomie und Politik als notwendigen kapitalistischen Ausdruck der Vergesellschaftungsprozesse und den damit entstandenen Verflechtungsmechanismus als Kernstück des neuen Regulierungstyps interpretiert zu haben;
- die Phänomene der Integration, Institutionalisierung, Bürokratisierung der Klassenverhältnisse und sozialen Beziehungen in der marxistischen Tradition beantwortet zu haben;
- die Analyse des SMK bis zur Typisierung seiner Erscheinungsformen und zum Konzept der Entwicklungsvarianten vorangetrieben und damit Grundlagen für eine Strategie und ein Konzept der Reformalternative geschaffen zu haben;
- das Problem der Internationalisierung des SMK aufgeworfen und dazu erste Antworten auf Grundlage umfassender Analysen entwickelt zu haben.

Sie kann sogar in Anspruch nehmen, diese Fragen schon zu einem Zeitpunkt gestellt und ausgearbeitet zu haben, als sie von anderen marxistischen Richtungen dafür des Revisionismus geziehen wurde. Heute sind demgegenüber die Vorwürfe der orthodoxen Unbelehrbarkeit zu hören. Diese Vorwürfe sind insofern richtiger, als die SMK-Richtung die marxistische Tradition über Lenin zur heutigen Realität führt und damit als realitäts- und geschichtsoffene Orthodoxie verstanden werden kann. Sie wird auch für die Zukunft das "Kapital" von Karl Marx nicht als Geschichtsbuch für den Kapitalismus des letzten Jahrhunderts ansehen, sondern als umfassende Konzeption zur Analyse und zum Verständnis des Kapitalismus der Gegenwart nutzen.

Die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft hat heute zwar ihre historische Herausforderung fürs erste überlebt. Aber ihr bleiben die Kainsmerkmale des Profitsystems, das täglich erneut den Bruder einer ganzheitlichen Moderne erwürgt und erschlägt, nämlich das Emanzipationpotential der lebendigen Arbeit. Dies bleibt Kernpunkt einer Kritik der politischen Ökonomie, die sich erst mit ihrem Gegenstand überleben wird.

Heute, nur kurze Zeit nach der Niederlage des Sozialismus weist vieles auf eine Renaissance der Imperialismustheorie⁹ hin, wie sie von W.I. Lenin und anderen in der Periode um den ersten Weltkrieg entwickelt und formuliert wurde. Es ist kaum zu erwarten, daß die militärpolitische Hegemonie des US-Imperialismus, wie sie in brutaler Form im Golf-Krieg in Aktion trat, die Politisierung des Trizentrismus¹⁰ auf Dauer unterbinden kann oder daß der Nord-Süd-Gegensatz ausschließlich zu den Bedingungen des Nordens ausgetragen wird. Besonders wichtig erscheint die Ten-

denz, daß sich mit der heutigen Intensität der Internationalisierung mit dem Weltmarkt auch die Konturen einer Weltgesellschaft abzeichnen, die den künftigen Rahmen des Kampfes um Hegemonie bzw. der Formierung von Interessen und globalen Konfliktfronten abgeben wird. Das politische Subjekt der Zukunft wird sich in einem internationalisierten Milieu konstituieren.

Wie schon erwähnt, kamen die Analysen der unterschiedlichen marxistischen Richtungen von 1989 zu dem Ergebnis, daß ein revolutionärer Bruch nicht auf der Tagesordnung steht und sich Marxisten heute mit aller Konsequenz auf den Weg der Reform, der Bestimmung der Entwicklungsrichtung und -variante des Kapitalismus einlassen müssen.¹¹ Die Verdichtung und Beschleunigung des Reformprozesses könnte unter bestimmten Umständen freilich den Übergang zu einer revolutionären Bewegung einleiten. Nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus hat sich diese Konstellation insofern geändert, daß dieser nun nicht mehr als Fixpunkt in die Dialektik von Reform und Revolution treten kann, wie es mit dem Westen im osteuropäischen Restaurationsprozeß in der Realität der Fall war. Diese geschichtlichen Erfahrungen verweisen zumindest darauf, daß diese Bewegungsformen des Geschichtsprozesses noch lange nicht in der Rumpelkammer abgestellt werden können. Auch die Analyse des postsozialistischen Kapitalismus muß sie als Möglichkeit immer wieder in Erwägung ziehen.

Ist eine solche Haltung begründet, dann kann auch heute - oder erst recht heute - nicht auf eine fundamentalistische Kapitalismuskritik verzichtet werden. Ohne sie müßte sich Reformpolitik außerdem im Kapitalismus verlaufen. Fundamentalismus meint hier nicht Fahنشwenken, sondern sozialistische Positionen, d.h. Standpunkte, die als Ergebnis der Analyse von der Notwendigkeit der Überwindung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft ausgehen. Empirische Kritik muß also im theoretischen Begriff verdichtet und auf den Nenner der Alternative gebracht werden. In der politischen Konsequenz spricht dies auch dafür, daß sich diese Position nicht einfach im gängigen Demokratismus und Ökologismus verflüchtigen kann.

Gegen den mit der Niederlage des Sozialismus ausgelösten Sog kann nicht auf die kritische Analyse der politischen Formen des heutigen Kapitalismus verzichtet werden, die Herrschaftsinstrumente und Kampffelder in einem sind: Rechtsstaat, Demokratiety des SMK usw.

Wesentliche Zusammenhänge zwischen Politik und sozialem Raum erschließen sich heute aus den Beziehungen zwischen Massendemokratie und Konsumismus. Von ähnlicher Bedeutung für den Prozeß der Konsensproduktion und Hegemoniebildung ist der Zusammenhang von elektronischen Massenmedien und ideologischer Manipulation. Damit sind neue Elemente in die Politik und sozialen Beziehungen getreten, die die Individualisierung als Atomisierung vorantreiben und fiktiven Gesamtinteressen

die Gewalt der Massenzustimmung verleihen. Dies war die konkrete Rolle des Fernsehens während des Golf-Krieges. Saddam Hussein war nicht der letzte Retorten-Hitler.

Kapitalismuslabor Osteuropa

Für die Kapitalismusanalyse sind heute die Länder Osteuropas ein gesellschaftliches Labor gigantischen Ausmaßes. Unter Bedingungen eines Großexperiments findet hier die Restauration und Rekonstruktion der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft statt. Theoretische Kategorien treten, wie auf dem Seziertisch die inneren Körperorgane, zutage. Auch Rang- und Reihenfolge werden erkennbar.

Gegenwärtig zeigt sich, daß Privateigentum, Konkurrenz und Markt unter dem Dach eines bürgerlich-kapitalistischen Staates noch lange keine moderne kapitalistische Gesellschaft ergibt. Die Marktwirtschaftspropaganda¹² erweist sich nun als nichts anderes als eine Chiffre für kapitalistische Profitwirtschaft, die heute allerdings nur noch als staatsmonopolistischer Kapitalismus funktionieren und eine moderne kapitalistische Produktion gewährleisten kann. Das Regulierungssystem ist heute komplexer Natur. Der Markt ist nur eines seiner Elemente und kann ohne ein staatsmonopolistisches System nur einen Buden- und Handelskettenkapitalismus im Kolonialstil und auf dem Niveau der Entwicklungsländer hervorbringen.

Von besonderem Interesse ist unter diesen Gesichtspunkten auch die DDR, obwohl hier mit der Angliederung an die westdeutsche Staats- und Gesellschaftsordnung Sonderbedingungen existieren. Offenkundig wurden die marktwirtschaftlichen Kolonisatoren, also in erster Linie die politische Klasse Westdeutschlands, die Opfer ihrer eigenen Ideologie von den wundertätigen Selbstheilungskräften des Marktes. Die praktischen Kapitalisten Westdeutschlands kümmerten sich nur wenig um diese Ideologie, sondern eroberten die neuen Territorien und Märkte über die Zirkulationssphäre unter rigoroser Ausschaltung der potentiellen heimischen Konkurrenzproduktion. Diese Tendenz wurde von der Treuhand AG, der gigantischsten staatskapitalistischen Holdinggesellschaft aller Zeiten, beträchtlich verstärkt. Aber die vielgerühmten Investoren blieben zu Hause und sorgten fürs erste nur für eine Vollausslastung der westdeutschen Produktionskapazitäten. Derweil sorgte eine sozialpolitische Umverteilung von West nach Ost zu Lasten des westdeutschen Steuer- und Sozialversicherungszahlers für kaufkräftige Nachfrage, also eine Minimalfinanzierung der Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Frühverrentung, neuen Armut usw. Heute ist es offenkundig, daß ohne die Erhaltung eines breiten Staatssektors und ohne eine umfassende staatliche Strukturpolitik in den neuen Bundesländern nur industriepolitisches Ödland und das neue Armenhaus Deutschlands übrig bleiben wird.

Das werktätige Volk dieser Territorien bekommt nun handgreiflich vorgeführt, was kaltschnäuzige Herrschaft des Kapitals über Menschenschicksale und Kolonisierung von Lebenswelten ist und erinnert sich nun schon ab und an der früheren antikapitalistischen Propaganda der SED. Kennzeichnend dafür ein Schild auf einer der jüngsten Protestkundgebungen in Ostberlin mit dem Satz: "40 Jahre "Kapital"-Studium - nun folgt die Praxis!"

Nachdrücklich wird auch die marxistische Doktrin von der Eigentumsfrage als dem Kern der sozialen Bewegung bestätigt, - ist doch das Ziel und der Inhalt der Restauration die kapitalistische Lösung der Eigentumsfrage. Alles andere ist nachgeordnet. Sie kann freilich erst dann auf die Tagesordnung treten, wenn mit dem Ansturm der Massenbewegungen und der Etablierung eines bürgerlich-kapitalistischen Restaurationsstaates die Macht- und Staatsfrage, die Kernfrage jeder Revolution und Restauration, bereinigt ist. Dies erfolgte in der DDR bekanntlich über die Etappen der faktischen und formellen Protektoratsverwaltung und dann der Etablierung der Herrschaft des übermächtigen BRD-Staates.

Diese letzte Phase entfällt bei den Ländern Osteuropas und damit auch die sozialstaatliche Abfederung der Restauration aus fremden Kassen. Die eigentlichen Regenten sind hier längst die Chefs des westlichen Finanzkapitals und der internationalen Währungs- und Kreditinstitutionen, die mit ihren Hebeln den Prozeß der Rekapitalisierung steuern, soweit die sonstigen Zwänge der Weltmarkteinordnung nicht ausreichend sind.

Noch findet dieser Prozeß seine Abstützung in der (illusionären) Erwartungshaltung von Mehrheiten dieser Völker. Aber zu den noch unbeantworteten Fragen gehört, ob und inwieweit eine Adaption der neuen Profitordnung erfolgt, wenn sie nicht kurzfristig den Standard des Westens hervorbringt, sondern sich als international subalterner Beutekapitalismus auf dem Niveau von Entwicklungsländern entpuppt. Zweifellos sind die Prozesse in der früheren zweiten Welt für eine zeitgenössische Kapitalismusanalyse von großer Bedeutung, handelt es sich doch hier im unmittelbaren Sinne um postsozialistischen Kapitalismus.

Grundzüge des postsozialistischen Kapitalismus

Will man die neue Qualität des gegenwärtigen Kapitalismus charakterisieren, dann muß m.E. auf folgende Grundzüge verwiesen werden:

1. Es ist ein Kapitalismus, der sich wieder anschicken kann, weltweit die Herrschaft anzutreten. Dies gilt natürlich mit der Einschränkung, daß die Entwicklung in der UdSSR, Rumänien, Bulgarien und Albanien noch nicht abgeschlossen ist und China, Nordkorea, Vietnam, Kuba und einige weitere Staaten die sozialistischen Grundstrukturen beizubehalten gedenken. Welche Ereignisse am Ende auch stehen werden, an der stärkeren Einbin-

dung dieser Länder in den kapitalistischen Weltmarkt und zwar im Status von Entwicklungsländern führt kein Weg vorbei. Und eine mögliche progressive Rolle könnte nach Lage der Dinge nur in der Vertretung der Interessen dieser Länder gegenüber dem kapitalistischen Imperialismus des Nordens bestehen.

2. Zum Hauptgegensatz dieses neuen internationalen Systems ist der Nord-Süd-Gegensatz geworden.¹³ Er ist gleichzeitig auch das Nadelöhr zur Lösung bzw. Entschärfung der globalen Probleme und wird zunehmend auch die innergesellschaftliche Entwicklung Nordamerikas, Westeuropas und Japans beeinflussen. Dies wird schon heute an der Asylanten- und Emigrationsfrage offenkundig.

3. Dieser Kapitalismus ist international und innergesellschaftlich postrealsozialistischer Kapitalismus.¹⁴ Ein Fixpunkt der Definition strategischer kapitalistischer Systeminteressen ist entfallen und damit auch einer der Hauptgründe, der zur Herausbildung des Sozialstaates und des SMK geführt hatte. Der frühere Zwang zur Politik des Klassenkompromisses unter dem Druck der kommunistisch-sozialistischen Herausforderung entfällt. Die Folgen für die Austragung der inneren und äußeren Gegensätze und Konflikte sind historisch offen.

4. Es ist ein Kapitalismus, der zu neuen Formen der Vergesellschaftung und Regulierung übergegangen ist, mit denen auch ein Um- und partieller Abbau des bisherigen Sozial- und Interventionsstaates möglich geworden ist. Es ist transnationaler High-Tech-Kapitalismus¹⁵ unter Berücksichtigung seiner neuen Produktionsgrundlagen und internationalisierten Dimensionen. Es ist postfordistischer Kapitalismus, soweit man die fordistischen Formen der Massenproduktion und des Massenkonsums für die vorhergehende Formation für bestimmend hält.¹⁶ Er ist die privatmonopolistische Variante der SMK-Entwicklung, wenn man vom Ansatz der SMK-Analyse die Kontrollverhältnisse des neuen Regulierungs- und Vergesellschaftungstyps in den Mittelpunkt rückt.

5. Angesichts der Risikopotentiale moderner Produktion, Technik und Wissenschaft und der bei Strafe des Untergangs auf Raten gebotenen Stabilisierung der Biosphäre ist schon im Rahmen dieses Kapitalismus eine "Politisierung" der Produktivkraftentwicklung und des Systems der gesellschaftlichen Arbeit - eingeschlossen die Prozesse des Stoff- und Energieaustauschs - unabdingbar.¹⁷ Eine Bewältigung über den Markt- und Profitmechanismus ist nicht möglich. So zwingt sich der Gedanke der bewußten Planung und Steuerung dieser Gesellschaft wieder auf. Freilich ist es völlig offen, welche politischen Formen diese Problemlage hervortreiben wird. Der Köcher der Geschichte enthält nicht nur demokratische Lösungen.

6. Daß diese Gesellschaft antagonistische Klassengesellschaft bleibt, gehört zu den alten Grundstrukturen. Aber wahrscheinlich bringt nun die Entwicklung diesen Antagonismus in internationalen Dimensionen auf Dauer

hervor. Der **Internationalismus könnte nun zur realen Bewegungsform der sozialen Bewegung werden. Freilich setzen Ungleichzeitigkeit und Ungleichmäßigkeit auch neue Barrieren. Aber es liegt auf der Hand, daß ohne ein Bündnis der progressiven und demokratischen Kräfte und Bewegungen in den entwickelten Zonen und den Unabhängigkeits- und Emanzipationsbewegungen der Entwicklungsländer Frieden und sozialer und politischer Fortschritt nur geringe Chancen haben werden.**

Wenn man davon ausgeht, **daß auch dieser Kapitalismus die transitorischen Elemente und Tendenzen aus seiner eigenen Bewegung hervorreibt, dann wird trotz des epochalen Niedergangs des alten Staatssozialismus die Verdichtung zu neuen sozialistischen Alternativen nicht Generationen auf sich warten lassen. Warum sollten Umbruch und Entwicklungsbeschleunigung nur für die frühere zweite Welt gelten haben!**

Wird dies als begründete Annahme akzeptiert, dann erlangt die Entwicklung von Zukunftskonzeptionen jenseits des Kapitalismus schon heute zentrale Bedeutung. Der gescheiterte welthistorische Versuch muß auf die Dauer keine Bürde sein, sondern er könnte vor allem das Lehrmaterial dafür liefern; wie eine neue sozialistische Alternative nicht mehr aussehen kann. Darüber hinaus kann m.E. aber auch mit den ins Massenbewußtsein eingeschriebenen Erfahrungen gerechnet werden, die dann zum Ausgangspunkt neuer Anstöße für die soziale Bewegung werden können, wenn sie mit einschneidenden Existenzproblemen konfrontiert werden.

Ü**berblickt man die gegenwärtige Diskussion in der BRD, dann kann auf folgende Ansätze einer neuen Sozialismus-Diskussion verwiesen werden, die sich freilich nicht unbedingt ausschließen, sondern z.T. auch komplementär stehen:**

- den Ansatz eines zivilgesellschaftlich zentrierten Sozialismus¹⁸. Er ist stark von Gramsci beeinflusst und eine unmittelbare Reaktion auf das Scheitern des Staatssozialismus;
- den Demokratisierungsansatz¹⁹, der die zentrale Rolle der Planung, staatlichen Eigentums usw. nach wie vor für notwendig hält, ihre Deformation und Disfunktionalität im alten Sozialismus jedoch im Fehlen einer durchgehenden Demokratisierung begründet sieht;
- den Ansatz eines marktwirtschaftlichen Sozialismus²⁰, der marktwirtschaftliche Selbstregulierung mit einem System gesellschaftlicher Steuerung verbinden will;
- dem Ansatz eines ökologischen Sozialismus²¹ als Kürzel für eine Gesellschaft der bewußten Gestaltung der gesellschaftlichen Arbeit, vor allem auch der Gebrauchswertseite der Produktion, um die Stabilisierung der Biosphäre mit der Fortführung industrieller Produktion zu vereinbaren.

Es ist evident, **daß damit auch spezifische Standpunkte der Kapitalismusanalyse und -kritik gewonnen werden, die sich unmittelbar auch in entsprechenden praktisch-politischen Reformkonzeptionen niederschlagen und umsetzen. Insofern besteht der Zusammenhang von Kapitalismuskritik, sozialer Bewegung und Sozialismusalternative fort.**

- 1 So etwa: Dieter Klein, Doppelte Modernisierung im Osten, in: M. Brie/D. Klein (Hrsg.), *Umbruch zur Moderne?*, Hamburg 1991, S. 9.
- 2 J. Habermas, *Die nachholende Revolution*, Frankfurt/M. 1990, S. 198 ff.
- 3 Darstellung dieser Konzeption in der Lesart der SMK-Position bei: Heinz Jung, Josef Schleifstein, *Die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus und ihre Kritiker in der Bundesrepublik Deutschland*, Frankfurt/Main 1979, S. 12 ff.; ebenso in: Heinz Jung, *Deformierte Vergesellschaftung. Zur Soziologie des staatsmonopolistischen Kapitalismus der BRD*, Berlin und Frankfurt/M. 1986, S. 24 ff. Zur Darstellung der SMK-Analyse vgl. durchgehend die IMSF-Jahrbücher 1978 - 90.
- 4 Heinz Jung, Josef Schleifstein, ..., a.a.O.
- 5 Vgl. Heinz Petrak, *Staatsmonopolistischer Kapitalismus und Kampfpositionen der Arbeiterklasse*, Berlin 1989.
- 6 Vgl. zu diesem Komplex: Werner Goldschmidt, *Vergesellschaftung*, in: "Z" - 5, S. 54 ff.
- 7 Zur Analyse vgl.: Joachim Hirsch, Roland Roth, *Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Postfordismus*, Hamburg 1986; Joachim Bischoff, Richard Detje, *Massengesellschaft und Individualität. Krise des "Fordismus" und Strategie der Linken*, Hamburg 1989.
- 8 Einen Abriss der Entwicklung der SMK-Konzeption in den letzten Jahrzehnten gibt: Heinz Petrak, a.a.O.
- 9 Hierzu auch: Peter Heß, *Über die Aktualität der Imperialismustheorie*, in: "Z" - 4, S. 71 ff.
- 10 So Frank Deppe, *Der Zusammenbruch des Sozialismus und Perspektiven der marxistischen Theorie*, in: "Z" - 5, S. 32 ff.
- 11 So: Joachim Hirsch, *Kapitalismus ohne Alternative? Materialistische Gesellschaftstheorie und Möglichkeiten sozialistischer Politik heute*, Hamburg 1990; Joachim Bischoff, Richard Detje, *Massengesellschaft*, a.a.O.; Jörg Huffschild, Heinz Jung, *Reformalternative. Ein marxistisches Plädoyer*, Frankfurt/Main 1988.
- 12 Vgl. Herbert Schui, *Sind wir nun alle Marktwirtschaftler?*, in: "Z" - 4, S. 92 ff.
- 13 Vgl. eine ausführlichere Argumentation: Heinz Jung, *Szenen- und Paradigmenwechsel: Vom Ost-West-Gegensatz zum Nord-Süd-Konflikt?*, in: *Sozialismus*, 4/1991.
- 14 Vgl. Eric Hobsbawm, *Der Tag nach dem Ende des Zeitalters*, in: *Sozialismus*, 2/1991.
- 15 Diesen Begriff begründet und benutzt: Wolfgang Fritz Haug, *Versuch ...*, *Das Perestroika-Journal*, Hamburg 1990.
- 16 Joachim Hirsch, Roland Roth, a.a.O.
- 17 Karl Hermann Tjaden, *Mensch - Gesellschaftsformation - Biosphäre. Über die gesellschaftliche Dialektik des Verhältnisses von Mensch und Natur*, Marburg/L. 1990.
- 18 Die Konzeption der Zivilgesellschaft, vor allem wie sie von A. Gramsci entwickelt wurde, wurde vor allem analysiert und diskutiert in den Zeitschriften "Das Argument" und "Sozialismus". Vgl. ebenfalls: Sabine Kebir, *Antonio Gramscis Zivilgesellschaft*, Hamburg 1991. Mit dieser Thematik beschäftigt sich im Schwerpunkt auch "Z" - 7 (Sept. 1991).
- 19 Dieser Ansatz wird vom Verfasser dieses Beitrags vertreten. Vgl. Heinz Jung, Fritz Krause, *Abschied von einer Realität*, Frankfurt/Main 1990.
- 20 Joachim Bischoff, Michael Menard, *Marktwirtschaft und Sozialismus. Der Dritte Weg*, Hamburg 1990.
- 21 Dieses Konzept entwickelt in der Sache: Karl Hermann Tjaden, a.a.O.

"Kapitalismuskritik heute"

Bericht zu einer Tagung, 23./24. Februar 1991, Frankfurt/Main

Am 23./24. Februar 91 fanden sich im Frankfurter Haus der Jugend bis zu 200 am Marxismus Interessierte um über den heutigen Kapitalismus zu debattieren. Der versammelte Sachverstand von Praktikern, Publizisten und Wissenschaftlern war groß - das Diskussionsbedürfnis zu offenen Fragen ebenfalls. So stand mehr als zu früheren Zeiten der Meinungs-Austausch im Vordergrund, und es gab manche spannende Auseinandersetzung weit über die jeweilige Podiumsbesetzung hinaus, von fast allen aufmerksam und geduldig begleitet.

Die Veranstalter, wie schon bei vorherigen Konferenzen in letzter Zeit, "Z" (Zeitschrift Marxistische Erneuerung), IMSF (Institut für marxistische Studien und Forschungen) und "SOZIALISMUS" (Marxistische Zeitschrift), hatten sich bemüht, aus den in letzter Zeit aktuellen theoretischen Auseinandersetzungen fünf Themenkomplexe zu bündeln. Deren Vorstellung mit mehreren Kurzstatements unterschiedlicher Positionen durch ihre Protagonisten, entspricht dem Stand der Debatte und den Bedürfnissen einer solchen Tagung. Es zeigt aber auch, wie sehr die wissenschaftlichen Arbeitsmöglichkeiten zum Marxismus in der BRD jetzt fast vollständig auf individuelle Arbeitszusammenhänge verwiesen sind.

Die Veranstalter hatten die folgenden Themen und aktuellen Stichworte zusammengestellt und dazu die aufgeführten Referenten gewonnenen:

1. Zum Charakter der Formation: Post-Fordismus; dritte industrielle Revolution; neues Stadium des Monopol-Kapitalismus haben Bischoff, Fülberth und Jung die Einleitungsbeiträge gehalten;
2. zur Frage von Marktwirtschaft, Sozialstaat oder Kapitalismus? Reichweite und Grenzen ökologischer, sozialer und ökonomischer Regulierung; Formen und Inhalte der Vergesellschaftungsprozesse entwickelten Hess und Goldberg die einleitenden Positionen;
3. Zur Suche nach den Subjekten gesellschaftlicher Umgestaltung: Gewerkschaften, neue soziale Bewegungen, Geschlechterfrage. Von der Klassen- zur 2/3-Gesellschaft? trugen Herkommer, Werner und Wittich die Eingangstatements vor;
4. über Zivilgesellschaft und Kapitalismus - Emanzipations- und Demokratisierungspotentiale - Staatsfrage heute legten Haug, Heiseler und Keibir ihre Überlegungen dar; und

5. zur Internationalisierung des Kapitals, Aktualität des Nord-Süd-Konflikts und die Zuspitzung der globalen Probleme machten Deppe und Boris die Diskussionsvorgaben.

Der gerade begonnene Golfkrieg warf ein grelles Licht auf die Notwendigkeiten einer fundierten Kapitalismus-Kritik in praktischer Absicht. Und der zunehmende Zusammenbruch des Sozialismus drängte weiter auf Klärung und Verständigung über die abgelaufene Periode. Angesichts dessen mochte keiner der Diskutanten einer spontanen zivilen Entwicklung des Kapitalismus das Wort reden.

Dagegen wurde durchaus in Zweifel gezogen, ob die bisherige Sicht der Krisenhaftigkeit des Kapitalismus, die das kollektive Subjekt für seine revolutionäre Überwindung erzeuge, noch stimme. Vor allem Goldberg bezweifelte als Ökonom, sicher stellvertretend für manche seiner Profession, angesichts der Entwicklung seit 1945 die weitere Immanenz einer Logik sich verschärfender Krisen im Kapitalismus der Welt. Er sah eine falsche Theorie schon bei Marx und hielt entsprechend die Marxsche und marxistische Strategie für gescheitert. Für ihn waren damit auch die Fragen nach dem Charakter des heutigen Kapitalismus, nach Perioden, Epochen und Ableitungslagen überholt und unfruchtbar.

Bischoff, Fülberth und Jung mühten sich unmittelbar an diesem Thema, während Hess und Deppe bei ihrer Themenstellung darauf eingingen. Für sie alle schien die theoretische Annahme von Perioden und Epochen in der kapitalistischen Entwicklung offenbar noch fruchtbar genug, um ihr nachzugehen.

Bischoff skizzierte seine These von der Post-Fordistischen Periode auf der Grundlage von Automatisierung als neuer Kombination von Arbeit und Arbeitsmittel.

Fülberth stellte mit vielen Relativierungen hinsichtlich der methodischen Gültigkeit seine These von den zwei Intervallen und fünf Perioden der kapitalistischen Entwicklung vor. Im Moment sei der Übergang zum zweiten Intervall einer relativen Stabilisierung der Entwicklung im Gange.

Jung setzte sich selbstkritisch von Lenins Epochenbestimmung des Imperialismus ab, hielt aber die Monopolkategorie und die Bestimmung des heutigen Kapitalismus als staatsmonopolistisch weiterhin für fruchtbar.

Hess verwies auf die zunehmende Bedeutung und Dominanz von Leihkapitalfonds als heutige Regulierungsform der kapitalistischen Akkumulationsgesetze.

Deppe stellte die bisherigen Imperialismustheorien der heutigen Lage gegenüber. Er ging davon aus, daß es heute offenbar keine innere Akkumulationsschranke in den kapitalistischen Zentren mehr gebe und daher die Konkurrenz der Kapitalien, Staaten und Zentren sich nicht um die Verwertungschancen von Kapitalüberschuß in der 3. Welt drehe. Die ökonomischen Beziehungen des Weltmarktes lägen vorrangig zwischen den drei

Zentren und die Konkurrenz würde sich auch darauf beziehen. Welche Formen diese schließlich annehmen werde, welche Rolle Regulierungspotential und Militär der Nationalstaaten und die Globalen Probleme spielen würden, sei bisher nicht auszumachen. Mit dem Ende des Sozialismus und damit dem Neubeginn einer Epoche sei nicht der alte Imperialismus zu erwarten.

Die Referenten versuchten durchaus die verschiedenen Seiten der neuen Entwicklungen im Kapitalismus in ihren Beiträgen in einen systematischen Zusammenhang zu bringen. Aber die unterschiedlichen Periodisierungen und Epochenbestimmungen zeigen doch, daß über manche begrifflichen Fragen und theoretischen Probleme noch große Uneinigkeit oder auch Unklarheit herrscht.

Deppe und Fülberth nehmen die sich historisch ergebende Gesamtbewegungsweise des Weltkapitalismus als Periodisierungskriterium. Dabei beziehen sie notwendigerweise dann auch Kräfteverhältnisse innerhalb der Formation und zwischen den Systemen (solange vorhanden) mit ein. Die Vermittlung mit den unterliegenden Prozessen von Produktivkraftentwicklung, Eigentumsformen und Akkumulationsbedingungen sind dann bei ihnen wieder verschieden.

Jung und Hess halten demgegenüber die Eigentumsformen als Formen der Regulierung der Akkumulation und als bestimmende Formen der Vergesellschaftungsprozesse für die entscheidenden Bestimmungen für die Bewegungsweise des Kapitals und damit für das zentrale Kriterium der Periodisierung. Freilich meinte auch Jung, daß der Kapitalismus nach dem Zusammenbruch des Sozialismus als seines Kontrahenten nicht mehr der selbe sein werde.

Bischoff bezog seine Bestimmung der Periode als Post-Fordistisch auf die neue Kombination von Arbeitsmittel und Arbeit in der Automation und Datenverarbeitung. Diese Kombination wirke sich über das Akkumulationsregime als Vermittlung von Produktion und Lebensweise auf die Bewegungsweise der ganzen Formation aus.

Es zeigt sich, daß in der Periodisierungsfrage sich alle praktischen Entwicklungen und theoretischen Fragen zusammenfassen und als ungelöste Probleme nebeneinanderstehender Positionen zum Ausdruck kommen. Marx Diktum, der Kapitalismus sei kein fester Kristall, sondern ein sich entwickelnder Organismus, worauf Bischoffs verwies, muß wohl doch noch erster genommen werden. Es wird nötig sein, die empirisch festgestellten Veränderungen des Kapitalismus, über die sich die meisten Referenten weitgehend einig waren, auf die allgemeinen Kategorien der Formationsanalyse von Produktivkräften, Produktionsverhältnissen, von Basis und Überbau zurückzubeziehen, um bei der Problematik der Entwicklung des Kapitalismus zur historischen Totalität nicht zu stranden. Diese Kategorien und ihr Verhältnis zueinander müssen wahrscheinlich selbst historisiert werden, wie die Debatte über Regulierung als Verschränkung von Basis

und Überbau zeigt. Ihre Funktion als konstruktive Hypothese über den Kapitalismus als sich entwickelnde Formation und als kritisches Regulativ können sie allerdings nur als begrifflicher Zusammenhang spielen.

Mit der Regulierungs- und Vergesellschaftungsfrage, der Internationalisierung und dem Charakter der gesellschaftlichen Epoche waren die inneren Bestimmungen der Bewegung der Verhältnisse und ihr Ergebnis als Gesamtbewegung angesprochen.

Stand also zunächst die Selbstbewegung der Verhältnisse im Vordergrund, so fehlte doch ein systematischer Ansatz hinsichtlich der Eingriffs-Möglichkeiten kollektiver Subjekte. Im Rahmen ihrer Themenstellung und Positionen resümierten Bischoff und Jung eine weitgehende Eingriffsmöglichkeit über staatliche Regulierung und Demokratisierung. Dagegen waren Fülberth und Hess mit unterschiedlichen Argumenten sehr skeptisch. Hess sah die Notwendigkeit der Außerkräftsetzung des Verwertungszwanges für die großen Leihkapitalsfonds, womit für ihn Enteignung und gesellschaftliche Aneignung notwendiger Schritt für ernsthafte Veränderungen ist. Dieser aber steht natürlich auch für Hess nicht auf der Tagesordnung. Über eventuell drohende Krisenkumulationen mochte er keine Prognosen abgeben. Fülberth sah wegen der relativen Stabilisierung des Kapitalismus weder die krisenbetroffenen Massen, noch die Einflußmöglichkeiten für Kommunisten und ihre Organisationen. Über die prinzipiellen Möglichkeiten des ökonomischen Eingriffs äußerte er sich im Rahmen seiner Themenstellung nicht.

Mit der Frage nach den Subjekten gesellschaftlicher Umgestaltung war die Frage nach sozialen subjektiven Bedingungen für das Eingreifen in die Gesamtbewegung gestellt. Herkommer und Werner waren sich darin einig, daß im Marxismus bisher noch keine zureichende Vermittlung zwischen sozialer Lage, objektiven Interessen und praktischer Herausbildung von kollektiven Subjekten gelungen sei. Werner setzte auf einer methodologischen Ebene an und sah im bisherigen Marxismus das Soziale im Ökonomischen und das Subjektive im Sozialen aufgelöst. In einer Theorie der gesellschaftlichen Subjekte müsse nun das Soziale und das Subjektive erst wieder gewonnen werden. Der objektivierende Blick müsse aufgegeben werden.

Die wirklichen alltäglichen Zusammenhänge der Menschen bildeten den Ausgangspunkt für die Herausbildung von kollektiven Subjekten. Sie müsse historisch von den Subjekten selbst her gedacht werden. Die Verhältnisse bildeten dafür nur das Feld der praktischen Bedingungen und nicht die Basis der Ableitung ihrer objektivierten Interessen. Von daher sei eine Voraussage über die nächsten kollektiven Subjekte nicht möglich. Erst wenn sie sich praktisch zeigten, könne sinnvoll nach den unterliegenden Prozessen gefragt werden.

Herkommer hielt dagegen an den objektiven Bestimmungen von Klassen und Klassenlagen, sowie ihrer objektiven Interessen fest. Er zeigte einer-

seits, daß die Kritiker der Klassenbestimmungen mit ihren Verweisen auf Änderung und Pluralisierung von Lebensstilen, auf Individualisierungsprozesse und Annäherung der Lebenslagen usw weitgehend recht hätten und der Marxismus hier ernste Defizite zeige. Andererseits wies er auf, daß bei den Kritikern die Ursachenbestimmung falsch und die Schlußfolgerungen unsinnig seien. Die Produktion bestimme nach wie vor die grundlegenden Prozesse der Gesellschaft und die Anteile an Lohn und Zeit gäben erst die Chancen der Entwicklung von Lebensstilen und Individualität. Die Entwicklung der kapitalistischen Produktion und ihrer Ergebnisse einerseits sowie die kapitalistische Lohnarbeit andererseits seien die tatsächlichen Gründe für die angeführten Phänomene.

Nicht das vorschnelle begriffliche Dementi kapitalistischer Strukturen, sondern erst ihre wirkliche Analyse zeige den Zusammenhang der neuen Entwicklungen. Allerdings sah er noch keine theoretisch zureichende Vermittlung von objektiver und subjektiver Entwicklung, wenn er auch in der Habituskategorie von Bourdieu eine interessante Richtung angedeutet findet. Die Formbestimmtheit der Lebensprozesse im Kapitalismus sei weiterhin die Grundlage von Differenzierungen und Zivilisierung, sowie ihrer Gefährdungen.

Daher liefe alles auf die gewerkschaftlichen Organisationen als den kollektiven Sicherungseinrichtungen gegen die Risiken des Arbeitsmarktes hinaus. Beide, Lohnabhängige und Sozialstaatsabhängige als potentielle kollektive Subjekte hätten in den politischen und sonstigen Organisationen zusätzliche Formen und Felder der selbst zu bestimmenden Interessenvertretungen.

Gramscis "Societa Civile" stand in den Beiträgen von Haug, Heiseler und Kebir im Vordergrund. Es zeigte sich, daß dieser Bereich, recht und schlecht im Deutschen als "Zivilgesellschaft" übersetzt, ein wesentliches Feld von Auseinandersetzungen um die Entwicklung alter und neuer kollektiver Subjekte einer Umgestaltung wie auch der eingeschlossenen Individualisierung ist. Nicht die Entdeckung eines neuen Kontinents, sondern die Entdeckung, daß es ein Kontinent ist, der mit dem Begriff der Zivilgesellschaft der zusammenfassenden Analyse zugänglich wird, ist das Produktive an dieser Rezeption Gramscis und der Debatte darum.

Die drei Referenten sahen mit Gramsci in der Societa Civile ein zweites Stockwerk im Überbau der kapitalistischen Gesellschaften, neben dem institutionalisierten Staat der Gewaltapparate und der formellen Verwaltung. Gleichsam oberhalb der privaten Ökonomie bewegen sich die Individuen der verschiedenen Klassen durchaus im Horizont und Interesse ihrer Klassen in mehr oder weniger flexiblen Formierungen und Organisirungen. Dies ist die Sphäre des Kampfes um die kulturell-politische Hegemonie für oder gegen die ökonomisch und politisch herrschenden Klassen. Hier wird Hegemonie durch kulturellen Konsens und nicht durch staatliche Gewalt oder ökonomischen Zwang hergestellt.

Vor allem Kebir betonte, daß die Entwicklung von zivilgesellschaftlichen Strukturen sehr zerbrechlich sei, und bei zu großen Widersprüchen und dem Verlust der Hegemonie durch die herrschenden Klassen durchaus zurückgenommen werden könnten, wie der Faschismus zeige.

Mit dem Verweis auf die Hegemoniegewinnung trat die Funktion dieses gesellschaftlichen Bereiches in den Blick, so daß Haug im Hinblick auf die Funktion der Konsensbildung sich verführt sah, über zivilgesellschaftliche Strukturen sogar im Irak zu spekulieren. Allerdings verweist dies auf eine Unbestimmtheit in der bisherigen Verwendung der Kategorie des Überbaus im geläufigen Marxismus. Überbau wird entlang der Gebäudemeta-pher als Stockwerk gedacht, das auf der Basis, dem Fundament der Produktionsverhältnisse, und den Produktivkräfte auruhe. Die wesentliche Differenz von beiden ist aber nicht das Übereinander oder ihre virtuelle Höhe über dem Fundament der Basis, sondern ihre Bestimmtheit im gesamten gesellschaftlichen Reproduktionszusammenhang. Die geringere Bestimmtheit durch die jeweilige historische Art des Stoffwechsels und seine notwendigen gesellschaftlichen Formen ist wohl die entscheidende Differenz. Überbauten sind funktional daher als Nicht-Basis bestimmt. U.a. als Bewußtseinstatbestände sind sie daher gesellschaftlichen Verhaltens- und Bedeutungsbereichen immanent und nicht schon per se institutionalisierte Bereiche gesellschaftlicher Verhältnisse.

Heiseler machte darauf aufmerksam, daß Zivilgesellschaft erst mit der bürgerlichen Revolutionierung der feudalen Strukturen hätte entstehen können. Erst die Trennung von feudaler Herrschaft in private Ökonomie und öffentliche Staatlichkeit entwickle den Raum in dem sich zwischen beiden, mit der weiteren Entwicklung des Kapitalismus, Zivilgesellschaft ausbilden könne, wie sich u.a. an der Entwicklung der bürgerlichen Öffentlichkeit zeige. Zu ergänzen wäre, daß sich damit auch erst die Entwicklungsperspektive für die Herausbildung der Privatsphäre der Reproduktion im Zusammenhang von Wohnung, Familie und Haushalt ergibt.

Verstaatlichung der Herrschaft einerseits, Privatisierung und Kapitalisierung der Produktion andererseits, und Individualisierung der Einkommensgewinnung über die zunehmende Durchsetzung der Warenförmigkeit der Arbeitskraft, ist das sich entwickelnde Dreieck, zwischen dem sich Zivilgesellschaft in der bürgerlichen Gesellschaft entfalten kann.

Diese zunehmende Trennung der drei Momente und die damit einhergehende Ablösung der Verwandtschaftszusammenhänge ermöglicht erst die heute angezeigte Individualisierung breiterer Schichten der Lohnabhängigen und gibt ihr die den Kapitalismus als Formation übergreifende historische Tiefendimension.

Ob also die Kategorie der Zivilgesellschaft wirklich diese umfassende analytische Kraft besitzt, die von ihr erhofft wird, muß auch angesichts der Ausweitung der Staatstätigkeiten zur umfassenden sozialen Vor- und Nachsorge im entwickelten Kapitalismus, die es schwer macht, zwischen

Verstaatlichung der Gesellschaft und Vergesellschaftung des Staates zu unterscheiden, bezweifelt werden.

Es zeigte sich auch hier, daß gleichzeitig mit der Herausarbeitung der genaueren Kenntnisse in gesellschaftlich-historischen Teilbereichen die Notwendigkeit der kategorialen Rückbindung an die Prozesse der Herausbildung der Gesamtformation und der Einordnung in formationsübergreifende Zusammenhänge besteht, um deren Stellenwert und Perspektive richtig prüfen zu können.

Dieser Notwendigkeit ein Forum zu geben, damit solcherart Forschungen angeregt werden, wäre eine verdienstvolle Weiterführung der Veranstaltungspläne der Tagungsinitiatoren.

V o r s c h a u

Z - Nr. 7
erscheint im September 1991
mit dem Schwerpunktthema

**Bürgerliche Gesellschaft, Zivilgesellschaft,
Öffentlichkeit, Demokratisierung**

Vorgesehen sind u.a. folgende Beiträge:

Gramscis Gefängnishefte

Vergesellschaftung statt Verstaatlichung

Demokratie und bürgerliche Gesellschaft

Zivilgesellschaft und Kritik der politischen

Ökonomie

Demokratie bei Rosa Luxemburg

Rechtsstaat und Volkssouveränität

'Zivilgesellschaft' in der sowjetischen Diskussion

Joachim Bischoff

Kapitalismuskritik und wirtschaftspolitische Alternativen

Die neokonservative Politik einer raschen Vereinnahmung der DDR ist gründlich gescheitert. Der Kanzler der Einheit wollte mit dem Crash-Kurs außenpolitisch eindeutige Tatbestände schaffen und die eigene Partei aus einer chronischen Hegemonie-Krise herausführen. Jetzt bedroht die Pleite in den neuen Bundesländern den Wohlstand der Zwei-Drittel-Gesellschaft in der alten BRD.

Nach dem Sondergutachten des Sachverständigenrats können über die wirtschaftspolitischen Alternativen keine Unklarheiten mehr bestehen. Die Vorstellung, man könne die 9,5 Millionen Arbeitsplätze der ehemaligen DDR so umstrukturieren, daß sie im intensiven Wettbewerb der Kapitale Bestand hätten, wird offiziös als reine Fiktion zurückgewiesen. Unter Angleichung der Arbeits- und Lebensverhältnisse in den neuen Bundesländern haben die Regierungsparteien stets etwas vollständig anderes verstanden als die Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung.

Eine Erwerbsquote, wie sie in der DDR bestand, existiert nirgendwo sonst in den kapitalistischen Metropolen. Folglich - so die Regierungspolitiker - kann für die neuen Bundesländer nur in etwa die Struktur von Nordrhein-Westfalen Maßstab sein, ein Land, das in etwa eine vergleichbare Zahl von Einwohnern aufweist. Eine gutgehende Konjunktur vorausgesetzt, könnten zwischen 5 und 6 Millionen Menschen mit zu Westlohn bezahlten Beschäftigungsverhältnissen rechnen.

Im Klartext bedeutet dies, daß infolge der Wirtschafts- und Sozialunion rund 4 Millionen Menschen abrupt aus dem Erwerbsleben ausgegrenzt werden. Kein Zweifel, daß dies vor allem zu Lasten der Frauen geht. Das zynische Urteil der TAZ zur Errungenschaft der Zwei-Drittel-Gesellschaft: "wahrlich kein paradiesischer Zustand, aber vom aktuellen Elend meilenweit entfernt."

Das "Destaster", von dem Bundesbankpräsident Pöhl sprach, besteht nun darin, daß sich Ende des ersten Quartals '91 aber eine ganz andere Entwicklungstendenz abzeichnet. Ohne Gegenmaßnahmen werden lediglich 20% der industriellen Arbeitsplätze im Beitrittsgebiet übrig bleiben. Läßt man den Selbstheilungskräften des Marktes freien Lauf, dann können bestenfalls knapp 3 Millionen Menschen in der ehemaligen DDR damit rechnen, aus eigenem Erwerbseinkommen ihre Lebensverhältnisse gestalten zu können.

Unter dem Druck der zusammenbrechenden Verhältnisse und zunehmender sozialer Proteste entschlossen sich die Regierungsparteien zu einem begrenzten Kurswechsel. Staatliche Milliarden-Programme sind neuerdings unverzichtbar. Marktradikale akzeptieren diesen Schritt, weil sonst der lange Marsch durch das "Tal der Tränen" zu viele unkalkulierbare gesellschaftliche und politische Risiken bereithält; aber - so der Sachverständigenrat - Übergangsmaßnahmen dürfen keine Kursabweichung weg von der eindeutigen Gewinnsteuerung einleiten.

Vom größeren Teil der politischen Linken werden die staatlichen Milliardenprogramme zur Bewältigung des Strukturwandels in den ostdeutschen Bundesländern akzeptiert. Selbst radikale Wachstumskritiker, bei denen die Forderungen nach Aufrechterhaltung und Umbau des ostdeutschen Industriestandorts aus ökologischen Gesichtspunkten Ängste über den Bestand der Zivilisation auslösen, stimmen zu, daß die ostdeutsche Bevölkerung nicht auf den Status von Pendlern und Arbeitsimmigranten herabgedrückt werden darf. Nur eine Minderheit fordert mit Rücksicht auf Ressourcenknappheit und ökologische Auswirkungen einen Verzicht auf jedweden Versuch der Wohlstandsmehrung.

Auch auf die Dezentralisierung der Treuhand und die Entwicklung von regionalen Entwicklungskonzeptionen erstreckt sich diese Übereinstimmung. Die Vorteile sind eindeutig: Entscheidungen fallen dezentral, in kleineren flexiblen Einheiten unter Geltung eines klaren industriepolitischen Auftrages. Der Staat muß den Übergang von der bürokratischen Zwangsverwaltungswirtschaft zur Marktwirtschaft organisieren - eine industriepolitische Konzeption fordern W.Thierse und N.Wieczorek für die Sozialdemokratie.

Während aber die sozialdemokratische Linke sich prinzipiell eine Ausweitung von Wirtschaftssteuerung und gesellschaftlicher Umverteilung vorstellen kann, tritt die Mehrheit der SPD und auch der Gewerkschaftsfunktionäre für eine zeitlich begrenzte Ausweitung der Staatsintervention ein. Sie umreißen ihr Selbstverständnis folgendermaßen: "Wir leben in einer sozialdemokratisch geprägten Gesellschaft; kaum jemand will an ihren Grundregeln rütteln, niemand stellt die Systemelemente Marktwirtschaft, soziale und ökologische Steuerung... in

Frage... Wir identifizieren uns mit dieser Gesellschaft. Sie muß nicht grundlegend geändert werden... Soziale Gerechtigkeit wird immer mehr zur Umverteilungsfrage, denn sie läßt sich nicht dauerhaft mit steigendem Wirtschaftswachstum erreichen... Mit Forderungen nach einer prinzipiell anderen Gesellschaftsordnung, etwa mit vorherrschender staatlicher Wirtschaftstätigkeit, lassen sich weder glaubwürdige noch wirkungsvolle Antworten auf die heutigen Fragen geben. Schon in der Vergangenheit wurden solche Forderungen, auch programmatischen Aussagen zum Trotz, nie wirklich von der SPD auf die Tagesordnung gesetzt. Auch künftige sozialdemokratische Regierungen werden sie nicht verfolgen." (SPD-NRW: Modernisierung mit Bodenhaftung)

Von der Sozialdemokratie insgesamt sind derzeit keine weiterreichenden Alternativen zur gewendeten Regierungspolitik zu erwarten. In ihrer überwiegenden Mehrheit hat sich die SPD mit der Existenz der Zweidrittel-Gesellschaft in den Metropolen und der Verelendung an der Peripherie des kapitalistischen Weltsystems arrangiert.

Auch innerhalb der Grünen erleben wir seit geraumer Zeit eine schnelle Redimensionierung sozialökologischer Kapitalismuskritik. Die realpolitische Erneuerung der Bewegung fordert die definitive Anerkennung, daß es zum realexistierenden Kapitalismus keine Alternative gibt. Schlußfolgerung: Es kann für die Linke nur darum gehen, für die sozialökologische Reformierung und die Zivilisierung des Kapitalismus einzutreten, weshalb etliche Grüne auch bereit sind, auf die Zuordnung des ökologischen Diskurses zum linken, auf soziale Emanzipation gerichteten Politik- und Gesellschaftsverständnis zu verzichten.

Was heißt dies für die Linke jenseits von Sozialdemokratie und grüner Partei?

Die Tendenz zur politischen Kapitulation vor der kapitalistischen Gesellschaftsformation läßt sich auch in der sozialistischen Linken nachweisen. Für die Krise der Linken sind m.E. vier Momente ausschlaggebend:

1. Zunächst sicherlich der Zusammenbruch des "Realsozialismus" und der damit verknüpften politisch-theoretischen Konzeptionen; die umfassende Erschütterung linken Denkens resultiert weniger aus der Aufdeckung der prinzipiellen Mängel und aus dem endgültigen Abschied von traditionellen revolutionären Konzeptionen als aus dem erzwungenen Eingeständnis der faktischen Reformunfähigkeit dieser Gesellschaftskonzeption.
2. Die umfassende Krise der sozialdemokratischen Konzeption des Wohlfahrtsstaates und der gesellschaftlichen Globalsteuerung; weit über den sozialdemokratischen Horizont hinaus wird die Auffassung geteilt, daß angesichts der Globalisierung der Produktion und Internationalisierung der Finanzmärkte der Nationalstaat die Zinssouveränität und damit die Möglichkeit der Globalsteuerung des eigenen Binnenmarktes verloren habe; die Struktur der sozialen Sicherung entspreche schon längst nicht mehr der Gesellschaftsstruktur und den aktuellen Problemen; angesichts der ökologischen Probleme und der Ressourcenknappheit könne das Wirtschaftswachstum nicht mehr zur Kompensation von sozialen Mängeln herangezogen werden; zugleich erweise sich die Umverteilung als kaum praktikierbar angesichts der zementierten Kräfteverhältnisse.
3. Die Erschütterung der Vorstellungen über die Befreiungsbewegungen in den Ländern der Dritten Welt als den revolutionären Subjekten des 20. Jahrhunderts; lange Zeit hatte sich bei großen Teilen der Linken in den kapitalistischen Hauptländern die Illusion gehalten, die historische

Initiative zu weiteren Emanzipationsanstrengungen könnte auf die um ihre ökonomische, soziale und kulturelle Selbständigkeit kämpfenden Völker der Dritten Welt übergegangen sein; jetzt zeigt sich, in welchem Ausmaß es der Existenz und der Unterstützung durch den "Realsozialismus" bedurfte, um einen Ausbruch aus der fatalen Entwicklungslogik der internationalen Arbeitsteilung notdürftig abzusichern.

4. Mehr und mehr schält sich heraus, daß auch die "neuen sozialen Bewegungen" als Hoffnungsträger in den kapitalistischen Metropolen erheblich überschätzt wurden.

Angesichts dieser umfassenden Krisenerfahrung verbreitet sich schlagartig die Überzeugung, es gäbe zum Kapitalismus tatsächlich keine Alternative mehr; dieser sei bei allen Mängeln die beste aller denkbaren Gesellschaftsordnungen. 'Linke Politik' müsse sich deshalb darauf beschränken, diesen in seinen bürgerlich-demokratischen Formen zu stärken und reformpolitisch zu verbessern.

In der Kritik können wir uns vielleicht schnell darauf verständigen, daß dies "die sowohl historisch wie nationalstaatlich bornierte Sichtweise einer 'Metropolen-Linken' ist, die den fundamentalen Krisenzusammenhang dieser Gesellschaft nicht mehr begreift und weder in die Hinterhöfe noch über den Tellerrand der wenigen Wohlstandinseln zu blicken vermag." (J.Hirsch) Die verbreitete Verunsicherung wird sich jedoch durch keinerlei politischen oder theoretischen Kraftakt kurzfristig aufheben lassen. Die sozialistische Linke muß die Alternativen zum realexistierenden Kapitalismus unter veränderten gesellschaftlichen Bedingungen entwickeln und behaupten lernen. Dies kann freilich nicht heißen, dem berühmten Prinzip des "anything goes" das Wort zu reden.

Zwei Fehler sollten wir vermeiden.

Erstens: Wer angesichts ökologischer Fehlentwicklung und der sozialen Katastrophe des Crash-Kurses zur deutschen Einheit für eine umfassende Planung des gesellschaftlichen Stoffwechsels auf allen Ebenen der Volkswirtschaft eintritt, der muß sich zugleich kritisch mit dem Scheitern der staatssozialistischen Gesellschaftskonzeption auseinandersetzen. Angesichts der abgelaufenen Entwicklungen und Erfahrungen ist ein Plädoyer für eine umfassende Ermittlung gesellschaftlicher Bedürfnisse und eine entsprechende Verteilung gesellschaftlicher Arbeit nicht akzeptabel. Wer die entscheidende Ursache für den Zusammenbruch des staatssozialistischen Entwicklungsmodells in einem schlechten Kompromiß zwischen Plansystem und zähneknirschend hingenommenen Marktverhältnissen sieht, der muß seine Vorstellung von gesellschaftlicher Entwicklung ohne gesellschaftliche Arbeitsteilung, Marktverhältnisse und Wettbewerb präzisieren. Umgekehrt gilt gleichermaßen; Wer für einen Ausbau der gesellschaftlichen Kontrolle und Steuerung durch Demokratisierung von Unternehmensverfassungen votiert, hat gleichermaßen deutlich zu machen, daß

die Anerkennung einer Marktkoordination eben nicht mit einer umfassenden Steuerung des Wirtschaftssystems durch den Profit gleichzusetzen ist.

Zweitens: Es ist in dieser Situation einfach, für eine fundamentale Kapitalismuskritik einzutreten. Es gilt aber an den konkreten Benachteiligungen und Sorgen der Menschen in den kapitalistischen Metropolen anzusetzen und gemeinsam mit ihnen eine Politik der grundlegenden Reformen zu entwickeln. Das abstrakte Plädoyer für das "ganz Andere" oder die Verallgemeinerung des Widerstandes, wie sie gerade von radikalökologischen Positionen vorgetragen wird, reicht nicht aus: "Die strategische Aufgabe einer politischen linken oppositionellen Organisation ist die Vernetzung von Widerstandinseln und den unzähligen, isoliert voneinander arbeitenden politischen Initiativen und Individuen. Nur einer organisierten ökologischen und feministischen Linken wird es gelingen, in Zukunft noch politische Veränderungen durchzusetzen" (J.Ditfurth). "Vernetzung" ist kein Ausweg aus der umfassenden Erschütterung der Lebensverhältnisse großer Bevölkerungsmassen. Wer angesichts der Zerstörung der Lebensgrundlagen in den neuen Bundesländern allein bei einem abstrakten anti-kapitalistischen Fundamentalismus stehen bleibt, isoliert sich selbst. Es muß schon darum gehen, die Alternativen zum katastrophischen Anschlußkurs konkret zu entwickeln; es gilt deutlich zu machen, wie der Kampf um die konkreten Interessen mit einer grundlegenden Gesellschaftsreform verknüpft ist.

Wer das Reformprogramm für die ostdeutschen Bundesländer als Einstieg in eine grundlegende Gesellschaftsreform versteht, setzt der konservativen Wahllüge keineswegs ein linkes Luftschloß entgegen. Sozialistische Wirtschaftspolitik erschöpft sich nicht in der Abwehr neokonservativer Maßnahmen zur Deregulierung und Redimensionierung des Sozialstaates; sondern Aufgabe ist die Erweiterung der sozialen Steuerung des Strukturwandels und die schrittweise Aufhebung der internationalen Arbeitsteilung in industrielle Werkstätten einerseits und Rohstofflieferanten andererseits. Es gibt eine ganze Reihe von konkreten Vorschlägen, mit denen eine Umorientierung der gesellschaftlichen Wettbewerbs- und Wachstumspolitik sowie der kapitalistischen Unternehmenspolitik eingeleitet werden könnte in Richtung auf Stärkung der nationalen und europäischen Binnenmarktes, den Abbau der Unterentwicklung in großen Teilen der Welt und der Herstellung von ökologisch und sozialverträglichen Strukturen im Erwerbsleben und allen anderen Lebensbereichen.

Der Vorwurf der Staats- und Parlamentsfixiertheit sozialistischer Wirtschaftspolitik ist absurd. Zwar lassen sich in den Strukturen der bürgerlichen Gesellschaft Mehrheitsentscheidungen verbindlich nur über gesetzliche Regelungen mit Zwangscharakter gerade gegenüber der Macht des Kapitals durchsetzen. Aber zum einen hängt die Wirksamkeit strukturpolitischer Instrumente (z.B. Beschäftigungs- und regionale Entwicklungsgesellschaften) und die Qualität sozialstaatlicher Dienstleistungen von der

möglichst dezentralen, kommunalen und regionalen Ausgestaltung ab, und zum anderen ist der Erfolg sozialistischer Wirtschaftspolitik immer abhängig von den Eigenaktivitäten der Betroffenen selbst. Deshalb kommt es gerade darauf an, in den jeweiligen gesellschaftlichen Problem- und Konfliktfeldern die Initiativen von Gewerkschafts-, Arbeitslosen-, Mieter-, Sozial-, Ökologie- und Friedensbewegungen zu fördern und zu unterstützen. Gerade die Entwicklung der 80er Jahre hat die enge Verzahnung des Wirkens von Parteien und Bewegungen unterstrichen, damit aber auch gezeigt, wie sehr die Stabilität von sozialen Bewegungen, sollen sie mehr sein als eine vorübergehende Fluktuation im gesellschaftlichen Leben, gebunden ist an kontinuierliche parteipolitische Interessenvertretung im politischen System. Dies gilt insbesondere auch für die Gewerkschaften; die Qualität einer modernen sozialistischen Partei erweist sich gerade darin, wieweit sie die von der unmittelbaren Assoziation der abhängig Beschäftigten vertretenen Interessen aufgreift und in politische Initiativen umsetzt.

Längerfristig wird die sozialfortschrittliche Gestaltung der Lebensverhältnisse und die vollständige Abschaffung gesellschaftlicher Privilegien nur zu verwirklichen sein, wenn sämtliche Entscheidungen über wirtschaftliche und politische Probleme im Rahmen eines demokratisierten Gesamtprozesses getroffen werden. So erfordert z.B. die soziale Steuerung des Strukturwandels einen breiten gesellschaftlicher Konsens über die Ausgestaltung des Dienstleistungsbereiches. Und Demokratisierung kann nicht vor überholten Eigentumsrechten halt machen: Der Weg zwischen privatkapitalistischer Gestaltung und staatsbürokratischer Reglementierung kann nur gelingen, wenn neben einer anderen Verteilungsstruktur der gesellschaftlichen Arbeit Lebensbereiche wie Wohnen, Gesundheit, Kultur und Wissenschaft aus der Marktkoordination herausgenommen werden und doch zugleich auf unbürokratische Weise mit den notwendigen gesellschaftlichen Mitteln ausgestattet werden.

Klaus Mähler

Monopol- und Imperialismustheorie

Kapitalismustheoretische Ansätze von gestern in der heutigen Realität

Mephistopheles

*Im ganzen - haltet Euch an Worte!
Dann geht Ihr durch die sichere Pforte
Zum Tempel der Gewißheit ein.*

Schüler

Doch ein Begriff muß bei dem Worte sein.

Mephistopheles

*Schon gut! Nur muß man sich nicht allzu ängstlich quälen;
Denn eben wo Begriffe fehlen,
Da stellt ein Wort zur rechten Zeit sich ein.*

Mit Worten läßt sich trefflich streiten,

Mit Worten ein System bereiten,

Mit Worten läßt sich trefflich glauben,

Von einem Wort läßt sich kein Jota rauben.

(Goethe, Faust)

Vorbemerkung

Die vorliegende Ausgabe von Z erscheint ziemlich genau 15 Jahre nach dem vom IMSF durchgeführten Kolloquium "Das Monopol - ökonomischer Kern des heutigen Kapitalismus". In seiner Einleitung verwies Josef Schleifstein auf "den grundlegenden methodischen Gesichtspunkt, daß eine marxistische Analyse ganz offensichtlich nur fruchtbar sein kann, wenn sie ausgeht nicht von der Exegese, nicht einmal von der Exegese des "Kapital", sondern von der kapitalistischen Realität, wie wir sie heute vorfinden." In seiner Schlußbemerkung konstatierte er als noch bestehende Lücken der Monopoltheorie: "Ich glaube, sie existieren vor allem noch dort, wo es darum geht, die Verknüpfung des Ableitungszusammenhangs des Monopols aus der marxistischen politischen Ökonomie insgesamt mit der Wirkungsweise der konkreten ökonomischen Gesetze herzustellen."

15 Jahre später muß festgestellt werden, daß weder dem Gesichtspunkt der Einleitung ausreichend Rechnung getragen wurde, noch die in der Schlußbemerkung konstatierte Lücke nennenswert geschlossen werden konnte.

Der Zustand der Monopol- und Imperialismustheorie heute stellt sich als vielschichtiger Zusammenhang von im Einzelnen oft sehr fruchtbaren Ansätzen oder Einzeluntersuchungen und einem insgesamt kanonisierten System von deskriptiver "Typologie" und linearen geschichtlichen Tendenzaussagen dar. Letztere sind durch die Entwicklung der kapitalistischen

Realität vielfach widerlegt, oder sie bewegen sich auf einem Grad von Allgemeinheit, der zwar eine Widerlegung weitgehend ausschließt, aber auch keinen weiteren praktischen Nutzen mit sich bringt. Die eklatantesten Beispiele für diese Erscheinungsform der Theorie als Katechismus sind einschlägige enzyklopädische Werke, wie z.B. das "Kleine Politische Wörterbuch" (Dietz Verlag, Berlin, div. Ausgaben).

Dies wäre weiter nicht tragisch gewesen, wenn nicht gerade diese Erscheinungsform der Theorie bei vielen Linken das Bild des Imperialismus in der Wirklichkeit und die daraus abgeleiteten politischen Vorstellungen und Hoffnungen lange Zeit bestimmt hätten. Dies gilt insbesondere im Zusammenhang mit der Theorie des SMK und der Theorie der Allgemeinen Krise des Kapitalismus, auf die hier nicht näher eingegangen werden kann.

Die solchermaßen gegebene Krise der Monopol- und Imperialismustheorie, ihr Hinterherhinken hinter den aktuellen Fragestellungen und der Notwendigkeit, die gegenwärtige Wirklichkeit gründlich und handlungsleitend zu analysieren, hängt eng mit der Tatsache zusammen, daß der Marxismus als eine Rechtfertigungsideologie der Staats- und Parteiführungen in den sozialistischen Ländern dogmatisiert wurde. Aufgrund der engen Verflechtung der positiv auf die sozialistischen Länder bezogenen Marxismusvariante ("Marxismus-Leninismus") in der BRD mit dem Wirtschaftsbetrieb in diesen Ländern, insbesondere der DDR, hat sich auch hier vielfach eine Unterordnung der Theorie unter vorherrschende politische Auffassungen ergeben. Dieses Problem ist natürlich keines speziell der Monopol- und Imperialismustheorie, sondern eines des ML als ganzes. Eine Betrachtung der Ausgangssituation für künftige Kapitalismustheorie kommt aber an diesem Umstand nicht vorbei.¹

Die Sicht Lenins als Ausgangspunkt für eine Entrümpelung

Wenn im folgenden vom Verfasser trotzdem an der Monopol- und Imperialismustheorie als einem wesentlichen Bezugsrahmen für die Analyse des gegenwärtigen Kapitalismus festgehalten wird, dann unter der Voraussetzung einer gründlichen Entrümpelung und Neubestimmung des wesentlichen Kerns der Theorie. Hierbei kann ein fruchtbarer Rückgriff auf Lenin erfolgen.

Die von Lenin angeführten "fünf seiner grundlegenden Merkmale" können m.E. nach wie vor einen grundlegenden Bezugsrahmen für die Analyse des gegenwärtigen Imperialismus darstellen. Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß Lenin es mit dem Imperialismus in seinem Anfangsstadium zu tun hatte, so daß es als Binsenweisheit gelten kann, daß dieser Rahmen heute nicht mehr ausreichend ist.

Für die aktuelle Analyse ist aber auch den Erkenntnissen aus der Theorie und der politischen Praxis der zurückliegenden Jahrzehnte Rechnung zu tragen und von der gegenwärtigen Realität auszugehen.

Drei Gesichtspunkte scheinen mir dabei besonders wichtig:

1. Die Methodik der historischen Einordnung des jeweiligen Entwicklungsstandes des Kapitalismus ist gegenüber der Leninschen Bestimmung des historischen Platzes des Imperialismus unbedingt zu verfeinern und zu differenzieren.
2. Die Globalisierung von Politik, Kultur und Ökonomie läßt eine vorrangig "nationalökonomische" Betrachtungsweise, bzw. eine Betrachtung der Wechselwirkung von "Nationalökonomie" und imperialistischem Weltsystem nur mehr eingeschränkt zu. Für eine globalisierte Betrachtung fehlt eine methodische Grundlage im Rahmen der Leninschen Arbeiten, und weitgehend auch bei aktuellen Arbeiten. Dies ist allerdings kein spezieller Mangel marxistischer Theorie, sondern ein zumindest in der Ökonomie weitgehend allgemeiner Mangel. Auch die akademische Wirtschaftswissenschaft ist bei Betrachtungen auf internationaler Ebene im wesentlichen nach wie vor "Außenwirtschaftstheorie".
3. Die offenkundige Modernisierungskraft des Imperialismus und die Fähigkeit der monopolistischen Vergesellschaftungsformen zu einstweilen relativ optimaler Reproduktion der Verwertungsbedingungen des Monopolkapitals auf der Basis ökonomischer Gesetzmäßigkeit bei gleichzeitig fortschreitender Bedrohung der allgemeinen Produktionsbedingungen (globale ökologische Probleme, Lebensbedingungen in der 3. Welt, nach wie vor Gefahr der Auslöschung der Menschheit durch Krieg) muß wesentlicher Gegenstand imperialismustheoretischer Untersuchungen sein. Die Wirkung des realen Sozialismus (nun weitgehend entfallen) und der Einfluß fortschrittlicher politischer Bewegungen v.a. der Arbeiterbewegung) auf den Imperialismus unter dem Gesichtspunkt der Entfaltung seiner Modernisierungspotentiale ist dabei eine wichtige Fragestellung.

Generell scheint eine Betrachtung der Monopol- und Imperialismustheorie als einer Teiltheorie sinnvoll. Sie kann unter bestimmten wichtigen Blickwinkeln wertvolle Erkenntnisse zu wesentlichen Seiten der kapitalistischen Wirklichkeit liefern, muß aber nicht in den Rang einer Voraussetzung jeglicher Erkenntnisfähigkeit erhoben werden. Unterschiedliche Teiltheorien können durchaus Erkenntnisse liefern, ohne jeweils aufeinander bezogen zu sein. Natürlich ist in einem längeren Prozeß eine Zusammenführung erstrebenswert, doch kann dies nur Resultat, nicht Voraussetzung der Theoriebildung sein. Diese Betrachtungsweise ist übrigens nicht ungewöhnlich und hat z.B. in der theoretischen Physik zu außerordentlich fruchtbaren Entwicklungen geführt.

Modernisierungs- und Zerstörungspotential des Imperialismus

Ein Hinweis Lenins scheint mir aus heutiger Sicht besonders wichtig: Die Auffassung des Monopols als Vergesellschaftungsverhältnis, das die Produktionsbedingungen monopolisiert, und hieraus ökonomische und außerökonomische Macht gewinnt, ein Herrschaftsverhältnis begründet.²

Bei Lenin spielt dabei die Verfügung über die Rohstoffe eine wesentliche, jedoch nicht ausschließliche Rolle. Schon bei ihm findet sich der Gedanke der Monopolisierung komplizierter Arbeit: "Die qualifizierten Arbeitskräfte werden monopolisiert, die besten Ingenieure angestellt..."³ Bei einer konkret historischen Betrachtungsweise sind die für die monopolistische Vergesellschaftung heute wesentlichen Produktionsbedingungen zu ermitteln, die natürlich nicht mit denen von 1917 identisch zu setzen sind.

Die Erklärung der Monopolmacht aus der Fähigkeit zur Monopolisierung der Produktionsbedingungen zur Produktion von Extraprofit faßt so das Monopolverhältnis als dauerhaftes "Monopol der verbesserten Produktionsweise" nach Marx auf.⁴ Aus dieser Fähigkeit lassen sich dann auch Umverteilungs- und andere Ausplünderungsprozesse ableiten, deren Ausmaß allerdings nicht überschätzt werden sollte und die einen sekundären Charakter haben.

Eine derartige Sichtweise wurde zwar immer wieder vertreten, verblieb aber im Status einer eher exotischen Auffassung. So gab z.B. Wygodski bereits 1969 wichtige Anstöße in dieser Richtung zur Analyse der Bedeutung der "komplizierten Arbeit", die aber nicht systematisch weiter bearbeitet wurden. In der kanonisierten Erscheinungsform der Theorie werden die "Quellen des Monopolprofits" entweder beziehungslos aufgelistet oder aber wird der Zusammenhang oftmals umgedreht: "die Monopole haben die Macht zur Umverteilung der Profite". Wie hartnäckig diese These in der Diskussion verhaftet ist, zeigt sich auch im Heft Nr.4/1990 von "Z.", in dem Peter Hess in seinem Aufsatz zur Imperialismus-Theorie in vermeintlicher Abgrenzung von dogmatisierten Auffassungen den "Kern des Monopolbegriffs in einem auf ökonomischer und außerökonomischer Macht beruhendem und für die weitere Akkumulation notwendigem Enteignungsprozess" sieht.⁵ Diese in der Tradition des Nestors der sowjetischen Ökonomie, Eugen Varga, liegenden Auffassungen des Monopolprofits als umverteilter Gesamtprofit und nicht als "fixierter Extraprofit" verstellen gerade den Blick auf die Dynamik der monopolkapitalistischen Vergesellschaftungsformen und führen zu einer die Realitäten grob verzeichnenden Überbetonung des disproportionalen, stagnativen und parasitären Charakters des Monopolkapitals und damit beständig einhergehend zur Beschwörung von zu erwartenden Regulierungskrisen des Monopolkapitals. Selbst differenzierte und theoretisch anspruchsvolle Untersuchungen wie z.B. bei Dolata verfangen sich in dieser Konstruktion: "Die volle Durchsetzung der wissenschaftlich-technischen Revolution wird, sobald sie die

gesamte Reproduktions- und Verwertungsbasis des heutigen Kapitalismus erfaßt hat, alle vorhandenen Regulierungsinstanzen überfordern und das gesamte System der staatsmonopolistischen Regulierung in einen krisenhaften Anpassungsprozeß an die von ihr gesetzten neuen Bedingungen bringen."⁶ Eine solche Betrachtungsweise verkennt auch tendenziell den Unterschied von monopolkapitalistisch effektiver Reproduktion der Verwertungsbedingungen und der damit verbundenen Tendenz zur Zerstörung von Mensch und Biosphäre.

Hingegen würde m.E. gerade eine auf den Produktionsprozess als wesentliche Determinante bezogene monopoltheoretische Betrachtung des gegenwärtigen Kapitalismus einiges an Verständnis für die Entwicklungstendenzen des Kapitalismus in der aktuellen Umbruchsituation erbringen. Dies betrifft sowohl die Fähigkeit zur profitablen Bewältigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts als auch die Tendenz zur Zerstörung der allgemeinen Produktionsbedingungen im Zusammenhang damit.

Globalisierung und "nationalökonomische" Betrachtungsweise

Die Lenin'sche Imperialismustheorie ist von vorneherein auf die Betrachtung internationaler Zusammenhänge gerichtet. Sie führt damit die Marx'schen Untersuchungen zur Internationalisierung des Kapitals mit einem umfassenderen Blickwinkel als im "Kapital" fort.

Gleichwohl ist sie auf die Betrachtung der Wechselwirkung von Nationalstaaten, oder von aus Nationalstaaten bestehenden Verbänden im internationalen Kontext bezogen. Inwieweit eine solche Betrachtungsweise heute noch ausreicht, um die Internationalisierungsprozesse und den heutigen Imperialismus als Weltsystem ausreichend analysieren zu können, scheint mehr als fraglich. Wir befinden uns m.E. in einer Übergangsphase zur Herausbildung einer Weltökonomie, die von der Profitlogik transnationaler, finanzkapitalistischer "Networks" geprägt ist. Dies kommt auch in den Untersuchungen bürgerlicher Wirtschaftsforschungsinstitute zum Ausdruck: "Für die Zukunft rechnet die Studie mit der Ablösung großer multinationaler Einzelunternehmen durch transnationale 'Network'-Strukturen...wird auf der Finanzierungsebene mit Zentralisierungs- und Konzentrationstendenzen in Richtung von Holdings gerechnet, die eine Mittlerrolle zwischen Handelsbanken und produzierenden Unternehmen spielen...lose verbundene Unternehmensbereiche, die als Konzernverbund aktiv sind."⁷ Innerhalb dieser Networks bildet sich eine weitgehend gleichmäßige Profitabilität (bei Einschluß von "Grenzprofitabilitäten") heraus und werden sich die jeweils fortgeschrittensten Produktionsverfahren und Vergesellschaftungsformen rasch verbreiten. Zwischen den Networks werden sich Konkurrenz und Rivalität auf einer neuen Stufe weltweiter Auseinandersetzungen entwickeln.⁸ "Global Sourcing" und "Brain Drain" im internationalen Maßstab reduzieren tendenziell die Bedeutung von

Wirtschaftspolitik im nationalen Bezugsrahmen auf eine "Standortpolitik" im internationalen Wettbewerb. Selbstverständlich ist heute die nationale Basis der meisten Multis in der Eigentumsstruktur noch weitgehend gegeben, so daß der nationalstaatliche Bezug der Interessen des Monopolkapitals noch längere Zeit dominieren wird. Allerdings wäre es verkehrt, in der Eigentumsstruktur den alleinigen Bezugspunkt für die staatliche Verortung von Interessen zu sehen. Der Übergang zur "Weltökonomie" mit Ablösung der "Nationalökonomie" scheint mir aber für die wesentlichen Sektoren eingeleitet. Der Vorstandsvorsitzende von Siemens, Kaske formulierte dies auf der Siemens-Tagung 90 so: "Wir müssen stärker denn je dem Eindruck entgegenwirken, daß wir ein deutsches Unternehmen sind, ... Wir sind ein Weltunternehmen". Der Widerstreit der Interessen dokumentiert sich übrigens zur Zeit besonders anschaulich am Gezerre um dem Reifenkonzern Continental Gummiwerke AG.

Aus dieser Sicht ergeben sich einige Konsequenzen für die Imperialismustheorie.

Zunächst bedarf sie dringend methodischer Weiterentwicklung für die Analyse der internationalen ökonomischen Prozesse und der Entwicklung von Verflechtungen und Kräfteverhältnissen im ökonomischen und außerökonomischen Bereich. Herangehensweisen der sechziger Jahre können nicht umstandslos auf die neunziger Jahre übertragen werden. Die Bedeutung des Kapitalexports und der diversen Indikatoren für die ökonomischen Potenzen von Konzernen, Kapitalgruppen oder Staaten ist kritisch zu überdenken. Positionsanalysen wie z.B. die Einschätzungen zur sinkenden ökonomischen Macht der USA beziehen sich häufig unreflektiert auf eine der gegenwärtigen Situation nicht mehr angemessene Methodik, die daraus abgeleiteten Schlußfolgerungen sind daher oft mehr als fragwürdig.

Aber auch die politischen und ökonomischen Schlußfolgerungen zum ganzen Komplex der imperialistischen Rivalität, der Neuaufteilung nach veränderten Machtpositionen, der Ungleichmäßigkeit der Entwicklung können nicht mehr umstandslos mit der von Lenin erarbeiteten Methodik gezogen werden. Einige Fragestellungen seien kurz angerissen:

Ergibt sich nicht eher statt der ungleichmäßigen Entwicklung der imperialistischen Hauptländer vorrangig eine Zementierung und Vertiefung der Segmentierung von Dominanzpositionen und Abhängigkeitsverhältnissen, aus denen ein Ausbruch praktisch nicht mehr möglich ist, wo allenfalls ein Abstieg aus einer Dominanzposition noch denkbar ist. Bei einer relativen Zementierung nationalstaatlicher Kräfteverhältnisse würden sich Rivalitäten einerseits vorrangig zwischen den transnationalen 'Networks' ergeben, andererseits zwischen den dominanten imperialistischen Hauptländern (im wesentlichen der G7-Club) als kollektiver staatlicher Träger dieser 'Networks' und den in imperialistischen Abhängigkeitsverhältnissen stehenden Staaten (wobei diese natürlich in sich differenziert betrachtet werden müssen).

Ergeben sich hieraus nicht neue Anforderungen an eine internationalistische Politik, bei der supranationale Fragestellungen eine wesentlich größere Bedeutung bekommen?

Welche Haltung muß zu den vorhandenen supranationalen Institutionen (EG, UNO, IWF, GATT etc.) entwickelt werden?

Welchen Einfluß hat die Sicherung der allgemeinen Produktionsbedingungen, also die Entschärfung der globalen Probleme?

Mit überkommenen imperialismustheoretischen Betrachtungsweisen entgegen der Leninschen Methode konkret historischer Analyse mit der Realität als Ausgangspunkt werden sich die durch die Globalisierung aufgeworfenen Fragen nicht stellen, und schon gar nicht beantworten lassen. Zu bezweifeln ist allerdings auch, daß dies ohne Bezug auf Monopol- und Imperialismustheorie ausreichend möglich ist.

Zum Platz des Imperialismus in der Geschichte und zur Abgrenzung von Entwicklungsstadien und historischen Formationen

Lenin bezeichnete den Imperialismus als "Übergangskapitalismus oder, richtiger, als sterbender Kapitalismus". Er verwies zugleich darauf, daß sich dies Sterben hinziehen kann, daß es sich um eine Hülle handelt, "die sich zwar verhältnismäßig lange in diesem Fäulniszustand halten kann".⁹

In der kanonisierten Erscheinungsform der Theorie wurde das "Sterben" des Imperialismus als weitgehend linearer, "sich verschärfender", "zuspitzender" oder "sich vertiefender" Prozeß gefaßt, eine Vorstellung die von der Wirklichkeit gründlich blamiert worden ist.

Deutlich wurde, daß insbesondere unter dem Gesichtspunkt handlungsleitende Erkenntnisse zu gewinnen, eine differenziertere Betrachtung bei der Abgrenzung verschiedener Entwicklungsstufen oder Formationen kapitalistischer Gesellschaften nötig ist.

Schon Marx wies darauf hin, "daß dieselbe ökonomische Basis - dieselbe den Hauptbedingungen nach - durch zahllos verschiedene empirische Umstände, Naturbedingungen, Racenverhältnisse, von außen wirkende geschichtliche Einflüsse usw., unendliche Variationen und Abstufungen in der Erscheinung zeigen kann, die nur durch Analyse dieser empirisch gegebenen Umstände zu begreifen sind".¹⁰

In diesem Hinweis stecken zwei Gedanken: Die Analyse der ökonomischen Basis "den Hauptbedingungen nach" und zum anderen die Analyse der "zahllos verschiedenen empirischen Umstände".

Im Kern geht es auf der Seite der Entwicklung der Hauptbedingungen um die Diskussion einer historisch-logischen Entwicklungsgesetzlichkeit innerhalb des Kapitalismus, die grundlegende neue Qualitäten in der Wirkungsweise der ökonomischen Gesetze hervorbringt. Diese Hypothese

wird in der Monopol- und Imperialismustheorie aus meiner Sicht sinnvollerweise aufgestellt.

Zum anderen geht es um die Entwicklung einer systematischen Methodik zur Analyse der darauf beruhenden Erscheinungsformen und Konstellationen, also einer Methodik zur Analyse "historischer Fundsachen", die nicht einer Entwicklungsgesetzlichkeit unterliegen. Beide Gesichtspunkte sollten verbunden betrachtet werden können.

Mit der Theorie der Allgemeinen Krise des Kapitalismus wurde ein Versuch unternommen, beide Fragestellungen unter dem Gesichtspunkt der politischen Kampfbedingungen im Weltmaßstab zu verbinden, auf Grund der in der Vorbemerkung erwähnten Degenerierung zur Rechtfertigungs-ideologie muß dieser Versuch als gescheitert angesehen werden. Gleichfalls unscharf und zum Teil politischen Legitimationsbedürfnissen geschuldet erscheint mir der Versuch der Variantentheorie des SMK, der eine systematische Methodik zur "Fundsachenanalyse" bisher nicht erarbeitet hat. Der anspruchsvollste Versuch "historische Fundsachen" auch in einem marxistischen Bezugsrahmen mit systematischer Methodik zu analysieren, stellt m.E. die Regulationsschule dar. Dieser in Frankreich entstandene Ansatz ist allerdings in Rahmen der sich auf die Imperialismustheorie beziehenden MarxistInnen bisher weitgehend ignoriert worden. Der Regulationsansatz stellt den Versuch dar, die Entwicklungs- und Transformationsdynamik kapitalistischer Gesellschaften analytisch zu erfassen, wobei Grundlagen der ökonomischen Theorie mit Konzepten der Soziologie, Politik und Geschichtswissenschaft verknüpft werden. Der Regulationsansatz (sofern überhaupt werttheoretisch basiert) bewegt sich allerdings auf der Ebene des "Kapitals im Allgemeinen" und stellt nicht die Frage nach grundlegenden Veränderungen der "Hauptbedingungen". Zentrale Kategorien sind dabei Produktionsnorm, Konsumnorm, strukturelle Form, Akkumulationsregime und Regulationsweise. Mit ihrer Hilfe wird versucht, technologische Prozesse, historische Muster individueller Konsumtion und markt- sowie nicht-marktförmige Institutionen zu erfassen und innerhalb eines Theoriekonzepts zu verbinden. Einbezogen ist dabei die Fragestellung nach stabilen hegemonialen Konstellationen im Sinne Gramscis und den jeweiligen Bedingungen ihrer Veränderung. Der Vorteil des Regulationsansatzes ist sein methodischer Kern, der Nachteil die Abstraktion von den Globalisierungsprozessen. Eine Reformulierung der Imperialismustheorie unter regulationstheoretischen Gesichtspunkten könnte die Bestimmung des Entwicklungsstandes und die Abgrenzung verschiedener imperialistischer Formationen auf eine methodisch klarere Ebene bringen, ohne daß eine Notwendigkeit gegeben ist, die Hypothese der monopolistischen Vergesellschaftung als wesentlicher "Hauptbedingung" des gegenwärtigen Kapitalismus fallen zu lassen. Erweist sich diese doch bei einer Reihe von Fragestellungen als nach wie vor unverzichtbar.

¹ vgl. Joachim Hetscher, Klaus Mähler, Leo Mayer, Thomas Mies: Positionsbestimmung kommunistischer Politik, Parteitags-Infodienst der DKP, Februar 1991

² vgl. Lenin, Werke Bd.22, S.209 ff

³ ebd. S. 209

⁴ vgl. MEW Bd.25, S.325 u. 657.

⁵ Peter Hess, Über die Aktualität der Imperialismustheorie, Z Nr.4/1990, S.73

⁶ Ulrich Dolata, Ökonomische Regulierung und Regulierungskrisen im Kapitalismus, Köln 1986, S.108

⁷ vgl. Studie "EUROPE in 94" von IFO und BIPE, nach IFO-Schnelldienst 12/90

⁸ vgl. Fred Schmid, Die Schlacht um den Weltmarkt, ISW-Report, München, 1990

⁹ vgl. Lenin, Werke Bd.22, S.307/308

¹⁰ MEW Bd.25, S.800

Horst Heininger

Neue Entwicklungstendenzen im internationalen Kapitalismus

Die jüngsten Ereignisse in der internationalen Entwicklung - vor allem das Scheitern des Realsozialismus in Osteuropa - haben die Diskussion über Veränderungen im internationalen Kapitalismus und über die Beziehungen zwischen den führenden Industriestaaten erneut angefacht.¹

Es geht dabei vor allem um die Frage, welche Wirkungen der Wegfall der Ost-West-Konfrontation als eine Drehachse der bisherigen internationalen Beziehungen auf die Stellung der USA und auf deren Beziehungen zu den anderen kapitalistischen Mächten hat. Die jetzige Diskussion bringt auch unter Marxisten die verschiedensten Diskussionsansätze und Fragestellungen auf den Plan. Das Spektrum reicht von solchen Auffassungen, die den erhöhten Stellenwert "alter Fragestellungen" der Imperialismustheorie aus der Zeit vor dem ersten Weltkrieg und aus den zwanziger Jahren in den Vordergrund rücken bis zu solchen Meinungen, daß eine bestimmte Periode einer erneuten Hegemonie der USA in der Weltwirtschaft und in der Weltpolitik angebrochen sei. Vorbereitungen und Verlauf des Golfkrieges scheinen letzteren Beobachtern recht zu geben.

In einer Periode turbulenter internationaler Ereignisse ist es um so notwendiger, nach dem Wirken langfristiger Entwicklungstendenzen zu fragen und deren gegenwärtiges und künftiges Gewicht in den internationalen Beziehungen in Rechnung zu stellen. Dabei sollte man an Ergebnisse der marxistischen Forschung zu internationalen Problemen des Kapitalismus anknüpfen, die im Laufe der achtziger Jahre erarbeitet wurden und sie zugleich einer kritischen Überprüfung unterziehen.

In dem vorliegenden Artikel soll auf einige Aspekte der Beziehungen zwischen den kapitalistischen Hauptmächten eingegangen werden. Der Verfasser setzt bei seinen Überlegungen an Ergebnisse früherer Arbeiten zu dieser Thematik an.² Diese lassen sich kurz folgendermaßen resümieren: Seit den sechziger Jahren ist eine beschleunigte Internationalisierung der kapitalistischen Wirtschaft zu beobachten, die sich sowohl auf die Unternehmensebene, die Expansion der transnationalen Konzerne als auch auf den zwischenstaatlichen Bereich in Form verschiedener staatsmonopolistischer Regulierungsansätze erstreckt. Diese Internationalisierung führt zu einer wachsenden ökonomischen Verflechtung vor allem zwischen den kapitalistischen Industrieländern und damit zu einer verstärkten Interdependenz zwischen ihnen. Es bildet sich in ihren Beziehungen ein stetig wachsender Sockel wechselseitiger ökonomischer

Abhängigkeiten. Die materielle Grundlage hierfür ist in der Entfaltung der wissenschaftlich-technischen Revolution und in der mit ihr einhergehenden bedeutenden Vertiefung der internationalen Arbeitsteilung zu sehen.

Diese Prozesse der Internationalisierung und Interdependenz prägen die Art und Weise der zwischenkapitalistischen Beziehungen in Gestalt einer Art "regulierten Rivalität". Diese Rivalität bewegt sich zwischen zwei Hauptrichtungen, einem hegemonistischen Typ, bei dem die Beziehungen vollständig oder weitgehend dem Hegemonieanspruch der USA untergeordnet sind, und einem mehr kollektiven Typ, der stärker durch eine kollektiv organisierte Interessenregulierung der führenden Mächte gekennzeichnet ist. In der Wirklichkeit ging es immer um den Widerstreit dieser beiden Tendenzen, wobei im Verlauf der achtziger Jahre eindeutig ein Rückgang der Hegemonieposition der USA festgestellt wurde.

Wachsende Bedeutung für die Rivalitätsbeziehungen zwischen den kapitalistischen Hauptmächten erlangten unterschiedliche Interessen und Positionen in den Ost-West-Beziehungen sowie gegenüber den Entwicklungsländern bzw. einzelnen Gruppierungen unter ihnen sowie gegenüber der Lösung globaler Probleme - vor allem hinsichtlich internationaler Sicherheit und Abrüstung.

Diese hier nur kurz skizzierten Überlegungen aus früheren Untersuchungen sind anhand der jüngsten Entwicklung zu überprüfen. Dies gilt vor allem für den Wegfall der Ost-West-Konfrontation als neues Element der zwischenkapitalistischen Beziehungen und regulierten Rivalität.

Die Internationalisierung ist weiter vorangeschritten

Die Internationalisierung der kapitalistischen Wirtschaft hat sich auch in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre fortgesetzt. Dies gilt sowohl für die Unternehmensebene als auch für die Verflechtung zwischen den nationalen Volkswirtschaften der kapitalistischen Industrieländer. Wir beobachten eine stetige Zunahme des Bruttosozialprodukts, und entgegen vielen Voraussagen hat der Welthandel nach der Krise von 1980/82 wieder stark zugenommen und das Wachstum des Bruttosozialprodukts erneut bedeutend übertroffen. Trotz aller protektionistischen Tendenzen, vor allem in den Beziehungen Westeuropas und Japans zu den USA, hat sich der Welthandel ständig erweitert. Im Jahre 1986 kam es zur Eröffnung der neuen Welthandelsrunde im GATT.

Eine besonders stürmische Entwicklung nahm seit Mitte der achtziger Jahre die Entwicklung der privaten Direktinvestitionen im Ausland. Der Export von privatem Kapital hat sich allein im Zeitraum zwischen 1984 und 1987 mehr als verdreifacht. Nach einem nur geringfügigen Zuwachs im Jahre 1988 ist er 1989 erneut sprunghaft gestiegen. Dabei hat sich in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre die schon zuvor zu beobachtende Ten-

denz verstärkt, wonach die wichtigsten Kapitalexportländer - USA, Großbritannien, Frankreich, Japan und die BRD - zugleich auch die größten Kapitalanlageländer waren. Etwa 70 % aller Kapitalexporte kamen aus diesen Ländern und mehr als 60 % flossen in sie. Ein wesentliches Element dieser Kapitalflüsse war die wachsende intraindustrielle Kooperation zwischen den Volkswirtschaften dieser Länder.

Die achtziger Jahre sind das Jahrzehnt der "globalen Fabrik" (global factory), die über die Welt verstreut technologische Vorteile mit Niedriglohn in auswärtigen Standorten verbindet und Zulieferungen und Produktion über verschiedene Unternehmen in der Welt organisiert. Diese Form der internationalen Fabrik verbindet sich mit einer neuen Art der Konkurrenz, mit der "strategischen Partnerschaft", bei der eine globale Firma mit führenden Konkurrenten der Branche zeitweilig und auf klar abgegrenzten Gebieten Kooperationsvereinbarungen abschließt oder auch joint ventures bildet, um die enormen Kosten der Entwicklungsarbeiten gemeinsam zu tragen. Nach Erreichung dieses begrenzten Zieles wird die Partnerschaft wieder aufgegeben, und zur gleichen Zeit geht die Konkurrenz zwischen den beteiligten Unternehmen auf allen anderen Gebieten außer dieser strategischen Partnerschaft unvermindert weiter. Solche Partnerschaften finden sich vor allem in der Elektroindustrie, der Elektronik und in der Telekommunikation aber auch in der Automobilindustrie und in anderen traditionellen Zweigen.³

Am raschesten vollzog sich die Internationalisierung in der Finanzsphäre. Die internationalen Finanztransaktionen betragen täglich das 25-fache der Weltwarenströme. Die internationale Verflechtung der Finanzmärkte zeigte sich in der Finanzierung der amerikanischen Haushaltsverschuldung durch ausländische, vor allem japanische Geldgeber. Sie äußerte sich aber auch drastisch in den Auswirkungen amerikanischer Börsenschwankungen auf andere Wertpapiermärkte, wie sie im Börsenkrach in Japan und auch in westeuropäischen Staaten zu beobachten waren. Die Mobilität aber auch die Krisenanfälligkeit der internationalen Finanzmärkte hat sich durch die Computertechnik und die Telekommunikation bedeutend verstärkt.

Wachsende Ungleichgewichtigkeit in der ökonomischen Interdependenz zwischen den Industrieländern

Insgesamt hat sich also die ökonomische Verflechtung zwischen den kapitalistischen Industriestaaten weiter verstärkt. Die Internationalisierung hat dagegen die Masse der Entwicklungsländer und die osteuropäischen Staaten sowie die UdSSR kaum erfaßt. Damit hat sich das Gefälle in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen zwischen den im wesentlichen in der OECD zusammengeschlossenen kapitalistischen Industriestaaten auf der einen Seite und der übrigen Welt auf der anderen Seite bedeutend vergrößert.

Bert. So kommen etwa 98 % der privaten Kapitalexporte aus den OECD-Staaten, und mehr als dreiviertel fließen auch dorthin. Der Anteil der Entwicklungsländer am Kapitalimport aus diesen Staaten sank 1988 unter 10%, wobei die am wenigsten entwickelten Länder unter die 1% -Marke rutschten.⁴

Einzigste Ausnahme von dieser Entwicklung war die kleine Gruppe der ostasiatischen Schwellenländer, vor allem Singapur, Hongkong, Südkorea und Taiwan. Sie haben sich weiter rasch entwickelt und sind nunmehr nach ihrem technologischen und ökonomischen Entwicklungsstand sowie hinsichtlich ihrer Stellung in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen den kapitalistischen Industrieländern zuzurechnen. Ihre Ausfuhren expandierten in den achtziger Jahren dreimal so rasch wie der Weltdurchschnitt. Ihr Anteil am Weltexport stieg von 1980 - 1988 von knapp 4 % auf knapp 8 %.

Rechnet man noch Malaysia und Thailand hinzu, die ebenfalls eine hohe Entwicklungsdynamik aufweisen, so zeigt sich ein starkes Gewicht der ostasiatischen Schwellenländer in den Handelsbeziehungen der OECD-Staaten. Der Anteil aller sechs Staaten an den OECD-Importen an den übrigen Welt stieg von 12 % im Jahre 1980 auf 30 % im Jahre 1989. Etwa zwei Drittel der Importe in diese Staaten kommen aus der OECD. Bemerkenswert ist der wachsende Anteil von modernen Industriegütern am Export der sechs Schwellenländer. Sie werden immer mehr zu starken Konkurrenten der "alten" Industrieländer gerade in wichtigen Sparten der Hochtechnologie. Handelskonflikte werden weiter zunehmen.

Betrachtet man die Ergebnisse der Internationalisierung in den achtziger Jahren im Hinblick auf die drei wichtigsten Machtzentren des Kapitalismus, so zeigen sich im Entwicklungstrend auf den ersten Blick keine wesentlichen Veränderungen: Die Anteile der USA und Westeuropas (in Gestalt der EG) am Bruttosozialprodukt, Welthandel und Kapitalexport haben sich gegenüber dem Anfang der achtziger Jahre kaum verändert. Japan hat seine Positionen weiter ausbauen können. Aber diese allgemeinen Angaben vermitteln kein genügend klares Bild über die tatsächlichen Konkurrenzpositionen. Dazu bedarf es einer genaueren Analyse der wirklichen Interdependenzverhältnisse. Gewachsen sind die wechselseitigen Handels- und Kapitalverflechtungen, die für die USA eine neue Qualität erlangten. Das Gewicht des Exports in der USA-Wirtschaft hat sich mehr als verdoppelt (1989 = 7 % des Bruttosozialprodukts), und die USA wurden zum Hauptanlagegebiet für private Direktinvestitionen aus Westeuropa und Japan. Überhaupt hat sich die Integration der USA in die Weltwirtschaft stark beschleunigt und zu neuen Abhängigkeiten geführt. Dies zeigt sich zum einen in der Beherrschung des amerikanischen Marktes für Verbrauchsgüter der Hochtechnologie durch japanische Konzerne. So stammen heute 98 % aller Faxgeräte in den USA aus Japan und die restlichen 2 % aus Südkorea. Chips werden am billigsten in diesen beiden Ländern produziert, und in der neuen Bildschirmtechnik (LCD-Screen)

haben japanische Unternehmen die Weltvermarktung übernommen, obwohl der neue Bildschirm schon vor 25 Jahren in den USA bei RCA entwickelt wurde. Der Aufbau von japanischen und westeuropäischen Produktionsstätten in den USA setzte sich in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre weiter fort. Die USA sind auf wichtigen Gebieten von ausländischer Technologie abhängig geworden, auch wenn ihre Spitzenpositionen in der Militärtechnik und in weiteren Bereichen der Hochtechnologie noch Bestand haben. Wesentliche Abhängigkeiten der USA zeigen sich vor allem im Finanzsektor. Die Finanzierung des amerikanischen Staatshaushaltsdefizits war nur durch ausländische Kapitalgeber möglich und führte zu einer bedeutenden Abhängigkeit vor allem von japanischen Banken. Die gesamte private und öffentliche Verschuldung der USA hat sich im vergangenen Jahrzehnt auf über 12 Billionen Dollar erhöht und damit fast verdreifacht. Um das Loch im Staatshaushalt zu stopfen, müssen jährlich mindestens 100 Mrd. Dollar im Ausland aufgenommen werden. Die USA konnten den Golfkrieg nur dank ausländischer Finanzierungszusagen in Szene setzen.

Entscheidend für die Einschätzung der ökonomischen Position der USA sind daher immer mehr die *inneren* ökonomischen Verhältnisse. Als Erbe der Reaganschen Wirtschaftspolitik gerieten die USA in eine immer größere Finanzkrise mit Bankenzusammenbrüchen, einer niedrigen Sparquote und einer überfälligen Steuerreform. Produktive Investitionen, vor allem in den technologisch führenden Branchen, sind völlig unzureichend, das System der technischen Bildung muß überholt werden, kurzum, die Modernisierung der amerikanischen Wirtschaft ist insgesamt weiter zurückgeblieben. Diese tiefe strukturelle Schwäche der amerikanischen Wirtschaft beeinträchtigt die internationale Rolle der USA immer mehr. "Wenn die Staatsmänner der USA sich nicht um die inneren Fragen des Landes kümmern, die die Menschen zutiefst beunruhigen, sondern die Dinge durch fehlendes Führungsvermögen treiben lassen, so wird die Fähigkeit Amerikas, die Weltangelegenheiten positiv zu beeinflussen, weiter abnehmen, und wir werden uns auf einem Weg wiederfinden, der mit dem vergleichbar ist, auf dem die Sowjetunion gegenwärtig entlangschlittert."⁵

In Westeuropa zeigen sich in den letzten Jahren ebenfalls einige neue Tendenzen im Internationalisierungsprozeß. Die Stellung der EG im Welthandel hat sich weiter gefestigt. Die EG verfügen über ein Gewicht im Weltexport, das etwa doppelt so groß ist wie das der USA und Japans zusammen. Dabei ist es von Vorteil, daß knapp 60 % des EG-Handels innerhalb dieser Vereinigung abgewickelt werden, d.h. sie unterliegen nicht den Schranken und protektionistischen Hürden des internationalen Handelsverkehrs. Es ist auch nicht zu übersehen, daß die Inangriffnahme der Schaffung des einheitlichen Binnenmarktes bis 1992 die ökonomischen Aktivitäten und Verflechtungen im westeuropäischen Wirtschaftsraum bedeutend stimuliert hat. Neben dem Abbau der verschiedenen Schranken der weiteren Integration hat vor allem die transnationale Investitionstätig-

keit im EG-Raum stark zugenommen. Dabei beobachten wir seit 1990 eine gewisse Umleitung der Investitionsströme aus den USA nach Westeuropa. Investoren aus den EG-Staaten legten in den ersten 9 Monaten von 1989 noch etwa 35 Mrd. Dollar in den USA neu an, während es im Vergleichszeitraum von 1990 nur noch 11 Mrd. Dollar waren. Die westdeutschen Kapitalexporte stiegen 1990 sprunghaft an. Von insgesamt 13 Mrd. DM im ersten Halbjahr 1990 gingen mehr als 90 % nach Westeuropa und nur noch 3 % in die USA. Der Beschluß der EG vom Oktober 1990, eine Europäische Zentralbank zum 1. Januar 1994 zu gründen und die weitere Festigung des europäischen Währungssystems sind weitere wichtige Schritte zum Ausbau des europäischen Integrationsraumes, auch wenn sicherlich nicht alle Ziele der Schaffung eines einheitlichen Binnenmarktes termingemäß und in dem beabsichtigten Umfang erreicht werden können.

Gleichzeitig ist nicht zu übersehen, daß auch innerhalb Westeuropas neue Widersprüche auftreten. Zum einen ist es die erneute Rolle Großbritanniens als Hauptverbündeter der USA, die im Golfkrieg und in der folgenden Phase der internationalen Politik besonders deutlich zutage trat und erneut unterschiedliche Positionen zwischen Großbritannien auf der einen und Deutschland und Frankreich auf der anderen Seite erkennen ließ. Zum anderen bringt die Einigung Deutschlands und der damit verbundene Potenzialzuwachs Deutschlands neue Momente in das innereuropäische Kräfteverhältnis. Auf wichtige Aspekte dieser Frage wurde in dem Artikel von Ernst Lüdemann hingewiesen.⁶

Japan ist in seinem Einfluß auf die internationalen Wirtschaftsbeziehungen in den letzten Jahren weiter aufgerückt. Acht der zehn größten Banken der Welt sind heute in japanischer Hand, im Schiffs- und im Maschinenbau geben japanische Unternehmen den Ton an. Im Bereich der Unterhaltungselektronik liegt Japan weit an der Spitze, und bei der Herstellung von elektronischen Bausteinen ist es auf dem besten Wege zur Alleinherrschaft. Während noch Anfang der siebziger Jahre die USA bei der Produktion von Computerchips absolut vorherrschend waren, sind es jetzt die sechs größten japanischen Konzerne auf diesem Gebiet. Gleichzeitig haben sich die Spannungen zwischen den USA und Japan auf dem Gebiet des Handels weiter verschärft. Die USA drängen nach wie vor auf eine größere Öffnung des japanischen Binnenmarktes, obwohl die japanischen Importe aus den USA seit 1987 bedeutend zugenommen haben. Sie stiegen 1988 um 34 % und 1989 erneut um 18 %. Das bedeutet, daß 1989 die Industriegüterexporte der USA nach Japan umfangreicher waren als die Exporte nach Deutschland und Frankreich zusammengenommen. Mit diesem Schub amerikanischer Exporte ist derzeit die Bereitschaft Japans nach weiteren Konzessionen erschöpft. Gleichzeitig ist festzustellen, daß die japanischen Direktinvestitionen in den USA zwar mit einzelnen spektakulären Übernahmen (wie z.B. der Kauf des Kommunikationsgiganten MCA Inc. durch Matsushita Electric Industrial Comp.) anhalten, zugleich aber in den ersten 9 Monaten des Jahres 1990 erstmalig etwa 19

Mrd. Dollar aus der amerikanischen Wirtschaft durch japanische Investoren abgezogen wurden. Ähnlich wie in Westeuropa werden die Investitionen innerhalb des Landes weiter verstärkt. Angesichts der Finanzierungsprobleme der japanischen Banken fordern die Notenbanken und das Finanzministerium in Tokio immer nachhaltiger eine Einschränkung der Kreditvergabe ins Ausland. Die Fuji-Bank will ihre amerikanischen Aktiva in Höhe von 60 Mrd. Dollar um 5 % verringern.

Regulierte Rivalität auch unter den gegenwärtigen Bedingungen?

Angesichts der weltpolitischen Veränderungen der letzten Jahre hat sich die Wechselwirkung zwischen ökonomischen, politischen und militärischen Faktoren in den internationalen Beziehungen bedeutend verstärkt. Kräfteverhältnisse zwischen den führenden Staaten und die Austragung der Rivalitäten zwischen ihnen werden durch dieses Spannungsfeld immer deutlicher beeinflusst. Das entscheidende neue Element ist hierbei der Wegfall der Ost-West-Konfrontation als wesentlicher Bezugspunkt.

Als ein Kernproblem wird gegenwärtig diskutiert, welches Gewicht militärischer Macht künftig in den internationalen Beziehungen beizumessen ist und wie hierdurch die Führungsrolle der USA beeinflusst wird. Auch wenn der Verlauf des Golfkonflikts das militärische Übergewicht der USA erneut vor Augen geführt hat, sind sich die meisten Beobachter einig, daß der militärische Faktor in der Ausübung von Macht im internationalen Maßstab abnehmende Bedeutung hat.

Zum einen haben die Beendigung der Ost-West-Konfrontation und die Auflösung des Warschauer Pakts grundlegende Veränderungen im internationalen Sicherheitsdenken zur Folge. Die Verbündeten der USA werden immer weniger bereit sein, ihre ökonomischen und politischen Interessen wegen der militärischen Vormachtstellung der USA zurückzustellen. Dies gilt sowohl für Westeuropa - und hier besonders für das vereinigte Deutschland - als auch für Japan. Die Partner der USA hängen weniger als zuvor von amerikanischer militärischer Technologie und von amerikanisch geführten Militärbündnissen ab. Demgegenüber sind die USA auf die Verbündeten angewiesen, um militärische Hochrüstung und militärische Hegemonie in der Welt finanzieren zu können. Zum anderen hat das Beispiel des Golf-Krieges erneut gezeigt, daß Kriege im Zeitalter der Massenvernichtungswaffen und der Verschärfung der globalen Probleme die Menschheit in eine Katastrophe führen können. Gerade mit dem zunehmenden Gewicht der globalen Probleme - vor allem der Zuspitzung der ökologischen Situation, der drastischen Verschärfung des Zurückbleibens der Masse der Entwicklungsländer - wächst die Interdependenz zwischen den Staaten und Regionen in einem umfassenderen Sinne als dies die ökonomischen Verhältnisse allein bewirken könnten. Angesichts dieser Entwicklung werden die Positionen der führenden kapitalistischen Mächte hin-

sichtlich des Ausbaus und des Einsatzes militärischer Macht zur Durchsetzung ihrer Interessen stärker als bisher divergieren.

Zunehmendes Gewicht im Kräfteverhältnis zwischen den kapitalistischen Hauptmächten und in den internationalen Beziehungen überhaupt erlangt die *Ökonomie*. Die stürmische Entwicklung der wissenschaftlich-technischen Revolution wird sich fortsetzen und damit auch der Kampf der transnationalen Konzerne und der Staaten um die Beherrschung und Vermarktung der neuen Technologien. Internationale Arbeitsteilung und wechselseitige ökonomische Abhängigkeit zwischen den Industriestaaten werden sich weiter ausprägen. Amerikanische Führungspositionen sind hier aber zunehmend verlorengegangen.

Angesichts dieser Zusammenhänge von militärischer und ökonomischer Macht ist daher langfristig gesehen kaum mit einer Durchsetzung der Hegemonie der USA in den internationalen Beziehungen zu rechnen. Dies bedeutet, daß die ökonomische Rivalität zwischen den USA und ihren Hauptrivalen Westeuropa und Japan mit größerer Härte und geringerer Kompromißbereitschaft ausgetragen wird. Anzeichen hierfür waren das vorläufige Scheitern der GATT-Runde wie auch die geringere Kompromißbereitschaft Westeuropas und Japans gegenüber den USA in der Zins- und Währungspolitik.

Der Zerfall der "sozialistischen Staatengemeinschaft" und die Krise der UdSSR bedeuten das Ende der Ära der zwei Supermächte und haben eine weitere Verstärkung der *Multipolarität* in den internationalen Beziehungen zur Folge. Dies gilt neben der weiteren Ausprägung der eigenständigen Interessen Japans und Westeuropas für die künftige Rolle der UdSSR und Chinas wie auch für mögliche regionale Gruppierungen in Lateinamerika und Asien, im Pazifik und im Nahen Osten. Die Ungleichgewichte in den internationalen Beziehungen können dadurch weiter zunehmen. Stärken und Schwächen auf technologischem, ökonomischem und militärischem Gebiet sind ungleich und unterschiedlich auf die einzelnen Staaten und Gruppierungen verteilt, können sich aber zumindest teilweise kompensatorisch ausgleichen.⁷ Bezogen auf die künftige Rolle der USA kann man daher folgender Feststellung eines der bekanntesten amerikanischen Experten für internationale Beziehungen Joseph S. Nye zustimmen: "Für die Stärke der USA nach dem kalten Krieg werden weniger die neuen Herausforderer einer Hegemonie als vielmehr die neuen Herausforderungen der transnationalen Interdependenz zum Problem."⁸

Der hegemoniale Typ einer regulierten Rivalität ist noch weniger als früher als vorherrschender Typ anzunehmen. Aber auch ein mehr kollektiv orientierter Typ wird in der neuen Weltsituation Veränderungen unterliegen. Regulierte Rivalität zwischen den führenden kapitalistischen Mächten über internationale "staatsmonopolistische" Mechanismen - seien es direkte Formen der Abstimmung und Kooperation wie Wirtschaftsgipfel, Expertenberatungen o.ä. oder die Nutzung solcher internationaler Organi-

sationen wie Weltbank und IWF - wird angesichts der veränderten Konkurrenzpositionen der Partner zunehmend komplizierter, und zugleich entspricht sie in ihrer Exklusivität immer weniger der wachsenden Multipolarität in den internationalen Beziehungen. Die Notwendigkeit einer Regulierung zwischenstaatlicher Rivalität wird angesichts einer sich verstärkenden Interdependenz auf technologischem, ökonomischem und ökologischem Gebiet sowie auf weiteren Gebieten jedoch noch zunehmen.

So wird eine "regulierte Rivalität" künftig sowohl auf einen größeren Kreis von internationalen Problemen als auch auf eine höhere Anzahl von Staaten und Staatengruppen zielen müssen. Dies wird wesentlich komplizierter, mit mehr Reibungen und Konflikten vonstatten gehen. Den institutionellen Rahmen für eine solche umfassendere "regulierte Rivalität" werden internationale Organisationen mit universellem Charakter, letztlich die Vereinten Nationen bilden müssen.

Was die gegenwärtige Analyse so kompliziert, ist die Tatsache, daß wir uns inmitten eines Umbruchs in den internationalen Beziehungen befinden. Man muß sich daher gerade jetzt davor hüten, gegenwärtige Prozesse und Ereignisse zum Maßstab der Einschätzung langfristiger Entwicklungstrends zu nehmen. Das bezieht sich besonders auf die Rolle der USA. Die Zahl der Akteure in den künftigen Auseinandersetzungen wird gegenüber den achtziger Jahren zunehmen, auch wenn die drei bisherigen Hauptzentren des Kapitalismus vorerst weiter als Hauptprotagonisten auftreten. Wir haben es heute mit einer Zwischenetappe der Umgestaltung der internationalen Beziehungen zu tun, mit dem Übergang von einer Welt, in der der Ost-West-Konflikt die Hauptachse dieser Beziehungen bildete, zu einer Welt, in der sich die Multipolarität bedeutend verstärkt, neue Formen annimmt und neue Akteure auf die Szene rufen.

- 1 In den USA findet seit 1989 erneut eine heftige Diskussion unter den Experten der internationalen Beziehungen über "Hegemonie", "Macht", "Multipolarität" und "Interdependenz" sowie über die künftige Position der USA in der Periode nach dem kalten Krieg statt. Mit dem Golf-Konflikt hat diese Diskussion einen ersten Höhepunkt erreicht. Beiträge sind vor allem in den Zeitschriften "Foreign Affairs" und "Foreign Policy" erschienen.
- 2 Vgl. die gemeinsam mit Lutz Maier verfaßte Monographie "Internationaler Kapitalismus", Berlin 1987.
- 3 Siehe z.B. Howard V. Perlmutter/David A. Heenan, Thinking Ahead *Havard Business Review*, March-April 1986, Nr. 2; Kenichi Ohmae, *The Global Logic of Strategic Alliances*, *Havard Business Review*, March-April 1989, Nr. 2.
- 4 *Foreign Direct Investment Flows to Developing Countries*, UNIDO, PPD. 167, 10 July 1990.
- 5 Stanley Hoffmann, *A New World and Its Troubles*, *Foreign Affairs*, Fall 1990, S. 118.
- 6 Vgl. Ernst Lüdemann, *Das ökonomische Potential des "neuen Deutschland"*, Z, Nr. 4, Dezember 1990.
- 7 Siehe z.B. Joseph S. Nye, Jr., *Soft Power*, *Foreign Policy*, Fall 1990, Nr. 80.
- 8 Ebenda, S. 171.

Dieter Boris

Aspekte divergierender kapitalistischer Entwicklung in der Dritten Welt

Der zwiespältige Siegeszug der "Marktwirtschaft" in der Dritten Welt

Im Bereich der Dritten Welt scheint die kapitalistische Produktionsweise - meist als Marktwirtschaft, "soziale Marktwirtschaft" oder ähnlich apostrophiert - in den letzten 10 bis 15 Jahren einen Prestigezuwachs erfahren zu haben, der auf merkwürdige Weise mit Daten und Befunden der realen Entwicklung in vielen Regionen der Dritten Welt kontrastiert. Obwohl gerade die (marktwirtschaftlich zustandegekommene) Verschuldungskrise und die in ihrem Gefolge durch Austeritätspolitik freigesetzten marktwirtschaftlichen Mechanismen (Deregulierung, Entstaatlichung, Öffnung der Ökonomie nach außen etc.) die meisten Länder Lateinamerikas, des subsaharischen Afrika, von Nordafrika und dem Nahen Osten mehr oder minder stark zurückgeworfen haben und anhaltendes ökonomisches Wachstum nur bei einigen ostasiatischen Ländern (vor allem Südkorea, Taiwan etc.) zu konstatieren war, hat sich der Glaube verbreitet und verfestigt, daß nur mit marktwirtschaftlichen, exportorientierten, Weltmarktintegration anstrebenden Strategien ständige Fortschritte zu erzielen seien. Abgesehen von den genannten ostasiatischen Schwellenländern rückten Indonesien, Malaysia und Thailand neuerdings auf der Erfolgskurve des internationalen Wirtschaftsbarometers voran. Zeitweise dynamische Produktionszuwächse (vor allem im Nahrungsmittelsektor) in Indien und der Volksrepublik China - beides im Zeichen erhöhten Gewichts marktwirtschaftlicher und verstärkter Öffnungspolitik - mögen zu diesem Prestigezuwachs ebenfalls beigetragen haben. Diese Tendenz in der Beurteilung unterschiedlicher Wirtschaftssysteme haben dann aber vor allem auch mit dem Zusammenbruch fast aller sozialistischer Systeme in Osteuropa bzw. der Sowjetunion eine Zuspitzung erfahren und zu einer teilweise ungezügelt-naiven Markteuphorie geführt. Diese - möglicherweise in bezug auf die betroffenen Bevölkerungsmassen überschätzte - Neigung zu "marktradikalen" Optionen hat auch in der Entwicklungstheorie und der Dritten Welt-Forschung einen deutlichen Niederschlag gefunden.

Die Rückkehr zu den guten, alten Modernisierungstheorien?

Reflex dieser durchaus zwiespältigen Realentwicklung in der Dritten Welt war ein Voranschreiten marktwirtschaftlicher, angebotsphilosophischer und modernisierungstheoretischer Erklärungen von Unterentwicklung und Entwicklung, was teilweise ein Wiederaufleben des Diskussionsstandes der

50er und frühen 60er Jahre bedeutete.¹ Die dependenztheoretischen Analysen - so großen Einfluß sie seit Ende der 60er bis Ende der 70er Jahre ausübten (dies läßt sich an der seinerzeit benutzten Terminologie ganz unterschiedlicher Autoren nachweisen!) - sind seither zunehmend in die Schußlinie geraten. Dabei sind eine Reihe berechtigter Kritikpunkte (jedenfalls gegenüber bestimmten Vertretern der Dependenzanalysen) vorgebracht worden: Unklarer theoretischer Status und unpräzise Grundbegriffe, ein gewisser Schematismus und unhistorischer Analysezugang, die in vielen Ansätzen tendenzielle Verabsolutierung externer Verursachungsmomente von Unterentwicklung, eine gewisse ökonomistisch-reduktionistische Komponente sowie eine Unterschätzung politischer Eigendynamik und kultureller Dimensionen, schließlich eine zu geringe Beachtung unterschiedlicher Entwicklungswege in der Dritten Welt, eine Tendenz zu unterkonsumtionistischen Erklärungsansätzen für eine stagnierende Binnenmarktentwicklung und eine gewisse Idealisierung der frühen Phasen des Kapitalismus in Europa etc.²

Allerdings hat dies bei einzelnen Autoren zu einem entgegengesetzten Pendelausschlag geführt, das heißt z.B. zu einer uneingeschränkt positiven und unproblematischen Sicht der weltwirtschaftlichen Integration unterentwickelter Länder, zu einer Unterbewertung der ökonomischen Dimension generell etc.³ So sahen selbst scharfe Kritiker der Dependenztheorie sich genötigt, auf die partiellen Einsichten dieser Ansätze zu verweisen und daran zu erinnern, daß die Diskussion um Unterentwicklung und deren theoretische Erklärung gerade von den Dependenzanalysen sehr befruchtet worden ist. So stellte kürzlich Andreas Boeckh fest, daß die Dependencia möglicherweise vorschnell in Verruf geraten sei, und Hartmut Elsenhans ergänzt: "Die Krise der Dependencia-Schule stützt im übrigen keineswegs die Behauptung, daß die Entwicklungsländer durch bloße Integration in die internationale Arbeitsteilung mit den kapitalistischen Industrieländern Unterentwicklung überwinden könnten. Genauso ist durch die verbreitete Kritik des Staatsinterventionismus in der Dritten Welt noch nicht die These begründet, daß Marktwirtschaft allein Unterentwicklung überwinden könne."⁴

Diese Trendentwicklung läßt sich bis weit hinein in den Kreis linker oder fortschrittlicher Autoren verfolgen, welche nun zunehmend klarer "die Vorzüge" marktwirtschaftlicher Mechanismen auch für die Länder der Dritten Welt erkennen und im übrigen eine völlige Umakzentuierung und Verschiebung der Gewichte zwischen externen und internen Verursachungsmomenten von Unterentwicklung vornehmen.⁵

Andere, frühere Anhänger der Dependenztheorie, wie z.B. Dieter Senghaas und Ulrich Menzel, haben auf der Basis umfangreicher historischer Studien (über die Weltmarktintegration einiger europäischer Fallbeispiele) und durch gegenwartsorientierte komparative Analyse ihre früheren Thesen weitgehend modifiziert und differenziert;⁶ ob diese Wendung mit einer "Neuaufgabe der Modernisierungstheorien", welche "wesentliche Einsichten

über im internationalen Kontext zu verortenden Entwicklungshindernisse verschüttet", identisch ist⁷, soll an dieser Stelle nicht überprüft werden.

Eine differenziertere Ausgangsfrage

Während in der Diskussion der 60er und 70er Jahre die Frage dominant war, ob unter den heutigen Bedingungen eine nachholende kapitalistische Industrialisierung in der Dritten Welt möglich sei, wird man angesichts der heute zu konstatierenden Fälle und gemachten Erfahrungen diese Grundfrage anders stellen. Einige Fälle, wie die bereits genannten ostasiatischen Schwellenländer (Taiwan, Südkorea, Singapur und Hongkong) haben diese Frage grundsätzlich positiv beantwortet. Nicht nur das über drei Jahrzehnte fast ununterbrochen hohe Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP), noch mehr die enorme Steigerung der industriellen Produktion und der industriellen Exporte (die mittlerweile bei den "vier Tigern" über 90 % des gesamten Exports ausmachen), sondern auch die bedeutend gestiegene innere Homogenität und Kohärenz der Produktions- und Industriestrukturen sowie die tiefgreifenden Veränderungen der Beschäftigungssysteme verweisen auf irreversible Umbrüche der ökonomischen und sozialen Strukturen dieser Länder, die sich zunehmend dem Profil der OECD-Staaten annähern.⁸ Daher scheint es sinnvoller zu sein, die ganz unterschiedlichen Formen und Ausprägungen von kapitalistischer Produktionsweise in Ländern der Dritten Welt genauer zu studieren und die spezifischen Bedingungen für die Realisierung bestimmter Typen von Kapitalismus zu ergründen und theoretisch zu systematisieren.

Die innerkapitalistische Differenzierung zwischen verschiedenen Fällen in der Dritten Welt ist keineswegs bloß von theoretischem Interesse, sondern natürlich auch ebenso bedeutsam für die Entwicklungspolitik und die konkrete Lage großer Bevölkerungsgruppen. So gibt es z.B. bloß zwischen den Variablen ökonomische Wachstumsrate und Armutsverringerung bzw. Abbau von Marginalität ganz unterschiedliche Konstellationen: es gibt Fälle mit hohem Wachstum und Verschlimmerung der Armutssituation, sprich: erhöhter Polarisierung, und entgegengesetzte Fälle mit hohem ökonomischem Wachstum und Abbau von Armut und Marginalität; so wie umgekehrt durchaus auch Fälle von niedrigem Wachstum und Reduzierung von Armutssymptomen einhergehen können, wobei natürlich der Fall von niedrigem Wachstum und Zunahme der Armutsindikatoren der häufigere und wahrscheinlichere Fall ist. "In Südkorea wuchs das Bruttosozialprodukt pro Kopf zwischen 1965 und 1985 jährlich um 6,6 %. Gleichzeitig nahm der Anteil der Armen an der Gesamtbevölkerung von 40 auf 7 % ab. Dies war jedoch keine automatische Folge des Wachstums. Brasilien konnte im selben Zeitraum eine Wachstumsrate von 4,3 % verbuchen. Der Anteil der Armen an der Bevölkerung blieb jedoch zwischen 20 und 30 % stehen. Die Ursache dafür dürfte in der ungleichen

Landverteilung und in der Konzentration des industriellen Wachstums auf wenige Metropolen liegen. In Südkorea hingegen war auf Druck der Vereinigten Staaten und aus Angst vor einer kommunistischen Revolution in den 40er Jahren eine Landreform durchgeführt worden.⁹

Unterschiedliche Konstellationen und Kombinationen ähnlicher Art ließen sich in großer Zahl anführen. Sie erinnern daran, daß zwischen ökonomischer Entwicklungshöhe bzw. Stand kapitalistischer Entwicklung einerseits und sozialen/politischen Dimensionen andererseits keine einfachen und einseitigen Determinationsbeziehungen existieren, vielleicht sogar in der Dritten Welt noch weniger als innerhalb der entwickelten kapitalistischen Länder. Dieser Umstand und die Vielfalt unterschiedlicher Ausprägungen und der Resultate kapitalistischer Entwicklung in der Dritten Welt scheint eine theoretische Bewertung und allgemeine Bedeutung der Entwicklungsperspektiven kapitalistischer Entwicklung in der Dritten Welt fast unmöglich zu machen. Jenseits der Alternative: Festhalten an "paradigmatischen Globaltheorien" (bei gleichzeitigem partiellem Realitätsverlust und/oder der Inkaufnahme unzureichender Verarbeitung von Fällen wie der ostasiatischen Schwellenländer) oder Kapitulation vor der "chaotischen Mannigfaltigkeit" der Länder der Dritten Welt unter Hinweis auf die Singularität jedes Einzelfalles scheint es nützlicher und sinnvoller zu sein, differenzierende und weniger global vorgehende theoretische Ansätze zu erproben.

Die Erfassung und Systematisierung interner und externer, historischer und aktueller, ökonomischer, sozialer, kultureller und politischer Bedingungen von dynamischer oder stagnativer Entwicklung des Kapitalismus in der Dritten Welt und das je spezifische Ineinandergreifen dieser Faktoren ist als theoretische Herausforderung zu begreifen; immer häufiger wird diese bescheidenere, aber realitätsgerechtere Perspektive als Forschungsprogramm wahrgenommen und propagiert. "Für die uns hier beschäftigende Frage nach der Bedeutung der exogenen und endogenen Faktoren bei der Entstehung von Entwicklung und Unterentwicklung kann die Lösung weder darin liegen, Unterentwicklung nur endogen oder exogen zu erklären, noch darin, die für alle "richtige" Mischung beider Verursachungsfaktoren zu finden. Die "paradigmatische" Behandlung dieses Problems hat bisher verhindert, daß die komplexen Verschränkungen zwischen endogenen und exogenen Ursachen angemessen untersucht worden sind. Gefragt sind entwicklungstheoretisch reflektierte, vergleichende Fallstudien, die die Chance eröffnen, eine Typologie von Entwicklungspfaden zu entwickeln, welche die jeweiligen inneren und äußeren Bedingungen von Entwicklung herausarbeiten, was dann wiederum Prognosen hinsichtlich der Entwicklungschancen einzelner Länder ermöglichen würde."¹⁰

Strategische Elemente der Differenzierung

Die ganz unterschiedliche Entwicklung innerhalb der Dritten Welt hat natürlich eine Fülle von Ursachen, die hier im einzelnen oder auch nur als Bündel von Ursachen nicht in extenso aufgeführt werden können. Als wichtigste Ebenen seien hier aber folgende herausgegriffen:

a) Ein bestimmtes Verhältnis von Weltmarktentwicklung zur nationalen Innenentwicklung eines Landes ist vonnöten; d.h. eine bestimmte Dynamik des Weltmarktes, eine Nachfrage nach bestimmten Produkten, welche nur in einer jeweiligen Periode geschichtlicher Entwicklung gegeben ist, kann - bei entsprechender Außenstrategie eines Entwicklungslandes - den Hintergrund des Erfolges abgeben. "Die südkoreanische Entwicklungsoption der raschen Integration in den Weltmarkt wäre beispielsweise in der "Großen Krise" der 30er Jahre sicherlich gescheitert, während die spezifische Form der Krise der Weltwirtschaft in den 70er und 80er Jahren paradoxerweise günstige Bedingungen für die weltmarktintegrative Strategie Südkoreas produzierte."¹¹

b) Erforderlich ist auch eine starke staatliche Instanz und ein effizienter Staatsapparat, der in erheblichem Umfang plant, die Rahmenbedingungen der Ökonomie weitgehend setzt und wichtige ökonomische Bereiche selbst bestimmt: so z.B. dadurch, daß der Staat Eigentümer wichtiger Teile der verarbeitenden Industrie ist, ebenso dadurch, daß der Staat das Bankensystem vollständig kontrolliert und mithin eine entscheidende Einflußnahme auf das Investitionsverhalten ausübt; im übrigen besteht das weite Feld indirekter Kontrolle durch die Zoll-, Zins-, Wechselkurs-, Technologiepolitik etc. Aufgrund der relativ hohen Autonomie des Staates bzw. des Militärregimes von den gesellschaftlichen Kräften (sowohl gegenüber der einheimischen, entstehenden Bourgeoisie wie auch - noch mehr - gegenüber der Arbeiterklasse) die durch ein beträchtliches Maß an Repression abgesichert ist, kann die Wirtschaftspolitik und die Entwicklungsstrategie weitgehend und mit großer Kontinuität durchgesetzt werden. Auch starke ökonomische Kräfte (seien es große Kapitale, Konglomerate oder Oligarchien) können notfalls diszipliniert werden. Diese Bedingungen waren z.B. in Südkorea und Taiwan optimal gegeben, da die herrschenden Klassen durch die japanische Kolonialpolitik bzw. im Gefolge des Befreiungskampfes stark geschwächt worden waren.¹² Freilich werden durch diese rigiden Implementierungen einer Entwicklungsstrategie gesellschaftliche Widersprüche und Pressionen ausgelöst. Manche Autoren sehen gerade in der Fähigkeit des Staates, die nationale Wirtschaft gegenüber diese sozio-politischen Pressionen abzuheben, den entscheidenden Unterschied zwischen Schwellenländern und anderen Entwicklungsländern.¹³

c) Gerade bei - bevölkerungsmäßig - kleinen oder mittleren Ländern der Dritten Welt (wozu 90 % der Entwicklungsländer gehören) können Importsubstitutions- und Exportförderungsstrategie in keinem Gegensatz oder gar wechselseitigem Ausschlußverhältnis stehen. Erfolgreiche

kapitalistische Entwicklungswege (wie die Südkoreas oder Taiwans) kombinieren regelmäßig beide wirtschaftspolitische Orientierungen in einer gewissen zeitlichen Sequenz, nach der einer primären Phase der Imports substitution eine primäre Exportförderungsphase bezüglich ähnlicher elementarer Produkte folgt, dann eine analoge zweite Phase der Imports substitution bezüglich technologisch anspruchsvollerer Produkte erfolgt, diese wiederum eine zweite Stufe entsprechender Exportförderungsstrategie nach sich zieht - bis hin zu relativ hochstehenden technologischen Produkten. Gleichzeitig sind Liberalismus und Protektionismus Strategieelemente, die teils nacheinander, teils synchron angewandt werden. "Freihändlerisch und subventionistisch operiert Südkorea nur im Exportsektor (billige Nahrungsmittelimporte, zollfreier Import von Rohstoffen und Maschinen, Abwertung, Subventionen), massiv protektionistisch im Bereich der Binnenmarktindustrien (Importverbote, Kontingentierung, hohe Zölle, Abwertung). Insofern liegt ein Mischsystem von assoziativer und dissoziativer Strategie vor, wie es bereits aus der Industrielaisierungsgeschichte kleiner europäischer und außereuropäischer Exportökonomien bekannt ist. Südkorea ist also keineswegs die Bestätigung für die These, daß Liberalismus und Freihandel den Schlüssel zu nachholender Entwicklung liefern. Diese Einschätzung wird lediglich durch die hohe Weltmarktorientierung suggeriert. Im Gegenteil, Südkorea ist mehr ein Paradebeispiel für die anfängliche Wirksamkeit von Protektionismus und staatsintervention, bei dem der Freihandel nur als gezieltes Instrument in einem klar abgrenzbaren Wirtschaftsegment eingesetzt wird."¹⁴

d) Eine weitere Voraussetzung nachholender kapitalistischer Industrialisierung stellt - aller Erfahrung nach - eine tiefgreifende Agrarreform dar, als deren Resultat mittlere Produzenten, zumeist in Gestalt von Familienbetrieben, die Masse der agrarischen Erwerbsbevölkerung ausmachen. Sowohl die Abschaffung des Latifundiums, die Entmachtung von Oligarchien etc. wie auch die Vermeidung einer allzu starken Bodenzersplitterung (etwa in Form des Minifundios) sind notwendige (freilich nicht hinreichende) Bedingungen dafür, daß der Agrarsektor zunächst einseitig die Industrie alimentieren kann. Dies setzt die Steigerung der Produktivkräfte, Abzug von Arbeitskräften aus der Landwirtschaft und eine gewisse Nachfrage nach Industriegütern seitens der Landwirtschaft voraus. Über indirekte und direkte Steuern, die interne Preisschere zwischen (billigen) Agrargütern und (teuren) Industriegütern müssen, zumindest anfänglich, wesentliche Elemente des industriellen Akkumulationsfonds von der Landwirtschaft aufgebracht werden.

e) Die Minderung oder die Abschaffung des Analphabetismus, eine gewisse Bildungsreform, die relativ große Teile der Bevölkerung erfaßt, sind für einen raschen, kontinuierlichen Industrialisierungsprozeß unabdingbar, da nur dies die Voraussetzungen für die kommunikativen, praktischen und disziplinären Fähigkeiten/Eigenschaften der urbanen-industriellen Arbeitskräfte zu schaffen vermag.¹⁵

f) Insgesamt darf in einem solchen Fall von nachholender kapitalistischer Entwicklung offenbar keine zu große Ungleichheit in der Einkommens- und Vermögensverteilung bestehen. Eine solche Situation resultiert in gewisser Hinsicht aus einer gelungenen Agrarreform und einer Bildungsreform. Für die Entfaltung des Binnenmarktes und die Produktion von Massenkonsumgütern scheint diese Voraussetzung nicht unerheblich zu sein. Freilich kommt es hier natürlich auch auf die Größenverhältnisse des jeweiligen Landes an. So z.B. ist eine solche Voraussetzung (nicht allzu große Einkommensungleichheit und vergleichsweise starke Marktintegration) bei einem bevölkerungsmäßig großem Land wie etwa Brasilien oder Indien für die dynamische Entfaltung des Binnenmarktes nicht im gleichen Maße notwendig wie für wesentlich kleinere Länder.¹⁶

g) Die kapitalistische Akkumulation speist sich aus unterschiedlichen Quellen: Während in der Regel das Element der Kapitalimporte zunächst stark vertreten ist (allerdings in der Form von Krediten und nicht bzw. ganz untergeordnet in Form von Direktinvestitionen!), dann immer stärker werdend der Anteil der indirekten Besteuerung der Landwirtschaft (durch Unterbewertung der Agrargüter) ins Gewicht fällt und schließlich am Ende die hohen Gewinnspannen, die in der Exportindustrie anfallen, immer bedeutsamer werden.

Diese sieben Elemente (bzw. Dimensionen) von erfolgreicher, nachholender kapitalistischer Industrialisierung müssen alle mehr oder minder gegeben sein und sich positiv beeinflussend ineinandergreifen. Sind nur zwei oder drei Elemente vorhanden (z.B. "starker Staat" und imports substitutionen- und Exportförderungsstrategie, so reicht das offenbar für eine rasche und nachhaltige kapitalistische Entwicklung nicht aus. Das Ausmaß der genannten Elemente in einigen Schwellenländern kann z.B. wesentlich zur Erklärung dafür beitragen, daß die Weltmarkterschütterung zu Beginn der 80er Jahre und die Herausforderungen der Verschuldungskrise von Ländern wie Südkorea/Taiwan einerseits und Mexiko, Brasilien andererseits in ganz unterschiedlicher Form verarbeitet wurden. In den zuletzt genannten Ländern Lateinamerikas war z.B. die Autonomie des Staates weit weniger ausgeprägt und die ERgänzung von Imports substitution und frühzeitiger Exportförderungsstrategie bezüglich industrieller Produkte wesentlich weniger aufeinander abgestimmt und makroökonomisch relevant als z.B. in Taiwan oder Südkorea.¹⁷

In Südkorea und Taiwan waren diese genannten Elemente seit Ende des 2. Weltkriegs (bzw. vor allem seit Beginn der 60er Jahre) vergleichsweise optimal gegeben, was zweifellos (allerdings nicht nur!) mit der spezifischen Hinterlassenschaft des japanischen Kolonialismus und der besonderen Rolle dieser Staaten in dem Ost-West-Konflikt zu tun hat; beide Staaten waren ja bekanntlich gemäß der Systemgrenzen getrennte Staaten: Nord-Korea versus Süd-Korea bzw. Volksrepublik China versus Taiwan. Diese politische Sondersituation hat natürlich wesentlich zu der auch

ökonomischen Sonderrolle dieser beiden herausragenden Schwellenländer beigetragen.¹⁸

Perspektiven der Dritten Welt in den 90er Jahren

Wie waren diese Momente möglicher, erfolgreicher kapitalistischer Entwicklung in den 80er Jahren wirksam, wie werden solche in den 90er Jahren zu beurteilen sein? Wie groß ist die Wahrscheinlichkeit der Wiederholung der Fälle Südkoreas, Taiwans (bzw. auch Singapurs und Hongkongs als Stadtstaaten), in welchem Maße lassen sich die eingeschlagenen Strategien verallgemeinern?

Meine These vorweg: In einigen wenigen Fällen ist eine Wiederholung möglich, aber eine relativ breite Verallgemeinerungstendenz für eine relevante Zahl von Entwicklungsländern scheint ausgeschlossen zu sein. Einige wenige Schwellenländer werden weiter voranschreiten und zu "jungen Industrieländern" aufsteigen (Taiwan und Südkorea), andere jetzt als Schwellenländer eingestufte Fälle werden weiter zurückfallen (z.B. Argentinien, eventuell auch Brasilien). Wiederum andere Entwicklungsländer scheinen die Chance zu haben, zu Schwellenländern zu werden bzw. die Position auszubauen (Indien, Volksrepublik China z.B.). Aber die Masse der Entwicklungsländer (und hier spielt die Frage ob klein oder groß, ob ressourcenreich oder ressourcenarm, bevölkerungsstark oder bevölkerungsschwach etc. nicht die wesentliche Rolle) werden - in unterschiedlichem Ausmaß - immer mehr abgekoppelt, desintegriert werden teilweise gewissermaßen sogar zu "internationalen Sozialfällen", und zwar aus ökonomischen, ökologischen und institutionellen Gründen.

Ökonomisch, weil exportorientierte Strategien in der Zukunft tendenziell schwieriger werden und die Verschuldungssituation weiter für eine große Zahl von Entwicklungsländern eine erhebliche Last darstellen wird; *ökologisch*, weil die in Zukunft allein möglichen weniger energie- und rohstoffintensiven Entwicklungsmodelle schwieriger zu entwickeln und zu finanzieren sein werden (vor allem für die Dritte-Welt-Staaten) und andererseits das Fortschreiten und Steigern der bisherigen Raubbaumethoden in der Dritten Welt sich früher und einschneidender als kontraproduktiv auswirken wird als in den jetzigen Industrieländern; und *institutionell*, weil die genannten institutionellen und sozialen Dimensionen von internen Reformmaßnahmen in der Mehrheit der Entwicklungsländer nicht vorhanden sind und sich nur in geringem Umfang entsprechende Tendenzen für die Zukunft abzeichnen. Gerade letzteres schließt m.E. nicht aus, daß in Zukunft alternative und/oder regionale Wirtschaftsintegrationen zwischen bestimmten Entwicklungsländern erprobt werden, um der fortdauernden Degradierungs- und Abkoppelungstendenz zu entgegenen.

Unter dem Gesichtspunkt deiner kapitalistischen Entwicklung, welche auch Momente der Unterentwicklung abzubauen in der Lage ist (strukturelle Heterogenität, weltmarktabhängige, untergeordnete Reproduktion, Marginalität etc.), sind die 80er Jahre überwiegend negativ zu beurteilen. Die meisten Entwicklungsländer registrierten infolge weltwirtschaftlicher Kontraktionen (1980-83), der Verschuldungskrise, des fortgesetzten Rohstoffpreisverfalls etc. ein sehr niedriges Wachstum, das sich teilweise in erheblichen Rückgängen des Pro-Kopf-Einkommens niederschlug. So z.B. lag für Lateinamerika im Durchschnitt das Pro-Kopf-Einkommen Ende der 80er Jahre so hoch wie 1978, und für die subsaharischen Staaten Afrikas lag dieselbe Größe Ende der 80er Jahre auf dem Niveau von Mitte der 60er Jahre.

Auffallend ist, daß die ostasiatischen Schwellenländer trotz krisenhafter Momente zu Anfang der 80er und trotz einiger Abschwächungszeichen am Ende der 80er Jahre ihren Erfolgskurs im Großen und Ganzen fortsetzen konnten. Eine Steigerung der Pro-Kopf-Einkommen um jährlich fast 7 % während der gesamten 80er Jahre - in einer Periode gleichzeitiger großer Rückfälle im Pro-Kopf-Einkommenswachstum in allen anderen Regionen der Dritten Welt - ist sehr bemerkenswert. Auch die Daten der VR China und Indiens zeigen - wenngleich aus unterschiedlichen Systemen stammend - eine relativ hohe Dynamik, die sich aus unterschiedlichen Faktoren erklärt. Thailand, Indonesien, Malaysia werden als potentielle Nachfolger Südkoreas und Taiwans genannt. Ob und in welchem Maße dies realistisch ist, kann hier nicht erörtert werden; fest steht aber, daß die ostasiatischen Länder insgesamt eine abweichende Entwicklung gegenüber den restlichen Entwicklungsländern zu verzeichnen hatten. Am deutlichsten spiegelt sich dieses Faktum darin wider, daß nur diese Region eine Erhöhung ihres Anteils am BIP der Entwicklungsländer von 22 auf 37 % zwischen 1965 bis 1990 registrieren konnte, während die entsprechenden Anteile aller anderer Entwicklungsregionen (Lateinamerikas, des subsaharischen Afrika und Nordafrikas/und des Nahen Ostens) mehr oder minder stark rückläufig waren.¹⁹

Aufgrund dieser entgegengesetzten Tendenzen in der Dritten Welt ist es m.E. zutreffend, die Thesen von einer "Neuen internationalen Arbeitsteilung", die eine erhebliche Umverteilung der Weltindustrieproduktion zu gunsten der Entwicklungsländer (infolge von Produktionsauslagerungen und Direktinvestitionen) diagnostiziert bzw. prognostiziert hatten, sehr zu relativieren. Der Anteil der Entwicklungsländer an der Weltindustrieproduktion stieg von 1975 : 11,3 % auf bloß 13,8 % im Jahre 1988 an (VR China ausgeschlossen). Ursprünglich war die Hoffnung der Entwicklungsländer in dem sogenannten "Lima-Ziel" von 1975 artikuliert worden, wonach der Anteil der Entwicklungsländer an der Weltindustrieproduktion im Jahre 2000 mindestens bei 25 % liegen sollte; mittlerweile liegen die Schätzungen für diesen Zeitpunkt bei ca. 15 %.²⁰

Ökonomie

Die ökonomischen Perspektiven der Dritten Welt im Ganzen erscheinen für die 90er Jahre als wenig günstig. Die optimistische Erwartung der Weltbank knüpft sich lediglich an die Hoffnung auf eine "verbesserte nationale Wirtschaftspolitik ... im Verein mit größerer externer Unterstützung"²¹, wofür es allerdings keinerlei Anzeichen gibt. Wesentliche negative Rahmenbedingungen für die ökonomische Entwicklung der Mehrheit der Länder der Dritten Welt (d.h. auch, daß Ausnahmen immer eingeschlossen sind) sind u.a. in folgenden Aspekten zu sehen:

1. *Zunehmende ökonomische Blockbildung und wachsender Protektionismus.* Die Perspektive auf den "Binnenmarkt Europa 1992" erweckt in der Dritten Welt nicht zufällig die Vorstellung von der "Festung Europa", ist doch der - gerade von den schwächeren EG-Mitgliedern geforderte - Preis eines völlig integrierten Binnenmarktes in Europa eine höhere Zollmauer nach außen.²² Über die exakten Auswirkungen des EG-Binnenmarktes 1992 wird noch viel spekuliert; viel hängt von dem Wachstumsimpuls und der Produktivitätsentwicklung des Binnenmarktes sowie von der konkreten Ausgestaltung des Außenzolls ab. Die EG-Kommission hat aber geschätzt, daß die Beseitigung der internen Handelshemmnisse die europäischen Importe von Industriegütern um 10 % reduzieren könnte und daß die Entwicklungsländer einen Teil dieses Handelsverlustes tragen würden. Die Möglichkeit, daß mehr Handelsströme umgelenkt als neue geschaffen werden, ist bei Industrieprodukten eher gegeben, insbesondere dann, wenn die Zunahme der EG-Produktion mehr durch Handelsumlenkung als durch höhere Produktivität zustande kommt. "Die Auswirkungen auf die Hauptlieferanten Europas unter den Entwicklungsländern könnten dann gravierend sein. Dieses Risiko würde sich noch vergrößern, wenn die EG spezielle Handelsvereinbarungen mit Osteuropa abschließt; beim Angebot von Industriewaren für die europäischen Märkte konkurrieren andere Entwicklungsländer mit Osteuropa".²³ Dies schließt durchaus ein, daß die EG selbst in verschiedenen Regionen der Dritten Welt stärker zu expandieren versucht und daß die Auswirkungen des Binnenmarktes auf äußere Wirtschaftspartner, auch innerhalb der Entwicklungsländer, unterschiedlich sein werden; d.h., daß die EG, und insbesondere der EG-Binnenmarkt, zu der schon mehrfach erwähnten Differenzierung innerhalb der Entwicklungsländer weiter beitragen wird. Dies geht aus einer Aussage des Generaldirektors für Entwicklung bei der EG-Kommission, Dieter Frisch, eindeutig hervor: "Die Auswirkungen der Vollendung des Binnenmarktes werden, je nach Wirtschaftsstruktur und Wettbewerbsfähigkeit unserer Partnerländer, von unterschiedlicher Art und Intensität sein. Die neuen Möglichkeiten wird Japan besser zu nutzen verstehen als Senegal; und, um im Kreis der Entwicklungsländer zu bleiben, Südkorea besser als Burkina Faso."²⁴

Auch das Scheitern der GATT-Verhandlungen im Rahmen der sogenannten Uruguay-Runde (Dez. 1990) verweist auf ungelöste und neue Konflikte zwischen Entwicklungsländern und Industrieländern, wenngleich diese teilweise sich mit zwischenimperialistischen Gegensätzen überschneiden (so z.B. in der Agrarpolitik zwischen EG einerseits und den USA und einer Reihe von Entwicklungsländern andererseits). Die weiteren wichtigen Verhandlungsthemen der GATT-Runde (Textil- und Bekleidungsabkommen, Schutz des geistigen Eigentums, Behandlung der Dienstleistungen im Liberalisierungsverfahren sowie besondere Schutzklauseln, z.B. Selbstbeschränkungsabkommen etc.) stellen Konfliktfelder dar, in denen zumeist die Grenzlinie zwischen entwickelten kapitalistischen Ländern und Entwicklungsländern verläuft.²⁵

2. *Fortdauer der Schuldenkrise.* Die seit Anfang der 80er Jahre in ein akutes Stadium getretene Verschuldungskrise zahlreicher Länder der Dritten Welt (ein Problem, dessen Ursachen hier nicht erörtert werden können)²⁶ schwelt trotz einiger Entschuldungspläne (Baker, Brady, Herrhausen) und einiger Linderungsmechanismen (Sekundär-Kreditmarkt, Schuldentausch gegen Aktienbeteiligung etc.) weiter fort, stellt zwar keine unmittelbare Gefahr mehr für das internationale Finanzsystem dar, impliziert aber nach wie vor eine große Last für viele hochverschuldete Entwicklungsländer. Obwohl seit 1982 (dem Jahr des Beginns der Verschuldungskrise) ca. 300 Mrd. US \$ an Schuldendienst geleistet wurden, ist die Gesamtsumme der aufgelaufenen Schuld mittlerweile (von ca. 800 Mrd. US \$ im Jahre 1982) bei 1.300 Mrd. US \$ angelangt. Der Nettotransfer finanzieller Mittel aus der Dritten Welt beträgt gegenwärtig jährlich über 50 Mrd. US \$, insgesamt wird diese "Entwicklungshilfe" des Südens an den Norden auf etwa 250 Mrd. US \$ zwischen 1983 und 1989 geschätzt.²⁷ Die Anteile der Schulden an den jeweiligen Größen des BIP und der Exporte haben sich kaum verringert, die Schuldendienstquote (Anteil des Schuldendienstes an den Exporterlösen) ist bei den hochverschuldeten Ländern weiter gestiegen und steht bei mittlerweile ca. 40 %; die Schuldendienstmasse, bezogen auf das BIP, macht bei einzelnen Ländern zwischen 5 und 8 % aus (Argentinien, Brasilien z.B.). D.h., daß die Akkumulationsquote in den meisten Ländern Lateinamerikas gegenüber den Durchschnittswerten aus den 70er Jahren z.T. erheblich gesunken ist. Lag die Investitionsquote bei den größten acht lateinamerikanischen Ländern in den 70er Jahren und 1980 noch bei durchschnittlich knapp 23 % (bezogen auf das BIP), so sank dieser Wert in den Jahren von 1983 bis 1989 auf durchschnittlich 15,8 %.²⁸

Daraus resultiert wiederum die Unfähigkeit zu einer großen Investitionen erfordernden Umstrukturierung des Produktionsapparats, einer evt. Erhöhung und Veränderung der Exportzusammensetzung etc. So stellt der

gegebene und ansteigende Schuldendienst eine Belastung für die Ökonomie dar, die aus eigener Kraft nicht überstiegen werden kann. Dieser Mini-Teufelskreis wird ergänzt durch andere analoge Selbstblockierungsmechanismen: der Exportzwang führt zu Abwertungsdruck und beides sowie die Schuldendienstzahlung oder Erhöhung der inneren Verschuldung sind die Haupttriebkraft für eine galoppierende oder gar schon in das Stadium der Hyperinflation abgeglittene Geldentwertungsrate in vielen Entwicklungsländern, vor allem Lateinamerikas. Hierdurch werden nicht nur gravierende Mechanismen der ökonomischen Umverteilung, sondern auch ständig wirksame Momente ökonomischer Instabilität vorprogrammiert, was wiederum in einigen Fällen zu einem hohen Maß politischer Unregierbarkeit von Ländern geführt hat (S. Argentinien, Peru, Kolumbien etc. z.B.).²⁹

3. Osteuropa/UdSSR als neue Konkurrenten der Dritten Welt. Die Veränderungen in Osteuropa und der Sowjetunion werden kurz- und mittelfristig zweifellos Teile der öffentlichen Entwicklungskredite, aber auch Teile der privaten Investitionen in diesen Raum umverlagern. Auch bezüglich der Handelsperspektiven stellt die neue Entwicklung in Osteuropa und der Sowjetunion sich im allgemeinen als wenig günstig dar. Gewiß werden einige Schwellenländer ihre Absatzchancen wahrnehmen, vielleicht im Bereich der Investitionsgüterindustrie und einiger nicht hochentwickelter Konsumgütersektoren, auch mag die Einfuhr von Rohstoffen im Wiederaufbauprozess (Aluminium, Kupfer) eine gewisse Rolle spielen. Allerdings werden die Märkte in Osteuropa gegenüber den Konsumgütern (vor allem aus der Dritten Welt) im Interesse des Investitionsgüterimports weitgehend abgeschottet sein. Investitionsgüter werden im übrigen überwiegend aus den entwickelten kapitalistischen Ländern - aus Gründen der Qualität und der Kooperationsbeziehungen - eingeführt werden. D.h.: kurzfristig wird es keine nennenswerten Steigerungsmöglichkeiten der Exporte der Dritten Welt nach Osteuropa geben, mittelfristig aber wird es von seiten der osteuropäischen Länder eine erhebliche Konkurrenz bezüglich industrieller Produkte unterer und mittlerer Qualitäts- und Technologiestufe auf den Märkten der kapitalistischen Industrieländer, aber auch der Länder der Dritten Welt geben. So können gerade durch die Restrukturierungsprozesse in Osteuropa, nicht zuletzt aufgrund spezifischer Vorteile dieser Länder im Konkurrenzprozess (Standortvorteil Europa, Ausbildungsniveau der Arbeitskräfte, sonstige Infrastruktur etc.), Versuche einiger Länder der Dritten Welt, durch Industriegüterexporte den Prozess Südkoreas und Taiwans nachzuahmen und die Schwelle zum "neuen Industrieland" zu überschreiten, behindert werden.³⁰

4. Geringe Veränderungen im niedrigen Rohstoffpreinsniveau. Die Aussichten für eine Steigerung der Rohstoffpreise auf breiter Front sind aus verschiedenen Gründen sehr gering: Das Wachstumstempo in den Industrieländern wird sich nicht nennenswert erhöhen, eher abschwächen; die Ersetzung der Rohstoffe durch synthetische Produkte wird fortgesetzt

und das Überangebot an Rohstoffen auf dem Weltmarkt infolge des Exportzwangs und der Schuldendienstverpflichtung wird weiter bestehen bleiben. Dies gilt vor allem für die Länder des subsaharischen Afrika und Lateinamerikas, während die Länder Ostasiens am wenigsten von dieser Rohstoffpreisentwicklung betroffen werden, höchstens im positiven Sinne, d.h. sie können von dieser Rohstoffpreisverfallstendenz sogar per Saldo profitieren.

Ökologie

Die ökologischen Schranken einer nachholenden kapitalistischen Entwicklungsstrategie vom Typ Südkoreas - auf verallgemeinerter Basis - werden in der Dritten Welt immer offensichtlicher. Konnten noch Mitte der siebziger Jahre Ökonomen in den Metropolen und in den Peripherieländern behaupten, daß das Hauptproblem der Dritten Welt darin bestünde, daß deren "Umwelt zu wenig belastet sei", so verbreitet sich seither immer schneller das Bewußtsein davon, daß die Umweltzerstörung bzw. die Bedrohung der gesamten Biosphäre in der Dritten Welt sogar noch größer und akuter ist als in den Industrieländern.³¹ Mittlerweile hat die Ökologieproblematik einen ganz anderen Stellenwert in der Entwicklungstheorie erhalten. Spätestens seit der Veröffentlichung des Brundland-Berichts (1987) steht das Konzept einer "dauerhaften" oder "nachhaltigen" bzw. auch "zukunfts-fähigen" Entwicklung im Vordergrund der Diskussion.

Diese Konzepte beziehen ausdrücklich globale Entwicklungsprobleme (d.h. solche der Industrieländer und der Entwicklungsländer gleichzeitig) und auch Entwicklungsprobleme, die in der Zukunft bei künftigen Generationen entstehen könnten, mit in die Überlegungen ein. So wäre es zweifellos wichtig, die Rentabilität von Binnenmarkt- und Exportproduktion nicht nur unter Zugrundelegung aktueller Marktpreise miteinander zu vergleichen, sondern unter Berücksichtigung der eingeschlossenen sozialen und ökologischen Kosten. Ein derartiges Kalkül würde in vielen Fällen zu ganz anderen Ergebnissen als in den konventionellen Wirtschaftlichkeitsberechnungen führen. Angesichts der Energieintensität der sogenannten "High-Input-Agriculture" wäre z.B., so W. Hein, eine gewisse Verschiebung zugunsten einer kleinbäuerlichen, weniger input-intensiven, binnenmarktorientierten Landwirtschaft durchaus wünschenswert. Generell wären neue Technologien mit hoher Ressourcenproduktivität (anstatt bloßer Arbeitsproduktivität) und hoher Energieeffizienz zu entwickeln. Freilich liegen die Kosten der Entwicklung und der Umsetzung solcher denkbarer Technologien jenseits der finanziellen Möglichkeiten aller Entwicklungsländer. Der Gedanke einer "ökologischen Umverteilung", wonach die Industrieländer den Entwicklungsländern helfen, einen umwelt- und ressourcenschonenden Entwicklungsweg zu finden und vollziehen (z.B. wird eine "Emissionssteuer" auf Weltebene diskutiert) ist bislang - trotz rascher

Zunahme globaler, gemeinsamer Gefährdungen in Gestalt der Klimaveränderungen, des Ozonlochs, des Wasserhaushalts etc. - wenig entwickelt. Das Hoffen und Spekulieren auf eine "aktive, alternative Weltmarktintegration" und eine neue Weltwirtschaftsordnung mag zwar legitim und verständlich sein³², realistisch scheint sie gegenwärtig allerdings nicht.

Am wahrscheinlichsten scheint noch ein beschleunigter Raubbau an der Natur in der Mehrheit der Entwicklungsländer zu sein: Verschuldungskrise und Exportzwang, Fortsetzung der Monokulturen, weiterer starker Bevölkerungsanstieg (infolge des nicht gelösten Armuts- und Beschäftigungsproblems) sowie Vernachlässigung von Umweltschutz als Attraktion für transnationale Konzerne etc. und nicht zuletzt die große Verletzlichkeit tropischer und subtropischer Naturräume - bei sehr geringen und wenig wirksamen Gegentendenzen des Schutzes der Biosphäre - werden eher dazu führen, daß bei Versuchen eines raschen Aufholens nach herkömmlichem Entwicklungsstil die ökologischen Voraussetzungen für jeglichen ökonomischen Fortschritt noch schneller als in den Industrieländern unterminiert werden. Die Angaben über das Tempo des Voranschreitens der Wüstengebiete, der Entwaldung, der Verschlechterung der Bodenqualität etc. sprechen eine deutliche Sprache.³³

Politik

Die Frage, welche Veränderungen sich im politisch-institutionellen und gesellschaftlichen System der Entwicklungsländer - parallel zu den aufgezeigten ökonomischen und ökologischen Entwicklungstendenzen - abzeichnen, ist am schwersten zu beantworten. Denn im politisch-sozialen Raum entscheidet sich, ob die objektiv-materiellen Tendenzen sozusagen nur passiv - affirmativ und legitimierend "begleitet" werden oder, ob von dort aus Gegenbewegungen ihren Ausgang nehmen, die über Veränderungen der politischen Partizipation mittelbar auch auf die ökonomischen und ökologischen Politikbereiche ausstrahlen können.

Vergegenwärtigt man sich, daß die relativ erfolgreichen kapitalistischen Entwicklungsländer eine weitgehende Agrar- und Bildungsreform durchführen mußten und sie keine allzu krasse Ungleichverteilung der Einkommen aufweisen, so wird man sicherlich behaupten können, das derartige Veränderungstendenzen und Zielpunkte sich in den meisten Entwicklungsländern unter den gegenwärtigen Bedingungen nicht abzeichnen: Im Gegenteil scheinen gerade in der Krise und der Stagnation die internen Polarisierungsprozesse und institutionellen Verhärtungen noch zuzunehmen.³⁴ Auf der anderen Seite kam es in den ostasiatischen Schwellenländern (die entweder Militärdiktaturen oder autoritäre Regimes waren) erst relativ spät, im Verlaufe der 80er Jahre, zu gewissen vorsichtigen Demokratisierungs- und rechtsstaatlichen Tendenzen; in vielen Regionen der Dritten Welt, gerade auch in jenen, die ökonomisch am härtesten von der

Krise betroffen sind, sind seit einigen Jahren Demokratisierungsprozesse auf der Ebene von Wahlen und in bezug auf rechtsstaatliche Garantien in Gang gekommen. Über das Zusammentreffen dieser beiden Momente: (Re-)Demokratisierung in (und trotz) der ökonomischen Krise ist viel geschrieben worden.³⁵ Zweifellos sind die Hinweise darauf, daß solche Demokratisierungsprozesse auf elektoraler Ebene häufig bloß einen taktischen (jederzeit rücknehmbaren) Rückzug der Militär bedeuten oder ein bestimmtes Regime seine geschwächten Legitimitätsgrundlagen aufbessern wollte, oder daß Demokratie und Wahlprozesse auch als Präventiv- bzw. sogar Ablenkungsmaßnahmen zu begreifen sind, nicht von der Hand zu weisen; denn vielfach geht die Wiederherstellung der Demokratie mit einer zunehmenden sozio-ökonomischen Polarisierung und Verarmung einher, substantielle Demokratisierungsschritte im Sinne der Erhöhung realer Partizipationschancen von großen Bevölkerungsteilen setzen daher gerade nicht ein und zeichnen sich auch keineswegs für die nahe Zukunft ab.

Dieser - vielleicht könnte man sagen: traditionellen - Sichtweise stehen die Stimmen derer gegenüber, die diese Implikationen und eventuell "Funktionen" von derartigen Demokratisierungsprozessen zwar ebenfalls sehen, die aber gleichwohl mit in der Erhöhung der Kontrollmöglichkeiten und eine (gegenüber früheren autoritären, diktatorischen und/oder Einparteiensystemen) wesentliche Verbesserung der Ausgangs- und Kampfbedingungen für reale Demokratisierungsprozesse betonen.

Welche Lesart für welche Länderfälle die realistische ist, wird sich noch erweisen müssen. Eine all zu große Euphorie, die "Demokratie" schon mit "Entwicklung" gleichsetzt, ist sicher nicht angebracht.³⁶ Gewiß schließt Demokratie Entwicklung nicht aus - wie lange Zeit ein "Mainstream" der Entwicklungssoziologie vermutet hat -, aber welche Demokratie welche Entwicklung begünstigen könne, ist eine Problematik, die erst in letzter Zeit neu durchdacht wird. "In einer historischen Situation, in der neben Osteuropa auch große Teile der Dritten Welt, allen voran Lateinamerikas, von einer wahren Demokratisierungswelle erfaßt werden und dies unter gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedingungen, die sich für die betroffenen Länder zu einer extremen sozio-ökonomischen Krise verdichtet haben, aus der mit herkömmlichen Mitteln kein Ausweg in Sicht ist, liegt die Frage nahe, inwieweit die politische Demokratisierung auch hier der geeignete Rahmen ist, innerhalb dessen Krisenüberwindungsstrategien, wenn überhaupt, zu entwickeln sind. Auch und gerade wenn das Interesse in erster Linie einer Stabilisierung der demokratischen R^Egime gilt und diese als Wert an sich aufgefaßt werden, muß die Frage nach ihrer entwicklungspolitischen Relevanz im umfassenden gesellschaftlichen Sinne gestellt werden, denn dort, wo sie in dieser Hinsicht nicht wenigstens ein Minimum an Erfolg aufzuweisen haben, werden sie sich auf Dauer auch nicht konsolidieren können."³⁷

Inwieweit ein solcher Erfolg erzielt wird bzw. die Möglichkeiten der Kontrolle und neu errungenen Formen der Beteiligung als reale Fortschritte

auch wahrgenommen werden, hängt von einer Fülle von Faktoren ab, die von Entwicklungsregion zu Entwicklungsregion und von Fall zu Fall ganz unterschiedlich sein können. Wenngleich die politischen Handlungsspielräume unter solchen gerade errungenen Bedingungen der Demokratie nicht gering bewertet werden dürfen und diese günstige politische Konjunktur von den fortschrittlichen Kräften in den jeweiligen Ländern auch ausgenutzt werden müssen, darf nicht übersehen werden, daß hierdurch noch nicht unmittelbar eine grundsätzliche Änderung der Entwicklungsrichtung in der Mehrheit der Länder der Dritten Welt eingeleitet wird.

- 1 Vgl. z.B. die Arbeiten von Weede (198 : 177 ff.), Fasbender /Holthus (1990 : 3 ff.) und kritisch hierzu Hauck (1988 und 1990).
- 2 Vgl. für die frühen Kritikpunkte an der Dependenztheorie im deutschen Sprachraum vor allem: Evers/v. Wogau (1973), Hurtienne (1974) und Wöhlcke u.a. (1977); zur aktuellen entwicklungstheoretischen Bilanz: Boeckh (1982, 1987), Booth (1988) und blätter des iz3w (1988/89).
- 3 Vgl. Hauck (1990 : 64ff.)
- 4 Elsenhans (1986 : 133).
- 5 Vgl. z.B. Peltzer (1989) und meine Kritik dazu (Boris 1989) sowie Wöhlcke (1988).
- 6 Siehe ihre eigene Beschreibung dieser Entwicklung: Menzel/Senghaas (1986 : 7 ff.).
- 7 Voecck (1989 : 102, 104).
- 8 Vgl. hierzu Menzel (1985), Asche (1984) und Göbel u.a. (1988) sowie zur aktuellen Diskussion: Bello/Rosenfeld (1990) u. Meyer-Stamer (1990).
- 9 Brosch (1991).
- 10 Boeckh (1989 : 103 f.), ähnlich auch Menzel/Senghaas (1986 : 37ff.). Dies muß allerdings nicht mit einem generellen Theorieverzicht oder dem Verzicht auf eine "kritische Theorie des globalen Entwicklungsprozesses" bzw. der Weltmarktentwicklung gleichgesetzt werden, worauf zurecht Rotländer (1989: 119) hingewiesen hat.
- 11 Mármora/Messner (1989 : 1213) und Moon (1990 : 163ff.).
- 12 Vgl. hierzu z.B. Amsden (1990 : 16ff.), Menzel (1985 : 85ff.) und Lim (1985 : 98 ff.).
- 13 Vgl. hierzu Moon (1990 : 171 f.).
- 14 Menzel (1985 : 107).
- 15 Vgl. hierzu Lim (1985 : 121) und Göbel u.a. (1988 : 57ff.).
- 16 Es muß angemerkt werden, daß dies ein äußerst kontroverser Punkt ist. Zum Zusammenhang von rascher kapitalistischer Entwicklung und den Tendenzen der Einkommensverteilung (in Richtung auf größere Gleichheit bzw. Ungleichheit) existieren konträre Befunde und entgegengesetzte Theorien (vgl. zu dieser Diskussion: Menzel (1985 : 135ff.). Zur These von der relativ geringen Ungleichheit der Einkommensverteilung in Südkorea werden verschiedene kritische Vorbehalte vorgebracht: bezüglich der Zuverlässigkeit und Aussagekraft der Statistiken (Baldus, 1981), bezüglich des zeitlichen Verlaufs der Einkommensverteilung (so wird hervorgehoben, daß gerade seit dem Beginn des beschleunigten Wachstums im Verlaufe der 70er Jahre die Einkommensverteilung in Südkorea wieder ungleicher geworden sei, während sie z.B. in Taiwan sich noch egalitärer entwickelt habe, vgl. Yi, 1986). Im übrigen dürfte klar sein, daß mit der (personalen oder funktionalen) Einkommensverteilung allein noch nicht alles über die tatsächliche Lebenslage unterschiedlicher Klassen und Schichten ausgesagt ist: so z.B. gehen in diese Angaben nur unzureichend die Verhältnisse am Arbeitsplatz (Arbeitsbedingungen, Arbeitsunfallhäufigkeit etc.) sowie die Länge der Arbeitszeit ein. Bekanntlich ist gerade in Bezug auf die beiden letzten Momente Südkorea sozusagen "Welterspitze" (vgl. unter anderem: Denis u.a., 1988). Dennoch und trotz all dieser Differenzierungen können Südkorea und Taiwan im Kontext der Länder der Dritten Welt als Fälle mit relativ gleicher Einkommensverteilung gelten.

- 17 Vgl. Moon (1990), Adda (1985) und Fajnzylber (1990).
- 18 Vgl. hierzu u.a. Menzel/Senghaas (1986 : 143ff.).
- 19 Vgl. den Weltentwicklungsbericht 1990 : 12f.
- 20 Vgl. die alten Thesen von Fröbel/Heinrichs/Kreye (1986); kritisch hierzu: Gordon (1989), für die Zahlenangaben: (UNIDO, 1989 : 6,12).
- 21 Weltentwicklungsbericht 1990 : 20.
- 22 Schumann/Mehl (1989 : 42).
- 23 Weltentwicklungsbericht 1990 : 28.
- 24 Zitiert bei Falk (1989 : 217).
- 25 Vgl. hierzu Schultz (1990 : 22f.) und Pauli (1991).
- 26 Vgl. hierzu z.B. Altwater (1987), Boris (1987).
- 27 Vgl. Altwater (1990).
- 28 UNCTAD (1990 : 35ff., Tab. 21).
- 29 Vgl. zur aktuellen Verschuldungssituation: Bank für internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), Jahresbericht 1990 : 168-175) sowie Internationaler Währungsfonds (1990 : 34-41); eine theoretische Eingrenzung und Systematisierung der typischen Mechanismen kapitalistischer Akkumulation in den Ländern der Dritten Welt, insbesondere der charakteristischen Blockierungen und Deformationen würde weit über den Rahmen dieses Beitrags hinausgehen. Ähnlich wie bei den positiven Ausprägungen der kapitalistischen Produktionsweise in Entwicklungsländern gibt es bezüglich dieser Problematik eine Fülle von Einzelmomenten, die - mit unterschiedlichem Gewicht - die entscheidenden Entwicklungshemmnisse konstituieren: neben dem geringen und durch negative Weltmarkteinflüsse reduzierten Akkumulationsfonds, der häufig vergleichsweise niedrigen Profitabilität und Sicherheit von produktiven Investitionen, der frühen Monopolisierung von Marktchancen, der Allgegenwart von Renteneinkommen etc. ist in den 80er Jahren vor allem in den hochverschuldeten Ländern die Zunahme der Kapitalflucht und/oder die stärker werdende Tendenz zu bloß finanziellen und spekulativen Geldanlagen zu konstatieren. Vgl. hierzu z.B. Ashoff (1988), Ehrke (1989).
- 30 Vgl. hierzu mehr Einzelheiten in: Boris (1991).
- 31 "Die Dritte Welt ist also nicht nur auch von der Umweltzerstörung betroffen, sondern in erster Linie." (Hein, 1990 : 38, 48f.).
- 32 Vgl. hierzu Mármora (1990 : 116).
- 33 Vgl. hierzu insbesondere Simonis (1991) und Siebert (1990).
- 34 Betz (1990) versucht das Gegenteil zu beweisen, zumindest was den Anteil der IWF-Stabilisierungsprogramme an der zunehmenden, internen Polarisierungstendenz betrifft. Wenn dem so wäre, wären die selbstkritischen Arbeiten und Korrekturen innerhalb des IWF und der Weltbank nicht zu erklären. (Vgl. hierzu Boris (1989) und Goldberg (1990).
- 35 Vgl. hierzu z.B. Nohlen/Barrois (1989) und Töpfer (1990).
- 36 Siehe hierzu: Kößler/Melber (1990) und Erdmann (1991).
- 37 Töpfer (1990 : 127); siehe dazu auch: Berg-Schlösser (1988 : 330ff.).

Bibliographie

- Adda, J. (1985): Conditions et Limites de la Croissance Extravertie: Comparaison des Expériences Brésilienne et Sud-Coréenne, in: Problèmes d'Amérique Latine, No. 76, S. 75-96.
- Altwater, E. (1987): Sachzwang Weltmarkt. Verschuldungskrise, blockierte Industrialisierung, ökologische Gefährdung - der Fall Brasilien, Hamburg.
- ders., (1990): Ein weiteres "verlorenes Jahrzehnt"? In: die tageszeitung vom 24.12.1990, S. 42f.

- Amsden, A.H. (1990): **Third World Industrialization: "Global Fordism" oder a New Model?** In: *New Left Review*, No. 182, S. 5-31.
- Asche, H. (1984): **Industrialisierte Dritte Welt? Ein Vergleich von Gesellschaftsstrukturen in Taiwan, Hongkong und Südkorea**, Hamburg.
- Ashoff, G. (1988): **Rent-Seeking: Zur Relevanz eines relativ neuen Konzepts in der ökonomischen Theorie der Politik und der entwicklungstheoretischen Diskussion**, in: *Vierteljahresberichte* nur. 112, S. 103-125.
- Baldus, R.D. (1981): **Südkorea als Schwellenland: Wirtschaftliche und soziale Probleme des Entwicklungsweges**, in: *Internationales Asienforum* nur. 2/3, S. 205-222.
- Bank für Internationales Zahlungsausgleich (BIZ), **Jahresbericht 1990**, Basel.
- Belle, W.S. Rosenfeld (1990): **Dragons in Distress. Asia's Miracle Economies in Crisis**, San Francisco.
- Berg-Schlosser, D. (1988): **Politische Systemtypen als Determinanten wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung in Afrika - Vergleichende Fallstudien**, in: *Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 19*, (Staatstätigkeit. International und historisch vergleichende Analysen), Opladen, S. 330-359.
- Betz, J. (1990): **Soziale Auswirkungen der Sparprogramme von Weltbank und IWF in Entwicklungsländern**, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament* vom 20. Juli 1990, S. 24-31.
- Blätter des iz3w* (1988/89): **Dependenztheorie am Ende?** nur. 154.
- Boeckh, A. (1982): **Abhängigkeit, Unterentwicklung und Entwicklung: Zum Erklärungswert der Dependencia-Ansätze**, in: Nohlen, D./F. Nuscheler (Hg.): *Handbuch der Dritten Welt*, Bd. 1, Hamburg, S. 133-151.
- ders. (1987): **Entwicklungstheorien**, in: *Piepers Wörterbuch zur Politik*, Bd. 6 (Nohlen, D. Hg.), München, S. 158-169.
- ders. (1989): **Entwicklungstheorien, Weltmarkt und das Problem der Gerechtigkeit**, in: Eicher, P./N. Mette/ Hg.): *Auf der Seite der Unterdrückten?*, Düsseldorf, S. 90-111.
- Booth, D. (1988): **Marxismus und Entwicklungssoziologie: Der Weg in die Sackgasse**, in: *PROKLA* nur. 71, S. 13-48.
- Boris, D. (1987): **Die Verschuldungskrise in der Dritten Welt. Ursachen, Wirkungen, Gegenstrategien**, in: Boris, D. u.a. (Hg.): *Schuldenkrise und Dritte Welt. Stimmen aus der Peripherie*, Köln, S. 11-60.
- ders. (1989): **Marktverklärung als Entmythologisierung. Eine Replik auf Roger Peltzer**, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, H. 8, S. 1005-1014.
- ders. (1991): **Das Ende des Ost-West-Konflikts und die Dritte Welt**, in: *Dritte Welt* nur. 4.
- Brosch, A. (1991): **Ökonomie im Dienst der Armen**, in: *FAZ* vom 9. Jan. 1991, S. N3.
- Denis, v. M. u.a. (1988): **Südkorea. Kein Land für friedliche Spiele**, Reinbek b. Hamburg.
- Ehrke, M. (1989): **Jenseits der Strategien - Lateinamerika als Verlierer der Weltwirtschaft**, in: Dirmoser, D. u.a. (Hg.): *Lateinamerika. Analysen und Berichte 13*, Hamburg, S. 17-44.
- Elsenhans, H. (1986): **Demokratisierung in Afrika. Aussichten und Bedingungen**, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, H. 1, S. 51-59.
- Evers, T.T./P. v. Wogau (1973): **"Dependencia": Lateinamerikanische Beiträge zur Theorie der Unterentwicklung**, in: *Das Argument* nur. 79, S. 404-554.
- Fajnzylber, F. (1990): **Sobre la Impostergable Reestructuración Industrial de América Latina**, in: *Corea e Iberoamérica. Revista Anual*, Mayo, S. 85-116.
- Falk, R. (1989): **EG und Dritte Welt**, in: Deppe, F. u.a. (Hg.): *1992 - Projekt Europa*, Köln, S. 204-224.
- Fasbender, K./M. Holthus (1990): **Zur Übertragbarkeit der Sozialen Marktwirtschaft auf Entwicklungsländer**, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament* vom 20. Juli 1990, S. 3-10.
- Fröbel, F./J. Heinrichs/O. Kreye (1986): **Umbruch in der Weltwirtschaft**, Reinbek b. Hamburg.

- Göbel, H. u.a. (1988): **Wachstum im asiatisch-pazifischen Raum. Implikationen für die internationale Arbeitsteilung**, Tübingen.
- Goldberg, J. (1990): **Mit der Weltbank auf neuen Wegen? In: Blätter für deutsche und internationale Politik**, H. 7, S. 828-837.
- Gorden, D.M. : **Die Weltwirtschaft: Neues Bauwerk auf bröckelnden Fundamenten**, in: *PROKLA*, nur. 77, S. 109-148.
- Hauck, G. (1988): **Zurück zur Modernisierungstheorie? Eine entwicklungstheoretische Bilanz**, in: *Das Argument*, nur. 168, S. 235-248.
- ders. (1990): **Modernisierung, Dependencia, Marxismus - was bleibt?** In: *Peripherie* nur. 39/40, S. 68-81.
- Hein, W. (1990): **Umwelt und Entwicklungstheorie - ökologische Grenzen der Entwicklung in der Dritten Welt?** In: *Nord-Süd-Aktuell*, nur. 1, S. 37-52.
- Hurtienne, T. (1974): **Zur Ideologiekritik der lateinamerikanischen Theorien der Unterentwicklung und Abhängigkeit**, in: *Probleme des Klassenkampfes*, nur. 14/15, S. 213-283.
- Internationaler Währungsfonds, **Jahresbericht 1990**, Washington, D.C.
- Kößler, R./H. Melber (1990): **Afrika vor der demokratischen Frage**, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, H. 9, S. 1052-1059.
- Lim, Hyun-Chin (1990): **Dependent Development in Korea. 1963-1979**, Seoul.
- Mármora, L. (1990): **Ökologie als Leitbild der Nord-Süd-Beziehungen**, in: *Peripherie*, nur. 39/40, S. 100-126.
- ders./D. Messner (1989): **Theorierruinen der Entwicklungsforschung. Überlegungen am Vergleich Argentinien-Südkorea**, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, H. 10, S. 1206-1219.
- Menzel, U. (1985): **In der Nachfolge Europas. Autozentrierte Entwicklung in den ostasiatischen Schwellenländern Südkoreas und Taiwans**. München.
- Menzel, U./D. Senghaas (1986): **Analytiker im Mottenschrank**, in: *Informationsbrief Weltwirtschaft und Entwicklung*, vom 21. Dez. 1990, S. 7.
- Moon, Chung-In (1990): **The Future of the Newly industrializing Countries: An "Uncertain Promise"?** In: Pirages D.C./C. Sylvester (Hg.): *Transformations in the Global Political Economy*, Hongkong, S. 153-194.
- Nohlen, D./H. Barrios (1989): **Redemokratisierung in Südamerika**, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament* vom 20. Jan. 1989, S. 3-25.
- Pauli, Ch. (1991): **GATT-Runde vorerst gescheitert. Freihandel contra Protektionismus**, in: *Dritte Welt*, nur. 2, S. 5-9.
- Peltzer, R. (1989): **Befreiungsmythen. Plädoyer für die Revision einiger Leitvorstellungen der Dritte-Welt-Bewegung**, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, H. 4, S. 446-461.
- Rottländer, P. (1989): **Dependenztheorie in der Diskussion. Entwicklungstheoretische, politische und theologische Aspekte**, in: Eicher, P./N. Mette (Hg.): *Auf der Seite der Unterdrückten?*, Düsseldorf, S. 112-132.
- Schultz, S. (1990): **Die laufende Uruguay-Runde des GATT und ihre Bedeutung für die Entwicklungsländer**, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament* vom 20. Juli 1990, S. 11-23.
- Schumann, W./P. Mehl (1989): **Bundesdeutsche Interessen und gemeinsame Außenhandelspolitik der EG**, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament* vom 9. Juni 1989, S. 36-46.
- Siebert, H. (1990): **Die vergeudete Umwelt. Steht die Dritte Welt vor dem ökologischen Bankrott?** Frankfurt/M.
- Simonis, U.E. (1991): **Globale Umweltprobleme und zukunftsfähige Entwicklung**, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament* vom 1.3.1991, S. 3-12.
- Töpper, B. (1990): **Die Frage der Demokratie in der Entwicklungstheorie**, in: *Peripherie* nur. 39/40, S. 127-160.

UNIDO (1989): *Industry and Development. Global Report 1989/90*, Wien.

UNCTAD (1990): *Trade and Development Report, 1990*, New York.

Yi, Guk-Yueng (1986): *Zur politischen Ökonomie der exportorientierten Industrialisierung: Ein Vergleich zwischen Korea und Taiwan*, in: *Politische Vierteljahresschrift*, H. 2, S. 176-200.

Weede, E. (1985): *Entwicklungsländer in der Weltgesellschaft*, Opladen.

Weltbank, *Weltentwicklungsbericht 1990*, Washington.

Wöhlicke, M. u.a. (1977): *Die neuere entwicklungstheoretische Diskussion. Einführende Darstellung und ausgewählte Bibliographie*, Frankfurt/M.

Wöhlicke, M. (1988): *Morbus latinus - die lateinamerikanische Krankheit. Einige Fragen und Anmerkungen zur entwicklungspolitischen Debatte*, in: Alt, G./A. Wrobel-Leipold (Hg.): *Armut im Süden durch Wohlstand im Norden?* München, S. 279-295.

Claus-Dieter König

Vor dem Verlust eines weiteren Jahrzehnts?

Die "Dritte Welt" zu Beginn der neunziger Jahre

"Der Reichtum der Gesellschaften, in welchen kapitalistischen Produktionsweisen herrscht, erscheint als eine ungeheure Warensammlung". Wer bereits in einem Warenhaus mitten in Afrika alles fand, was die menschlichen Bedürfnisse zu befriedigen vermag, aber schon beim ersten Schritt vor die Tür auf notdürftig zusammengezimmerte Behausungen, Holz und Wellblech und unterernährte BewohnerInnen stieß, versteht diesen ersten Satz des ersten Bandes des "Kapitals" besser. Erstickender Überfluß und eine überlebensbedrohende Verschwendung von Ressourcen im industrialisierten Norden stehen dem Hunger und Elend des Großteils der Weltbevölkerung gegenüber. An diesem Widerspruch wird die Perversität der kapitalistischen Weltökonomie sichtbar, die trotz eines einzigartigen Produktionspotentials nicht in der Lage ist, die elementarsten Bedürfnisse der Menschen und die Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen zu sichern. Gemessen an den Bedürfnissen der Menschen in der ganzen Welt versagt der kapitalistische Weltmarkt fäglich.

Menschliches Wirtschaften sollte das Wohlergehen, die materielle Sicherheit aller Menschen auf dieser Erde zum Ziel haben. Doch die (bürgerliche) Volkswirtschaftslehre stellt einen anderen Anspruch an ein Wirtschaftssystem. Auf eine optimale Allokation von Ressourcen und auf einen möglichst hohen Output mit den vorhandenen Ressourcen käme es an. Dabei ist die Meßlatte von "optimal" und "hoher Output" monetär. Nur, was derzeit in Geld gemessen wird (das ist durchaus Subjekt gesellschaftlicher "Vereinbarungen", die z. B. über Besteuerungsentscheidungen getroffen werden), was Geld spart oder erbringt, geht in die Kalkulation ein. Die Komplexität der Produktion als Wechselwirkung zwischen Mensch und Natur, als Prozeß zwischen Menschen, als Produktion zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse wird projiziert (und damit reduziert) auf die eine Dimension des Geldes als primäres Regulationsmittel kapitalistischer Gesellschaften. Es ist zwar durchaus möglich, regulierend und zum Positiven reformierend in dieses System einzugreifen. Das Regulativ "Geld" erweist sich hier als hochflexibel. Dennoch, so sei hier einleitend behauptet, führt der Widerspruch zwischen Komplexität der Gesellschaft und Natur und der Eindimensionalität des Geldes zwangsläufig zu Defiziten in dessen Regulierungskapazität. Eine auf Marktprozesse aufbauende Form der Vergesellschaftung bleibt deshalb zwangsläufig zurück hinter dem Anspruch einer rationalen, an den Bedürfnissen der Menschen und der Erhaltung der Natur orientierten Organisation der Gesellschaft und des gesellschaftlichen Prozesses der Produktion.

In diesem Artikel möchte ich näher aufzeigen, wie diese Regulierungsdefizite sich als katastrophale Zustände in Gesellschaften der "Dritten Welt" äußern.

Perspektiven kapitalistischer Entwicklung

Zugrundelegen möchte ich eine von Gerhard Hauck jüngst in der Zeitschrift "PERIPHERIE" dargelegte These, daß "kapitalistische Entwicklung langfristig nur dann stattfinden kann, wenn sie durch der 'ursprünglichen Akkumulation' analoge Ausplünderungsprozesse gestützt wird." (Hauck, S. 75) Hauck widerspricht dabei einer These, daß steigende Reallöhne die Ursache für ein längerfristiges überzyklisches Wachstum darstellen können. Die Zunahme der Löhne dürfe die Profitrate nicht beeinträchtigen. Nur, wenn sich die Gewinne ebenso erhöhen, seien gesamtgesellschaftliche Reallohnsteigerungen möglich. Daraus folgt, daß eine lange Periode wirtschaftlichen Wachstums nicht Resultat von Lohnsteigerungen sein kann (ebd., S. 76, siehe auch MEW 24, S. 209 f.). Vielmehr seien die langfristigen Boomphasen von 1875 bis 1913 und in den 1950er Jahren von der "ursprünglichen Akkumulation" ähnlichen Prozessen geprägt, die jeweils die Durchkapitalisierung gesellschaftlicher Bereiche bedeuten, die bisher nicht-kapitalistisch organisiert waren. In der "Gründerphase" bis zur Jahrhundertwende war die kapitalistische Durchdringung der "Dritten Welt" Wachstumsmotor für alle "Industrieländer". (Lutz, S. 237) Der Übergang zu fordistischen Produktionsstrukturen in der Nachkriegszeit setzte die interne Durchkapitalisierung der bisher weitestgehend auf traditionelle Formen beruhende Reproduktion der Lohnabhängigen voraus (Hirsch/Roth, S. 51). So ist auch die jetzige strukturelle Krise der Weltwirtschaft nur durch einen weiteren Schritt der Durchkapitalisierung langfristig zu überwinden. Die Perspektiven dazu möchte ich weiter unten ausführen.

Die strukturelle Krise der Weltwirtschaft

Der Übergang zu fordistischen Produktionsstrukturen hat seit ca. 1930 auch zu Veränderungen der Produktionsstrukturen in der "Dritten Welt", vor allem in Lateinamerika, geführt. Auch dort finden Industrialisierungserfolge statt. Grundlage ist die Substituierung von Import-Konsumgütern bei gleichzeitiger Ausweitung des inneren Marktes für industriell produzierte Konsumgüter (Altvater, S. 205). Anders als in den "Industrieländern" bleibt die auf nicht-kapitalistische Formen beruhende Reproduktion weitgehend erhalten, erobern industriell produzierte Konsumgüter fast ausschließlich den Markt der städtischen Ober- und Mittelklassen.

In der Folge verändert sich die Struktur des gesamten Weltmarkts. Auf der Grundlage eines durch weltweite Direkt- und Portfolioinvestitionen (zunächst durch die USA) bestimmten weltweiten Akkumulationsprozesses entwickelt sich ein internationales Finanzsystem. Die internationale Kreditvergabe richtet sich zunehmend auch an Staaten. Diese Kreditgelder erwerben dabei nicht produktives Sachanlagekapital, die Zinsen werden aus Steuerzahlungen finanziert. So koppelt sich das Kreditsystem von der realen Produktion und der realen Akkumulation ab. Es kann folglich gesehen, daß Zinsraten die Profitraten produktiv angelegten Kapitals übersteigen, was ein Hemmnis für Realinvestitionen darstellt und damit die reale Akkumulation weiter verlangsamt (Altvater, S. 219).

Die strukturelle Weltmarktkrise hat ihren Ausgangspunkt, als das durch die Durchkapitalisierung neuer gesellschaftlicher Bereiche (Reproduktionssektor) im Fordismus gewährleistete Wachstum an Grenzen stößt. Dies deutet sich bereits in den siebziger Jahren für die "Industrieländer" an und führte zur Weltwirtschaftskrise Anfang der siebziger Jahre. Durch kreditfinanzierte Industrialisierung kann in den Ländern der "Dritten Welt" in der Folge ein neuer Durchkapitalisierungsschub eingeleitet werden. Auch dort stößt dieser neue Durchkapitalisierungsschub bald an Grenzen. Wieder erfaßt er nicht annähernd weite Teile der Gesellschaft, wie in den "Industrieländern", sondern erhält neben den kapitalisierten Strukturen nicht-kapitalistische Produktionsstrukturen.

Es scheitert die eingeschlagene Strategie, durch kreditfinanzierte Industrie eine neue Rolle auf den Weltmärkten zu erlangen. Der Schritt vom Rohstoffexport zum Export industrieller Konsumgüter in die kapitalistischen Zentren mußte zwangsläufig scheitern. Denn dort war die Krise der siebziger Jahre ja durch die fehlende weitere Expansionsfähigkeit der Konsumnachfrage verursacht worden. Die Verschuldungskrise begann, die aufgenommenen Kredite konnten nicht durch ein erhöhtes Exportvolumen im industriellen Sektor zurückgezahlt werden. Es ist die Form der Verschuldung der "Dritten Welt", als die sich die strukturelle Krise der Weltwirtschaft äußert.

Die Wirtschafts- und Finanzpolitik des US-Präsidenten Reagan blähen den US-Staatshaushalt weiter auf, massive Kreditaufnahmen werden notwendig, die weltweite Zinssteigerungen verursachen. Die Verschuldungskrise eskaliert Mitte der achtziger Jahre zur Katastrophe. Es beschönigt die Ausmaße dieser Katastrophe fast, die Achtziger als "verlorenes Jahrzehnt" für die "Dritte Welt" zu bezeichnen. Das Management der Katastrophe durch Umschuldungen und Teilerlässe verhindert den Zusammenbruch des Kreditsystems, institutionalisiert aber gleichzeitig die Auswirkungen der Katastrophe auf die Bevölkerung der "Dritten Welt": Armut für vier Fünftel der Weltbevölkerung, fehlende Perspektive einer wirtschaftlichen Entwicklung der Staaten, in denen sie leben, ja sogar zunehmend umwelt-

zerstörende Maßnahmen, durch die der Schuldendienst finanziert werden soll.

Abhängigkeiten der "Dritten Welt"

Die Verschuldung begründet eine finanzielle Abhängigkeit der "Dritten Welt" von den westlichen "Industrielländern" und Japan. Beträchtliche Teile ihrer Deviseneinnahmen führen sie für den Schuldendienst ab, Gelder, die für die interne Entwicklung, für Sozialleistungen und Armutsbekämpfung fehlen. Der IWF, an dessen Bestätigung der Kreditwürdigkeit auch private Banken ihre Kreditvergabe koppeln, hat eine große Macht gegenüber den verschuldeten Staaten erlangt. Über Strukturanpassungsprogramme greift er direkt in deren Wirtschaftspolitik ein. Dabei wird die weite Öffnung zum Weltmarkt durchgesetzt, werden verstaatlichte Unternehmen privatisiert, die heimische Währung abgewertet. Alles, obwohl inzwischen selbst innerhalb des IWF Kritik an den Strukturanpassungsprogrammen laut geworden ist.

In der Verschuldung darf jedoch eine Analyse der Abhängigkeit der "Dritten Welt" nicht enden. Die nackte Tatsache finanzieller Forderungen gegenüber einem Staat kann dessen Regierung nur dann zwingen, eine innenpolitische Destabilisierung durch Austeritäts- und Strukturanpassungsprogramme in Kauf zu nehmen, wenn reale Druckmittel dem Gläubiger zur Verfügung stehen. Diese "realen" Abhängigkeitsverhältnisse seien im Sinne einer wahrhaft materialistischen Analyse näher untersucht.

Handelsabhängigkeiten

Die kreditfinanzierte Industrialisierung war von Beginn an exportorientiert. Die Einnahmen aus den Exporten sollten die Schuldendienstzahlungen abdecken. Ein genügend umfangreicher interner Markt für die entsprechenden Produkte war nicht vorhanden und wurde nicht entwickelt. Die Industrie der "Dritten Welt" ist so von ausländischen Märkten abhängig; viel weniger, als die "Industrielländer" für ihren Absatz von der "Dritten Welt" abhängig sind. Auch nicht-industrielle Sektoren sind zunehmend vom Export abhängig geworden, so z.B. der gesamte primäre Sektor. Landwirtschaftliche Monokultur oder die verstärkte Ausbeutung von bestimmten mineralischen Rohstoffen haben in den meisten Staaten der "Dritten Welt" zu einem großen Anteil nur ein oder zwei primärer Exportgüter geführt. Entsprechend einseitig hat sich die innere Wirtschaftsstruktur entwickelt, sind Arbeitskräfte verteilt, ist Infrastruktur angelegt worden usw. Oft wurden dadurch landwirtschaftliche Produkte vernachlässigt. Regionen und Staaten, die noch vor kurzem autark in Bezug auf Nah-

rungsmittel waren oder sie sogar exportierten, sind auf diese Weise abhängig vom Import von Nahrungsmitteln geworden.

Abhängigkeiten im Produktionsprozeß

Moderne Produktionsverfahren verursachen eine vielfältige Abhängigkeit der "Dritten Welt". Einige Beispiele zur Illustration:

Die industrielle Agrarproduktion bedarf speziell präparierter Saatgute und speziell abgestimmter Düngemittel und Pestizide. Die entsprechenden Informationen über die Herstellung dieser Produkte sind natürlich Firmenrechte der großen Saatgut- und Chemiekonzerne und durch das Patentrecht geschützt. Die Möglichkeiten gentechnologischer Produktion erhöhen noch die Fähigkeit der großen Konzerne, auf diese Art die Agrarproduktion in der ganzen Welt zu kontrollieren. Für die verarbeitende Industrie können Produktionsanlagen so ausgelegt werden, daß Hersteller von Halbwaren auf den Verkauf an nur ein transnationales Unternehmen angewiesen sind. Ohne auch nur ein Prozent Anteil an den herstellenden Unternehmen zu haben, hat damit der transnationale Konzern die totale Kontrolle über ihn erlangt (siehe z.B. Hoogvelt). So ist ein Betrieb eingebunden in eine transnationale Organisation der Produktion, in deren Zentrum ein großer Konzern steht. Die juristischen Formen der Zusammenarbeit mit den transnationalen Konzernen sind dabei durchaus unterschiedlich: Joint-ventures, Lizenzproduktion, rechtlich unabhängige Firmen, bei denen der transnationale Konzern jedoch die Anlagen geliefert hat, die auf ihn als Abnehmer ausgelegt sind (Cox, S. 247 f.). Transnationale Organisation der Produktion (auch "worldwide sourcing" genannt) kann die Kostenvorteile verschiedener Produktionsstandorte (billige Arbeitskräfte, niedrige Steuern, Nähe zur/m VerbraucherIn, Nähe zu Rohstoffen, Infrastruktur, geringe Umweltschutzaufgaben) optimal koordinieren. Dabei kann durch die stets vorhandene Alternative zu einem Zulieferbetrieb bzw. zu einem Produktionsstandort Druck auf das Management des zuliefernden Betriebes, Verwaltungen und Regierungen ausgeübt werden (Cox, S. 245).

Grundlage für eine solche hierarchische Produktionsstruktur ist natürlich die ständige technologische Weiterentwicklung der Produkte und der Produktionsverfahren. Forschung und Entwicklung der großen transnationalen Konzerne wird von den "Industrielländern" zur Sicherung ihrer zentralen Position auf dem Weltmarkt massiv subventioniert oder von staatlich finanzierten Forschungsinstituten übernommen. Oft bleiben für die "Dritte Welt" nur die Produktionsprozesse, die z.B. die höchsten Umweltschädigungen verursachen oder nur eine geringe Wertschöpfung bedeuten.

Der inhärente Zwang zur technologischen Fortentwicklung (die Konkurrenz schläft nicht!) wirkt dabei meist auf Kosten der untersten Ebene der Hierarchie. Eine bestimmte Halbfertigware, auf die ein Zulieferbetrieb

spezialisiert war wird uninteressant, Rohstoffe nicht mehr in dem entsprechenden Umfang benötigt.

Die oft juristische Unabhängigkeit der durch ihr Produktstruktur abhängigen Unternehmen hat auch Auswirkungen auf politische Auseinandersetzungen. Sie artikulieren sich nicht als Konflikte der internationalen Produktion, sondern als interne Konflikte. Eine Betriebsschließung erscheint nicht als zentraler Beschluß des Konzernmanagements, sie tritt z.B. als Konkurs des juristisch unabhängigen Unternehmens auf. Forderungen der Arbeiter z.B. richten sich nicht an den ausländischen Konzern, sondern an das inländische Unternehmen, das sich jedoch keine durch Lohndruck verursachten Preissteigerungen leisten kann. Die Besteuerung der entsprechenden Unternehmen wirkt als Schwächung des Unternehmens gegenüber konkurrierenden Unternehmen.

Die ungeheure Flexibilität des Kapitalismus und im speziellen großer Konzerne fußt auf solcherart Strukturen. Sie wird dabei auf Kosten der zuliefernden Betriebe, oft in der "Dritten Welt", erwirkt. Ausgeschlossen bleibt eine Produktion, die sich an den örtlichen Bedürfnissen orientiert (Cox, S. 249).

Produktionsverhältnisse in der "Dritten Welt"

In allen Gesellschaften, vor allem aber in Gesellschaften der "Dritten Welt", gibt es nichtkapitalistische Produktionsverhältnisse, die in Verbindung zur weltmarktbestimmenden Kapitalakkumulation und zur Reproduktion der LohnarbeiterInnen stehen. Sie als traditionell zu bezeichnen ist nicht ganz korrekt. Sie haben Wurzeln in den vorkolonialen Produktionsweisen und Gesellschaftsformationen. Diese wurden jedoch in der frühen Kolonialzeit im Sinne kolonialer und imperialistischer Ziele zu feudal-ähnlichen Produktionsweisen gewandelt. Es ist folglich auch falsch, von feudalen Produktionsweisen zu sprechen. Meist sind die angesprochenen Produktionsverhältnisse in ihrer Beziehung zum Akkumulationsprozeß nicht weniger ausbeutend als die kapitalistische Lohnarbeit (Johnson, S. 236). Das gilt sowohl für selbständige Kleinbauern wie für den städtischen informellen Sektor. Beide spielen z.B. eine wichtige Rolle in der Reproduktion billiger LohnarbeiterInnen. Oft fallen formelle Lohnarbeit und "selbständiges" Wirtschaften als KleinbäuerInnen oder im informellen Sektor in einem Haushalt oder sogar einer Person zusammen (Boris, S. 54).

Zusammenfassend müssen die nichtkapitalistischen Produktionsverhältnisse in ihrer Verbindung mit dem kapitalistischen Akkumulationsprozeß als integrale Bestandteile der kapitalistischen Weltökonomie aufgefaßt werden. Es ist u.a. die Ausbeutung dieser Produktionsverhältnisse, die den Kapitalismus weltweit prägt, flexibel macht und erhält (siehe u.a. Lutz).

Perspektiven der Weltwirtschaft

Noch ist kein Weg aus der strukturellen Krise der Weltwirtschaft vorgezeichnet. Meines Erachtens deutet sich auch kein neues, langfristig tragfähiges neues Wachstumsmodell an. Voraussetzung dafür wäre ein neuer Durchkapitalisierungsschub, ein nichtkapitalistischer Sektor oder eine Region, wo Marktstrukturen und das Lohnarbeitsverhältnis durchgesetzt werden können. Hauck geht davon aus, daß die Erschließung des ehemals realsozialistischen Osteuropa eine solche weitere "Landnahme" bedeuten und somit einen neuen Wachstumsschub in Gang setzen könne (Hauck, S. 78). Dieser Ausweg erscheint inzwischen unwahrscheinlich angesichts der politischen und wirtschaftlichen Krise, dem Aufbrechen von Nationalismen und dem Stocken der Perestroika. Der Konsummarkt in Osteuropa hat zwar zu einigen kurzen Aufschwungprozessen in Westeuropa geführt, darüberhinaus hält sich die Industrie mit Aktivitäten in den ehemals realsozialistischen Staaten eher zurück. Dort ist nicht das Feld eines Durchkapitalisierungsschubs.

Meines Erachtens ist ohnehin nicht allein der Prozeß der Durchkapitalisierung einer bisher nicht-kapitalistischen Region ausreichend, um einen neuen Wachstumsschub auszulösen, Es sind noch weitere Voraussetzungen zu erfüllen, damit eine längere, überzyklische Wachstumsperiode eingeleitet werden kann. Eine strukturelle Krise der Akkumulation ist begründet in einer langfristig strukturell fallenden Profitrate. Es müssen Prozesse stattfinden, die diesen Fall umkehren. Das kann die längerfristige Durchsetzung neuer Technologien mit einem erheblichen Produktivitätsschub (und damit einer Erhöhung der Mehrwertrate) sein. Schließlich (und wichtigstens) müssen sich gesellschaftliche Prozesse derart gestalten, daß sie eine Grundlage für neue Wachstumsstrategien liefern. Das gilt sowohl für die durchzukapitalisierenden Bereiche oder Regionen als auch für die bereits kapitalisierten. In beiden gilt es Veränderungen der Arbeitsorganisation, der Konsumstruktur, in der gesellschaftlichen Struktur allgemein durchzusetzen.

Die "Landnahme" in den ehemals realsozialistischen Staaten kann also, für sich allein genommen, nicht eine neue, überzyklische Periode des Wachstums verursachen. Sie kann höchstens zu einer mittelfristigen Erholung führen. Langfristig ersetzt sie nicht die Entwicklung zu einem "postfordistischen" Akkumulationsmodell, das sich vielleicht in Konturen abzeichnet, dessen gesellschaftliche Etablierung jedoch alles andere als gewährleistet ist (siehe dazu Hirsch/Roth, S. 104 ff.).

Was aber läßt sich aus den sichtbaren Entwicklungen im Spätfordismus für die Zukunft der "Dritten Welt" vermuten? Eindeutig ist, daß sich die Krise des fordistischen Akkumulationsmodells vor allem in der "Dritten Welt" äußert, gerade in der Verschuldungskrise und den damit zusammenhängenden Verarmungsprozessen.

Es deutet sich auch an, daß Profite zunehmend von der Fähigkeit abhängen, modernste Technologien zu entwickeln und einzusetzen. Eine Fähigkeit, die in den "Industrieländern" derzeit durch zunehmende Verzahnung des Wissenschaftssystems mit der Industrie ausgebaut wird, die aber der "Dritten Welt" größtenteils fehlt.

Es gibt Hinweise, daß die Produktion in einem neuen Akkumulationsmodell die Nachfrage nach mineralischen und agrarischen Rohstoffen aus der "Dritten Welt" verringert. Dies würde einen erneuten Verfall der Terms of Trade für rohstoffexportierende Länder bedeuten.

Nischen für erfolgreiche Entwicklungsstrategien könnten sich z.B. durch die Übernahme "fordistischer Produktionssektoren" ergeben. Eine solche Strategie ist allerdings sehr risikoreich, da die entsprechenden Absatzmärkte höchst umstritten sind und nicht davon ausgegangen werden kann, daß sich "Industrieländer" aus der Produktion dieser Güter zurückziehen. Außerdem erfordert das Wahrnehmen solcher Nischenstrategien eine aktive staatliche Wirtschaftspolitik, die u.a. gezielt mit protektionistischen Maßnahmen arbeiten müßte. Den Spielraum dafür engt das Aufzwingen einer Öffnung zum Markt über GATT und IWF ein. Auch das Fehlen des realsozialistischen Gegenmodells zur kapitalistischen Vergesellschaftungsform verkleinert Möglichkeiten für eine solche eigenständige Politik.

Eine allgemeine Tendenz der Verbesserungen der Weltmarktstrukturen, die mehr als nur Nischenstrategien für wenige Staaten erlauben würden, ist aber noch nicht einmal als "schwacher Schein am Horizont" zu erkennen.

Literatur:

- Elmar Altwater, Sachzwang Weltmarkt, Hamburg 1987.
 Dieter Boris, Arbeiterbewegung in Lateinamerika, Marburg 1990.
 Robert Cox, Production, Power and World Order, New York 1987.
 Gerhard Hauck, Modernisierung, Dependencia, Marxismus - was bleibt?, in: Peripherie Nr. 39/40, 10. Jg. (1990), S. 68-81.
 Joachim Hirsch und Roland Roth, Das neue Gesicht des Kapitalismus, Hamburg 1986.
 Hoogvelt, Ankie. Indigenization and Technological Dependency, in: Development and Change, Vol. 11 (1980), S. 257-272.
 Dale Johnson, Class Analysis and Dependency, in: ders. und Ronald H. Chilcote (Hg.), Theories of Development, New Delhi, London 1983.
 Burkart Lutz, der kurze Traum immerwährender Prosperität, Frankfurt (Main), New York 1984.
 Karl Marx, Das Kapital, Bd 2 (MEW 24), Berlin 1963, (9. Aufl.).

Klaus Steinitz/Manfred Voigt

Staat und kapitalistische Restauration

Zur Rolle der Treuhandanstalt in der ehemaligen DDR

Die Treuhandanstalt in Ostberlin steht angesichts der wirtschaftlichen Talfahrt, wachsender Massenarbeitslosigkeit und damit verbundenem sozialen Abstieg in den neuen Bundesländern schon seit Monaten unter starker Kritik der Öffentlichkeit. Immer mehr Belegschaften und die sie vertretenden Gewerkschaften wenden sich mit Protestaktionen gegen die von der Treuhandanstalt betriebene Politik des industriellen Kahlschlags ganzer Branchen und Regionen, gegen die Verschleuderung des ihr "zu treuer Hand" übertragenen Volksvermögens der ehemaligen DDR zu Billigtarifen vorwiegend an Unternehmen der alten Bundesrepublik. Kommunen kritisieren immer schärfer die Verzögerungspolitik der Treuhandanstalt bei der Übertragung kommunalen Eigentums, von dem sie sich notwendige Einnahmequellen für die Finanzierung öffentlicher Ausgaben versprechen. Die neuen Länder bemängeln ihre unzureichende Einbeziehung in Entscheidungen der Treuhandanstalt, die sich z.T. verheerend auf ganze Regionen auswirken. Die fehlende Transparenz der Arbeit der Treuhandanstalt - Betriebskollektive und Kommunen erfahren z.T. erst aus den Medien Entscheidungen über ihr Schicksal - erinnert fatal an die Praxis der "Geheimen Verschlußsachen" aus der Zeit der administrativen Kommandowirtschaft.

Ist all das nur auf das Verhalten einzelner Personen an der Spitze der Treuhandanstalt zurückzuführen, oder liegt es an den oft ins Feld geführten "alten" oder "neuen Seilschaften"? Offensichtlich liegen die Ursachen tiefer, nämlich in der Funktion, die der Treuhandanstalt von der Bundesregierung und dem westdeutschen Großkapital bei der Vereinnahmung der ehemaligen DDR aufgetragen wurde.

In den letzten Wochen - nachdem die negativen ökonomischen und sozialen Folgen des Crash-Kurses der Kohl-Regierung, der von der de Mai-zière-Regierung unterstützt wurde, für immer mehr Menschen schmerzhaft spürbar werden - hat sich die Auseinandersetzung über die Rolle der Treuhandanstalt beim wirtschaftlichen Niedergang in den neuen Bundesländern weiter zugespitzt.

Zum Verständnis der Situation einige Zahlen: 1990 ist das Bruttosozialprodukt gegenüber 1989 in den ostdeutschen Ländern um 15 % gesunken; in den alten Bundesländern stieg es um 4,6 %. Für 1991 wird für die Alt-Bundesländer ein Wachstum von 2,5 %, für die neuen Bundesländer dagegen ein erneuter Rückgang um 15 % eingeschätzt (lt. "Wirtschafts Woche" vom 1.3.1991).

Die Industrieproduktion betrug Ende Dezember 1990 im Osten Deutschlands nur noch die Hälfte des Niveaus vom Dezember 1989. Vorbei sind die Wahlversprechen vom beginnenden Aufschwung im Frühjahr 1991. "Wenn die Talsohle überwunden sein wird, läßt sich jedoch nicht vorhersagen" - so heißt es jetzt im Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung (lt. "Handelsblatt" vom 6.3.1991).

Ende Februar 1991 betrug die Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter in den neuen Bundesländern 2,7 Millionen (ohne 500 - 600.000 in den "Wartestand" geschickte Beschäftigte des öffentlichen Dienstes sowie 500 - 550.000 Vorruehändler bzw. Empfänger von Altersübergangsgeld). Bundesarbeitsminister Blüm erwartet für dieses Gebiet bis zu 3,5 Millionen Arbeitslose; das Institut für angewandte Wirtschaftsforschung in Berlin rechnet sogar mit über 4 Millionen gegen Ende 1991. Das wären 36 - 42 % der Ende 1989 Beschäftigten (9,6 Millionen)! Die Lebenshaltungskosten sind nach Angaben des Statistischen Bundesamtes im Januar 1991 gegenüber dem Jahresdurchschnitt 1989 um 6,5 % gestiegen - dabei stehen die Explosion der Mieten und weitere Tariferhöhungen noch bevor.

Privatisierung statt Sanierung

Es wird immer deutlicher: Nicht Sanierung der Unternehmen, um sie markt- und wettbewerbsfähig zu machen, sondern Privatisierung um jeden Preis und Liquidierung solcher Betriebe, für die sich keine Interessenten finden -, das ist die Philosophie der Treuhandanstalt! Sie erweist sich damit immer mehr als ein Instrument, das im Interesse des westdeutschen Kapitals die ehemals volkseigenen Unternehmen der neuen Bundesländer in eine eindeutig kapitalistische Wirtschaftsordnung überführt und dabei zugleich unliebsame Konkurrenten ausschaltet. Dabei bleiben die Interessen der ArbeitnehmerInnen auf der Strecke.

Die Aufgaben der Treuhandanstalt wurden gegenüber ihrem Gründungsziel in das Gegenteil umgekehrt. Sie wurde auf der Grundlage eines Beschlusses der Modrow-Regierung vom 1.3.1990 gebildet. Ausgangspunkt war eine Verordnung des damaligen Ministerrates, die die Umwandlung der volkseigenen Kombinate und Betriebe in Kapitalgesellschaften (Aktiengesellschaften bzw. GmbH) - also privatrechtliche Unternehmensformen - vorsah. Damit sollte die Umwandlung in eine Rechtsform erfolgen,

- die marktwirtschaftlichen Erfordernissen entspricht, d.h. die eine rationelle Bewirtschaftung der Unternehmen ermöglicht, die sich in gesellschaftlichem Gemeineigentum befinden. Sie sollte die eigenverantwortliche Verfügbarkeit der Unternehmen über die Produktion und die Verteilung ihrer Ergebnisse sichern;

- die international rechtsfähig ist und damit eine für die Entwicklung der Unternehmen notwendige Kapitalbeteiligung aus der BRD und anderen Ländern an diesen Unternehmen ermöglicht.

Das entsprach dem Verständnis, daß auch unter marktwirtschaftlichen Bedingungen gesellschaftliches Eigentum eine wichtige soziale Funktion erfüllt, gleichberechtigt und chancengleich mit anderen Eigentumsformen existiert, differenziert und flexibel strukturiert ist, effektiv arbeiten und auf dem Innen- und Außenmarkt wirken kann.

Die gebildete Treuhandanstalt sollte die volkseigenen Geschäftsanteile der Unternehmen im Interesse der Allgemeinheit verwalten, ohne selbst wirtschaftsleitende Funktionen auszuüben. Durch die treuhänderische Verwaltung des bis dahin anonymen Volkseigentums sollten Wege eröffnet werden, um das nunmehr in privatrechtlichen Formen organisierte Gemeineigentum tatsächlich im Interesse der Bürger der DDR zu nutzen. Folgerichtig entwickelte sich in dieser Zeit eine - übrigens von den verschiedensten politischen und sozialen Bewegungen getragene - sehr lebhaft diskutierte Diskussion über Möglichkeiten und Formen der Beteiligung der Bürger an dem von ihnen geschaffenen Volkseigentum - Belegschaftsaktien, verbriefte Anteilsrechte für alle DDR-Bürger, Anteile in Gestalt von Wohnungseigentum u.ä. Der Verkauf von Geschäftsanteilen bzw. Aktien - d.h. die Privatisierung von Teilen des Volkseigentums - wurde für zulässig erklärt, jedoch an die Zustimmung der paritätisch aus Vertretern der Belegschaft und der Anteilseigner zusammengesetzten Aufsichtsräte und bei Veränderung der Mehrheitsverhältnisse an die Zustimmung der zuständigen Volksvertretung gebunden. Das Volk sollte also über sein Eigentum tatsächlich selbst entscheiden!

Dieses Konzept von einer demokratischen und zugleich effektiven Gestaltung und Nutzung des Gemeineigentums als eine Alternative zum gescheiterten "realen Sozialismus" paßte den konservativen Kräften in Bonn und in der ehemaligen DDR überhaupt nicht ins Konzept. Sie organisierten vielmehr - unter demagogischer Ausnutzung der negativen Folgen einer verfehlten Politik administrativer Kommandowirtschaft und politischem Machtmißbrauchs des alten SED-Regimes - die kapitalistische Restauration im Osten Deutschlands. Dieser Prozeß, in dem der Treuhandanstalt eine Schlüsselfunktion zukommen sollte, begann nicht erst mit dem Datum der staatlichen Einheit, sondern wurde von der de-Maizière-Regierung von Anfang an aktiv betrieben. Dazu gehört, daß mit dem von ihr vorgelegten und am 17.6.1990 durch die Volkskammer beschlossenen Treuhandgesetz die ursprüngliche Zielstellung der Treuhandanstalt prinzipiell verändert wurde.

Im § 1 wurde festgelegt: "Das volkseigene Vermögen ist zu privatisieren". Es ging also nicht mehr um marktgerechte Organisation von Gemeineigentum und seine Chancengleichheit gegenüber anderen Eigentumsformen. Anliegen war vielmehr die Übereignung der bisherigen volkseigenen

Betriebe - besonders der lukrativen "Rosinen" - an westdeutsche Großunternehmen.

Alle Vorschläge der PDS in den kontroversen Debatten der Volkammer zu diesem Gesetz und danach zum Statut der Treuhandanstalt wurden von der Mehrheit der Koalitionspartner abgelehnt. Das betraf insbesondere

- Die Forderung nach Streichung der vor dem 1.7.1990 - also vor der Währungsunion - angefallenen Schulden, der sogenannten Altschulden, für alle sanierungsfähigen Betriebe. Diese Altschulden waren größtenteils infolge des bis 1989 existierenden zentralistisch-administrativen Systems entstanden - die Betriebe mußten den Hauptteil des erwirtschafteten Gewinns abführen, die Investitionen wurden überwiegend zentral und nicht nach den betriebswirtschaftlichen Erfordernissen festgelegt -, und sind nicht auf subjektives Versagen der Leitungen der Betriebe zurückzuführen. Mit dieser vorgeschlagenen Entschuldung sollte den Unternehmen die Möglichkeit gegeben werden, sich ohne zusätzliche Belastungen auf die völlig neue Wettbewerbsbedingungen der Marktwirtschaft einzustellen.

Dieser Antrag der PDS wurde zurückgewiesen. Erst als die Masse der Unternehmen nach dem 1. Juli durch den Crash-Kurs der Währungsunion in äußerste Liquiditätsschwierigkeiten geriet und ein Zusammenbruch der gesamten Wirtschaft drohte, sah sich die de Maizière-Regierung gezwungen, diese Schulden zunächst zu stunden und die Zinsen vorerst durch die Treuhandanstalt zu begleichen. Nun soll nach Vorliegen der DM-Eröffnungsbilanzen im Einzelverfahren über die teilweise oder völlige Entschuldung entschieden werden. Dann ist aber ein Jahr unnötigerweise vergangen, in dem die Unternehmensleitungen durch Unsicherheit über die zukünftigen Schulden und damit verbundene Belastungen negativ gerade für die Ausarbeitung tragfähiger Sanierungskonzepte motiviert wurden;

- die Forderung nach Aufnahme von Vertretern der Gewerkschaft als Interessenvertreter der ArbeitnehmerInnen in den Verwaltungsrat der Treuhandanstalt.

Auch dieser Vorschlag der PDS wurde zunächst abgelehnt. Erst nachdem sich der Druck der im DGB vereinigten Gewerkschaften verstärkt hatte, wandelte sich schrittweise die Meinung bei den anderen Parteien hin zu einer Befürwortung der Aufnahme von Gewerkschaftsvertretern in die Treuhandanstalt,

- die Forderung nach einem verbrieften Anteilsrecht der DDR-Bürger an dem von ihnen erarbeiteten Volkseigentum.

Stattdessen wurden in den Einigungsvertrag nur verschwommene und zu nichts verpflichtende Formulierungen, die jetzt völlig "vergessen" sind, über einen später eventuell möglichen Ausgleich für die bei der

Währungsumstellung verlorenen Sparbeträge - die Sparguthaben wurden 2 : 1 abgewertet - aufgenommen.

Mit dem Einigungsvertrag wurde das Treuhandgesetz mit gewissen Modifizierungen übernommen. Die Führungsspitze der Treuhandanstalt - Verwaltungsrat, Vorstand, Direktoren, Leiter der 15 regionalen Niederlassungen - wurde inzwischen (auch das begann unter de Maizière) weitgehend mit Managern aus der Alt-BRD besetzt. Das ist nicht primär eine Frage marktwirtschaftlicher "Kompetenz", sondern ist vor allem in der Funktion der Treuhandanstalt bei der kapitalistischen Restauration der ostdeutschen Wirtschaft und bei der Zerschlagung unliebsamer Konkurrenz begründet.

Die größte Wirtschaftsholding der Welt - so wird die Treuhandanstalt charakterisiert. Treffend schrieb "Die Zeit" vom 13.7.1990, daß die Mitglieder ihres Verwaltungsrates und Vorstandes "über eine Machtfülle verfügen, die ohne Beispiel ist in der Geschichte moderner Industriestaaten" und die "Wirtschafts Woche" stellte am 10.8.1990 fest, daß "die wirtschaftliche Kompetenz nahezu komplett in die Hände der weitgehend von westlichen Managern dominierten Anstalt" übergang.

In ihrer Hand befinden sich u.a. (soweit nicht bereits eine Privatisierung wie z.B. im Einzelhandel erfolgt ist) ca 8.000 Betriebe im Bereich der Industrie, des Bauwesens und des Verkehrs; 2,2 Millionen Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche und 1,8 Millionen Hektar Forsten; 3.300 größere Geschäfte und Gaststätten, 263 ehemalige HO-Hotels und rd. 11.000 kleinere Läden und Gaststätten (bis 100 m²); 1.000 mineralische Lagerstätten; 2.035 Apotheken; rd. 900 Buchhandlungen; ca. 700 Ferienheime des ehemaligen FDGB-Feriedienstes; Regionalzeitungen; Immobilien der ehemaligen Staatssicherheit, die Lagerflächen der ehemaligen Staatsreserve sowie Immobilien von Parteien und Organisationen der ehemaligen DDR.

Dieses volkseigene Vermögen soll nun privatisiert werden. Es geht also nicht - wie in den vergangenen Jahren in der BRD oder anderen westeuropäischen Staaten - um die Privatisierung einzelner Staatsunternehmen, sondern einer ganzen Volkswirtschaft! Die politische Entscheidung zur Einheit Deutschlands auf dem Weg des Anschlusses der DDR an die BRD hatte für die DDR die ökonomische Konsequenz, von einem auf zentralverwaltetem staatlichen Eigentum beruhenden Wirtschaftssystem zu einer kapitalistischen Marktwirtschaft überzugehen. Die Spezifik dieses Übergangs zu einer kapitalistischen Marktwirtschaft im Vergleich zu anderen osteuropäischen Ländern ergibt sich aus dem zeitlichen Zusammenfallen dieses Prozesses mit der staatlichen Vereinigung. Hieraus ergeben sich unter anderem das rasante - im Vergleich zu den anderen osteuropäischen Ländern weit höhere - Tempo der Veränderung der ökonomischen, sozialen, politischen und rechtlichen Verhältnisse in der ehemaligen DDR sowie die politische und ökonomische Dominanz der herrschenden Kräfte der alten Bundesrepublik bei allen Entwicklungsprojekten in den östlichen Bundesländern.

Es gibt auch grundlegende Unterschiede zu allen Privatisierungen staatlichen Eigentums in kapitalistischen Ländern, ob BRD, Japan oder Großbritannien. In der Alt-BRD gab es 1970 697 Beteiligungen des Bundes und seiner Sondervermögen (ERP, Ausgleichsfonds, Bundespost und Bundesbahn). Nahezu 20 Jahre wurden gebraucht, um diese Zahl bis Ende 1989 auf immerhin noch 337 zu reduzieren. Die Vollprivatisierung der Bundesanteile der 4 großen Konzerne zog sich bis Ende der 80er Jahre hin (VEBA - 1987, VAG und VW - 1988, Salzgitter AG - 1989). Demgegenüber soll in den östlichen Bundesländern faktisch eine nahezu vollständig verstaatlichte Volkswirtschaft im Eilzugtempo unter den Hammer gebracht werden - ein Schelm, der dabei Arges denkt!

Über den Wert dieses Volksvermögens der früheren DDR gibt es bisher keine offiziellen Angaben. Ohne Zweifel sind viele Unternehmen der Wirtschaft und Einrichtungen der Infrastruktur durch einen hohen physischen und moralischen Verschleiß, Rückstände im technologischen Niveau und in der Produktqualität gekennzeichnet. Zugleich aber ist das Bestreben der Treuhandanstalt und der hinter ihr stehenden Kräfte aus Politik und Wirtschaft erkennbar, den tatsächlichen Wert - man denke nur an den Grund und Boden, bewußt herunterzuspielen. Das zeigt sich z.B. bei den Angaben zu den 8.000 ehemaligen volkseigenen Betrieben (die Wertangaben betreffen also nicht solche Komplexe wie land- und forstwirtschaftliche Flächen, mineralische Lagerstätten, Objekte der Infrastruktur usw.). "Auf der Habenseite rechnen wir mit etwa 600 Milliarden DM Anlagevermögen der rund 8.000 Treuhandunternehmen, einschließlich Grundstücke" - so Treuhandanstalt-Pressesprecher Wolf Schöde in einem Interview mit "Die Wirtschaft" vom 7.11.1990. "Der ganze Salat ist etwa 600 Milliarden DM wert" erklärte Treuhand-Präsident Rohwedder noch im Oktober 1990 in einem Vortrag in der Bundeskammer in Wien ("Neue Zeit" vom 23.10.1990). Drei Monate später wird der Wert dieses Vermögens durch Rohwedder auf einen "Nulltarif" heruntergespielt. Bei den Firmen bestehe die Vermutung, "daß es sich um Hülsen handelt, in denen nicht viel steckt" (in "Die Welt" vom 2.1.1991). Die Absicht ist klar: Politisch geht es darum, von der ehemaligen DDR auch nicht das Geringste als wertvoll und bewahrenswert anzuerkennen. Ökonomisch geht es um die Übereignung dieser Werte möglichst zum Nulltarif vorwiegend an Großunternehmen der Alt-Bundesländer.

Das Privatisierungskonzept der "Treuhand"

Nicht Sanierung, sondern Privatisierung sei die Aufgabe der Treuhandanstalt - und wenn überhaupt Sanierung, dann nur als Vorbereitung für die Privatisierung - so hörte man es bis vor kurzem immer wieder aus dem Mund der Treuhand-Chefs und der Bonner Spitzenpolitiker der Regierungskoalition.

Das Privatisierungskonzept der Treuhandanstalt folgt dabei ganz offensichtlich der Kapital-Logik:

1. Eingliederung profitversprechender "Rosinen" (einzelne Betriebe, Betriebsteile, Gebäude oder auch nur Grundstücke) vorwiegend in westdeutsche Unternehmen. Dabei mehren sich kritische Stimmen potentieller ausländischer Interessenten, daß sie bei Kaufabsichten übergangen oder benachteiligt werden.

Nachdem die ganze ostdeutsche Wirtschaft marode geredet ist, hört man nach der Übernahme von Betrieben durch die neuen Besitzer nicht selten: Die technische Ausrüstung sei gar nicht so schlecht und Gewinne könne man damit in Zukunft ganz gut machen.

Die westdeutschen Energiekonzerne sicherten sich den entscheidenden Einfluß auf die perspektivische Entwicklung der Energiewirtschaft in den neuen Bundesländern und damit auf die künftigen Verbraucherpreise. Die ostdeutschen Kommunen wurden dabei an die Wand gedrückt. BASF erwarb - über den Preis wurde wie bei fast allen bisherigen Privatisierungen "Stillschweigen vereinbart" - mit dem Synthesewerk Schwarzheide einen der modernsten Chemiebetriebe der ehemaligen DDR, dessen Produktionsprofil sich nach Angaben des neuen Besitzers "günstig in das unternehmerische Konzept der BASF-Gruppe" einreihete. Als eine "hervorragende Abrundung der Angebotspalette" übernahm die Koenig und Bauer AG Würzburg 75 % der Anteile der international renommierten Planeta Druckmaschinen AG Dresden/Radebeul. Die Übernahme von Starkstromanlagenbaubetrieben und Kabelwerken durch die Siemens AG erfolgt in Erwartung öffentlicher Aufträge im Zusammenhang mit der Entwicklung der Infrastruktur in den neuen Bundesländern. Solche Beispiele ließen sich fortsetzen.

In diese Reihe sind auch die Grundstückserwerbe für Investitionen "auf grüner Wiese" unter Nutzung von staatlichen Investitionszulagen einzuordnen. Die vor den Bundestagswahlen mit großen Propagandaaufwand angekündigten Investitionen von Opel in Eisenach, Volkswagen in Zwickau und Mercedes-Benz in Ludwigsfelde sind - wie sich jetzt in aller Dramatik zeigt - mit einem erheblichen und vor allem gegenüber dem Wirksamwerden dieser Investitionen zeitlich vorgezogenen Arbeitsplatzabbau in den bestehenden Betrieben verbunden. Das hat nicht nur katastrophale Auswirkungen in den Unternehmen selbst, sondern zugleich in den unmittelbar betroffenen Regionen und darüber hinaus in weiteren Unternehmen der Zulieferindustrie.

Allein die von der Treuhandanstalt angeordnete vorgezogene Einstellung der Produktion des PKW Wartburg betrifft 3.000 Beschäftigte in Eisenach und weitere 35 - 50.000 Arbeitsplätze in den 260 AWE-Zulieferbetrieben. Die 2.600 neuen Arbeitsplätze von Opel sollen erst bis Ende 1992 entstehen. In Zwickau sind durch die Einstellung der Trabant-Produktion - für

die es Exportaufträge gibt - rund 4.000 Beschäftigte im Betrieb und 50.000 in der Region betroffen. Das gemeinsame Firmenprojekt mit VW läuft erst an; erst für 1994 wird die Bildung einer VW-Sachsenring GmbH als hundertprozentige Tochter erwartet. Was geschieht bis dahin? Arbeitskräfte lassen sich nicht auf Eis legen! in Ludwigsfelde werden Mitte der 90er Jahre 4.000 Arbeitskräfte für ein neues LKW-Werk benötigt, ab 1991 sollen 1.800 bisherige Beschäftigte Mercedes-Nutzfahrzeuge montieren. Die Zahlen der nach Auslaufen der Rationalisierungsschutzabkommen im bestehenden Betrieb von Entlassung Bedrohten im Jahre 1991 schwanken zwischen 2.600 und 7.000.

Diese Produktionseinstellung bisheriger Erzeugnisse ohne tragfähige Zukunftskonzepte werden direkt von der Treuhandanstalt gefordert. Es zeigt sich, daß ihre Arbeit nicht neue Arbeitsplätze schafft, sondern vorhandene weiter zerstört. Das "Argument", die Unternehmen seien nicht finanzierbar, ist nicht haltbar. Die Finanzierung der Arbeitslosigkeit und anderer Folgemaßnahmen der Stilllegungen erweist sich als aufwendiger als die zeitweiliger finanzieller Unterstützungen der Unternehmen bei der Bewältigung der komplizierten Phase der Strukturanpassung an die neuen Marktbedingungen z.B. durch Exportstützungen.

2. Ausschaltung von Konkurrenten westdeutsche Unternehmen durch bewußte Verweigerung von Sanierungshilfen und/bzw. Verschleppung von Kaufwünschen anderer Interessenten. Aktuelle Beispiele dafür sind in jüngster Zeit die Interflug und damit "freie Bahn" für die Lufthansa im gesamtdeutschen Luftgeschäft sowie der Poker um die "Schrumpfung" von Zeiss Jena zugunsten der westdeutschen Zeiss-Gesellschaft in Oberkochen. Aber auch der Kahlschlagkurs gegenüber den Ostsee-Werften und die drastische Reduzierung der Fischereiflotte der ehemaligen DDR gehören dazu. Vor großen Problemen steht die Ostberliner Kraftwerks- und Anlagenbau AG, weil nach Entscheidungen in Bonn für wichtige Aufträge jetzt "die Weichen in Richtung Siemens/KWU-Technik gestellt" werden ("Handelsblatt" vom 12.2.1991).

3. Andere Unternehmen schließlich, für die sich keine westdeutschen Interessenten finden, werden ihrem Schicksal überlassen. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß der mit dem Einigungsvertrag für 1990/91 festgelegte Kreditrahmen der Treuhandanstalt für die Sanierung von Unternehmen in Höhe von 25 Milliarden DM bisher erst mit 5 Milliarden DM in Anspruch genommen wurde ("Handelsblatt" vom 12.2.1991).

Noch im Januar 1991 leugnete Treuhandvorstandsvorsitzender Rohwedder die Existenz einer "Todesliste" der dem Bankrott überlassenen Unternehmen und bezeichnet sie als "der Phantasie einiger Leute aus der Frühzeit der Treuhandanstalt entsprungen" ("Der Spiegel" Nr. 5/1991). Nun klingt es anders: Die Treuhand könne die sehr häßlichen Entscheidungen - ge-

meint ist die Schließung von Unternehmen - nicht lange hinausschieben, so Rohwedder in der Kanzlerrunde am 4.2.1991. Vorstandsmitglied Birgit Breuel spricht von "schweren Entscheidungen", die auf die Treuhandanstalt zukommen, und ihr Kollege Alexander Koch formuliert das noch ungeschminkter: "Das dicke Ende des Knüppels kommt erst noch - Chemie, Metallindustrie, Schiffbau ...".

Um die Zahl und die Namen der betroffenen Unternehmen wird ein - wie man annehmen muß - bewußtes Verwirrspiel getrieben, um die Öffentlichkeit, vor allem die unmittelbar von Entlassung bedrohten Beschäftigten bis zuletzt im Unklaren zu lassen. Da ist von 40 bis 45 Betrieben mit 50.000 Beschäftigten die Rede, während Vorstandsmitglied Klaus-Peter Wild einschätzt, daß etwa 1.000 Unternehmen ganz verschwinden werden. Verwaltungsratsmitglied André Leysen vertritt gar die Meinung, daß die Wirtschaft im Osten Deutschlands auf die Hälfte "schrumpfen" müsse. Beim Kamera-Hersteller Pentacon Dresden ist die Produktionsstilllegung bereits bittere Wahrheit geworden. Über dem Halbleiterwerk Frankfurt/Oder, dem Pharmaziewerk Neubrandenburg, der Prignitzer Zellstoffe hängt das Damoklesschwert des Konkurses. Zu dem Verwirr-Szenarium gehört offensichtlich auch, daß man bei starken öffentlichen Protesten Entscheidungen zur Stilllegung zunächst zeitweilig hinausschiebt, wie das z.B. beim Mopedwerk Simson Suhl und der Märkischen Faser AG Premnitz geschehen ist. Im letzteren Fall ist das aber damit verbunden, die Mitarbeiterzahl schon bis Anfang 1992 von ursprünglich 6.000 auf 2.300 zu reduzieren.

All das darf nicht isoliert als fehlerhafte Arbeit der "Institution" Treuhandanstalt gesehen werden. Es ist vielmehr Ausdruck einer gewollten Politik der kapitalistischen Restauration und der Zerstörung Ostdeutschlands als Industrie- und Agrarstandort durch die Bonner Regierung im Interesse des westdeutschen Kapitals!

Alternativen zur gegenwärtigen "Treuhand"-Politik

Gibt es eine Alternative zu dieser Politik? Ja - und sie muß durchgesetzt werden, um noch größere ökonomische und soziale Konflikte und eine weiter ansteigende Massenarbeitslosigkeit zu verhindern.

1. *Notwendig ist zuerst und vor allem der Erhalt und Ausbau der neuen Bundesländer als Produktions- und Investitionsstandort.* Sie dürfen nicht nur Absatzmarkt und verlängerte Werkbank für Großunternehmen und Handelsketten der Alt-Bundesländer sein. Sanierung der Unternehmen, um sie wettbewerbsfähig zu machen, verbunden mit einer aktiven Struktur- und Beschäftigungspolitik durch Bund, Länder und Kommunen - nur so können schrittweise der Anschluß an das Produktivitätsniveau der Alt-BRD gewonnen und zugleich Massenarbeitslosigkeit beseitigt bzw. zumindest eingeschränkt werden. Die Treuhandanstalt muß sich auf die

Sanierung und nicht auf die Privatisierung "koste es was es wolle" konzentrieren.

Notwendig ist vor allem ein perspektivisches Struktur- und Beschäftigungsprogramm, das von der Bundesregierung gemeinsam mit den Ländern, Unternehmensverbänden und Gewerkschaften für die neuen Bundesländer ausgearbeitet werden muß. In diesem Rahmen muß die Treuhandanstalt dem Ziel einer aktiven Strukturpolitik verpflichtet sein. Natürlich muß die Verantwortung für die Bestimmung der künftigen Produktpalette, für die Ausarbeitung erfolgversprechender und tragfähiger Sanierungskonzepte bei den Unternehmen liegen. Aber die Treuhandanstalt kann und muß - vor allem finanzielle - Voraussetzungen für die Strukturanpassung und Sanierung der Unternehmen schaffen.

Die Mittel der Treuhandanstalt dürfen nicht nur zur Dämpfung von durch den Crash-Kurs der Währungsunion verursachten Liquiditätsproblemen eingesetzt werden. Sie müssen vor allem der gezielten Modernisierung von Unternehmen, der Erhaltung und Neuschaffung von Arbeitsplätzen dienen.

2. *Die Verschleuderung von Volksvermögen darf nicht länger fortgesetzt werden.* Notwendig ist vielmehr ein höchstmöglicher Nutzen für die Bevölkerung, die Länder und Kommunen Ostdeutschlands bei der Privatisierung. Sanierung von Unternehmen mit Hilfe der Treuhandanstalt und Privatisierung dürfen nicht als sich ausschließende Alternativen gegenübergestellt werden. Der zweckmäßigste Weg muß danach bestimmt werden, wie er am besten Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und Sicherung von Arbeitsplätzen verbindet.

Privatisierung von Unternehmen muß nach einem durchdachten Konzept erfolgen, das vor allem den Interessen der BürgerInnen in den neuen Ländern verpflichtet ist. Deshalb muß auf der Grundlage einer realen Bewertung um höchstmögliche Erlöse gerungen werden, die für die Sanierung, insbesondere für notwendige Strukturveränderungen in anderen - zur Treuhandanstalt gehörenden - Unternehmen eingesetzt werden.

3. *Die öffentliche Rechenschaft und Kontrolle über die Arbeit der Treuhandanstalt, die Transparenz ihrer Entscheidungen ist dringend notwendig.* Dazu gehört unverzichtbar, daß die Gewerkschaften sowohl im Verwaltungsrat der Treuhandanstalt als auch in zu bildenden Beiräten der regionalen Treuhand-Niederlassungen vertreten sind und dort durch eine echte Mitsprache auch tatsächlich die Interessen der ArbeitnehmerInnen wahrnehmen können. Die gewählten Betriebsräte in den Unternehmen und die Gewerkschaften müssen rechtzeitig informiert, gehört und in alle Entscheidungen zur Sanierung und Privatisierung einbezogen werden. Die Mitsprache des Betriebsrates und der Gewerkschaften muß vor allem bei beabsichtigten Betriebsstillegungen oder Entlassungen gesichert werden.

Zahlreiche Aktionen der letzten Zeit in Unternehmen und Städten beweisen, daß die Belegschaften und die sie vertretenden Betriebsräte und Gewerkschaften solche Rechte erkämpfen müssen.

4. *Konkrete Einflußmöglichkeiten der Länder und Kommunen auf die Entscheidungen der Treuhandanstalt und ihrer Niederlassungen sind erforderlich.* Die Entwicklung des gesamten gesellschaftlichen Lebens in den Regionen wird entscheidend von der Lebensfähigkeit der Wirtschaft bestimmt. Das zeigt sich gegenwärtig schmerzhaft in solchen Problemregionen wie z.B. den Chemiestandorten in Sachsen-Anhalt, den Zentren der Metallurgie und Elektrotechnik in Brandenburg, dem Schiffbau in der Küstenregion, den einseitig agrarisch strukturierten Gebieten in Mecklenburg-Vorpommern und der Leichtindustrie in Sachsen und Thüringen.

Es ist vor allem sehr wichtig, daß alle wesentlichen Entscheidungen zur Sanierung, Privatisierung und nicht zu verhindernder Stilllegung von Unternehmen unter regionalen Aspekten koordiniert werden. Nur so können das Zusammenbrechen der Wirtschaft und Massenarbeitslosigkeit von über 50 % in ganzen Regionen verhindert sowie rechtzeitig neue Beschäftigungsmöglichkeiten für "freigesetzte" Arbeitskräfte geschaffen werden. Dabei kann es in bestimmten Fällen notwendig und auch zweckmäßig sein, ein Unternehmen besonders zu fördern, das nicht zu den technologisch und ökonomisch stärksten seiner Branche gehört, aber für die ökonomische und soziale Lebensfähigkeit einer Region eine Schlüsselrolle spielt. Die bisherige Arbeitsweise der Treuhandanstalt, Entscheidungen zur Sanierung oder Stilllegung nur nach eng betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten zu treffen, widerspricht allen gesellschaftlichen und speziell regionalen Erfordernissen der perspektivischen Entwicklung der ostdeutschen Länder.

In Zusammenarbeit mit den Ländern müssen perspektivisch lebensfähige Unternehmen durch Strukturanpassung, Modernisierung und Sanierung erhalten werden. Verzögerung oder Verweigerung von Sanierungshilfen führt nicht nur zu Konkursen einzelner Unternehmen, sondern zum nicht mehr reparablen Zusammenbruch ganzer Kooperationsketten und damit Niedergang ganzer Regionen. Das betrifft nicht nur die Autoproduktion, sondern zeigt sich auch z.B. im Bereich der Elektrotechnik, der Werften oder der Leichtindustrie.

5. *Die Vorstellung von künftigem Belegschaftseigentum darf nicht aufgegeben werden, obgleich es sehr schwierig sein wird, dies unter den gegenwärtigen Bedingungen zu realisieren.* Ein solcher Weg wäre z.B. bei der Ausgliederung von Betriebsteilen denkbar. Freilich wären dazu tragfähige Konzepte für die künftige Produktion - die mit Unterstützung der regionalen Niederlassungen der Treuhandanstalt erarbeitet werden müßten - sowie günstige Kreditbedingungen für eine längere Startphase nötig. Damit könnte Raum für Initiative der Belegschaften geschaffen werden. Beispiele

in westlichen Industrieländern beweisen, daß eine solche Eigentumsform durchaus mit der Marktwirtschaft vereinbar ist. Auf diesem Wege könnte in den neuen Bundesländern ein echter Beitrag für neue, wirksame Formen des Gemeineigentums als eine Alternative zum Privateigentum geschaffen werden.

6. Klare Aussagen sind zu solchen Bereichen wie Stahlindustrie, Großchemie, Werften nötig, die selbst nach Aussagen der Treuhandanstalt auf Grund ihrer Größe keine Käufer finden. Würde man den Weg der Stilllegung wählen, so würde das katastrophale Folgen für die Menschen in den betroffenen Regionen haben. Diese Unternehmen müssen als Staatsunternehmen weitergeführt werden - eine Praxis, die für vergleichbare Branchen in den 50er Jahren auch in der Alt-BRD beschritten wurde.

Es erhebt sich überhaupt die Frage, warum es in der Marktwirtschaft nicht auch Industrieunternehmen geben darf, die sich in Staats- oder Landeseigentum befinden. Das Grundgesetz sieht die Möglichkeit von Gemeineigentum vor. Im Unterschied zu Artikel 15 müßten im Osten Deutschlands "Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel" nicht erst "in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden". Sie sind es noch - sie müssen nur im Interesse des Gemeinwohls genutzt werden! Was spricht eigentlich dagegen, größere Teile des Treuhandvermögens in die Verantwortung der Länder zu geben? Zumindest hatte die CDU-geführte Landesregierung von Sachsen keine politische Skrupel, die traditionsreiche, weltbekannte und hocheffektiv arbeitende Porzellanmanufaktur Meißen in das Eigentum des Freistaates Sachsen zu übernehmen.

Nach zunehmenden Protesten der ArbeitnehmerInnen und massiver Kritik der Gewerkschaften, von Parteien, Bewegungen und Länderparlamenten hat im März 1991 endlich die für die Politik der Treuhandanstalt zuständige Bundesregierung reagiert. Ein konzertiertes Zusammenwirken von Bund, neuen Ländern und Treuhandanstalt, ungewöhnliche Maßnahmen und schnelles unideologisches Handeln werden angekündigt. Neue Töne sind zu hören, die längst von der Opposition gestellte Forderungen aufgreifen. Aufgabe der Treuhandanstalt sei es, durch Privatisierung und Sanierung auf eine effiziente Wirtschaftsstruktur in den neuen Ländern hinzuwirken. Treuhand-Wirtschaftskabinette sollen im Rahmen der Landesregierung gebildet werden, ein vorsichtigeres Herangehen an Betriebsstillegungen sei notwendig. Das ist zweifellos richtig. Am Grundproblem ändert sich freilich nichts. Es reicht nicht, die massenhafte Zerstörung von Arbeitsplätzen sozial abzufedern und zu kaschieren. Es bedarf einer grundsätzlichen Korrektur der Wirtschaftspolitik, ihrer Ziele und Prioritäten nicht nur des Herumkurierens an Symptomen. Ohne eine aktive beschäftigungsorientierte staatliche Strukturpolitik mit tragfähigen Konzeptionen der Entwicklung von Branchen und Regionen kann das in Gang ge-

setzte Vernichten des Produktionspotentials und des Exodus von Leistungsträgern nicht gestoppt werden.

Deshalb die Forderung an Bundesregierung, Länderregierungen und Treuhand nach einer aktiven und längerfristig orientierten Modernisierungs-, Struktur- und Beschäftigungspolitik, um die vorhandenen Produktionsstandorte zu erhalten.

Eine aktive Struktur- und Beschäftigungspolitik bedingt öffentliche Kontrolle und Mitgestaltung. Nicht nur die Regierungen, sondern die Parlamente und die Bürger müssen echte Kontroll- und Entscheidungsrechte erhalten.

Uwe-Jens Heuer

Von der "Steuerlüge" zur "Treuhandlüge"?

Rede vor dem Deutschen Bundestag, Bonn, 15. März 1991

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Einen Tag vor Annahme der Privatisierungsgesetze stellt sich plötzlich heraus, wie wir gestern abend hören konnten, daß die ungesteuerte Privatisierung nicht die Lösung der Wirtschaftskrise der ehemaligen DDR ist. Offensichtlich bildet die bisherige Verhaltensweise der Treuhand ein Kernproblem. Ich will nicht das Wort von der Steuerlüge durch das Wort von der Treuhandlüge ersetzen. Aber es ist für mich als Vertreter einer Oppositionspartei - offenbar sieht Herr Ullmann die Dinge ähnlich - schon erschütternd, mit welcher Selbstherrlichkeit der Kurs der ungesteuerten Privatisierung durch die Herrn Minister Waigel zugeordnete Treuhandanstalt fortgesetzt wurde und wie durch einen ablenkenden Schaukampf zwischen Koalition und SPD und innerhalb der Koalition die tieferliegenden Probleme verdeckt wurden.

Ich sehe drei Varianten des Umgangs mit dem industriellen Staatseigentum der DDR, das jetzt der BRD zugefallen ist und von der Treuhand verwaltet wird: erstens Bevorzugung der Übertragung auf Investoren - im Ergebnis vorwiegend aus der ehemaligen BRD -, zweitens bevorzugte Übergabe an frühere Eigentümer, drittens wirkliche Verbindung von Sanierung und Privatisierung.

Die Diskussion hier im Hause und in der Öffentlichkeit, vornehmlich seit dem 21. Februar, war beherrscht von der Auseinandersetzung zwischen den beiden ersten Varianten. Die Befürworter der ersten Variante betonten vor allem die Notwendigkeit, Gebäude und Maschinen, Anlagen und Grund und Boden möglichst rasch an potente und investitionsfreudige Bewerber zu übertragen. Das ist, wenn man so will, eine moderne kapitalistische Variante.

Die Befürworter der zweiten Variante betonen demgegenüber die Verteidigung des Privateigentums und die Notwendigkeit, wenn nicht den Zustand von 1945, so doch wenigstens den Zustand von 1949 wieder herzustellen.

Hier ging es offenbar neben der Vertretung der mittelständischen Interessen vor allem darum, die prinzipielle Unantastbarkeit des Privateigentums zu sanktionieren und den Weg des gemeinschaftlichen Eigentums nicht nur in der offenbar gescheiterten Variante des bisherigen Sozialismus, sondern generell zu einem Irrweg der Geschichte zu erklären.

Die Auseinandersetzung hat nun ein rasches Ende gefunden. Am 11. März konnten wir von dem großen Kompromiß lesen, der in dem vorliegenden

Gesetzentwurf seinen Ausdruck gefunden hat. Dieser Kompromiß wird jetzt innerhalb von drei Tagen vom Parlament beschlossen. In der Anhörung ist von zahlreichen Teilnehmern dargelegt worden, daß dieses Gesetz außerordentlich schwer lesbar sei. Der Kompromiß - der Grundsatz bleibt, die Abweichungen werden zu Überzahl - macht das Gesetz mit Notwendigkeit zu einem kaum noch zu übersehenden System von einander korrigierenden Vorschriften. Der Willkür werden Tür und Tor geöffnet, viele Folgen sind absolut nicht absehbar.

Das Hauptproblem liegt aber nach meiner Ansicht woanders. Der große Streit wird jetzt nachträglich in den Zeitungen vielfach als unsinnig, als Schaukampf, als Spiegelfechtere bezeichnet. Der Bundesjustizminister betonte in der Sitzung des Rechtsausschusses am 12. März meines Erachtens zu Recht, daß es erheblich wesentlichere Investitionshemmnisse gibt als die Regelung offener Vermögensfragen. Auf die Rolle der Verwaltung und der Grundbücher wurde auch heute wieder mit Recht hingewiesen.

Aber es muß doch stutzig machen, daß bestimmte Gruppen von Investoren kommen, etwa der Handel, der in kürzester Frist den Markt an sich gerissen hat. Gleiches gilt für Zeitschriften, Bücher usw. Die Industrie hat besondere Gründe. Offenbar ist es für viele nützlicher, einen Absatzmarkt zu haben, als zu investieren.

Ich las in der "Frankfurter Rundschau" vom 12. März: "Das überraschende, harte Aus für die Wartburg-Produktion, so mutmaßten viele, solle dem Schutz von Opel dienen." Es grassierte der Verdacht, daß AWE schneller sterben müsse für die Westfirmen. H.W. Manegold beschreibt den für ihn "ganz klaren Zusammenhang" so: "Wer jetzt einen Wartburg kauft, der kauft in drei Jahren keinen Opel Corsa und auch keinen VW Golf." Auch dieses Zitat stammt aus der "Frankfurter Rundschau".

Daß Opel so denkt, ist normal. Aber warum hat die Treuhand nicht in Eisenach geholfen? Warum gab sie der Flughafen GmbH Schönefeld keine Investkredite, trotz der idealen Bedingungen des Flughafens? Warum wird Interflug totgehandelt, wurde ihr sogar die kommerzielle Tätigkeit auf der Tourismusmesse untersagt und dieses Verbot erst auf energischen Protest hin aufgehoben?

Die Ursache liegt einfach darin, daß die Treuhand, wie ihr Chef zu versichern nicht müde wird, privatwirtschaftlich denkt. Herr Rohwedder erklärte noch am 7. März in der ARD: "Wir verlieren uns nicht in der Wirtschaftspolitik, in der Strukturpolitik, in der Arbeitsmarktpolitik."

Es drängt sich die Frage nach einem Zusammenspiel von westdeutschen Unternehmen und der Treuhand auf.

"Die Braut" - so schreibt "Die Welt" vom 13. März - "die zum Verkauf ansteht, braucht nicht schön gemacht zu werden."

Es geht um Ostbräute für 1 DM. Die Beschäftigten werden entlassen, die Maschinen verkauft; für die Gebäude bleibt die Abrißbirne; der Käufer er-

hält Grund und Boden, das einzige, was viele an der ehemaligen DDR noch interessiert.

Es ist richtig, daß nur eine Minderheit der Unternehmen Ostdeutschlands heute der kapitalistischen Marktwirtschaft und der unmittelbaren Konfrontation mit dem Weltmarkt gewachsen ist. Allen anderen Neuzugängen zur EG wurde eine mehrjährige Übergangsfrist gewährt.

Neben den *Weg der Privatisierung* muß nach unserer Auffassung gleichzeitig die *Bereitschaft zur Sanierung* treten. Das ist übrigens, wie jetzt entdeckt wird, auch im Treuhandgesetz so geregelt.

(Zuruf von der CDU/CSU: Wollen Sie Ihre Partei in die Sanierung mit einschließen?)

Tatsächlich war aber bis heute eine solche mittelfristige Sanierung in keiner Weise die Absicht der Treuhandverwaltung. Der *Präsident der Treuhandanstalt* schrieb Ende vorigen Jahres (28.11.90) an alle Unternehmen: "Bei der Treuhandanstalt gehen jetzt in verstärktem Maße Sanierungskonzepte ein. Diese vermögen deshalb selten zu befriedigen, weil der im Treuhandgesetz verankerte Vorrang für die Privatisierung in diesen Konzepten in den meisten Fällen fehlt. Die Treuhandanstalt sieht sich nicht in der Lage, Sanierungskonzepte zu akzeptieren, die dem Grundsatz des Gesetzes, Unternehmen so rasch und so weit wie möglich zu privatisieren, nicht Rechnung tragen." Zum Schluß heißt es: "Jedes Unternehmen soll einen unternehmerisch aktiven Eigentümer finden, ausnahmslos und ohne schuldhaftes Zögern."

Ein früherer Kollege von mir, Harry Maier, jetzt in Flensburg, hat meines Erachtens sehr überzeugend gezeigt, daß zur Strukturanpassung immer die Kombination von vorhandener Arbeitsplätze mit neuen Arbeitsplätzen nötig ist. Mit ordoliberalen Prinzipien ist dieser Übergang bei Erhaltung des Industriestandortes Ostdeutschland nicht zu schaffen.

Wer aber treibt bis jetzt *Wirtschaftspolitik für Ostdeutschland*? Die Treuhandanstalt offensichtlich nicht. Sie tritt als Hermaphrodit auf.

(Wiefelspütz (SPD): Was ist denn das?)

- Zwitter, mein Herr -, als öffentlich-rechtliche Anstalt, als Staat, wenn sie verkauft, und als Finanzholding im Gesellschaftsverbund mit ihren Unternehmen, wenn sie sich weigert, Weisungen zu erteilen und wirtschaftspolitische Verantwortung zu tragen. Auch der Finanzminister und der Wirtschaftsminister betreiben bis jetzt keine Wirtschaftspolitik für Ostdeutschland. Die Länder wollen es zum Teil, haben aber kaum Einfluß.

Wir wollen deshalb in mehreren Anträgen, die dem Hause vorliegen, auf zwei grundsätzliche Änderungen hinwirken: zum einen auf die *Verstärkung der Einflußmöglichkeiten der* (Zuruf von der CDU/CSU: PDS!)

Vertreter der Arbeitnehmer und zum anderen auf die *stärkere Berücksichtigung der regionalen Wirtschaftsstruktur und die Erhaltung von Arbeitsplätzen.*

Wir meinen darüber hinaus, daß die Regierung beauftragt werden sollte, bis zum 15. April ein *Treuhandgesetz* vorzulegen, das Privatisierung und Sanierung im Auftrag miteinander verbindet, staatliche und öffentliche Kontrolle verstärkt, eine gut überlegte Regionalisierung einleitet und die Beseitigung der Altschulden ermöglicht.

(Zurufe von der CDU/CSU: Und zentralistische Normen wieder einführt! - Ihr habt doch eure Chance gehabt!)

Wir halten es für einen absurden Zustand, daß einerseits die öffentlich-rechtlichen Körperschaften und die Treuhand berechtigt werden, so schnell wie möglich Boden zu verkaufen, um neuen Betrieben die Ansiedlung zu ermöglichen, und daß andererseits die bestehenden Betriebe liquidiert und die Beschäftigten in die Arbeitslosigkeit geschickt werden.

(Zuruf von der FDP: Noch absurder ist, daß gerade Sie diese Vorschläge machen!)

Ich kann mir im Gegensatz zum Bundesfinanzminister nicht vorstellen, daß auf der Grundlage desselben Gesetzes jetzt eine völlig entgegengesetzte Politik verfolgt werden kann und vielleicht in 14 Tagen eine dritte.

Das Kapital ist unzweifelhaft ein guter Rechner; es ist aber nicht der Sitz der Vernunft. Ich hoffe, daß wirtschaftliche Vernunft durch Entscheidungen des Staates, durch den Druck der Öffentlichkeit und nicht zuletzt durch Entscheidungen dieses Hauses wirksam wird.

Meine Damen und Herren vor allem von der Koalition, unsere Anträge wurden im Rechtsausschuß mit großer Mehrheit abgelehnt. Jetzt stellt sich heraus, daß wir, jedenfalls teilweise, die Ghostwriter des Bundeskanzlers und der Länderchefs waren. Bevor Sie nun das Abstimmungsverhalten wiederholen, überprüfen Sie, ob Sie damit nicht gegen die gestern vereinbarten Grundsätze des Bundeskanzlers und der Länderchefs verstoßen.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der PDS/Linke Liste - Zuruf von der CDU/CSU: Lassen Sie sich ebenfalls nach Moskau ausfliegen, Herr Kollege!)

Dietmar Wittich

Klassengesellschaft oder Vielfalt sozialer Subjekte?

Zu Aktuellen Umbrüchen in der Sozialstruktur und in Werten in der ehemaligen DDR

Das Institut für Sozialdatenanalyse e.V. Berlin (ISDA) führt seit Anfang 1990 soziologische Begleitforschungen zu aktuellen gesellschaftlichen Veränderungen und Umbrüchen durch. Sie laufen unter dem Thema "Sozialstruktur und Lebensqualität in den deutschen Transformationsprozessen". Bisher wurden von ISDA zwei empirische Erhebungen realisiert, die jeweils für die wahlberechtigte Bevölkerung der DDR im statistischen Sinne repräsentativ sind. Aus Ergebnissen dieses Projekts sollen zwei Aspekte in die Diskussion eingebracht werden: zu Umbrüchen in der Sozialstruktur und zu Veränderungen in den Wertestrukturen.

Zu Umbrüchen in der Sozialstruktur

Der Forschungsansatz für das Projekt "Sozialstruktur und Lebensqualität" enthält ein hochdifferenziertes Sozialstrukturmodell mit 7 Großgruppen und nunmehr 36 Untergruppen, das nach mehreren Dimensionen analysiert werden kann und analysiert wird. Das kann in einem solchen kurzen Beitrag nicht demonstriert werden. Deshalb kann hier nur auf die großen Gruppen eingegangen werden. Im Mai hatten die Arbeiter einen Anteil von 38 %, Angestellte einen Anteil von 28 %, Akademiker (also akademische Berufe der verschiedensten Art, die ja meistens auch angestellt sind) etwa 20 %, Bauern 6 %, Handwerker und Gewerbetreibende 1,2 %, Selbständige und Unternehmer 2,2 %. Man muß dabei immer wissen, daß bei einer solchen Erhebung 1 % für ca. 120.000 Menschen stehen. Zu unserer nicht geringen Überraschung hat sich die Sozialstruktur bis Oktober in einigen Positionen doch erheblich verschoben.

Der Umbruch erfolgt als Einbruch. Der Anteil an Arbeitern beträgt noch 30 %, der Anteil an Angestellten ist auf 37 % gestiegen. Der Anteil der Angehörigen der Intelligenz ist auf etwa 15 % gesunken. Bauern sind gleichgeblieben, Handwerker und Gewerbetreibende haben sich fast verdoppelt, 2 bis 2 1/2 %, und Selbständige und Unternehmer haben auch um ca. die Hälfte zugenommen, liegen jetzt etwa bei 3,5 %. Die Überraschung liegt darin, daß die Angestellten zugenommen haben. Das ist natürlich nur relativ. Das Ausmaß der Veränderungen wird nur erklärbar, wenn berücksichtigt wird, daß die Beschäftigungsrate (Anteil der Beschäftigten an der erwachsenen Bevölkerung) in dieser Zeit von 77 % auf 70 % gesunken ist. Diese Reduzierung ist sozial ungleich verteilt, Arbeiter und

Angehörige verschiedener Intelligenzgruppen sind bisher am häufigsten betroffen. Dadurch haben sich auch Anteil und Struktur der Nichtberufstätigen erheblich verändert. Die Rentner sind naturgemäß gleichgeblieben, das ist auch nicht überraschend. Die Zahl der Personen im Vorruhestand bzw. im Altersübergangsgeld, ihr Anteil war im Mai noch kaum meßbar und betrug etwa 0,5 %, ist auf 3,2 % gestiegen. Der Anteil der Arbeitslosen betrug im Mai 1,5 % und war bis Anfang Oktober auf 6,2 % gestiegen. Unsere Ergebnisse eilen den Angaben des Bundesamtes für Arbeit ein bis zwei Monate voraus. Das liegt nicht an uns, sondern das liegt am bürokratischen Gang der Arbeitsverwaltung, an den Bearbeitungsfristen.

Dazu kommt der für uns wohl überraschendste Fakt: Wir haben in unserem Semple einen Anteil von knapp 6 % festgestellt, der sich zwar noch in Berufstätigkeit befand, mehr oder weniger zur Arbeit gegangen ist, aber schon die Kündigung in der Tasche hatte. Darunter wird sehr verschiedenes verstanden. Es kann wirklich schon der blaue Brief sein, es kann auch die Warteschleife sein. Dazu kommt, daß wir reichlich 10 % Kurzarbeiter festgestellt haben. Es handelt sich also unterm Strich um einen gewaltigen sozialstrukturellen Umbruch in wenigen Wochen. Angesichts des relativ stationären Zustandes der Sozialstruktur in der ehemaligen DDR, wo sich über Jahrzehnte allenfalls bei Stellen hinter dem Komma etwas in der sozialen Zusammensetzung der Bevölkerung bewegt hat, ist das der Beginn eines radikalen Schnittes.

Vermittlungen des sozialstrukturellen Umbruchs. In dem sozialstrukturellen Umbruch zeichnen sich vier Vermittlungen ab, die sich gewissermaßen als die Übergangstrassen in eine völlig andere Sozialstruktur herausbilden.

- Selektion: es fällt auf, daß der Anteil der Un- und Angelernten bei den Vorruehständern mit über 20 % sehr hoch ist. Offensichtlich werden unterqualifizierte Arbeitskräftepotentiale zuerst ausgesondert.
- Marginalisierung: davon sind vor allem Gruppen betroffen, die in ihrer Existenz an die Institutionen der DDR-Gesellschaft gebunden waren und die als Gruppen nicht weiterbestehen werden.
- Bildung einer Arbeitskräftereserve: es ist gleichfalls charakteristisch, daß zunächst vor allem Gruppen mit produzierender Tätigkeit (Herstellen, Reparieren) von Arbeitslosigkeit und Null-Stunden-Kurzarbeit betroffen wurden. Die frühere Produktion ließ sich nicht mehr effektiv verwerten. Für neue Produktionslinien sind die Voraussetzungen noch nicht geschaffen.
- Weiterbildung und Umschulung zielen teils auf eine entsprechende Einsatzvorbereitung ab, sind aber teils auch nichts anderes als verdeckte Warteschleifen.

Wir sind noch nicht am Ende unserer Forschungen. Beim gegenwärtigen Stand des Projektes können wir als ein Zwischenresultat die Hypothese formulieren, daß der Umbruch der Sozialstruktur mit Notwendigkeit ansteht und durch 3 Faktoren bedingt ist: 1. dem Übergang in die Marktwirtschaft; 2. die Öffnung für den Welt- bzw. Europäischen Markt und 3. durch den Umbruch der politischen Strukturen (Das ist wahrscheinlich z.Z. der kräftigste Faktor).

Die politische Bedingtheit ergibt sich daraus, daß der wesentliche Teil dieser Außerdienststellung ganzer sozialer Gruppen im Zusammenhang steht mit Veränderungen des Überbaus. Allein in Berlin handelt es sich dabei wahrscheinlich um 200.00 bis 250.000 Menschen, die in der früheren DDR in Ministerien, in Verwaltungen und Institutionen der verschiedensten Art tätig waren und die jetzt "abgewickelt" werden. Forschungsinstitute der Ministerien, die Akademie der Wissenschaften, eine ganze Reihe von Hochschulen usw. Es ist eine sehr umfangreiche Liste. Vor diesen Menschen steht Arbeitslosigkeit und sozialer Abstieg, soweit sie nicht in den Vorruhestand kommen (auch das ist eine Form der Dauerarbeitslosigkeit).

Strukturveränderung durch Ausdifferenzierung. Zugleich vollzieht sich eine Ausdifferenzierung. Sie hängt damit zusammen, daß die Umstrukturierung der Wirtschaft, die mit dem Abbau ja auch in ersten Ansätzen verbunden ist, in den verschiedenen Zweigen und Bereichen sowie Regionen sehr verschieden greift. Hinzu kommt, der neue Überbau beginnt seine Fäden durch diese Gesellschaft zu stricken. Dabei werden Differenzierungsverfahren eingesetzt; es gibt strikte Richtlinien des Bundesinnenministers, nach denen die Auswahl erfolgt. Und es gibt schließlich neue Karrieren, die teils erzwungen sind, weil es keine anderen Betätigungsmöglichkeiten gibt, und teils auch angestrebt werden.

Zu diesen sozialstrukturellen Veränderungen haben wir bereits im Mai eine bemerkenswerte Beobachtung gemacht.

Welchen Charakter hat dieser Umbruch? Es ist Ergebnis internationaler Sozialstrukturforschungen mindestens seit Mitte der 70er Jahre, daß soziale Differenzierungen zwischen den Klassen in modernen Gesellschaften relativ an Bedeutung verloren, und daß demgegenüber klasseninterne und klassenübergreifende Differenzierungen zunahmen. Das war auch in der Sozialstrukturforschung für die Gesellschaft der DDR festgestellt worden. Diese Entwicklung ist zuweilen, z.B. von Ulrich Beck, als "Klassengesellschaft ohne Klassen"¹ interpretiert worden. Einige Ergebnisse unseres Projektes deuten auf eine gegenläufige Tendenz hin.

Bei der Analyse von strukturell relevanten Merkmalen (von der Qualifikation, den Arbeitsanforderungen bis zum Typ der Tätigkeit) erweisen sich die Klassen und Schichten als relativ geschlossen. Arbeiter finden sich zu 80 % in einer Gruppe wieder, Angehörige der Intelligenz zu über 90 %, ähnlich die Genossenschaftsbauern und Unternehmer. Damit im Zusam-

menhang steht eine Tendenz zu mehr Gleichförmigkeit im Sozialverhalten. Diese Entwicklung ist wahrscheinlich den zunehmenden Gemeinsamkeiten hinsichtlich der voraussehbaren existentiellen Probleme in der Marktwirtschaft geschuldet.

Etwas zugespitzt läßt sich als Hypothese formulieren: Die DDR-Gesellschaft reorganisierte sich in der Phase ihrer Agonie als Klassengesellschaft. Das muß natürlich noch sehr genau untersucht werden. Denn es ist auch ersichtlich, daß sich der Prozeß der Ausdifferenzierung gleichfalls weiter vertieft, als größere Vielfalt individueller Lebensstile zum Beispiel. Es deutet einiges darauf hin, daß die gegenwärtig in der Diskussion befindliche Alternative Klassengesellschaft *oder* Vielfalt sozialer Subjekte in der sich einander anschließenden Gegensätzlichkeit für die aktuelle Situation nicht zutrifft. Die Gesellschaft der Ex-DDR ist beides, jeweils unter verschiedenen Aspekten.

Aus dieser Hypothese lassen sich weitere Probleme und Fragestellungen ableiten, die gleichfalls zu prüfen sind: Es ist möglich, daß Gesellschaften in Krisensituationen auf die Muster der Klassenstrukturierung zurückgreifen, als Vermittlung von Strukturtransformation, mithin als Durchgangsstadium. Es ist aber auch nicht von vornherein von der Hand zu weisen, daß die Ausdifferenzierungen und die Vielfalt von Lebensstilen mit Systemwettbewerb zwischen modernen kapitalistischen und "realsozialistischen" Gesellschaften verbunden war. Mit dem Verschwinden des Widerparts kehrt die kapitalistisch verfaßte Marktwirtschaft zur Klassengesellschaft zurück. Beides ist möglich, beides kann sich auch als falsch erweisen.

Zu Veränderungen in den Wertestrukturen

Die subjektiven Reflexionen der gesellschaftlichen Veränderungen gehören mit zum Gegenstand der Forschung. Dabei haben wir bereits im Mai einen ganz merkwürdigen Widerspruch festgestellt: auf der einen Seite eine außerordentlich hohe Akzeptanz der eingeschlagenen gesellschaftlichen Entwicklung, die insgesamt bei 80 % liegt, wobei fast 50 % uneingeschränkt die begonnene Entwicklung bejahen. 30 % relativierten etwas, waren aber insgesamt trotzdem dafür. Das hat sich auch von Mai zu Oktober kaum verändert, nur daß die Relation 40 zu 40 geworden sind. Es gibt eine leichte Tendenz zu differenzierten Haltungen. Im Gegensatz dazu bewegen sich die sozialen Erfahrungen mit den alltäglichen Lebensgebieten. Eine Verbesserung von Mai zu Oktober reflektieren die Menschen dieser Gesellschaft eigentlich nur im Bereich des Konsumtiven, die Warenversorgung ist besser, reichhaltiger, attraktiver geworden. Auf fast allen anderen Gebieten und vor allem bei Arbeitsbedingungen, im Arbeitsplatzangebot, im Gesundheitswesen, bei Sparkassen und Banken, im Verkehrs-wesen usw. werden Einschränkungen und Verschlechterungen reflektiert.

Dazu im Widerspruch stand im Mai, daß in der DDR-Gesellschaft eine Wertestruktur vorherrschte, die marktwirtschaftlichen Verhältnisse nicht adäquat war. Solche Werte wie die Nächstenliebe, Solidarität, gegenseitige Hilfe waren ungeheuer hoch bewertet. Hingegen wurden solche Werte, die man in anderem Maße in der Marktwirtschaft braucht, wie Durchsetzungsvermögen, Strenge und Härte, Anpassungsfähigkeit u.ä. außerordentlich niedrig bewertet. D.h. diese Gesellschaft war mental nicht auf die Marktwirtschaft vorbereitet. Man konnte also aus dieser Sicht einen Konflikt voraussehen, der sich in der Tat gegenwärtig realisiert. Jetzt hat die Suche nach neuen Wahrheiten und neuen Autoritäten eingesetzt, verbunden mit Schuldzuweisungen und neuen Feindbildern. Wesentlich differenzierter sind die Befunde hinsichtlich der sozialbezogenen Werte.

Wir haben zwei Fragestellungen in den Mittelpunkt gestellt: In welchen Werten unterscheiden sich Gruppen unterschiedlicher politischer Präferenzen am meisten?² Gibt es Unterschiede in den Wertestrukturen?

In der Haltung zum Wohlstand heben sich CDU-Anhänger am deutlichsten von jenen der PDS und des Neuen Forum ab. Diese gruppieren sich enger um das aktive Eintreten für politische Recht. PDS- und Neues-Forum-Anhänger unterscheiden sich voneinander in der Haltung zu individueller Sicherheit und Wohlergehen. PDS-Anhänger gruppieren sich um Sicherheit des Arbeitsplatzes und eine komfortable Lebensführung, die des Neuen Forum mehr um Autonomie und Selbstverwirklichung. SPD-Anhänger betonen etwas mehr als andere eine Leistungsorientierung.

Deutlicher werden unterschiedliche Wertedominanzen im Zusammenhang mit politischen Orientierungen, wenn man Wertestrukturen ins Blickfeld rückt.³ Bei CDU-Anhängern gibt es eine klare Dominanz des Strebens nach sozialer und familiärer Sicherheit und Geborgenheit. Dem folgt eine Orientierung, sich auf sich selbst zu verlassen zu können, und eine individuelle Wohlstandsorientierung.

Ähnlich klar dominiert bei SPD-Anhängern die Familienorientierung (etwa im Sinne einer kleinen, heilen Welt). Es folgt eine Leistungsorientierung mit der Nuance, etwas darstellen zu wollen in der Arbeit (und gegenüber dem anderen Geschlecht).

Die anderen politischen Richtungen haben eine differenziertere Wertestruktur, es gibt nicht so eindeutige Dominanzen. Bei PDS-Anhängern stehen eine ziemlich materialistische Orientierung auf Wohlstand mit dem Streben nach Selbstverwirklichung in einem Zusammenhang. Das kann auf verbreitete individuelle Zerrissenheit hindeuten. Daneben ist eine arbeits- und kollektivbezogene Leistungsorientierung wirksam und die Orientierung auf Freundlichkeit und Zärtlichkeit in der Familie, aber auch das Streben nach Selbstbestätigung und soziale und ökologische Verantwortung spielten mit hinein. Es handelt sich also um eine Kombination von

traditionell materialistischen Werten und postmaterialistischen Orientierungen, hinter denen wahrscheinlich unterschiedliche Gruppen stehen.

Bei den Anhängern des Neuen Forum dominieren Streben nach Individualität, Orientierung auf Geborgenheit, ansonsten ähneln die Wertemuster jenen der PDS-Anhänger.

Beim Versuch einer Zusammenfassung muß beachtet werden, daß dabei idealtypische Überhöhungen unvermeidlich sind, daß die reale Vielfalt auf dominierende Tendenzen verkürzt wird: CDU-Anhänger haben überwiegend eine traditionell materialistische Wertorientierung, die sich aus der Bündelung negativer Sozillagen erklärt. SPD-Anhänger repräsentieren etwa den Durchschnitt der DDR-Bevölkerung. Sie gruppieren sich um eine Orientierung auf eine komfortable Lebensgestaltung. Bei den Anhängern des Neuen Forum dominieren postmaterialistische Werte und Lebensstile.

Gerade in den Wertestrukturen sind seit Mai 1990 bemerkenswerte Veränderungen zu konstatieren. Die geringsten Veränderungen gibt es bei CDU-Anhängern. Nach wie vor dominiert bei ihnen die Orientierung auf soziale Sicherheit; die Familienorientierung steht damit in engem Zusammenhang. In der Gewichtung folgen eine individuelle Leistungsorientierung, eng verbunden mit einer individuellen Wohlstandsorientierung. CDU-Anhänger zeichnen sich insgesamt durch ein materialistisch-hedonistisches Wertemuster aus, das sich insbesondere durch die Bündelung negativer Sozillagen bei der Mehrheit erklärt.

Demgegenüber haben wir bei FDP-Anhängern eine spezifische Wertestruktur festgestellt. Bei ihnen steht die Orientierung auf berufliche Leistung und Selbständigkeit im Vordergrund. Dem folgt ein Wertebündel, das man als Geltungsbedürfnis identifizieren kann. Die Orientierung auf die Familie hat ein relativ geringeres Gewicht. Ihr gleichrangig sind die Orientierungen auf Geld und individuellen Wohlstand. Die in dieser Struktur enthaltene Kombination von materialistischen Orientierungen und hoher Bewertung von Individualität kann als Ausdifferenzierung eines tatsächlich bürgerlich-liberalen Potentials gewertet werden.

Bei SPD-Anhängern ist - im Vergleich zu Mai - eine klare Veränderung in der Wertestruktur zu erkennen. Im Vordergrund steht jetzt eine Orientierung auf Sozial- und Solidarbeziehungen. An zweiter Stelle folgt die Orientierung auf Selbstverwirklichung durch Leistung, danach die Orientierung auf harmonische Familienbeziehungen. Materialistische Wohlstands- und Genußorientierung stehen damit im Zusammenhang, sind jedoch in ihrer Bedeutung relativiert.

Eine erstaunliche Veränderung gibt es in der Wertestruktur der PDS-Anhänger. Die im Mai konstatierte Dichotomie von materialistischen und postmaterialistischen Werten ist verschwunden. Es dominiert Orientierung auf harmonische Familienbeziehungen, gefolgt von sozialer Verantwortung

und Solidarität. Damit hängt eine Orientierung auf Selbstverwirklichung in Partnerschaft und Freundschaft eng zusammen. Die Orientierung auf materielle Lebenssicherung ist dem nachgeordnet. In der Wertestruktur der PDS-Anhänger gibt es einen Faktor, der bei keiner anderen Partei auftritt: die Orientierung auf selbstlose politische Aktivität.

Ähnlich wie bei den PDS-Anhängern steht bei denen der Grünen die Orientierung auf familiäre und kollektive Harmonie im Vordergrund. Es folgen partnerschaftliche und ökologische Verantwortung, eine Orientierung auf eine solidarische und ökologische Politik sowie eine soziale Leistungsorientierung.

Eine relativ klare - vor allem um materielle Werte gruppierte - Wertestruktur kennzeichnet jene Gruppen, die sich zu keiner Partei hingezogen fühlen. Es handelt sich hierbei um eine recht große Gruppierung, das erklärt z.T. das Wahlergebnis vom Dezember 1990. Hier dominiert die materielle Sicherheit, gefolgt von der Orientierung auf Familie, Verwandtschaft und Freunde. Individuelle Leistungs- und Wohlstandsorientierung sind weitere Momente ihrer Wertestruktur. Diese Gruppe ist in dieser Hinsicht den CDU-Anhängern sehr ähnlich. Das muß aber nicht bedeuten, daß sie sich politisch in diese Richtung entscheiden.

Die Optionen werden wahrscheinlich auf die Parteien gerichtet, von denen sie sich jeweils am ehesten die Sicherung bzw. Verteidigung ihrer materiellen Interessen versprechen. Es ist aber auch möglich, daß sich hier ein Potential für eine andere politische Kraft formiert. Insgesamt sind die festgestellten Wertestrukturen der verschiedenen politischen Gruppen als Ausdifferenzierung und relative Festigung zu interpretieren. Die Anhängerschaften der verschiedenen Parteien heben sich deutlicher voneinander ab. Das könnte auf eine Stabilisierung der politischen Strukturen hindeuten.

(Hier konnte nur über einige Ergebnisse unserer Forschungen informiert werden. ISDA wird seine Begleitforschungen zu den sozialen Transformationsprozessen mit einer gesamtdeutschen Perspektive 1991 weiterführen.)

¹ Siehe: Ulrich Beck, Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt a.M. 1986, S. 140.

² Diese Fragestellung wurde mittels einer Diskriminanzanalyse untersucht.

³ Wertestrukturen wurden mittels Faktoranalysen ermittelt.

Harald Werner

Wer soll das alles ändern?

Auf der Suche nach dem historischen Subjekt

Die Suche nach dem revolutionären Subjekt - oder wie wir es heute bescheidener ausdrücken - nach dem Subjekt der Veränderung, leidet immer noch unter dem kardinalen Mißverständnis, daß dieses Subjekt in erster Linie eine bloße Widerspiegelung sozialökonomischer Strukturen und Prozesse ist. Aber das historische Subjekt ist nicht das ins Soziale übersetzte Produkt ökonomischer Austausch- und Verwertungsprozesse, sondern ein sich davon nicht unabhängig, aber doch relativ eigenständig entwickelnder sozialer Organismus. Das aktuelle Erklärungsdefizit bei der Beschreibung des gesellschaftsverändernden Subjekts entspringt deshalb auch nicht aus der Differenzierung der Klassenstrukturen, sondern aus dem endgültigen Scheitern der Gleichsetzung von Klassenanalyse und Subjektbestimmung. Je stärker die Arbeiterklasse wuchs, desto diffuser wurde die empirische Realität des Begriffs, bis sich die soziale Wirklichkeit mit ihm nicht mehr begreifen ließ und den MarxistInnen zu dämmern begann, daß sich gesellschaftliche Subjekte in Prozessen formieren, die nicht nur ökonomisch bestimmt sind. Heute steht die marxistische Soziologie vor der Aufgabe, mit der Anerkennung der relativen Autonomie des Sozialen¹ auch die Subjektfrage neu zu durchdenken.

Die marxistische Soziologie steht mit dieser Anforderung vor einem ähnlichen Wendepunkt wie die materialistische Psychologie, als sie das Problem der Individualität, der Persönlichkeit und des Ichs neu zu durchdenken begann. Auch sie hatte sich zu der Erkenntnis durchzuarbeiten, daß das Psychische mehr ist, als die ins Ideelle übersetzte materielle Außenwelt und sie mußte erkennen, daß sie das Psychische jahrzehntlang soziologisiert hatte, wie gleichzeitig das Soziale ökonomisiert worden war.

So, wie das Individuum nicht die Folge von allem anderen ist, sind auch gesellschaftliche Subjekte nicht die bloße Folge von irgend etwas außer ihnen liegendem, sondern eine Eigenschöpfung im Rahmen vielfältiger Möglichkeiten. Sève bemerkte in der Diskussion über das Problem der Persönlichkeit einmal, daß die Welt gewissermaßen zweimal existiere, einmal als objektive Realität und einmal als Gedankenwelt, als sich selbst organisierende Psyche. Das Zweite existiert nicht ohne das Erstere und nichts wäre unfruchtbarer als ein Dualismus, der das Psychische von seiner materiellen Bedingtheit löst, aber das Individuum ist mehr als die Summe seiner materiellen Bedingungen, es ist das Produkt seiner materiellen und geistigen Handlungen und es kommt erst dadurch zu sich selbst, daß es sich über seine stoffliche Existenz erhebt.

Nicht anders, so scheint es mir, ist an die Suche nach dem historischen Subjekt der heute notwendigen Veränderung heranzugehen. Die ungeheure Vielfalt und Flexibilität der modernen kapitalistischen Austauschverhältnisse, aber insbesondere ihre zunehmende Globalisierung, lassen es nicht mehr zu, das Subjekt der Veränderung aus diesen Verhältnissen herauszudestillieren. Der mit den kapitalistischen Produktions- und Akkumulationsbedingungen gesetzte Rahmen eröffnet unzählige Möglichkeiten für die Formierung verändernder Subjekte, so daß uns weniger deren sozial-ökonomischen Bedingungen, als die allgemeinen Bedingungen der Subjektwerdung interessieren sollten. Die marxistische Gesellschaftstheorie müßte sich in dieser Fragestellung auf die gleiche Weise von der Ökonomie emanzipieren, wie sich die materialistische Psychologie von der Soziologie lösen mußte, um ihren Gegenstand zu erkennen.

Wie so häufig in der Entwicklung der Marxschen Theorie, ist auch die Bestimmung des revolutionären Subjekts vielfachen Brüchen unterworfen und es lohnt sich, nach Ansätzen zu suchen, die unserer heutigen Fragestellung nahekommen. So gibt es bei Marx und auch bei Engels einige Gedanken über die Kräfte des gesellschaftlichen Transformationsprozesses, die sich viel stärker auf seine subjektive Seite als auf die sozial-ökonomischen Bedingungen stützen. So heißt es in der Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, daß das historische Subjekt seine Rolle nicht spielen kann, "ohne ein Moment des Enthusiasmus in sich und in der Masse hervorzurufen", daß es sich mit der Gesellschaft als Ganzem identifizieren und als deren "allgemeiner Repräsentant empfunden und anerkannt" werden muß.² Die Handlungsfähigkeit des historischen Subjekts, und nur die macht es zum wirklichen, weil wirkenden Subjekt, ist offensichtlich an Vergesellschaftungsprozesse gebunden, die nicht nur durch die Stellung zu den Produktionsmitteln und die Rolle in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit definiert werden.

Marx und Engels reichte es nicht, daß die Arbeiterklasse des 19. Jahrhunderts in diesem Sinne die objektiven Voraussetzungen eines historischen Subjekts erfüllte, sondern sie wiesen den über die sozial-ökonomische Lage hinausreichenden Bindungen innerhalb der Klasse sogar die entscheidende Bedeutung zu. So auch im "Achtzehnten Brumaire", wo Marx den Klassencharakter der französischen Parzellenbauern mit dem Hinweis leugnet, daß "die Dieselbigkeit ihrer Interessen keine Gemeinsamkeit" begründet.³ Nach seiner Auffassung müssen solche Momente wie gemeinsame Bildung und Lebensweise hinzukommen, um überhaupt eine Klasse zu formieren. Später hat Engels sogar die Meinung vertreten, daß das "deutsche Proletariat keine offizielle Organisation mehr"⁴ brauche, weil sie durch den alltäglichen sozialen Zusammenhalt überflüssig geworden sei. Nun hat die Geschichte Engels nicht nur widerlegt, weil er den sozialen Zusammenhalt überschätzte, sie hat auch dazu geführt, daß sich die proletarischen Lebenswelten immer weiter differenzierten, bis sie sich in den

letzten Jahrzehnten auflösten. Die von den Klassikern benannten Verbindungsmomente sind verschwunden, und zurückgeblieben ist eine immer abstraktere "Dieselbigkeit der Interessen", wie Marx das nannte. Heute wird die Arbeiterklasse auf die gleiche Weise gebildet, wie es Marx polemisch für die Parzellenbauern beschrieb: "... durch einfache Addition gleichnamiger Größen, wie etwa ein Sack Kartoffeln einen Kartoffelsack bildet."⁵ Was dort gewaltsam unter den Begriff Arbeiterklasse subsumiert wird, hat aufs Ganze bezogen so wenig Gemeinsamkeiten und birgt so viele Widersprüche, daß der Begriff "seinen auf Praxis und Veränderung bezogenen Sinn verliert."⁶

Bis vor kurzem noch ging die orthodoxe Lesart der Klassiker davon aus, daß die abstrakte Gemeinsamkeit der Klasseninteressen einmal das Wunder vollbringen wird, aus der einfachen Addition gleichnamiger Größen ein historisches Subjekt zu formieren. Dieser Irrtum hat seine Unschuld verloren. Die Realität zeigt uns, daß sich kollektive Subjekte heute aus dem Zusammenwirken unterschiedlichster Faktoren herausbilden. Gemeinsame Bildungserfahrungen, kulturelle Milieus und insbesondere die letztlich entscheidenden Erfahrungen gemeinsamer Kämpfe, konstituieren soziale Subsysteme, die immer wieder zum Resonanzboden für neue Bewegungen werden. Wichtig für die Analyse solcher entwicklungsfähiger Kerne scheint mir auch der von Klaus Dörre geforderte politikwissenschaftliche Generationsbegriff, weil gerade die Geschichte der BRD-Linken überaus deutlich zeigt, wie sehr die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Generation handlungsorientierend für Jahrzehnte wirkt.

Oberflächlich betrachtet hört sich das an, als würde ich damit jenen zustimmen, die in den neuen sozialen Bewegungen die Keimformen eines modernen Subjekts der Veränderung sehen. Das ist nur zum Teil gerechtfertigt. Gerechtfertigt ist diese Annahme, weil sich in der Tat in den neuen sozialen Bewegungen jene subjektiven Faktoren herausbilden, die für die Formierung gesellschaftlicher Subjekte unerläßlich sind: Eine gewisse Annäherung der Lebensweise, gemeinsame Sinn- und Wertsetzungen und hier und da auch die Fähigkeit zur Formulierung von Ansprüchen, die sich die ganze Gesellschaft zu eigen macht. Doch wenn es auch angebracht ist, die eine oder andere Bewegung in einer bestimmten Situation und für einen begrenzten Aspekt der gesellschaftlichen Entwicklung zum Subjekt der Veränderung zu erklären, dauerhafte und die Entwicklungslogik der Gesellschaft verändernde Impulse gingen davon bislang nicht aus. So kann die StudentInnenbewegung der späten 60er Jahre ebenso als kollektives Subjekt bezeichnet werden wie die Ökologiebewegung oder die Friedensbewegung in den 80er Jahren. Sie haben Spuren in der Gesellschaft und in der politischen Kultur hinterlassen, aber sie sind und waren weit davon entfernt, "der soziale Kopf und das soziale Herz" der Gesellschaft zu sein, wie das Marx einmal für das revolutionäre Subjekt als Anspruch formulierte.⁷

Damit soziale Bewegungen zu einem Ort werden können, an dem sich ein Subjekt dauerhafter und gesamtgesellschaftlicher Veränderung formiert, muß offenbar eine Reihe von Bedingungen erfüllt werden. Sie müssen sich *erstens* nicht nur auf ein besonderes Übel der Gesellschaft konzentrieren, woraus sie ihre Handlungsfähigkeit speisen, sondern in ihrer Aktion müssen sich die Bedürfnisse aller nach Emanzipation und Selbstbestimmung widerspiegeln. *Zweitens* aber muß sich die Aktion der Bewegung auf einen Gegner richten, der auf die gleiche Weise alles Übel der Gesellschaft repräsentiert, wie die Bewegung in sich das allgemeinste Bedürfnis nach Veränderung widerspiegelt. Und *drittens* käme es darauf an, daß sich die Bewegung, weil sie die beiden ersten Anforderungen erfüllt, über ihren Ausgangspunkt erhebt und zu einem allgemeinen Repräsentanten gesellschaftlichen Wandels wird.

Bei näherem betrachtet, sind das Anforderungen, die die Klassiker bei den Emanzipationsbestrebungen der Arbeiterklasse des 19. Jahrhunderts erfüllt sahen. Die heutigen Kämpfe der Arbeiterbewegung geben das nicht mehr her. Sieht man einmal vom Kampf um die 35-Stunden-Woche ab, in dem ansatzweise gesamtgesellschaftliche Bedürfnisse sichtbar wurden, dann erschöpfen sich diese Kämpfe in beschränkten Verteilungs- und Widerstandsbewegungen, die sich weder gegen ein allgemeines Übel noch auf ein allgemeines gesellschaftliches Ziel richten.

Auf der anderen Seite zeigte sich in der Mitte der 80er Jahre in der Friedensbewegung und auch in bestimmten Phasen der Ökologiebewegung, daß hier kollektive gesellschaftliche Subjekte wirkten, die für Wochen und manchmal auch für Monate in der Lage waren, die ganze Gesellschaft in ihren Bann zu ziehen. Doch die evolutionäre Dynamik, die eine einmal begonnene Bewegung zu immer organischerem Zusammenwirken bringt, bis sie sich als allgemeine gesellschaftliche Bewegung festigt, ist bislang immer wieder abgebrochen. Das heißt jedoch nicht, daß aus ihnen nichts zu lernen wäre. Es käme darauf an, in den Bewegungen der vergangenen beiden Jahrzehnte, die entscheidenden Momente der Formierung, die Bedingungen zur Erlangung geistiger Ausstrahlung und die Formen der Selbstorganisation zu suchen, um zu einer völlig neuen Theorie kollektiv verändernder Subjekte zu gelangen.

¹ Vgl. Lothar Peter, Marxistische Soziologie, in: Sozialismus 3-89, S. 30.

² Karl Marx, Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, MEW 1, S. 388.

³ Karl Marx, Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, MEW 8, S. 198.

⁴ Friedrich Engels, Zur Geschichte des Bundes der Kommunisten, MEW 21, S. 223.

⁵ Marx, a.a.O.

⁶ Lothar Peter, Marxismus und Subjektfrage, Z 5/91, S. 105.

⁷ Marx, Kritik ..., a.a.O.

Karl Hermann Tjaden

Ein paar Überlegungen angesichts des Zustands des Mensch-Biosphäre-Systems¹

Vorbemerkung

Ich war freundlicherweise aufgefordert worden, etwas zum Thema "Marxismus und Ökologie" zu sagen, habe aber stattdessen vor, einige allgemeinere Überlegungen vorzutragen, die sich aus dem gegenwärtigen Zustand des Systems Mensch-Biosphäre ergeben. Das ursprüngliche Thema halte ich nicht für sehr günstig, denn "Marxismus" und "Ökologie" sind schon für sich genommen einigermaßen unbestimmte Begriffe, und abgesehen davon scheint mir die Verbesserung von Theorien eine gegenüber der Veränderung der Realitäten nachrangige Aufgabe zu sein. Allerdings ist es richtig, daß man dazu die Wirklichkeit begreifen muß, und was das Begreifen der gesellschaftlichen Wirklichkeit und ihrer natürlichen Vor- und Wirkungsbedingungen betrifft, so bedarf es dazu gewiß eines angemessenen Denkansatzes. Die erfolgversprechendsten Beiträge zu einem diese beiden Bereiche begreifenden Denken sind meines Erachtens durch materialistische Philosophen und Wissenschaftler geleistet worden. Ich denke dabei z. B. an einen erstaunlich modernen Philosophen wie Paul Thiry d'Holbach, der schon 1770 die menschliche Welt als Teil des Systems der Natur begreifen wollte,² oder an Wissenschaftler wie Barry Commoner, der gut zweihundert Jahre später einen Gesamtentwurf der ökonomisch-ökologischen Verhältnisse unseres Planeten erarbeitet hat,³ und selbstverständlich an Karl Marx und Friedrich Engels, die die gesellschaftliche Arbeit und ihre Entstehung erstmals als Mittel und Ergebnis der Auseinandersetzung zwischen Mensch und Natur begriffen haben.⁴ Nach wie vor brauchen wir eine Theorie, die den globalen Zusammenhang von Ökonomie und Ökologie materialistisch und historisch begreift, und viele Marxisten und viele Ökologen bleiben meines Erachtens hinter dieser Zielstellung zurück.

Merkmale des gegenwärtigen Zustands des Systems Mensch-Biosphäre

Ich spreche von der *Biosphäre* und nicht von der Natur überhaupt, weil uns hier diejenigen Teile der Kruste, der Meere und der Hülle unseres Planetens interessieren, die von Lebewesen belebt oder mindestens von ihnen beeinflußt werden. Und ich hebe den *Menschen* besonders hervor, weil er,

obgleich er der Biosphäre mit Haut und Haar angehört, sich doch auch in Gegensatz zur übrigen Natur gesetzt hat und dadurch eine herausragende Rolle in ihr spielt. Von einem System Mensch-Biosphäre spreche ich, weil diese beiden Teile der irdischen Gesamtnatur durch die Entwicklung der gesellschaftlichen Arbeit mehr und mehr miteinander verschränkt worden sind und aufeinander wirken, und zwar über die natürlichen Stoffwechsel und Energieflüsse hinaus. Genauer müsste man von einem durch *gesellschaftliche Arbeit* gestalteten System von menschlichen Lebewesen und außermenschlicher Biosphäre sprechen. Wesentliche Züge dieser Biosphäre, nämlich die Abgabe von freiem Sauerstoff an die Atmosphäre durch photosynthetisch aktive Lebewesen, wurden schon seit mehr als zwei Milliarden Jahren entwickelt, und ihre heutige Ausprägung erhielt sie nach dem Zuendegehen der letzten Eiszeit vor etwa fünfzehntausend Jahren. Die menschlichen Lebewesen haben gut zwei Millionen Jahre im wesentlichen als aktive Elemente regionaler Ökosysteme gelebt, nämlich solange sie sich im wesentlichen vom Sammeln von Pflanzen und Jagen von Tieren ernährt haben, und erst seit dem Ende der letzten Eiszeit haben sie sich in Produzenten und Konsumenten landwirtschaftlicher *Produkte* verwandelt, wozu dann die gewerbliche Erzeugung und Verwendung von Gütern und vor gut zweihundert Jahren die maschinelle Industrie hinzukam. Mit der Ausbreitung des Welthandels in der Neuzeit entwickelte sich ein erdumspannendes Gefüge von Produktion und Konsumtion und damit ein wirkliches System von Aktivitäten im Verhältnis der menschlichen Lebewesen zur außermenschlichen Biosphäre.

Welches sind die wesentlichen Merkmale des gegenwärtigen Zustands dieses Systems? Man könnte lange darüber streiten, was hier als wesentlich gelten muß, wenn es nicht einige Sachbereiche gäbe, die unter dem Gesichtspunkt eines menschenwürdigen Überlebens der Menschen in und mit dieser Biosphäre unbedingt genannt werden müssen und die zur Veränderung herausfordern - Sachbereiche, die übrigens auf vielfältige Weise miteinander zusammenhängen.

Erstens ist die gesamtgesellschaftliche Arbeit im System Mensch-Biosphäre, die durch Volkswirtschaften verschiedenen Entwicklungsstands geformt wird, insgesamt durch eine gewaltsame Übersteigerung der gesamtgesellschaftlichen Erzeugung und Verwendung von bestimmten Gütern und Leistungen gekennzeichnet. Bezugspunkt dieser Bewertung sind die für das Überleben und für eine sinnvolle Fortsetzung der Arbeit erforderlichen Mittel. Die extreme Ungleichverteilung der Waren innerhalb und im Vergleich der Volkswirtschaften, mit der Folge von Vergeudung und Verelendung, ändert an dieser Überentwicklung nichts. Diese Form gesellschaftlicher Arbeit ist nicht nur durch den übermäßigen Ausstoß von bestimmten Gütern und Leistungen gekennzeichnet, sondern auch durch einen gewaltigen Umsatz von Stoffen und von Energie, durch große Ein-

gabemengen von Roh- und Brennstoffen und durch große Ausgabemengen von Stoff- und Energieresten.

Zweitens ist das Verhältnis des Menschen zur Biosphäre heute durch seine Gewaltherrschaft gegenüber der außermenschlichen Natur gekennzeichnet, deren Art und Ausmaß geschichtlich einmalig ist. Hierbei handelt es sich nicht nur um den Verschleiß von Naturressourcen und die Schädigung der Naturmedien durch den genannten gewaltigen Stoff- und Energieumsatz der laufenden Produktion und Konsumtion, insbesondere durch die Verfeuerung fossiler und nuklearer Energieträger und die Zerstreuung persistenter und toxischer Rückstandsstoffe. Hinzu kommt die Gewaltigkeit und die Zusammenballung der Anlagen und Bauten für die Produktion und Konsumtion und darüber hinaus für die Vereinnahmung der Natur überhaupt für Zwecke des Wohnens, der Freizeit, des Verkehrs, der Staatstätigkeit und von Forschung und Entwicklung. Die aktuelle Qualität dieser Zerstörung zeigt sich insbesondere in den Größenordnungen, die die Vernichtung von Böden, die Vergiftung von Gewässern, die Einträge in die Luft und das Aussterben von Arten unserer Mitlebewelt angenommen haben.

Drittens zeichnet sich das Verhältnis der Menschen zur Biosphäre durch Entmündigungen von Menschen durch Menschen aus, die in Ausmaß und Vielfalt letztlich das Gegenstück zur Gewaltherrschaft gegenüber der äußeren Natur bilden. Hierzu gehört sowohl das geschichtlich einmalige allgemeine Beherrschungsverhältnis, das durch den wirtschaftlichen Zwang zum Verkauf von Arbeitskraft zwecks fremdgesteuerter Wertschöpfung entsteht und das im Fall der Arbeitslosigkeit in das Unvermögen umschlägt, die eigene Existenz selbständig zu unterhalten. Die Entmündigung von Menschen tritt aber auch in der familialen Unterwerfung von Kindern unter die elterliche Gewalt und in der wirtschaftlichen und politischen Herrschaft der Männer über die Frauen zutage. Sie zeigt sich in der besonderen Ausbeutung von Frauen und Kindern in Lohnarbeitsverhältnissen und in der zugespitzten Verelendung erwerbsloser alleinstehender Frauen wie, in der unterentwickelten Welt, erwerbsloser alleinstehender Kinder. Sie tritt schließlich zutage in vielfältiger patriarchalischer Unterdrückung und in der sexuellen Gewalt gegen Frauen und gegen Kinder überall auf der Welt.

Viertens ist das Verhältnis der Menschen zur Biosphäre durch Ausplünderungen gering entwickelter Gebiete zugunsten von Gebieten gekennzeichnet, welche, gemessen am Reichtum pro Kopf der Bevölkerung, hochentwickelt sind. Wenngleich sich dieses Mißverhältnis auch innerhalb des Gebiets einer Gesellschaft oder Volkswirtschaft zeigt, ist hier hauptsächlich das Verhältnis der imperialen oder zentralen Länder zu kolonialen oder peripheren Ländern zu nennen. Es ist durch ökonomische Herrschaft bzw. Abhängigkeit und politische Zwangsverhältnisse gekennzeichnet, welche vor allem eine globale Umverteilung von Reichtümern aufgrund von Pro-

duktivitätsunterschieden sowie durch unmittelbaren Zwang zugunsten der reichen Länder und zu Lasten der armen Länder erlauben. Der Überfluß in den einen ist der Hunger in den anderen Gesellschaften, und die Gewaltherrschaft gegenüber der Natur an sich und die Entmündigung von Menschengruppen erhalten in letzteren ein besonderes Gewicht.

Fünftens zeichnet sich das Verhältnis der Menschen zur Biosphäre durch ein Verdrängen von ökologischen Langzeitwirkungen der menschlichen Eingriffe in den Naturhaushalt aus. Diese Eingriffe sind in der großen Mehrzahl eher kurzfristig angelegt und kurzatmiger Natur, führen aber wegen der teilweise wesentlich weiteren zeitlichen Erstreckung der natürlichen Stoffkreisläufe und wegen der oft sehr langen Verweil- bzw. Zerfall-dauern von Stoffen zu Fernwirkungen in der Zukunft, die auf die Menschen zurückschlagen werden. Daß diese Zukunft schon lange begonnen hat, zeigen die Folgen älterer Verdrängungen, zum Beispiel die heranrückenden Erschöpfungen bestimmter Lagerrohstoffe und die zunehmenden Zerstörungen in der Stratosphäre und Einträge in die Troposphäre. Daß diese Verdrängung, die sich schließlich als Gewalttätigkeit gegenüber künftigen Generationen erweist, unverändert wirkt, zeigt nicht nur die nicht oder jedenfalls unzureichend gebremste Fortsetzung der Verfeuerung fossiler Energieträger sowie Zerstreuung ozonabbauender Substanzen trotz bereits eingetretener Schädigungen. Diese Verdrängung zeigt sich auch in den scheinbar unüberwindbaren Hindernissen, die einer Ablösung des bloß nachsorgenden Umwelt- und Ressourcenschutzes durch vorsorgliche Umwelt- und Ressourcensteuerung entgegenstehen.

Alle fünf Bereiche der Störung des Systems Mensch-Biosphäre betreffen Sachverhalte, an denen eine allgemeine Steigerung der Gewalttätigkeit im Verhältnis der Menschen zueinander und zur Natur sichtbar wird. Das gilt insbesondere dann, wenn man die Frühgeschichte menschlicher Gesellschaft zum Vergleich heranzieht, aber selbst dann, wenn man nur die vorkapitalistischen Klassengesellschaften betrachtet, die allesamt bereits durch solche Gewaltverhältnisse gekennzeichnet waren. Die Menschen befinden sich, wie Barry Commoner das ausgedrückt hat, im Kriegszustand mit ihrem Planeten, welcher bereits zurückschlägt, und sie befinden sich immer noch im Krieg untereinander und mit sich selber, und es ist wahrscheinlich, daß diese inneren Kriege zunehmen werden, je mehr der Gegensatz zwischen Mensch und Biosphäre gesteigert wird.⁵

Was wir über das Zustandekommen dieses Zustands wissen und was wir nicht darüber wissen

Um den beschriebenen Zustand zu verändern, benötigen wir jedenfalls Kenntnisse über die Ursprünge und Ursachen der Störungen in den genannten Merkmalsbereichen. Damit ist es teils ganz gut, teils ziemlich schlecht bestellt.

Erstens. Warum sich die gesellschaftliche Produktion und Konsumtion von Gütern und Leistungen in den kapitalistischen Gesellschaften so gewaltig steigert und massenhafte Ausmaße hat,⁶ läßt sich gut aus der Konkurrenz um den Profit in diesen Systemen und aus dem Wachstum von Massenbedarfen und Naturschranken erklären. Des weiteren ist leicht verständlich, daß die sozialistischen Systeme hier gleichzuziehen versuchten, wenn man sich deren begreiflichen Selbstbehauptungswillen und ihre subjektiven und objektiven Beschränktheiten vergegenwärtigt. Insgesamt handelt es sich hierbei aber jeweils um - wenn auch außerordentlich beschleunigte - Fortsetzungen einer vor allem mengenmäßigen (wenn auch un stetigen) Entwicklung des gesellschaftlichen Produkts in bestimmten vorkapitalistischen Klassengesellschaften. Auch diese Fixierung auf die Quantität ist anscheinend einigermaßen erklärbar: insbesondere durch steigende Ansprüche der herrschenden Klassen und durch Scherenbewegungen zwischen Unterhaltsbedarfen und Unterhaltsmitteln. Was wir aber m. W. bislang nicht recht erklären können, sind die geschichtlichen Ursprünge und die Durchsetzung einer auf Mengenwachstum gerichteten Landwirtschaft überhaupt; es scheint lediglich klar, daß die auf das Produktvolumen orientierte Form der Produktion erst nach der agrarischen Revolution entstanden ist, dies jedoch keineswegs in allen Ackerbau und Viehzucht betreibenden Gesellschaften, aber auch nicht in allen Klassengesellschaften dieser Art.

Zweitens. Ähnlich ist es mit der menschlichen Gewaltherrschaft gegenüber der außermenschlichen Natur, die zwar zu erheblichen Teilen, aber keineswegs nur eine Folge der jeweiligen Wachstumswirtschaft ist. So, wie der Kapitalismus nun einmal geworden ist, stellt er sich uns als die wirtschaftsweise der gewaltigen naturzerstörerischen Produktionsapparate, aber auch ebensolcher Urbanisationen, Touristenzentren, Transportsysteme, Repressionsmaschinen und Explorationsaktivitäten dar, und die großmannsüchtigen Prestigeprojekte des technokratisch-autoritären Sozialismus waren von derselben Qualität. Die Überspanntheit der Mittel, mit denen die Gesellschaften das Verhältnis der Menschen zur Natur gestalten, ist in diesen Fällen hauptsächlich mit einem Drang zur Akkumulation fixer Kapitale bzw. Fonds zu erklären, doch ist sie in Ansätzen wiederum auch in bestimmten vorkapitalistischen Klassengesellschaften feststellbar.⁷ Hier tritt sie insbesondere als monokulturell-mechanische Bodennutzung und als Raubbau an Naturreichtümern, insbesondere Wäldern, durch Kolonisationen, Urbanisationen und Kriegsaktivitäten auf, die vermutlich oft durch die Form der Grundherrschaft und Landverteilung zu erklären sind. Aber auch unabhängig hiervon und bereits vor der Einführung von Sondereigentum an den Naturgrundlagen einer Siedlungsgemeinschaft hat es Raubbau an natürlichen Reichtumsquellen durch verselbständigte Mittel und Verfahren ihrer Ausnutzung gegeben, und es ist keineswegs hinreichend klar, warum das so war.

Drittens. Besonders schwierig ist die Frage nach den eigentlichen Ursachen der Entmündigung bestimmter Menschengruppen zu erklären. Wir wissen

zwar, daß die jeweiligen ökonomisch-sozialen Eigentums- und Ausbeutungsverhältnisse in den kapitalistischen und vorkapitalistischen Klassengesellschaften eine mehr oder minder ausgeprägte Ohnmacht der arbeitenden Klassen einschließt, wenn wir auch schon weniger gut verstehen, warum es ausgerechnet auch im Sozialismus zu einer Stillstellung der Arbeiterklasse gekommen ist. Es ist auch aufweisbar, daß die Durchsetzung und Ausbreitung der kapitalistischen Wirtschaftsweise und Gesellschaftsform das überkommene herrschaftliche Verhältnis zwischen den Geschlechtern und Generationen zusätzlich geprägt hat und zu einer besonderen Einschränkung von Lebenschancen und Verfügungsmöglichkeiten von Frauen sowie Unterordnung von Kindern im Vergleich zu bestimmten vorkapitalistischen Verhältnissen geführt haben.⁸ Ebenso kann man für bestimmte vorkapitalistische Klassengesellschaften selber einen Zusammenhang zwischen Gesellschaftsverfassung, Familienform und gesellschaftlicher Ungleichstellung von Frau und Mann ausmachen,⁹ wie er beispielsweise in bestimmten frühen Klassengesellschaften als Korrespondenz der Aggressivität der Herrschafts- und Wirtschaftsweise und der Aggressivität der Eltern gegenüber den Kindern und der Männer gegenüber den Frauen erscheint. Was aber bislang durchaus ungeklärt ist, sind nicht nur die Ursachen der Bildung der ersten Klassengesellschaften, sondern auch die geschichtlichen Anfänge dieser Alten- und Männerherrschaft, für deren Erklärung man sich nicht auf die sogenannte geschlechtliche Arbeitsteilung zurückziehen kann. Es ist übrigens darüberhinaus unklar, wie und warum es überhaupt jemals zu einer Festlegung der gesellschaftlichen Beziehungen zwischen den Generationen und Geschlechtern gekommen ist.

Viertens. Was die Ausplünderung gering entwickelter durch hochentwickelte Länder im kapitalistischen Weltssystem angeht, so sind die prinzipiellen Mechanismen, nämlich unmittelbare Zwänge und Ausnutzung von Produktivitätsdifferenzen in den ökonomischen Beziehungen, ziemlich offenkundig. Was einst schlichter Raub von Reichtümern und auch von Menschen war, hat sich mittlerweile meist in die Aneignung arbeitsaufwendiger Rohstoffe und Erzeugnisse gegen Lieferung billigerer Investitions- und Konsumgüter verwandelt und ist wie immer schon flankiert durch ideologischen und militärischen Zwang. Daß die sozialistischen Gesellschaften dieses immerhin nicht taten, hat zu ihrem Untergang sicherlich beigetragen. Die Geschichte der kapitalistischen Über- und Unterentwicklung hat aber ihre Voraussetzungen und ihre Vorgeschichte in gewissen, freilich vergleichsweise geringen Entwicklungsunterschieden zwischen bestimmten europäischen Ländern an der Schwelle zur kapitalistischen Produktionsweise und bestimmten Ländern anderer Kontinente in jener Zeit, die vermutlich eher qualitativer als quantitativer Art waren.¹⁰ Damit stoßen wir erneut auf das Problem der Durchsetzung einer gesellschaftsgeschichtlichen Entwicklungslinie im Mittelmeerraum und im Europa nördlich der Alpen, die durch Produktionsweisen mit einer Fixierung auf eine sich steigernde Gütererzeugung und den Gütertausch gekennzeichnet ist, was

anderswo so nicht der Fall war. Diese Entwicklungsunterschiede haben vermutlich damit zu tun, daß die feudalen, antiken und asiatischen Vorläufergesellschaften des europäischen Kapitalismus bestimmte Fähigkeiten und Leistungen der Menschen und der Natur mehr als anderswo als Gratzkräfte und Gratzdienste in der Produktion und Konsumtion vernutzt haben, wobei es insbesondere die kapitalistische Produktionsweise verstand, sich zusätzlich Fähigkeiten und Leistungen von anderen Ländern und Leuten untertan zu machen und anzueignen. Es scheint aber durchaus noch ungeklärt zu sein, wie diese regionale Differenzierung zustandekommen konnte. Ebenso sind beispielsweise die verschiedenen jungsteinzeitlichen Gebietsentwicklungen, nämlich der Unterschied zwischen Übergang und Nichtübergang zu Pflanzen- und Tierproduktion innerhalb verschiedener Kontinente, wohl noch keineswegs vollständig begriffen.

Fünftens. Die Verdrängung ökologischer Langzeitwirkungen von menschlichen Eingriffen in den Naturhaushalt heute ist leicht erklärbar. Die Planungs- und Handlungszeiträume der auf Gewinn und Kapitalvermehrung ausgerichteten Wirtschaft sind kurz,¹¹ und nicht viel besser stand es mit den faktischen Aktionshorizonten der etatistisch-technokratisch organisierten sozialistischen Ökonomien, die auf schnelle Erfolge ausgerichtet waren. Aber auch dies hat seine Vorgeschichte in den vorkapitalistischen Klassengesellschaften Europas, beispielsweise in der Nichtvoraussicht langfristiger Bodenzerstörungen durch kurzatmige Betriebsausweitungen in der antiken Landwirtschaft. Das sind Abschiebungen von Gratzbelastungen und Gratzlasten der Natur und der Menschen (der anderen Seite ihrer Gratzkräfte und -dienste) in die Zukunft. Entsprechendes gab es jedoch auch schon in agrarischen Vor-Klassengesellschaften, etwa infolge übermäßiger Bewässerung und unzureichender Entwässerung im Zweistromland, wobei hier die Beschränktheit von Sondereigentum noch nicht die Ursache sein kann. Blindheit der laufenden Betriebstätigkeit gegenüber ihren zukünftigen Wirkungen hat es aber keineswegs in allen vorkapitalistischen Gesellschaften gegeben, wobei es gar nicht unbedingt die wenig entwickelten Sammler-Jäger-Gesellschaften sind, die sich durch Weitsicht hinsichtlich der Folgen ihrer Eingriffe in die Mittelewelt auszeichnen und sich insoweit zu nachhaltiger Naturnutzung befähigt sahen.

Erklärungsansätze in historisch-materialistischen Theorien

Soweit ich sehe, haben die Theorien von Karl Marx und Friedrich Engels sowie andere historisch-materialistische Analysen viel dazu beigetragen, nicht nur das unmittelbare Zustandekommen des gegenwärtigen Zustands des Systems Mensch-Biosphäre zu erklären, sondern auch, was vielleicht schwieriger ist, seine Vorgeschichte aufzuhellen. Das gilt trotz der Unfertigkeit und Unabgeschlossenheit der Gesellschaftslehre dieser beiden klassischen Autoren.¹² Die geschichtliche Entwicklung des stoff-

und energieumsetzenden Wirtschaftswachstums und dessen Übersteigerung ist gut aus der Entfaltung und Verallgemeinerung der Produktion und Konsumtion von Waren und schließlich aus deren Fetischisierung im Kapitalismus zu begreifen, auch wenn diese Vorgänge ihrerseits weiterer Erklärungen bedürfen. Die lange Geschichte der Vergewaltigung von Natur durch Menschen ist in der Tat wesentlich durch die sogenannte Herrschaft der vergegenständlichten über die lebendige Arbeit zu erklären, wenn auch viele Theoretiker damit lediglich die Dominanz von Produktionsinstrumenten meinen, die zudem ihrerseits noch zu erläutern wäre. Es ist ein Verdienst auch des historischen Materialismus, die Entwicklung patriarchalischer Verhältnisse im Zusammenhang mit derjenigen von Herrschaftsverhältnissen in der gesellschaftlichen Wirtschaft zu betrachten, wenn auch dieser Zusammenhang selber weitgehend unerhell blieb und für den Fall der kapitalistischen Klassengesellschaft meist unzulässig vereinfacht wurde. Daß die kolonialistische Behandlung geringer entwickelter durch höher entwickelte Gesellschaften nicht nur für die Entstehungsgeschichte, sondern auch für die jüngere Entwicklung kapitalistischer Gesellschaften ökonomisch wichtig war und die Form des Imperialismus angenommen hat, bleibt richtig, auch wenn historisch-materialistische Theorien hier durchaus unterschiedlich und zuweilen aus eurozentristischer Sicht argumentieren. Die Blindheit herrschaftlicher Wirtschaftsweisen gegenüber ihren Fernwirkungen auf die Menschen und die Natur schließlich ist implizit mit der Marxschen Konzeption der "Ökonomie der Zeit" angesprochen, also dem Grundsatz der bloßen Arbeitseinsparung als einem Gesetz jeder Wirtschaftsweise, wobei sich seine Anhänger freilich in der Regel als unfähig erwiesen, diese Implikation zu durchschauen.

Allerdings bezeichnen die Konzepte Warenproduktion, Instrumentalismus, Patriarchalismus, Kolonialismus und Ökonomismus - um die Ansätze der genannten Erklärungen kurz zu bezeichnen - keine selbstverständlichen Sachverhalte. Es sind eben gesellschaftsgeschichtliche Verhältnisse, deren Entstehung und Entfaltung selber unzureichend geklärt sind. Die Tatsache, daß diese Sachverhalte in den Klassengesellschaften jedenfalls in ihrer Entwicklung zum europäischen Kapitalismus hin in der Regel eher verstärkt als abgeschwächt wurden, hat Marxisten meist dazu verleitet, sie nur als Ausdruck und Auswirkung antagonistischer Produktionsweisen und ihrer Gesellschaftsformen zu betrachten; dies, obwohl es am Rande Europas und in anderen Kontinenten Klassengesellschaften gab, die in der einen oder anderen dieser Hinsichten auch andere Züge aufwiesen.¹³ Nur die ursprüngliche Entfaltung der Produktion und Zirkulation von Waren macht dabei anscheinend eine Ausnahme: Friedrich Engels erscheint sie wohl als Ergebnis fortschreitender Arbeitsteilung und als wesentliche Ursache der Herausbildung von Klassenherrschaft, mit der Qualifizierung, daß dies die Herrschaft des Produkts über die Produzenten bedeute.¹⁴ Wie aber, wenn das Verhältnis der Herausbildung von ökonomisch-sozialer Ausbeutung

und politischer Herrschaft einerseits und der Störung der materiell-praktischen Mensch-Natur- und Mensch-Mensch-Beziehungen *andererseits insgesamt regelmäßig ein anderes* gewesen wäre? Nämlich: daß die Entfaltung der Produktion von Produkten um ihrer selbst willen; daß die Verselbständigung von vergegenständlichter Arbeit gegenüber den Menschen und der Natur; daß die Beherrschung der Kinder und der Frauen durch Alte und durch Männer; daß Plünderung der Reichtümer fremder Gebiete; und daß schließlich auch die Verdrängung von Fernwirkungen der Eingriffe in die Natur *vorgängige, und zwar jeweils noch zu erklärende* geschichtliche Entwicklungen waren, die vielleicht schon als Ansätze klassengesellschaftlicher Ausbeutung und Herrschaft zu deuten sind, die vor allem aber zu ihrer *Bekräftigung und Fortsetzung* der Ausbildung einer spezifischen ökonomisch-sozialen Ausbeutungsbeziehung und politischen Herrschaftsform bedurften? Dann wären insbesondere die gewalttätige Entwicklung des Stoff- und Energieumsatzes, der gewalttätige Zugriff der Menschen auf die äußere Natur und die gewalttätige Behandlung der Frauen und der Kinder bereits in der Vorgeschichte jener durch Privateigentum und Staat gekennzeichneten frühen Klassengesellschaften entstanden, deren ökonomisch-sozialer Antagonismus gemeinhin als Prototyp des kapitalistischen Antagonismus verstanden wird; sie wären diesen Klassengesellschaften bereits vorgegeben und nicht einfach durch die Abschaffung von Klassenherrschaft überhaupt aus der Welt zu schaffen. Das ist selbstverständlich eine Vermutung, deren Haltbarkeit vor allem durch frühgeschichtliche Untersuchungen zu klären ist (und die keineswegs nur durch Befunde aus rezenten "primitiven" Gesellschaften gestützt werden kann).¹⁵ Immerhin kann man aber zusätzlich anführen, daß die hervorgehobenen Verzerrungen der materiell-praktischen Verhältnisse im aktuellen Mensch-Biosphäre-System durch die Abschaffung kapitalistischer Klassenverhältnisse in den nun untergegangenen Versionen sozialistischer Systeme auf deren Territorien nicht beseitigt worden waren.

Welche Fragen sind vordringlich zu klären?

So gesehen ist es, wenn wir nun wieder einen Blick auf die Gegenwart und Zukunft werfen, nicht das Wichtigste, nach den Ursachen für die genannten "globalen Probleme" in den sozioökonomischen Mechanismen sei es des Kapitalismus, sei es des Sozialismus zu suchen, die Formen der Wertschöpfung und Wertaneignung zu erörtern oder gar die derzeit beliebten Streitereien über "Plan oder Markt" zu verlängern. Erst recht nicht kommt es auf Reparaturen marxistischer Systeme gleich welcher Richtung an. Wichtiger ist es, historisch und materialistisch orientiertes Denken auf die Wirkungsweisen und Auswirkungen der nun wieder erdumspannenden kapitalistischen Ökonomie im realen Mensch-Biosphäre-System zu richten, jenes Systems, das die menschlichen und natürlichen Potentiale und Sub-

strate jedweder ökonomischen Aktivität enthält. Überdacht und verändert werden müssen vor allem die historisch geprägten und materiell bestimmten *Inhalte* der ökonomisch-sozialen Formen, und man wird sehen, welcher Veränderungen dieser Formen es dazu bedarf und was aus diesen schließlich wird.

Allgemein gesprochen lautet die überlebenswichtige Doppelfrage einfach: ist die Fortsetzung der Wirtschaftsweise, die heute die Menschen und die Erde beherrscht und verwüstet, wirklich *bezahlbar*, insbesondere, falls die heute noch üblichen Gratisbelastungen und Gratislasten für die Bevölkerung und den Naturhaushalt soweit wie möglich als soziale Kosten berechnet und abgegolten werden müssen?; und: ist diese Fortsetzung überhaupt *machbar*, insbesondere, falls die heutzutage noch selbstverständlichen menschlichen und natürlichen Gratiskräfte und Gratisdienste für die ökonomische Produktion und Reproduktion mehr und mehr sich erschöpfen und/oder verweigert werden? Die Antwort lautet höchstwahrscheinlich in beiden Fällen: Nein.¹⁶ Man wird daher davon ausgehen können, daß die Führungskräfte der privaten Wirtschaft in den Unternehmen und in den Staaten auf diese Aussichten bereits in der Vergangenheit und erst recht heute mit Planungs-, Leitungs-, kurz: Steuerungsvorhaben reagiert haben bzw. reagieren. Mit Vorhaben, die den Fortgang dieser Produktionsweise immerhin kurzfristig, teilräumlich und in besonders interessanten Wirtschaftsbereichen ermöglichen sollen, und zwar vermutlich, was das Neue wäre, durchaus im Rahmen einer globalen Strategie. Das sind aber per definitionem Anstrengungen zu Lasten der Zukunftschancen, der Randgebiete sowie einer Gesamtregelung des Gebrauchs der vorhandenen Vermögen und der Befriedigung der vorhandenen Bedürfnisse der Erdbevölkerung und des Erdnaturhaushalts. Das global-strategische Krisenmanagement von oben wird nicht auf die Bewältigung der Probleme der globalen Reproduktion dieser Bevölkerung und dieses Naturhaushalts gerichtet sein.

Gerade deshalb wird vermutlich der Druck zur Internalisierung externer Kosten, sowohl von staatlichen Verwaltungen wie von bestimmten Unternehmen und Haushaltungen her, weiterhin stärker werden und Erfolge zeitigen. Wahrscheinlich wird auch die Erschöpfung und/oder Verweigerung von Kräften und Diensten für diese Produktionsweise weitergehen oder weitergetrieben werden, insbesondere von ganz oder teilweise unabgegoltenen Kräften und Diensten aus dem Naturhaushalt, beispielsweise weil Selbsterneuerungs- und Ausgleichsfähigkeiten versagen oder gestört werden (z. B. Wasser, Luft) oder gar nicht vorhanden sind (Fossilenergie), aber auch aus der Bevölkerung, beispielsweise weil Arbeitskräfte empfindlicher, belasteter und störrischer werden (z. B. qualifizierte Berufe) oder weil Leistungen außerhalb von Erwerbsarbeit teilweise verweigert werden (z. B. Haushalts- und Familienarbeit). Wenn die Antwort hierauf nicht Krisenmanagement von oben sein soll, wenn diese Entwicklung vielmehr in ein Reproduktionsmanagement von unten, nämlich von den Bedingungen

der Existenz her umgesetzt werden soll, bedarf es einer Transformationsstrategie, die sich auf die praktischen materiellen Beziehungen der Menschen zueinander und zur Natur bezieht. Dazu hat Barry Commoner schon seit langem verschiedene bereichsbezogene Gestaltungsvorschläge vorgelegt, die *aufgrund des Zusammenhangs der auch von uns angesprochenen Sachbereiche in der Wirklichkeit* miteinander vernetzbar sind. Er hat diese Vorschläge inzwischen übrigens zusammenfassend dargestellt - nicht ohne darauf zu verweisen, daß ihre Verwirklichung quer zu Interessen steht, die gegebenen ökonomisch-politischen Machtpositionen entspringen.¹⁷ Hieran kann bei den notwendigen Überlegungen für den Umbau unserer materiell-praktischen Verhältnisse angeknüpft werden.

Auf jeden Fall müssen zunächst einige falsche Vorstellungen aus den Köpfen der Menschen verschwinden, die zur aktuellen Situation beigetragen haben. Man muß sich *erstens* darüber klar werden, daß es in einer vernünftigen Wirtschaftsweise nicht um die Steigerung des Sozialprodukts geht (wie wir in der Tradition akzelerierender Warenproduktion meinen), sondern um die Bereitstellung von Nutzeffekten, die eine angemessene Befriedigung von Unterhaltsbedürfnissen der Bevölkerung und des Naturhaushalts erlauben. *Zweitens* sollte begriffen werden, daß dazu nicht vor allem immer gewaltigere Produktionsinstrumente erforderlich sind (wie das traditionelle Konzept des Menschen als des tool-making animal nahelegt), sondern ein möglichst maßvoller Gebrauch der Begabungen, durch die sich die Menschen und die Natur eines Gebietes auszeichnen, also der ursprünglichen Vermögen, über die wir verfügen. *Drittens* muß das Vorurteil verschwinden, daß die Bereitstellung von Gebrauchswerten Herrschaft erfordere und daß zudem die Arbeiten in der Familie an sich von minderer Bedeutung seien (wie Männer gemäß patriarchalischer Tradition meinen); vielmehr muß deutlich werden, daß die Selbstbestimmung der Frauen und so weit wie möglich auch der Kinder den Umgang der Menschen miteinander und mit der Natur allgemein entkrampft. *Viertens* müssen wir erkennen, daß großräumliche Ungleichheiten im Gebrauch menschlicher und natürlicher Vermögen, vor allem im Verhältnis unterentwickelter zu überentwickelten Gesellschaften, keineswegs (wie eine kolonialistische Theorietradition vorgibt) Nutzeffekte für beide Seiten hervorbringt, sondern daß zumal die Plünderung der Ressourcen eines Gebiets und Anhäufung von Produkten und Abprodukten im anderen Gebiet in Wirklichkeit Lasteffekte hervorbringt, welche Möglichkeiten einer eigenständigen Entwicklung in beiden Gebieten vernichten. *Fünftens*

gilt es einzusehen, daß die Verlagerung von Lasteffekten aus der Herstellung von Nutzeffekten in die Zukunft hinein noch nicht einmal in der Gegenwart ein sorgloses Wirtschaften erlaubt (wie der ökonomistische Theorie- und Praxistypus meint), sondern daß bereits heute die Vorsorge für eine nachhaltige Versorgung mit den Hilfsmitteln und ebensolche Entsorgung der Rückstände der Produktion und Konsumtion in Gang kommen muß.¹⁸

Auf dieser Grundlage muß überlegt werden, wie die Arbeits-, Lebens- und Naturbeziehungen der Menschen umzugestalten sind, wie also der Prozess gesellschaftlicher Reproduktion zu organisieren ist: Wie die Produktpalette des Sozialprodukts verkleinert und verbessert werden kann und welche Industriebranchen dazu baldigst wie zum Schrumpfen gebracht werden müssen, z. B. die Automobilindustrie; wie die Produktionstechnik selber umgestellt werden kann und welche Rahmenbedingungen dazu beitragen können, z. B. in den Bereichen kommunale Energie- und Materialwirtschaft; wie die Gleichstellung der Frauen mit den Männern und die Selbstbestimmung von Kindern wirksam gefördert werden können, z. B. durch gesellschaftliche Garantien der materiellen Subsistenz der Kinder; wie die internationale Arbeits- und Herrschaftsteilung durch Vorhaben einer eigenständig-standortgerechten Wirtschaftsentwicklung sowohl in den zentralen als auch in den peripheren Gesellschaften unterlaufen werden kann, z. B. mit Hilfe von Systemen professioneller Projekte der technischen Beratung und Hilfe; wie schließlich der Stoff- und Energieumsatz der Gesellschaften im Sinne vorsorglich-nachhaltiger Versorgung und Entsorgung organisiert werden kann und welche Steuerungsmittel - z. B. welche ökonomischen und juristischen Instrumentarien - dazu auf welche Weise eingesetzt werden können. Geschlossene wissenschaftliche Gesamtentwürfe und politische Gesamtlösungen für den Übergang von einer zu einer anderen gesellschaftlichen Form der Beziehungen zwischen Mensch und Biosphäre sind, bestimmter Erkenntnisschranken wegen, wohl nicht möglich. Denkbar sind jedoch Szenarien möglicher Transformationen der materiell-praktischen Substanz der Gesellschaften für wesentliche Dimensionen oder Sektoren, wobei es dererlei Entwürfe zum Teil schon gibt. Solche Bereichsentwürfe sind, soweit es sich von der Sache her ergibt, selbstverständlich miteinander zu verknüpfen. Als ökonomisch-politische Leitlinien (die jedoch nicht zu einem geschlossenen Umbau-Entwurf, der durchaus schädlich wäre, verleiten sollte) können hierbei gelten: die gesamten Arbeitsaufwendungen und die gesamten Gebrauchswertdienste in einer Volkswirtschaft müssen in ein vernünftiges Verhältnis gebracht werden und die Eigentums- und Machtverhältnisse innerhalb der Gesellschaft und zwischen den Gesellschaften sind so zu gestalten, daß eine demokratische Steuerung der gemeinsamen Angelegenheiten ermöglicht wird.

1 Überarbeitete Fassung eines Vortrags im Rosa-Luxemburg-Zentrum Berlin am 07. 12. 1990

2 Paul Thiry d'Holbach, System der Natur oder von den Gesetzen der physischen und der moralischen Welt, Berlin (DDR) 1960

3 Barry Commoner, Wachstumswahn und Umweltkrise, München [etc.] 1973; ders., Energieeinsatz und Wirtschaftskrise, Reinbek 1977; ders., Making Peace with the Planet, New York 1990

- 4 Insbesondere: Karl Marx, Das Kapital, Bd. 1, Marx-Engels-Werke Bd. 23; Friedrich Engels, Anteil der Arbeit an der Menschwerdung des Affen, Marx-Engels-Werke Bd. 20, S. 444 - 455
- 5 Beeindruckende Materialien und Argumente, die für diese Vermutung sprechen, finden sich bei Till Bastian, Naturzerstörung: Die Quelle der künftigen Kriege, Eine Studie im Auftrage der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW), Heidelberg 1990. Vgl. im übrigen: Barry Commoner, Making Peace with the Planet, New York 1990, S. 1 - 18.
- 6 Eine kritische Beschreibung dieses Prozesses findet sich in: Michael J. Piore, Charles F. Sabel, Das Ende der Massenproduktion, Studie über die Requalifizierung der Arbeit und die Rückkehr der Ökonomie in die Gesellschaft, Frankfurt-M. 1989.
- 7 Vgl. meine Skizze dieses gesellschaftsgeschichtlichen Entwicklungswegs in: Karl Hermann Tjaden, Mensch, Gesellschaftsformation, Biosphäre, Über die gesellschaftliche Dialektik des Verhältnisses von Mensch und Natur, Marburg 1990; als eine philosophisch-historische Reflexion der Entwicklung des praktischen ("industriellen") Mensch-Natur-Verhältnisses in der Gesellschaftsgeschichte vgl. das anregende Buch von Dieter Hassenpflug, Die Natur der Industrie, Philosophie und Geschichte industriellen Lebens, Frankfurt-M., New York 1990.
- 8 Vgl. bezüglich der Entwicklung des Geschlechterverhältnisses im Übergang zur kapitalistischen Industrie in Deutschland: Ursula Beer, Geschlecht, Struktur, Geschichte: soziale Konstituierung des Geschlechterverhältnisses, Frankfurt-M., New York 1990.
- 9 Vgl. Margarete Tjaden-Steinhauer, Privatfamilie und Frauenarmut, Kassel 1990 (Wissenschaft ist Frauensache - Heft 7).
- 10 Vgl. hierzu die Darstellung diesbügliger Diskussionen bei: Immanuel Wallerstein, Das moderne Weltssystem, Die Anfänge kapitalistischer Landwirtschaft und die europäische Weltökonomie im 16. Jahrhundert, Frankfurt-M. 1986, S. 45 - 71.
- 11 Eindringliche Beispiele bei Barry Commoner, Making Peace with the Planet, New York 1990, Teil 5, S. 79 ff.
- 12 Enrique Dussel, Hacia un Marx desconocido, Un comentario de los manuscritos del 61-32, Mexico 1988, S. 329.
- 13 Ich denke z. B. an gesellschaftliche Verhältnisse zu Zeiten der muslimischen Herrschaft in Spanien oder in der vorkolonialen Zeit im späteren Lateinamerika.
- 14 Vgl. vor allem: Friedrich Engels, Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats, Marx-Engels-Werke Bd. 21, S. 25 - 173, hier S. 169 f; siehe aber auch S. 160, wo "Raubkriege" als Ursache der Herrschaft von Heerführern über das ursprünglich gentilitische organisierte Volk erscheinen. Vgl. ferner: ders., Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft, Marx-Engels-Werke Bd. 20, S. 1 - 303, hier S. 151.
- 15 In dieselbe Richtung weisen, bezüglich der Entstehung des Patriarchats, Überlegungen von Uwe Wesel, Der Mythos vom Matriarchat, Frankfurt-M. 1980, vgl. S. 126 ff.
- 16 Vgl. hierzu meinen Aufsatz: Wir brauchen eine Politische Ökonomie der Stoff- und Energieströme, in: SPW - Zeitschrift für Sozialistische Politik & Wirtschaft, Heft 57, 1991.
- 17 Barry Commoner, Making Peace with the Planet, New York 1990, Teile 5 und 9 ff. Vgl. ergänzend: Lester R. Brown [u. a.], Zur Lage der Welt - 90/91, Daten für das Überleben unseres Planeten, Frankfurt-M. 1990 (Worldwatch Institute Report, Deutschsprachige Fassung herausgegeben von Gerd Michelsen), Teil 8.
- 18 Vgl. auch meinen Beitrag: Marx, der Müll und der Fortschritt, in: Z - Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Nr. 5, 1991.

Hermann Behrens

Ökologie und Sozialismus oder: Warum heute noch Kapitalismuskritik?

Eine Theorie des Mensch-Natur-Verhältnisses als Voraussetzung für die programmatische Zukunft der Linken

Die Frage nach der Bedeutung der "ökologischen Krise" für die marxistisch orientierte Theorie ist keinesfalls neu, sie ist aber in der Vergangenheit auch nirgendwo hinreichend aufgearbeitet und beantwortet worden. Daher ist das in der Ausgabe 2/1990 der "Z" punktuell auffindbare Bemühen, die Frage wieder aufzugreifen, richtig und angesichts der Umweltprobleme und der prinzipiellen Sprachlosigkeit der Linken zu unterstützen.

So meint beispielsweise Klaus Peters in seinem Beitrag "Marxismus als Theorie der Befreiung", daß die "ökologische Krise mehr als nur eine Begleiterscheinung" der gegenwärtigen Epoche sei und entdeckt als dann unbearbeitet und unhinterfragt bleibende Antwort die, daß die ökologische Krise (deren Dasein selbst vorausgesetzt, nicht aber geklärt oder beschrieben wird) Ausdruck für eine Produktionsweise sei, die ihre technische Basis "ständig, aber ungesteuert, unbeherrscht, unkontrolliert revolutionieren muß". Die sozialistische Bewegung - hierzulande insbesondere die DKP - habe die "politische Schlüsselrolle der Kritik des technischen Fortschritts für eine antikapitalistische Gesamtkonzeption vollständig übersehen". Diese Produktionsweise sei nun "an ihre historische Grenze geraten"¹, sie erheischt Steuerung, Kontrolle, jedoch nicht in der Form der Monopolisierung der Staatsmacht wie in den Ländern des "real existierenden Sozialismus", sondern in Formen breiter Demokratie als Ausdruck der politischen Befreiung des Individuums. Die zentrale Frage Peters' beantwortet sich dabei von selbst: "Fordert das Überleben der Menschheit Entwicklungsbegrenzung und Freiheitsbeschränkung, oder liegt gerade in einer zunehmenden Befreiung und Entwicklung der Menschen die Lösung der ökologischen Krise und anderer globaler Gefährdungen?"². Peters gelangt sogar zu der weitreichenden Auffassung, daß die soziale Entwicklung bzw. Sicherheit und Freiheit der Individuen in den kapitalistischen Ländern weiter entwickelt gewesen sei als in den sozialistischen. Die Kategorien Entwicklung und Freiheit, soziale Sicherheit und der Begriff des Sozialen überhaupt bleiben dabei unentwickelt, ebenso wie die Kategorie Markt oder Ware, wobei letztere gar keine Erwähnung findet. Dies ist angesichts der zentralen Bedeutung, die Marx der Kategorie Ware beimäß, mehr als nur eine Unterlassung³. Peters steht nicht allein.

Frieder O. Wolf fordert, daß ein "lebendiger, radikal zeitgenössischer Marxismus...eine vertiefte wissenschaftliche Analyse des Zusammenhangs von

ökologischen Systemprozessen und historischen Entwicklungen (Systementwicklungen, d.A.??), speziell auch für die gegenwärtigen ökologischen, sozialen, ökonomischen und kulturellen Krisenprozesse" zu leisten habe⁴, ohne zu beschreiben, warum dies nötig ist und ohne selbst den Analyseweg zu beschreiten. Nicht nur anmahnen, sondern beginnen!

Klaus D. Fischer empfiehlt den MarxistInnen, sich bei Konzepten zur Lösung der "globalen Probleme" auf den Weg zu einem humanistischen Internationalismus zu begeben, bei dem in Marxscher Perspektive der Mensch das höchste Wesen für den Menschen ist. Ungeklärt bleibt, was denn der Mensch ist, wann er es ist und worin die materielle Grundlage, d.h. die Voraussetzungen seines Seins bestehen. Zentral dabei wäre die Untersuchung und Bewertung der ökologischen Rolle der warenproduzierenden "Menschen" in der Geschichte. Diese Frage scheint grundlegend. Marx und Engels sprachen z.B. im "Manifest" selbst davon, daß, solange der Kapitalismus und die diesem zugrundeliegende Warenproduktion bestehen, die Vorgeschichte der Menschheit nicht abgeschlossen ist.

In einem Rundtischgespräch werden dann einige Merkmale des Sozialismus eingeführt, wobei insbesondere den Kategorien "Privateigentum" und "Markt" ihre bisher grundlegende Bedeutung für die Kennzeichnung des Überbaus einer Gesellschaft aberkannt wird: So wird die Auffassung als grundfalsch abgelehnt, den "Sozialismus mit dem Plan, und den Kapitalismus mit dem Markt gleichzusetzen. Beides ist den beiden Gesellschaftsformationen zu gleichem Maße eigen". Für den Sozialismus sei "das wichtigste Spezifikum..., genauer gesagt sein Vorteil, .. die Arbeit des Menschen für sich selbst...Dabei ist selbstverständlich ein Markt notwendig, notwendig sind vielfältige Eigentumsformen"⁵. Daß möglicherweise ein Widerspruch zwischen der Verausgabung von Arbeitskraft für den Markt und der Verausgabung von Arbeitskraft für sich selbst, für seine Selbstentwicklung besteht, weil die Produktion für den Markt Privateigentum an den Produktionsmitteln auf der einen und Eigentumslosigkeit auf der anderen Seite und damit die Existenz von Lohnarbeit und Kapital voraussetzt, gerät hier schon nicht mehr ins Blickfeld. Und welche Bedeutung eine marktorientierte Produktions=Reproduktionsweise für die Umwelt des Menschen hat, ist nirgendwo hinterfragt. Kein Ansatzpunkt für eine Kapitalismuskritik (und Sozialismuskritik) nach ökologischen Gesichtspunkten ist somit zu finden.

Weiter: "Der Sozialismus ist eine Idee der Freiheit der Menschen von der Wirtschaft. Aber welcher Freiheit? Nicht so einer, in der man den Menschen um seine Existenzmittel bringt, sondern jener, in welcher die Wirtschaft in der Lage ist, mich zu versorgen, ohne dabei auf meine unmittelbare lebendige Arbeit angewiesen zu sein". Zur gesellschaftlichen Grundlage werde "Freizeit", die im XX. Jahrhundert ein "reales Programm aller hochentwickelten Länder geworden" sei⁶. Mit welchen Gebrauchswerten sollen die Individuen versorgt werden? Und welche Gebrauchswerte stellen die materielle Grundlage der "Freizeit" dar? Von Marxschen Erkennt-

nissen über den Doppelcharakter der Ware Arbeitskraft, über den Doppelcharakter der Produktion und der Reproduktion im Kapitalismus und von der Spezifik der kapitalistischen Produktionsweise, nicht gebrauchswertorientiert, sondern tauschwertorientiert zu sein, womit dann die Bedürfnisse der Individuen in die Wertlogik integriert ("kapitalistisch geprägt") sind, wird hier vollständig abgesehen.

Dem sowjetischen Wissenschaftler Diligenskij ist es bei dieser Perspektive im übrigen zu Recht völlig egal, "ob mit Hilfe des Gemeinschafts- oder Privateigentums oder aber irgendwie anders die Interessen des Menschen befriedigt werden. Hauptsache, es soll optimal geschehen"⁷. Aber: Welche Menschen sind das, welche Stellung haben sie in der Gesellschaft und was ist die materielle Grundlage ihrer Interessen? Was heißt "Eigentum" und allemal "Privateigentum" für die, die nichts haben? Was heißt Arbeit? Für wen und was geschieht sie? Welcher Zusammenhang besteht zwischen Arbeit und Eigentum, zwischen Eigentumsformen und Interessenlagen? Dies alles bleibt ungeklärt, man spürt das Messer der gestörten Reproduktionskraft und des Versagens des Staatseigentums (und nicht Gemeinschaftseigentums) in der Sowjetunion am Hals des sowjetischen Kollegen.

So wird ausgehend von einer Ökonomie des Mangels an Lebensnotwendigem - wenn auch angesichts der Abrüstungsunfähigkeit der kapitalistischen Länder trotz Wegfall aller politischen und ideologischen Hindernisse kleinlauter - der Traum weitergeträumt, daß der Kapitalismus friedensfähig sowie sozial und ökologisch verträglich gestaltet werden könnte, bar jeder historischen Erkenntnis. Wenn dies stimmte, was hieße dann im übrigen noch Sozialismus?

"Z" Nr.4/1990 bringt da nur unwesentliche Veränderungen, es dominieren Pragmatismus oder vom Konzept der "Globalen Probleme" ausgehende Reformforderungen in Richtung "ökologische und soziale Marktwirtschaft"⁸.

Die möglichen Antworten auf diese Fragen nach der Bedeutung des "Ökologischen" sind gleichbedeutend mit den Voraussetzungen für eine zukünftige Strategie der Linken (wer auch immer das sein mag). Ohne eine begründete Theorie des Mensch-Natur-Verhältnisses, so die These, keine Zukunft für die marxistische Linke.

Im folgenden soll in der hier gebotenen Kürze ein mögliches Herangehen an das Problem Ökologie und Sozialismus versucht werden. Nicht aber die Lösung. Wichtig scheint in diesem Zusammenhang, die Frage nach den bisherigen Systembrüchen oder qualitativen Sprüngen im Fortgang des Mensch-Natur-Verhältnisses, die eine Frage ist, die bislang zu wenig aufgearbeitet wurde⁹. Der wirtschafts- und sozialhistorische Aspekt findet in der Umweltforschung bislang zu wenig Berücksichtigung. Und umgekehrt findet der ökologische Aspekt in der Wirtschafts- und

Sozialgeschichtsschreibung ebenso noch zu wenig Berücksichtigung. Diese Mängel gilt es generell zu beheben.

Drei Begriffe spielen dabei eine wesentliche Rolle. Es sind dies die Begriffe gesellschaftliche Arbeit, produktives Potential und Formationslogik von Umweltproblemen

Gesellschaftliche Arbeit beinhaltet ein doppeltes Verhältnis, das Verhältnis von Menschen zur Natur und das Verhältnis von Menschen zu anderen Menschen oder, wie man heute sagen würde, es sind immer gleichzeitig ökologische und soziale Sachverhalte zu berücksichtigen. Die gesamte ökologische Problematik ist erst dann zu verstehen, wenn die menschliche Arbeit an zentraler Stelle in die Überlegungen einbezogen wird.

Die Kräfte, die in der gesellschaftlichen Arbeit, auf welcher räumlichen Ebene auch immer, zusammen wirken, sind einmal das Arbeitsvermögen der Menschen und zum andern das Naturraumangebot.

Das Arbeitsvermögen umfaßt die Gesamtheit der Arbeitskräfte (die Bevölkerung) und deren historisch gewachsenen Kenntnisse und Fertigkeiten. Teils werden diese Kenntnisse und Fertigkeiten intergenerativ "vererbt", z.B. informell über Sitten und Gebräuche oder in vergegenständlichter Form als Maschinen, Anlagen, Bauten oder Werkzeuge. Und teils werden sie im Arbeitsprozeß neu gewonnen. Etliches davon geht im Fortgang des gesellschaftlichen Arbeitsprozesses aber auch verloren.

Das Naturraumangebot umfaßt die Gesamtheit der Naturkräfte, die gegenwärtig oder zukünftig für irgendwelche Nutzungen von Interesse sein könnten. Diese Naturkräfte werden als Naturressourcen oder Naturbedingungen der Arbeit genutzt. Auch hier werden im historischen Arbeitsprozeß immer mehr Naturressourcen erschlossen und genutzt, etliche Ressourcen gehen auch verloren, etwa indem alte Nutzierrassen im Zuge der Hohertragszüchtungen verdrängt werden.

Auf die Herkunft der Potential-Theorie möchte ich hier nicht näher eingehen. Dazu liegt eine einschlägige Literatur vor.

Das Arbeitsvermögen der Menschen und das Naturraumangebot bilden insgesamt das *produktive Potential*¹⁰ eines Raumes. In allen Gesellschaftsformen wurde und wird nur ein (sehr) geringer Teil des produktiven Potentials für die Produktion von Gebrauchswerten oder die bloße Aneignung als Gebrauchswerte genutzt. Die Interessen richteten und richten sich immer nur auf jeweils bestimmte Komponenten, Komponentengruppen, Prozesse und Eigenschaften¹¹. Da sich die Interessen ändern, ändert sich auch die Nutzungsstruktur des produktiven Potentials. Das gilt sowohl für das Arbeitsvermögen wie auch für das Naturraumpotential. Vgl. zu erstem etwa die ständige dynamische Veränderung der beruflichen Qualifikationen.

Der Begriff *Formationslogik* schließlich ist abgeleitet aus der Marx'schen Theorie der ökonomischen Gesellschaftsformation (Formationstheorie).

Diese Theorie dient dazu, die Geschichte der Menschheit aufgrund entwicklungsbestimmender Merkmale zu gliedern bzw. zu periodisieren. Damit hat die Formationstheorie ein ähnliches Erkenntnisziel wie andere, nichtmarxistische geschichtliche Stufenkonzepte¹². Aus der Sicht der vorherrschenden Art und Weise des Stoffwechsels zwischen Gesellschaft und Natur, man könnte auch sagen, nach Maßgabe des Reproduktionstyps, gibt es drei Gesellschaftsformationen¹³:

- A die Periode der bloßen Aneignung (Jäger/Sammler)
- B die Periode der Subsistenzökonomien, die im wesentlichen agrarisch produzierten
- C die Periode der warenproduzierenden Gesellschaften, die auf industrieller Grundlage produzieren

Jede einzelne dieser Formationen weist in sich hinsichtlich der stofflich-energetischen Grundlage der Produktion und hinsichtlich der Arbeits- und Lebensverhältnisse im wesentlichen einheitliche Merkmale auf. Genauso verhält es sich mit den jeweiligen Umweltproblemen, die eine zwingende Logik aufweisen, die dem Reproduktionstyp geschuldet ist. Umweltprobleme sind somit Reproduktionsprobleme, d.h. sie liegen im Ziel und in der Ausgestaltung der gesellschaftlichen Arbeit begründet. Es muß betont werden, daß Ziel und Ausgestaltung (Struktur) der gesellschaftlichen Arbeit nicht getrennt werden dürfen. Die Logik der Umweltprobleme der beiden letztgenannten Formationen sollen kurz anhand wesentlicher Merkmale dargestellt werden, wobei es nur um Grundtendenzen geht.

1. Subsistenzökonomie (Produktion "für sich selbst")

Alle *vorkapitalistischen Produktionsweisen* waren und sind - soweit es heute noch gibt - im wesentlichen Subsistenzökonomien, in denen Produktion und Konsumtion nicht getrennt sind. In der Subsistenzwirtschaft ist der Austausch und ist die Warenproduktion immer nur Zusatz. Vorherrschend sind agrarische Produktionsweisen, d.h. Hauptbeschäftigung ist Arbeit in der Landwirtschaft oder im mit der Landwirtschaft verbundenen Gewerbe, Hauptproduktionsmittel ist der "Boden".

Die stoffliche Grundlage auch der gewerblichen Produktion besteht vorrangig aus regenerativen Energiequellen und biologischen Werkstoffen (Wasser, Wind, Holz, landw. Produkte), fossile Energieträger und mineralische Rohstoffe sind "Zusatz". Die Wirtschaft ist im wesentlichen lokal bzw. regional begrenzt. Es entwickeln sich lokal- und regionalspezifische Prägungen des produktiven Potentials, z.B. regionsspezifische Nutztierassen und Boden-Bewirtschaftungsformen.

Sozial sind Umfang und Art der Produktion gebunden durch außerökonomische Gewalt (z.B. Flurzwang, Zunftordnungen, Bedürfnisse der Feudalherren). Produzent und Produktionsmittel sind nicht getrennt (Bindung an

die Scholle). Der Zwang zur Steigerung der Produktivität der Arbeit ist gering. Die Menschen sind insgesamt eingebunden in lokale und regionale Ökosysteme und von den verfügbaren und nutzbaren lokalen und regionalen Ökosystemausstattungen abhängig. Die Dynamik der Veränderungen (auch in bezug auf die menschliche Population) ist gering. Umweltprobleme in Gestalt von Über-, Unter- oder Fehlnutzungen des produktiven Potentials entsprechen dieser relativ statischen Produktionsweise und bleiben nach Umfang und Intensität ebenfalls gering sowie lokal und regional begrenzt.

2. Industrielle Warenproduktion (Produktion "für andere")

In der *kapitalistischen Produktionsweise* ändert sich das Bild grundlegend. Zentrale Merkmale sind

- ein Prozeß der *Marktintegration*, d.h. der zunehmenden Integration des Arbeitsvermögens und des Naturraumpotentials in Ware-Geld-Beziehungen,
- ein Prozeß der *Entkoppelung* der Produktion vom lokalen und regionalen Arbeitsvermögen und Naturraumpotential
- ein Prozeß der *Nivellierung* lokaler und regionaler Prägungen des produktiven Potentials
- ein Prozeß der *Enträumlichung und Entwurzelung* der Individuen.

Vorherrschende Produktionsweise wird die industrielle Warenproduktion durch private Kapitale. Diese stehen untereinander in Konkurrenz, was den Zwang zum Wachstum, zur "Produktion um der Produktion willen" (Marx), hervorruft. Eine Folge dieses Zwangs ist die Tendenz zur ständigen Rationalisierung und als eine Form davon zur Spezialisierung. Eine weitere Folge der Konkurrenz der privaten Einzelkapitale ist die Entwicklung eines linearen Produktionszyklus' Rohstoff-Industriebetrieb-Ware (Produkt/Abprodukt). Die Linearität ist abhängig vom Grad der innerbetrieblichen und überbetrieblichen Arbeitsteilung.

Ohne die Veränderung der stofflich-energetischen Grundlage der Produktion wäre die Ausbreitung der industriellen Warenproduktion nicht möglich gewesen. Das Verhältnis zwischen fossilen Energieträgern und mineralischen Werkstoffen gegenüber regenerativen Energieträgern und biologischen Werkstoffen kehrt sich um. Eine Entwertung der landwirtschaftlichen Tätigkeit und des Bodens (der Biosphäre) als "Lieferant(in)" von Arbeitsmitteln und Arbeitsgegenständen geht einher mit einer Aufwertung industrieller Arbeit und künstlich hergestellter Arbeitsmittel und Arbeitsgegenstände.

Damit die Warenproduktion sich als dominierendes Prinzip der Wirtschaft durchsetzen kann, ist es notwendig, Arbeitskräfte und Naturressourcen

selbst in Waren zu verwandeln. Je mobiler die Produzenten (und ihre Kenntnisse und Fertigkeiten) und die Ressourcen, desto eher die Möglichkeit für die Industrie, sich von lokalen und regionalen Schranken abzukoppeln. Diese Bedingung spiegelt sich in Arbeits-, Rohstoff- und Bodenmärkten wider.

Die Marktintegration zeigt eine bis heute andauernde subsumtive Gewalt: Sie zieht weltweit alle Lebensbereiche in ihren Bann und zerstört die letzten subsistenzwirtschaftlichen Kreisläufe. Lokale und nichtkapitalisierte Arbeits- und Lebensformen lösen sich auf und führen zu einem raschen Verlust historisch gewachsener lokaler und regionaler Sitten und Gebräuche, von Bewirtschaftungsformen des Naturraumes und lokal- und regionalspezifischen Kenntnissen und Fertigkeiten. In diesem Sinne kann von einer Entwurzelung oder Enträumlichung der Individuen, von einem Verlust an Autonomie und von einer (zunehmend globalen) Nivellierung in der Struktur des produktiven Potentials gesprochen werden. Lokal und regional wird das produktive Potential zunehmend einseitiger genutzt (z.B. Spezialisierung in der regionalen Arbeitsteilung). Die räumlich weiterhin lokal und regional gebundene (erweiterte) Reproduktion wird zunehmend abhängig von exogenen Variablen (Kapitalzufuhr und -abfluß, d.h. Zu- und Abfluß von Stoffen und Arbeitskräften).

Verbunden mit der Marktintegration ist "ökologisches Analphabetentum". Die Enträumlichung führt zu einem wachsenden Widerspruch zwischen einer Zunahme von abstrakt-globalem und einer Abnahme von konkret-lokalem ökologischem Wissen.

Die Marktintegration wurde seit Mitte dieses Jahrhunderts sprunghaft beschleunigt. In Deutschland stand zunächst die Massenproduktion von Investitionsgütern im Vordergrund. Seit Mitte dieses Jahrhunderts und sprunghaft beschleunigt erst in den 60er Jahren trat die Massenproduktion von Konsumgütern hinzu¹⁴. Sie beschleunigte die Nivellierung und gleichzeitig die Individualisierung der früher lokal und regional geprägten Arbeits- und Lebensformen. Sie beschleunigte die lokale Entwurzelung und die Entwertung von großen Teilen des lokalen und regionalen produktiven Potentials, weil die Verwirklichung elementarer Lebensfunktionen über den Markt z.B. die (weiträumige) Trennung von Arbeiten und Wohnen, Einkauf und Erholung ermöglichte. Der Markt wurde vollends zum Ort der Reproduktion.

Die Marktintegration und die grundlegende Veränderung des Reproduktionsmodus' kann übrigens sehr deutlich am Beispiel der Landwirtschaft und ihrer historisch rasant abnehmenden wertökonomischen Bedeutung nachvollzogen werden¹⁵. Dort findet die Marktintegration, die Entkoppelung vom lokalen und regionalen produktiven Potential, sowie die Nivellierung historisch gesehen im "Zeitraffer" von nur drei Jahrzehnten statt. Insbesondere wird in der Landwirtschaft deutlich, daß vom produktiven Potential zunehmend weniger, und dieses Wenige dafür mehr genutzt wird.

Die Konsequenzen dieses Denkansatzes könnten in der Frage gipfeln: Ist die Warenproduktion (Marktwirtschaft) als vorherrschender Typ der Reproduktion von Mensch und Natur im Sinne der o.g. Prämissen (dauerhaft, stabil etc.) geeignet? Wenn das Ziel die Reproduktion des historisch in langen Zeiträumen gewachsenen lokalen und regionalen produktiven Potentials sein soll (soweit es noch nicht irreversibel zerstört ist), dann wird eine Antwort problematisch.

Das wird besonders deutlich am gemeinhin als Umweltschutzziel bekannten Arten- und Biotopschutz. Dieser müßte eigentlich lauten: klein- und großräumig differenzierter Schutz der historischen Landnutzungsformen, Landbewirtschaftung um ihrer selbst willen oder Ausschaltung der Marktlogik. Das impliziert z.B. die partielle Wiedergewinnung von lokaler und regionaler Autonomie, die Wiederankoppelung der Produktion an das lokale und regionale produktive Potential, die komplexe Nutzung dieses Potentials und eine wirksame Steuerung der Ressourcenerschließung und -nutzung (Planungsökonomie).

3. Formationslogik der Umweltprobleme im "real existierenden Sozialismus"

Bisher war nur vom Verhältnis Mensch-Natur in den vorkapitalistischen Epochen der ökonomischen Gesellschaftsformation und im Kapitalismus die Rede. Seit nunmehr über 70 Jahren gibt (oder gab) es aber Staaten, die sich selbst als sozialistisch bezeichnen oder bezeichnen und in denen der Sozialismus als eigenständige oder zumindest als erstes Stadium einer neuen Formation verstanden wird oder wurde. Damit erheben oder erheben diese Staaten faktisch den Anspruch auf eine vollzogene oder angestrebte, zumindest aber theoretisch faßbare Alternative in der Nutzung ihres produktiven Potentials und damit verbunden den Anspruch, die bisherige Formationslogik der Umweltprobleme durch einen anderen, alternativen Reproduktionstyp aufzuheben. Es stellt sich die Frage, ob der Anspruch eingelöst wurde.

Diese Frage läßt sich nicht allein durch einen Vergleich der politisch-ökonomischen Ordnungssysteme der kapitalistischen und "real existierenden sozialistischen" Länder beantworten. Ein solcher Vergleich kommt z.B. in der allgemein üblichen Entgegensetzung von "Marktwirtschaft" oder "Verkehrswirtschaft" einerseits und "Planwirtschaft" oder "Zentralverwaltungswirtschaft" andererseits zum Ausdruck. Solche Idealtypen von Ordnungssystemen gibt es aber in der Realität nicht¹⁶. Daher reicht das Kriterium der Ordnungssysteme für eine qualitative reproduktionsorientierte Beurteilung nicht hin.

Die Frage, ob der alternative Anspruch eingelöst wurde, kann letztlich wohl erst nach einer historisch-kritischen, empirischen und theoretischen Über-

prüfung des politischen, ökonomischen, sozialen und wissenschaftlichen Entwicklungsweges der einzelnen Länder des "real existierenden Sozialismus" hinreichend beantwortet werden. Es wäre vor allem zu erfassen und zu beurteilen, auf welcher stofflich-energetischen Grundlage, mit welcher Art Produktionsmittel, in welchen Eigentums- und Arbeitsverhältnissen und für welches Ziel (Konsum- oder Lebensmodell) die Länder des "real existierenden Sozialismus" produzierten. Es wäre auch zu untersuchen, ob und in welchem Maße die Autarkiebestrebungen dieser Länder, die als Versuch der Emanzipation vom kapitalistischen Weltmarkt gesehen werden können, von Erfolg beschieden waren und ob es sich dann bei den derzeit ablaufenden politisch-ökonomischen Veränderungen in diesen Ländern um eine Reintegration in den Weltmarkt handelt oder um einen Prozeß, in dem die Ordnungssysteme dieser Länder den ohnehin und schon immer bestehenden Notwendigkeiten weltmarktorientierter industrieller Warenproduktion angepaßt werden.

Der Anspruch, eine gesellschaftliche Alternative zu bilden oder gebildet zu haben, wäre - insbesondere im Hinblick auf die Frage nach der Formationslogik der Umweltprobleme in den Ländern des "real existierenden Sozialismus" - vor allem an den zentralen Merkmalen des Reproduktionstyps der kapitalistischen industriellen Warenproduktion zu messen.

Der Versuch der oben beschriebenen umfassenden historisch-kritischen wie empirischen Antwort auf die gestellte Frage soll im folgenden nicht unternommen werden. Dies würde den Rahmen der vorliegenden Arbeit sprengen, zumal derzeit der "Untergang" oder die umfassende Veränderung der Wirtschaftsordnungen der Länder des "real existierenden Sozialismus" in vollem Gange ist (wobei die Orientierung auf die "Marktwirtschaft" vorherrscht) und daher der historische Abstand noch fehlt, um eine vorurteilsfreie Wertung dieser Ordnungen und ihres Scheiterns vorzunehmen.

Im folgenden soll lediglich geprüft werden, inwieweit der kapitalistische Typ der Reproduktion im Hinblick auf Umweltprobleme Gegenstand der marxistisch orientierten Theorie war und ob (und ggf. welche) Vorstellungen eines alternativen Reproduktionstyps entwickelt wurden. Dabei wird vorrangig auf Literatur aus der ehemaligen DDR zurückgegriffen.

Zunächst kann festgestellt werden, daß es in den Staaten des "real existierenden Sozialismus" Umweltprobleme mindestens von gleicher Art und Intensität wie in Staaten mit kapitalistischer Gesellschaftsordnung gibt oder gab¹⁷. Wie reflektierte die marxistische Theorie diese Tatsache? Im wesentlichen wurden folgende Ursachenzusammenhänge benannt:

1. Die sozialistischen Länder haben die Produktivkräfte des Kapitalismus geerbt.

2. Die sozialistischen Länder hatten schwerere Anfangsbedingungen, z.B. Kriegsfolgen wie die Demontage von Produktionsanlagen oder deren weitgehende Zerstörung zu überwinden,
3. Die sozialistischen Länder standen immer in scharfer Systemkonkurrenz. Diese bindet Mittel für unproduktive Bereiche, z.B. die Rüstung und erschwert den sozialistischen Ländern den Zugang zu Ressourcen, die umweltfreundlicher nutzbar sind als.
4. Das kollektive (gesellschaftliche) Eigentum hat noch nicht zu einem verantwortungsbewußten Eigentümerbewußtsein geführt. Das unterentwickelte oder fehlentwickelte Eigentümerbewußtsein in den sozialistischen Ländern führt zu Verschwendung oder Fehlnutzung von Ressourcen.

4. Theoretische Defizite

Der grundlegende Stellenwert der "ökologischen Frage" als Frage nach der Art und Weise des Stoffwechsels, als Frage nach den Reproduktionstypen und ihren Merkmalen, als Frage nach der bisherigen und zukünftigen Produktionsweise in Abgrenzung zur kapitalistischen, wird durch die genannten Argumentationslinien nicht adäquat erfaßt, weil sie nicht auf die formationspezifischen, in der warenproduzierenden industriellen Produktionsweise, die auch in den Ländern des "real existierenden Sozialismus" weiterbestand¹⁸, begründeten Problemzusammenhänge der Umweltfrage eingingen und die mit diesem Reproduktionstyp verbundenen Merkmale nicht ausreichend reflektierten und vor allem nicht auf die eigene "sozialistische" Gesellschaft bezogen. Die betriebszentrierte, wenn auch staatlich beeinflusste Warenproduktion und der Zwang zur Reproduktion über den Markt (Integration von Produktion und Konsumtion in marktförmige Strukturen) als Kennzeichen der kapitalistischen Produktionsweise und letztlich als Reproduktionsmodus wurden nicht infrage gestellt.

Empirisch kann dies z.B. an der Programmatik der marxistisch orientierten Parteien dargestellt werden. In den industriell entwickelten Ländern wurden die Umweltprobleme bislang wohl bei keiner sozialistischen oder kommunistischen Partei zum Ausgangspunkt der politischen Programmatik geschweige denn der praktischen und theoretischen Arbeit¹⁹. Daher rührt der Widerspruch, daß die vorliegenden Programme bzw. Veröffentlichungen zwar in der Regel auf den Umbau des Gefüges gesellschaftlicher Arbeit gerichtet sind, jedoch keine wissenschaftlich begründete Position vom Mensch-Natur-Verhältnis beinhalten. In der Regel wird die zunehmende Bedeutung ökologischer Probleme zwar betont. Ihre Lösung wird jedoch dann in der Regel mit traditionellen Forderungen wie der nach (oft nur nachträglicher) Verringerung der Emissionen, mehr Aufwand an gesellschaftlicher Arbeit für den Umweltschutz, schärferen Umweltschutzauflagen usw. angestrebt, die auch in Programmen nichtmarxistischer oder

-sozialistischer Parteien üblich sind. Dabei werden diese Forderungskataloge zudem oft nur an andere Forderungskataloge (etwa an Wirtschaftsprogramme) angehängt. Eine wechselseitige Durchdringung ökologischer und ökonomischer Sachverhalte oder Forderungen bleibt daher aus. Die Forderungen der marxistisch orientierten Parteien sind daher im wesentlichen verteilungspolitischer Natur, nicht jedoch Ergebnis einer ökologisch orientierten reproduktionstheoretischen Analyse, die unter Bedingungen des Weltmarktes nur global durchgeführt werden kann. Die Art und Weise der Produktion, d.h. der spezifische Charakter des Stoffwechselprozesses wird somit nicht erfaßt.

Auf der theoretischen Ebene wurden marxistisch orientierte Ansätze, die zu einer formationsspezifischen und kritischen Sicht der Umweltprobleme im Sozialismus hätten führen können, immer wieder abgebrochen, blieben unbeachtet oder wurden ideologisch bekämpft. Diese Erscheinung hat eine lange Tradition und geht bis in die 20er Jahre dieses Jahrhunderts zurück. Zu nennen sind die frühen Arbeiten von WITTFOGEL, die nach Wittfogels Abwendung von der KPD bzw. vom Bolschewismus in den dreißiger Jahren keine Verbreitung mehr fanden²⁰. Auch die Verurteilungen und Marginalisierungen reproduktionstheoretischer oder formationskritischer Ansätze, die u.U. eine frühere Aufarbeitung der Ursachen von Umweltproblemen im Sozialismus durch die marxistische Theorie zugelassen bzw. ermöglicht hätten, belegt diese Feststellung. Dazu gehören Ansätze wie der von G.W. Plechanow, N.Bucharin, Rosa Luxemburg oder der Austromarxisten wie Otto Bauer²¹, aber auch theoretische Ansätze aus den USA (insb. B.COMMONER) oder aus Frankreich (A.GORZ)²². Daher gibt es in der marxistischen theoretischen Diskussion kaum eine kritische Tradition des Nachdenkens über die Dimension der Naturgrundlage der Reproduktion der Gesellschaft in der kapitalistischen Produktionsweise, über ökologische Dimensionen des Reproduktionstyps "industrielle Warenproduktion" (einschließlich der ökologischen Dimension des Menschen) und davon ausgehend über ökologische Kriterien einer zukünftigen Produktionsweise. Zum anderen verhinderten die politischen Repressionen, die unter dem Begriff des Stalinismus bekannt wurden, eine offene Auseinandersetzung über Umweltprobleme und eine Rückbesinnung auf "verschüttete" Traditionen. Am Beispiel der DDR sind insbesondere die bekannten Vorgänge um die Personen und die Arbeiten Robert HAVEMANNs, Wolfgang HARICHS und Rudolf BAHROS²³ zu nennen. Hinzu kommt die Behinderung des Ausbaus vorwärtsweisender Ansätze z.B. der Forschungsgruppe um Hans ROOS und Günther STREIBEL (vgl. die bereits genannte Literatur). Für die CSSR gilt dies zur Zeit des "Prager Frühlings" in bezug auf die Arbeiten des Forschungskollektivs um Radovan RICHTA²⁴. Durch diese Ver- und Behinderungen kam ein theoretischer Neubeginn kaum in Gang. Es fehlte daher ein wichtiges Korrektiv politischer Entscheidungsprozesse.

Die Vertreter der westdeutschen marxistisch orientierten Theorie beschäftigten sich offenbar mehr mit der politischen Verteidigung der behinderten Personen in den sozialistischen Ländern oder aber aus Loyalitätsgründen mit der Verteidigung der Behinderung dieser Personen denn mit deren theoretischen Ansätzen. Eine Ausnahme bildeten die Arbeiten Bahros, die zunächst Eingang in die frühe Diskussion und Programmatik der GRÜNEN in der Bundesrepublik Anfang der 80er Jahre fanden²⁵. Eigene reproduktionstheoretische Ansätze blieben eine Ausnahme²⁶.

Diese Verarmung der marxistischen (Reproduktions)theorie hatte im wesentlichen vier Folgen für die Theorie selbst.

Zum einen geriet der "Markt" als Reproduktionsmodus aus dem Blickfeld der Theorie. BACHMANN faßte seinerzeit für den Zeitraum 1970-1980 die Diskussion in der DDR zum Thema "Ökologie und Sozialismus" zusammen²⁷. In Bachmanns in Westdeutschland weitgehend unbemerkt gebliebenem Aufsatz ist eine Fülle von Literatur angegeben, in der sich marxistisch orientierte Autoren mit der Rolle und der Lösung von Umweltproblemen im Sozialismus beschäftigten. Bachmanns Zusammenfassung der Diskussionsrichtungen und die Durchsicht eines Teils der von ihm angegebenen und weiterer Literatur bestätigt den Eindruck, daß der Markt als solcher kein Gegenstand der marxistischen Analyse von Beziehungen zwischen Ökologie und Ökonomie war. Dieser Eindruck gilt nicht nur für die 70er Jahre und nicht nur für die Diskussion in der DDR, sondern setzt sich bis heute fort und gilt auch für die Sowjetunion und die Bundesrepublik²⁸. So wurde die Marxsche Perspektive vom Sozialismus/Kommunismus als Epoche der ökonomischen Gesellschaftsformation, die ihrem Inhalt nach eine positive Aufhebung des Marktes, d.h. der Ware-Geld-Beziehungen, bedeutet²⁹, nicht (mehr) zum Ausgangspunkt theoretischer Überlegungen gemacht. Arbeiten zur Frage, wie sich eine moderne Gesellschaft ohne Ware-Geld-Beziehungen reproduzieren kann und als Teil dessen Arbeiten, die den Markt und die Aufhebung des Marktes in einen Zusammenhang mit ökologischen Problemen stellen, gibt es daher nur vereinzelt. Erst seit kurzer Zeit zeichnet sich (wieder) eine marktkritische Richtung innerhalb der marxistischen Theorie ab, welche explizit oder in besonderem Maße von ökologischen Problemen ausgeht³⁰.

Zum anderen wurde eine kritische Auseinandersetzung mit der zentralen Rolle der Bedürfnisse für die Entwicklung der gesellschaftlichen Arbeit bzw. der Produktionsweise insgesamt und damit ein Zugang zur Analyse des Zusammenhangs zwischen Bedürfnisentwicklung und Umweltnutzung weitgehend verhindert. Insbesondere die intensive ideologische Auseinandersetzung um die u.a. von westdeutschen Sozialdemokraten geprägten Begriffe "Lebensqualität", "Wegwerfgesellschaft", "Scheinbedürfnisse" o.ä. belegen diese These³¹. Auch hier gab es allerdings Ansätze, die jedoch - u.a. wegen des insgesamt geringen Stellenwert der Wissenschaftsdisziplin Soziologie in der DDR - keinen größeren Widerhall fanden³². Erst seit

kurzer Zeit geraten die Bedürfnisse als Gegenstand einer auch an Umweltproblemen orientierten Diskussion wieder ins Blickfeld marxistischer Theorie³³, wobei sinnigerweise eine deutliche Affinität zu den in den 70er Jahren bekämpften Konzepten der "Wegwerfgesellschaft" besteht.

Drittens führte die Entwicklung der Theorie zu einem Verständnis von Produktivkräften, "wonach eine Produktionstechnologie als solche formationsneutral sei und einer eigentlichen Veränderung auch unter sozialistischen Bedingungen nicht bedürfe. Üblicherweise wurde diese Vorstellung mit verschiedenen Marx-Zitaten 'untermauert', ohne sich allerdings der Mühe zu unterziehen, eine umfassende marxistische Theorie der Produktion und des Mensch-Natur-Verhältnisses zu entwickeln"³⁴. So ist es kein Wunder, daß bei Autoren formell-sozialistischer Länder technische Lösungen negativer Folgen der Produktivkraftentwicklung gegenüber fundierten sozialen Lösungen und dabei insbesondere gegenüber bedürfnisorientierten Ansätzen, die nach dem Warum der gesellschaftlichen Produktion und nach dem davon abhängigen bzw. dafür notwendigen Typus der Produktivkraftentwicklung fragen, deutlich im Vordergrund stehen. Dabei besteht eine deutliche Affinität zu der neoklassischen Konzeption der "externen Effekte". Hierfür steht insbesondere die Diskussionsrichtung um Harry NICK³⁵.

Bislang wurde zwar auch in diesen pragmatischen oder "technizistischen" Ansätzen bisweilen konstatiert, daß der vorherrschende Technik-Typ ein "kapitalistischer" ist. Dies war eine Auffassung, die in Anknüpfung an Marx in der im Kapitalismus entwickelten und angewandten Technik auch eine Widerspiegelung sozialer Verhältnisse bzw. Interessen sah. So wurde z.B. das Fließband als Produktionsmittel beschrieben, bei dem in spezifischer Weise der soziale Widerspruch zwischen dem Arbeitsprozeß (als zweckmäßige, konkrete Tätigkeit zur Herstellung von Gebrauchswerten) und Verwertungsprozeß (als abstrakte, auf die Verwertung von eingesetztem Kapital gerichtete Tätigkeit) sichtbar wurde, d.h. bei dessen Anwendung die Arbeitskraft zum Anhängsel einer auf die Bedürfnisse nach Kapitalverwertung (Steigerung der Verarbeitungskapazitäten) gerichteten Produktionstechnik wurde. In bezug auf Umweltprobleme, die mit dem kapitalistischen Technik-Typ entstanden, finden sich darüberhinaus Bemerkungen wie die von SCHWENK, daß infolge des Widerspruchs zwischen Arbeitsprozeß und Verwertungsprozeß sich besonders umweltbelastende Industriezweige "zu schnell" entwickelten³⁶. Laut PAUCKE und BAUER ist für den Kapitalismus ein technisches Produktivkräftesystem typisch, das wegen seiner ausschließlichen Profitorientierung durch prinzipielle Strukturängel, z.B. durch Linearität in der Naturstoffnutzung, gekennzeichnet ist³⁷.

So richtig die Feststellung der Linearität der Naturstoffnutzung ist, so unbegriffen bleibt damit allein die Formationslogik der Nutzung des produktiven Potentials in der kapitalistischen Produktionsweise. Zugrunde liegt dem Widerspruch zwischen dem Arbeits- und Verwertungsprozeß die Pri-

vatheit der Produzenten und der damit verbundene Zwang, sich über den Austausch von Waren zu reproduzieren. Die Produzenten können sich nur reproduzieren über den Verkauf ihrer Ware Arbeitskraft, die Produktionsmitteleigentümer als Käufer der Arbeitskraft wiederum können sich als solche nur reproduzieren, wenn sie ihre Waren untereinander austauschen und sich über den Austausch den durch die Lohnarbeiter produzierten Mehrwert aneignen, der dann wiederum z.T. der erweiterten Reproduktion dient. In der kapitalistischen Produktionsweise produzieren die Individuen für den Tausch auf ständig sich ausdehnenden Märkten. Aber der Tausch ist nicht der Grund der Produktionsweise, sondern nur die Folge der Privatheit der Produzenten bzw. Produktionsmitteleigentümer³⁸. In der Entkoppelung der Produktion und Reproduktion vom produktiven Potential im Prozeß der auf der Grundlage privatwirtschaftlicher Tätigkeit oder auf der Grundlage individueller Produktion (=Reproduktion) sich entwickelnden Marktintegration zeigen sich die formationspezifischen Folgen dieser Produktionsweise für die Umwelt. Merkmale sind der lineare Produktionszyklus Rohstoff-Industriebetrieb-Ware (Abprodukt)³⁹, die durch die Entkoppelung und den Warencharakter der Arbeitskraft hervorgerufene Entfremdung der Produzenten vom produktiven Potential ("ökologisches Analphabetentum") und die durch den Zwang zur Akkumulation, zur (betriebswirtschaftlich motivierten) Rationalisierung und folglich zur Spezialisierung hervorgerufene Tendenz zur Über-, Unter- oder Fehlnutzung des produktiven Potentials.

Das Privateigentum an Produktionsmitteln bzw. an der Arbeitskraft⁴⁰ ist dieser Produktionsweise zwar adäquat, sie ist ihr jedoch nur äußerlich. Das Privateigentum kann sich als individuelles Eigentum, als genossenschaftliches Eigentum, aber auch als Staatseigentum, wie es in den "sozialistischen" Ländern vorherrscht(e), zeigen. Auch unter den Formen des Staatseigentums bleibt die Warenproduktion und bleibt der Warencharakter der Arbeitskraft (und der Naturressourcen) bestehen. Auch hier geht die Entkoppelung weiter. Die Art der Reproduktion ändert sich durch diese Veränderung der Eigentumsformen grundsätzlich noch nicht⁴¹.

Um die Formationslogik bei der Nutzung des produktiven Potentials in der kapitalistischen Produktionsweise zu begreifen, muß daher nicht nur das Privateigentum als solches, sondern auch die Warenproduktion als Bedingung für die Existenz des Privateigentums bzw. der Produktion durch "voneinander unabhängige Privatarbeiten" (Marx) infrage gestellt werden. Erst dann gerät als Perspektive einer neuen Produktionsweise die Überwindung der Warenproduktion und des Marktsystems in das Blickfeld. Und erst dann werden die Phänomene der Entkoppelung, Nivellierung usw. als systemimmanenter Prozeß sichtbar. Werden nur das Privateigentum und die Technik als solche, nicht aber die Warenproduktion und das Marktsystem auf ihre Folgen für das produktive Potential untersucht, kann als "alternative" gesellschaftliche Entwicklungsstrategie allenfalls die des "qualitativen Wachstums", der "ökologischen Marktwirtschaft", des

"ökologischen Umbaus" o.ä. herauskommen. Diese Strategien sind aber keine wirklich alternativen, weil sie den Reproduktionsmodus der Gesellschaft, d.h. die industrielle Warenproduktion und die Marktintegration von Individuen und Naturraumpotential selbst nicht infragestellen und damit den negativen Folgen im Prozeß der Entkoppelung und Nivellierung nicht (bewußt) entgegensteuern.

Viertens blieben das theoretische Verständnis und die Bewertung der Produktivität gesellschaftlicher Arbeit im wesentlichen auf die einzelbetriebliche Produktivität beschränkt. Diese spiegelt jedoch Umweltprobleme nur wieder, wenn diese zu Aufwendungen (und damit möglicherweise zu einzelbetrieblichen Ertragseinbußen) führen. Umweltprobleme liegen außerhalb der Ökonomie des Einzelkapitals. Sie liegen auch außerhalb der Ökonomie der einzelnen Betriebe in den formell-sozialistischen Ländern⁴², was jedoch nicht weiter verwunderlich ist, weil diese Betriebe den gleichen ökonomischen Gesetzmäßigkeiten ("Wertgesetz") unterliegen wie die in kapitalistischen Ländern. Die bürgerlichen Ansätze wie der Sozialkosten-Ansatz oder neuerdings der Defensivkosten-Ansatz haben eher und tiefschürfender ökologische Probleme in die ökonomische Theorie aufgenommen als die marxistische. Diese Ansätze könnten möglicherweise zu einem Ausgangspunkt für die (Wieder-)Belebung der marxistischen Theorie hinsichtlich des genannten Aspektes werden. Es ist außerordentlich bezeichnend, daß es eine fundierte marxistische Hinterfragung des Sozialkostenansatzes und des Konzepts der "externen Effekte" offenbar bis heute nicht gibt.

5. Schlußfolgerungen

Es gilt, sich von der Vorstellung zu verabschieden, es habe in der Welt bisher "Sozialismus" gegeben. Angst vor dem Vorwurf der Selbstverleugnung und des Hinwegstehens aus der Verantwortung ist zwar verständlich. Ausgehend vom Charakter des Stoffwechselprozesses scheint aber kein anderes Urteil möglich. Nach Maßgabe der bisher entwickelten Kriterien befindet sich der Sozialismus bisher - wenn überhaupt - nur in einem formellen, nicht aber bereits realen Stadium seiner Produktionsweise. Eine auf überregionale Märkte bzw. den Weltmarkt orientierte Warenproduktion, der Warencharakter der Arbeitskraft zum Zweck der Mehrwertproduktion, die Trennung der Produzenten von ihren Produktionsmitteln, der Zwang zur Reproduktion über den Markt und die betriebszentrierte Produktionsweise sind oder waren auch in den formell-sozialistischen Ländern Kennzeichen bzw. Formen der gesellschaftlichen Arbeit.

Die in der Vergangenheit zum Dogma erhobene These, die Überlegenheit des sozialistischen Gesellschaftssystems gegenüber dem kapitalistischen habe ihre Grundlage in der Überwindung bzw. Vergesellschaftung des Pri-

vateigentums an Produktionsmitteln, insbesondere an Grund und Boden, erwies sich insofern als falsch, als die Produktionsmittel in den formell-sozialistischen Ländern nicht vergesellschaftet, sondern verstaatlicht worden sind (ergänzt durch genossenschaftliches, d.h. ebenfalls privates Eigentum). Die Trennung der Produzenten von ihren Produktionsmitteln wurde dadurch nur formell (in der "Person" des Staates bzw. der Genossenschaften) aufgehoben, faktisch wurde diese Trennung radikalisiert und die Entfremdung der Produzenten vom produktiven Potential verstärkt. Der Zwang zur Reproduktion der Individuen über den Markt in den formell-sozialistischen Ländern blieb bestehen⁴³. Der aktuelle Niedergang dieser Gesellschaften ist im übrigen daher nicht gleichbedeutend mit einem Scheitern des Sozialismus, sondern damit, daß dort dem Wertgesetz (als begrifflicher Ausdruck der kapitalistischen Produktionsweise) nicht Rechnung getragen wurde⁴⁴. Dies wird nun "nachgeholt".

Somit bleibt als Schlußfolgerung, wenn nach dem Charakter des Stoffwechselprozesses gefragt wird: Die vorherrschende Produktionsweise auf der Welt ist die kapitalistische, betriebszentrierte Warenproduktion⁴⁵. Eingeschlossen ist in diese Feststellung, daß es dabei unterschiedliche Produktionsverhältnisse in Ländern gibt, für die unterschiedliche Bezeichnungen denselben Sachverhalt beinhalten. Es bleibt sich gleich, ob diese Länder als realsozialistische, nachkapitalistische, protosozialistische, nichtkapitalistische, feudal-sozialistische o.ä. bezeichnet werden. Es handelt sich bei diesen Gesellschaften nach dem Kriterium des Stoffwechselcharakters um Formen innerhalb der kapitalistischen Epoche der ökonomischen Gesellschaftsformation. Kennzeichnende Merkmale sind die Vergesellschaftung der Individuen über den Markt, die betriebszentrierte Warenproduktion, der lineare Produktionszyklus, der Warencharakter der Arbeitskraft und die privaten Eigentumsverhältnisse (Staat, Genossenschaften), d.h. die Trennung der Produzenten von ihren Produktionsmitteln. Daneben existieren in manchen Regionen der Welt Reste vorkapitalistischer Produktionsweisen.

Kapitalismuskritik unter Berücksichtigung oder besser Zugrundelegung ökologischer Aspekte heißt also Kritik des im wesentlichen gleichen Reproduktionsmodus', den der Kapitalismus und der "real existierende Sozialismus" repräsentieren. Jenseits dieses Reproduktionsmodus' erschließt sich erst ein Begriff dessen, was eine alternative Produktionsweise sein könnte. Es scheint eine gute Zeit für Utopien in Richtung eines alternativen, nicht warenförmigen Reproduktionsmodus.

1 PETERS, Klaus: Marxismus als Theorie der Befreiung. In: Zeitschrift Marxistische Erneuerung, 2/1990, S.35

2 ebenda, S.39

3 hier entdeckt Peters, daß Marx "bekanntlich" den Kapitalismus nicht durch den Markt, sondern durch die "auf diesem Markt erhältliche Ware, die menschliche Arbeitskraft" definiert habe.

- 4 WOLF, Frieder O.: Grüne Politik und gesellschaftliche Emanzipation. In: Zeitschrift Marxistische Erneuerung, 2/1990, S.51
- 5 Rundtischgespräch: Modernes Sozialismusverständnis. In: Zeitschrift Marxistische Erneuerung, 2/1990, S.137f.
- 6 ebenda, S.144
- 7 ebenda, S.147
- 8 Vgl. DEPPE, Frank: Der Verfall der US-amerikanischen Hegemonie. In: Z, Nr.4/1990, S.18ff. oder der systemneutrale Entwurf einer "ökologisch-solidarischen Weltwirtschaftsordnung" der GRÜNEN, ebd., s.85ff. mit den Prämissen "Neue Ethik", "Selbstbeschränkung", "gelenkter Wettbewerb", "Souveränitätsdelegation", "Gewaltlosigkeit", "Solidarische Zusammenarbeit". Ausnehmen möchte ich die Beiträge von Friedrich TOMBERG und Manfred GRIEGER, die allerdings kaum auf ökologische Probleme eingehen.
- 9 Vgl. SIEFERLE, Rolf-Peter: Perspektiven einer historischen Umweltforschung. In: SIEFERLE, Rolf-Peter (Hg.): Fortschritte der Naturzerstörung, Frankfurt a.M. 1988, S.346ff.
- 10 Vgl. zu dem Begriff "produktives Potential" TJADEN, Karl-Hermann: Mensch-Gesellschaftsformation-Biosphäre. Über die gesellschaftliche Dialektik des Verhältnisses von Mensch und Natur, Marburg 1990, S.40f.
- 11 HAASE, G.: Ziele und Aufgaben der geographischen Landschaftsforschung in der DDR. In: Geographische Berichte, Jg.22, Heft 1/1977, S.14
- 12 Unter dem Begriff "Ökonomische Gesellschaftsformation" wird im umfassenden Sinne die Geschichte der "Produktion im Allgemeinen" (vgl. MARX, Karl: Grundrisse..., S.7) als progressive Entwicklung der Verhältnisse Mensch-Mensch und Mensch-Natur gefaßt. Dieser Begriff "ökonomische Gesellschaftsformation" umfaßt also die Menschheitsgeschichte als Ganzes. Und progressiv ist die Entwicklung, weil sich für die Menschen schrittweise die Möglichkeiten der Einsicht in natürliche und soziale Zusammenhänge erweitern.
- Im engeren Sinne werden unter "Gesellschaftsformation" dagegen einzelne Epochen der Menschheitsgeschichte verstanden.
- 13 hier im engeren Sinne gemeint.
- 14 vgl. PIORE, Michael J./ SABEL, Charles F.: Das Ende der Massenproduktion. Studie über die Requalifizierung der Arbeit und die Rückkehr der Arbeit in die Gesellschaft, Frankfurt a.M. 1989, S.160ff.
- 15 vgl. BEHRENS, Hermann: Marktwirtschaft und Umwelt. Zur Formationslogik von Umweltproblemen - Beispiel Landwirtschaft, Dissertation, Berlin 1991
- 16 Vgl. dazu ausführlich EUCKEN, Walter: Grundsätze der Wirtschaftspolitik, 6.Auflage, Tübingen 1964 und den Beitrag von K.-H. Tjaden in diesem Heft.
- 17 Vgl. z.B. die Nachweise in WÜRTH, Gerhard: Umweltschutz und Umweltzerstörung in der DDR, Frankfurt a.M.- Bern- New York 1985; PECHAN, Berthold: Die Bewertung der Natur im ökonomischen System der DDR, Dissertation. In: Landschaftsentwicklung und Umweltforschung, Schriftenreihe des Fachbereichs Landschaftsentwicklung der TU Berlin, Nr.51, Berlin (West) 1987; HÜBLER, Karl-Hermann: Stand der DDR-Umweltpolitik und mögliche Auswirkungen auf Berlin-West. Ergebnisse eines Colloquiums, Berlin (West) 1987; BETHKENHAGEN, J./ HOPP, R./ MELZER, M./ SCHWARTAU, C./ CORNELSON, D.: SO₂- und NO_x- Emissionen in der DDR 1982, DIW-Beiträge zur Strukturpolitik, Heft 102, Berlin (West) 1988; HELMBOLD, Martin: Zahlen und Fakten zur Umweltpolitik der DDR, Berlin (DDR) 1988; ohne Autorenangabe: Beschluß zur Information über die Ergebnisse der 10. Sitzung des Runden Tisches zu ökologischen Fragen sowie über die Bildung des Grünen Tisches der DDR und Vorschläge zur Erarbeitung des langfristigen Umweltprogramms, Beschluß des Ministerrates der DDR 13/5/90 vom Februar 1990, Berlin (DDR); ohne Autorenangabe: Information zur Entwicklung der Umweltbedingungen in der DDR und weitere Maßnahmen, Material für Beratung am Runden Tisch, Berlin (DDR), Januar 1990

- 18 Diesen Sachverhalt beschrieb ausführlich von einem marxistischen Standpunkt aus BETTELHEIM, Charles: Ökonomischer Kalkül und Eigentumsformen. Zur Theorie der Übergangsgesellschaft, Berlin (West) 1970
- 19 Vgl. WIRTSCHAFTSPOLITISCHE ALTERNATIVSTRATEGIEN IN WESTEUROPA, Positionen der kommunistischen Parteien des kapitalistischen Europas - eine Synopse, hrsg. vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen, Frankfurt a.M. 1989; ferner: 1917-1987. Materialien des Treffens von Parteien und Bewegungen am 4. und 5. November 1987 in Moskau, hrsg. vom Parteivorstand der SEW, Berlin (West) 1988; vgl. auch ALBERS, Detlev: Sozialismus im Westen. Erste Annäherungen: Marxismus und Sozialdemokratie, Berlin (West) - Hamburg 1987; Vgl. auch die aktuellen Überlegungen in FORSCHUNGSPROJEKT SOZIALISMUSTHEORIE an der Humboldt-Universität zu Berlin (LAND, R./ BRIE, M./ PETSCH, H./ SEGERT, D.): Überlegungen zu Problemen und Perspektiven des gesellschaftlichen und sozialen Wandels des Sozialismus und der Weiterentwicklung gesellschaftsstrategischer Konzeptionen in der DDR und anderen sozialistischen Staaten des RGW, Manuskript, Berlin (DDR) 1989; ferner: HUFFSCHMIDT, Jörg/ JUNG, Heinz: Reformalternative. Ein marxistisches Plädoyer, Arbeitsmaterialien des IMSF 28, Frankfurt a.M. 1988; KLEIN, Dieter: Chancen für einen friedensfähigen Kapitalismus. Lehrhefte Politische Ökonomie, Berlin 1988; Dokumentation des Wahlparteitages der PDS, Berlin (DDR) 1990, S.67ff. und 88ff.; BRIE, Andre: Sozialistische Politik gibt es auf dieser Erde viel zu wenig. In: Neues Deutschland, 13.7.1990, S.10f.
- 20 Ende der zwanziger Jahre wurde Wittfogel in der marxistischen Literatur nicht nur durch seine bereits zitierten Werke zu Wirtschaft und Gesellschaft Chinas oder zum Stellenwert der Natur in der ökonomischen Theorie von Karl Marx bekannt. Eine große Zahl von Buchbesprechungen weisen auf Wittfogels Literaturarbeit im Zusammenhang mit diesen Werken hin. So finden sich z.B. in der Zeitschrift der KPD "Die Internationale" zahlreiche Buchbesprechungen Wittfogels (z.T. unter dem Pseudonym Asiaticus) im Zusammenhang mit seiner Arbeit "Wirtschaft und Gesellschaft Chinas". Vgl. ZENTRALKOMITEE DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Hg.): Die Internationale. Zeitschrift für Praxis und Theorie des Marxismus. Begründet von Rosa Luxemburg und Franz Mehring, Berlin (insbesondere die Jahrgänge 1928-1932).
- 21 Literaturhinweise hierzu enthält die Arbeit von TJADEN, Karl-Hermann: Notizen zur Reproduktionstheorie. FPN Arbeitsforschung + Raumentwicklung, FPN:NEP 02, Kassel 1987, S.23ff.
- 22 Vgl. u.a. GORZ, Andre: Ökologie und Politik. Beiträge zur Wachstumskrise, Reinbek bei Hamburg 1977; GORZ, Andre: Wege ins Paradies. Thesen zur Krise, Automation und Zukunft der Arbeit, Berlin (West) 1983; GORZ, Andre: Kritik der ökonomischen Vernunft. Sinnfragen am Ende der Arbeitsgesellschaft, 2. Auflage, Berlin (West) 1989; COMMONER, Barry: Wachstumswahn und Umweltkrise, München, Gütersloh, Wien 1973
- 23 BAHRO und HARICH wurden zum Verlassen der DDR gedrängt bzw. ausgebürgert (Bahro). Bahro war bereits vor der "Wende" in die DDR zurückgekehrt. Die wichtigsten Arbeiten der Autoren, die sich insbesondere auch mit der Bedürfnisentwicklung in Kapitalismus und Sozialismus und dem Verhältnis Industrieländer-Dritte Welt auseinandersetzen, sind: HAVEMANN, Robert: Morgen. Die Industriegesellschaft am Scheideweg. Kritik und reale Utopie, München 1980, insb. S.45ff.; HARICH, Wolfgang: Kommunismus ohne Wachstum? Babeuf und der Club of Rome, Reinbek bei Hamburg 1975; BAHRO, Rudolf: Sozialistische Alternative und Ökologie. In: Materialien zur 1. Sozialistischen Konferenz, 1.-4.4.1980, Kassel (Reader zur Konferenz), S.38-60
- 24 Vgl. hierzu: RICHTA, Radovan (Hg.): Richta-Report. Politische Ökonomie des 20. Jahrhunderts. Die Auswirkungen der technisch-wissenschaftlichen Revolution auf die Produktionsverhältnisse. marxismus-bibliothek, text 10, Prag/ Frankfurt a.M. 1968/1971
- 25 Vgl. die Selbsteinschätzung Bahros in dessen letztem größeren Werk BAHRO, Rudolf: Die Logik der Rettung. Wer kann die Apokalypse aufhalten? Ein Versuch über die Grundlagen ökologischer Politik, Stuttgart/Wien 1987
- 26 Hier sind neben den bereits genannten Arbeiten von TJADEN z.B. die Werke von MEHTE, Wolfgang: Ökologie und Marxismus. Ein Neuanfang zur Rekonstruktion der politischen Ökonomie unter ökologischen Krisenbedingungen, SOAK-Forschungsberichte, Hannover 1981; IMMLER, Hans: Die Notwendigkeit von Stoff- und

- Energiebilanzen. In: *Das Argument* 93, Berlin (West) 1975, S.822-835 und - allerdings weniger unter reproduktionstheoretischen Gesichtspunkten - GÄRTNER, Edgar: Arbeiterklasse und Ökologie, Frankfurt a.M. 1979 zu nennen. IMMLER versucht auch mit seiner zweibändigen Arbeit "Natur in der ökonomischen Theorie" reproduktionstheoretische Kriterien zu erarbeiten, wengleich er dabei marxistische Positionen, insbesondere die Arbeitstheorie, aufgegeben hat.
- 27 Vgl. BACHMANN, Günther: Ökologie und Sozialismus. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 26Jg., Heft 1/1981, S.73-91.
- 28 Vgl. hierzu die Literaturangaben in BEHRENS, Hermann: *Marktwirtschaft und Umwelt. Zur Formationslogik von Umweltproblemen - Beispiel Landwirtschaft*, Berlin 1991, Kap.15
- 29 Vgl. allein die Literaturangaben zum Stichwort "Warenproduktion" in SANDKÜHLER, Hans-Jörg (Hg.): *Sachregister zu den Werken Karl Marx/ Friedrich Engels*, Köln 1983, S.887; vgl. auch BETTELHEIM, Charles: *Ökonomischer Kalkül...*, a.a.O.
- 30 Vgl. u.a. die Arbeiten von Andre GORZ, Elmar ALTVATER, Dirk IPSEN, Dieter GROH und Frank BARTELLE (Literaturangaben in BEHRENS, Hermann: *Marktwirtschaft...*, a.a.O.). Zu diesen Arbeiten ist indirekt auch die von CASTRO, Fidel: *...wenn wir überleben wollen*, Dortmund 1984 zu rechnen. Zu "Außensternern" gehören auch HARICH und BAHRO. Hinzugerechnet werden können auch Hassenpflug, Dieter, Umweltzerstörung und Sozialkosten, Berlin (West) 1974 sowie GIVSAN, Hassan: *Daß die Natur Wert bilde - Würdigung einer Entdeckung*. In: IMMLER, Hans/ SCHMIED-KOWARZIK, Wolf Dietrich: *Natur und Marxistische Werttheorie*, Kassel 1986; Hassenpflug und Givsan gehören zu den Ausnahmen, die das Umweltproblem auf einer arbeitswert- und warentheoretischen Grundlage analysierten.
- 31 Vgl. als typisches Beispiel für die Form der Auseinandersetzung GROSSE, Hermann/ PUSCHMANN, Manfred: *"Qualität des Lebens". Ausweg oder Irreführung?*, Berlin (DDR) 1974.
- 32 Vgl. z.B. als zwei dieser Ansätze MEHNERT, Armin: *Bedürfnisse-Manipulierung-individuelle Konsumtion in der BRD*, Frankfurt a.M. 1973; Mehnert beschäftigt sich allerdings nur mit der Bedürfnisentwicklung und -befriedigung in der BRD. Eine entsprechende Auseinandersetzung mit der Bedürfnisfrage in der DDR fehlt in dem genannten Werk.
- 33 HARICH räumte den Bedürfnissen für die zukünftige Umweltnutzung eine zentrale Bedeutung ein. Die Frage der Bedürfnisse wird erst seit kurzer Zeit wieder in der marxistischen Theorie thematisiert; vgl. z.B. PAUCKE, Horst: *Bedürfnisbefriedigung und Umweltnutzung*. In: *Wissenschaft und Fortschritt*, Jg.39 (1989), Heft 10, S.259ff. Vgl. ferner SCHWARZ, Winfried: *Die große Vergeudung. Ist die Marktwirtschaft noch zu retten?* Köln 1987
- 34 HEINE, Michael/ SCHIKORA, Andreas: *Anmerkungen zur Notwendigkeit einer materialistischen Reproduktionstheorie. Positionspapier zur Arbeitstagung an der Humboldt-Universität Berlin*, 9.3.1990 (Manuskript), S.14f.
- 35 Vgl. hierzu zahlreiche Aufsätze in der Zeitschrift "Wirtschaftswissenschaft"
- 36 Vgl. SCHWENK, Herbert: *Die Erde ist unser aller Haus...*, S.130-136
- 37 PAUCKE, Horst/BAUER, Adolf: *Umweltprobleme. Herausforderung der Menschheit*, Frankfurt a.M. 1980, S.44
- 38 Vgl. hierzu GIVSAN, Hassan: *Daß die Natur Wert bilde...*, S.227ff.
- 39 Weitgehend unbeachtet blieben in der marxistischen Theorie solch wichtige Arbeiten wie die des Engländers A.C.SUTTON, der die technologische Abhängigkeit der Sowjetunion vom Weltmarkt zwischen 1917 und 1965 in einer umfangreichen Studie belegte. Diese Studie enthält eine Vielzahl von Belegen, daß der "kapitalistische" Techniktyp und der "kapitalistische" Produktionszyklus weltweit vorherrschend ist. Vgl. die ausführliche Besprechung von Suttons Arbeit durch Wilfried SPOHN: *Die technologische Abhängigkeit der Sowjetunion vom Weltmarkt. Bericht und Kommentar zu einer empirischen Studie von A.C.Sutton*. In: PROKLA 19/20/21. *Zeitschrift für politische Ökonomie und sozialistische Politik*, 5Jg., Berlin (West) 1975, S.225-260. Das Original

- heißt: SUTTON, A.C.: *Western Technology and Soviet Economic Development 1917-65*, 3 Bände, Stanford 1968, 1971, 1973
- 40 Diese Freiheit der Produzenten, ihre Arbeitskraft an wen und wo auch immer verkaufen zu können, war im Feudalismus nicht gegeben.
- 41 Vgl. hierzu ausführlich BETTELHEIM, Charles: *Ökonomischer Kalkül...*, a.a.O.
- 42 Auf diese Erscheinung wiesen verschiedene bürgerliche Autoren in der Vergangenheit immer wieder hin, wobei sie den Begriff "Produktivität" in der Regel mit "Wachstum" gleichsetzten und damit das spezifische Problem des Produktivitätsbegriffes, das in der Divergenz von einzelbetrieblicher und gesellschaftlicher Produktivität liegt, nicht sahen. Vgl. z.B. die Arbeiten von IMMLER, Hans: *Natur in der ökonomischen Theorie*, Opladen 1985 und PECHAN, Berthold: *Die Bewertung der Natur im ökonomischen System der DDR (Diss.)*. In: *Landschaftsentwicklung und Umweltforschung*, Schriftenreihe des Fachbereichs Landschaftsentwicklung der TU Berlin, Nr.51, Berlin (West) 1987
- 43 Vgl. neben BETTELHEIM auch RUBEN, Peter: *Ende des rohen Kommunismus. Perspektiven eines modernen Sozialismus*. In: *Sozialismus*, Heft 3/1990, S.19ff.; auch Ruben kann sich als sozialistische Perspektive nur das sozialistische Unternehmertum, die sozialistische Marktwirtschaft vorstellen. Eine Infragestellung des Marktes kommt ihm nicht in den Sinn, im Gegenteil: "Die menschliche Gesellschaft überhaupt hat ihre sinnliche Existenz im Weltmarkt" (ebenda, S.20).
- 44 Vgl. ebenda
- 45 Leider habe ich die in dieser Hinsicht interessanten Arbeiten des US-Amerikaners Immanuel WALLERSTEIN und die Diskussion in der Bundesrepublik über diese Arbeiten erst zu spät "entdeckt", so daß sie hier nicht mehr berücksichtigt werden können. Wallerstein vertritt die These einer einheitlichen kapitalistischen Weltwirtschaft, in der es ebensowenig sozialistische Systeme gibt oder gab wie es Feudalsysteme gibt. Sozialismus bedeutet laut Wallerstein die Durchsetzung eines völlig neuartigen Weltsystems, somit eines neuartigen, alternativen Reproduktionsmodus'. Vgl. u.a.: WALLERSTEIN, Immanuel: *Aufstieg und Niedergang des kapitalistischen Weltsystems. Zur Grundlegung vergleichender Analyse*. In: *Kapitalistische Weltökonomie. Kontroversen über ihren Ursprung und ihre Entwicklungsdynamik*. Herausgegeben von Dieter SENGHAAS, Frankfurt/M. 1979; WALLERSTEIN, Immanuel: *Der historische Kapitalismus*, Berlin (West) 1984; WALLERSTEIN, Immanuel: *Das moderne Weltssystem - Die Anfänge kapitalistischer Landwirtschaft und die europäische Weltökonomie im 16. Jahrhundert*, Frankfurt/M. 1986; WALLERSTEIN, Immanuel: *Marx, Marxismus-Leninismus und sozialistische Erfahrungen im modernen Weltssystem*. In: PROKLA, 20.Jg., Heft 1/1990, Nr.78, S.126-137; Zur Kritik an Wallerstein vgl. u.a.: HAUCK, Gerhard: *Zur Diskussion um Wallersteins Weltssystem-Perspektive*. In: *Das Argument*, Nr.151, Berlin (West) 1985, S.343-354; ALTVATER, Elmar: *Die Klüglichkeit der Weltmarkttheorien*. In: PROKLA 59, Berlin (West), Juni 1985, S.122-130; BUSCH, Klaus: *Mythen über den Weltmarkt-Eine Kritik der theoretischen Grundlagen der Weltssystemtheorie Immanuel Wallersteins*. In: PROKLA 59, Berlin (West), Juni 1985, S.101-121; GRIEGER, Manfred: *Die Rückkehr des Unveränderten? Die Auflösung der sozialistischen Ländergemeinschaft in weltssystemtheoretischer Sicht*. In: "Z", Nr.4, Frankfurt/M., Dezember 1990, S.124-134

Manfred Kossok

Klio - die Muse mit dem Januskopf

Zur Geschichtswissenschaft in der früheren DDR

Zeiten der gesellschaftlichen Krise und des Umbruchs sind stets auch Krisenzeiten des historischen Bewußtseins. Wertsysteme und Legitimationsansprüche stürzen. Nur zögernd füllt sich das entstandene Bewußtseins- und Identitätsvakuum. Eine Krise des historischen Bewußtseins, wie sie für die ehemalige DDR spätestens durch die Oktober- und Novemberereignisse 1989 offen aufgebrochen ist, rührt nolens volens an die Existenz des Historikers, der sie im größeren oder geringerem Maße mit zu verantworten hat. Seine Wissenschaft steht auf dem Prüfstand. Schon Karl Marx merkte an, daß gerade Historiker dazu neigen, die jeweilige "Illusion der Epoche" zu teilen und so zu Trägern von Ideologie im Sinne falschen Bewußtseins zu werden. "Teilt" der Historiker nur diese Illusion oder baut er nicht daran kräftig mit? Nun läßt sich die Frage, ob die Menschen jeweils nach dem handeln, was sie sind oder was sie glauben zu sein, nicht nur auf den Historiker (oder Philosophen) beschränken. Die Gesamtheit der Geistes- und Sozialwissenschaft ist zur Disposition gestellt. Wenn jedoch gerade an den Historiker die Elle schärfer angelegt wird, dann nicht zuletzt wegen des selbst postulierten Anspruches, um das Wesen der Dinge, ihres Werdens und Vergehens besser zu wissen, womöglich gar über die von den Politikern so eifrig herbeizitierten "Lehren der Geschichte" Wege in die Zukunft zu ebnen. Inzwischen nimmt die Welle "historischer Stunden" kein Ende. Künftige Generationen werden es gewiß gelassener nehmen. Nur gut, daß auch dem Atem der Geschichte gelegentlich die Luft ausgeht.

Geschichte als Wissenschaft zu verstehen, heißt nicht nur zu wissen, "wie es eigentlich gewesen" (Leopold von Ranke), obwohl solche Kenntnis die Grundlage alles Nachdenkens über Geschichte ausmacht, sondern mit dem Wissen über das Woher die Frage des Wofür und des Wohin zu stellen. Über Elend und Krise der Geschichtsschreibung nachzudenken, ist folglich weniger der Geschichte als eher ihren Schreibern geschuldet. Wie für Umbruchzeiten unvermeidlich, sind jetzt Bilderstürmerei und Ostrakismus angesagt. Aufbrandende Emotionen drängen rationale Überlegung in die Defensive. An die Stelle von absolut gewordenen oder schon abgeschafften Selbstgerechtigkeiten treten nicht selten neue, kaum weniger absolute. Alte und neue Arroganz der Macht liegen dichter beieinander als man zuzugeben bereit ist. Das aus der Herbstrevolution dominierende Schlüsselwort "Dialog" ist längst aus dem politischen Wortschatz verbannt. Wer spricht noch von der "Koalition der Vernunft"? Abrechnung ist angesagt. Vielen Journalisten ist anzumerken, daß sie schneller schreiben als sie denken.

Kritisches "Nachdenken über Deutschland" reduziert sich auf das Freizeitvergnügen einer Gruppe intellektueller Querulanten, die sich offensichtlich als unbelehrbar erweisen. Der für das deutsche Ambiente kennzeichnende Verlust der geistigen Mitte zeitigt schwerwiegende Folgen. Das hat im konkreten Falle nicht zuletzt mit dem Schicksal einer Revolution zu tun, deren basisdemokratische Potenzen über die national-restaurative Wende - "die Wende in der Wende" - allzurash neutralisiert und marginalisiert wurden.

Die Wahlen vom 2. Dezember 1990 haben entgegengesetzte Erwartungen gründlich widerlegt. Das harte Wort von der "gekauften Revolution" oder der "gestohlenen" macht die Runde; die allzudeutsche Anbetung der Macht scheint, ungeachtet neuer Formen, unausrottbar zu bleiben. Vordenker und Akteure des Herbstes, einschließlich oppositioneller Literaten, trauern um die verlorenen Chancen für eine demokratisch-sozialistische Erneuerung und Alternative. Müssen sie ein anderes Volk wählen, das ihrem Erziehungsanspruch williger folgt? Rascher als je vermutet sind die "heroischen Illusionen" der Oktober- und Novembertage von der profanen Alltagsrealität überholt worden. Wird die Kette der gescheiterten, deformierten, oktroyierten Revolutionen, an der es der deutschen Geschichte wahrlich nicht mangelt, um ein weiteres Glied ergänzt? Bleibt es bei dem für die deutsche Geschichte so charakteristischen Defizit an Toleranz und an selbstbestimmter, vor allem selbsterrungener, nicht von Siegermächten verordneter Demokratie? Schon gibt es neue "Sieger der Geschichte" (auch im raschen Urteil über Leistungen und Fehlleistungen der Geschichtswissenschaft der DDR), kaum daß die alten vom Podest stürzten: Amnesie erleichtert die geistige Wende; dieser Virus macht um Historiker keinen Bogen. Die aufkommenden Erwartungen, daß die Aufarbeitung der Geschichte und der Geschichtswissenschaft, die sich trotz des inquisitorischen Beigeschmacks anläßlich der Bochumer Debatte im September 1990 eingestellt hatten, Früchte trage, sind durch die extrem undifferenzierten "Abwicklungen" - eine Prämie dem Ministerialbürokraten, der diesen Begriff erfand! - in Wissenschaft und Kultur ad acta gelegt. Warum nicht ehrlicher gleich geistige "Endlösung" im Stile der LTI, wo doch nur eine "Wissenschaftswüste" übernommen wird?

G gelegentliche Hoffnungen, bei der deutsch-deutschen Historikerbegegnung werde es weder Sieger noch Besiegte geben, blieben unerfüllt. Eine Debatte, bei der inzwischen die Sieger der Geschichte allein den Ton angeben, bis hin zu dem Versuch, dem Andersdenkenden mit dem wissenschaftlichen Rang zugleich die persönliche Würde abzusprechen, macht jeden Versuch einer sachlichen Entgegnung so gut wie sinnlos und wird als Selbstrechtfertigung abgetan. Offensichtlich soll die schaumgebremste Entnazifizierung nach 1945, die gerade auf dem Gebiet der Geschichte besonders schonend ablief, jetzt um eine um so radikalere Entsozialisierung ergänzt werden, um das Versäumnis auf Kosten der anderen nachzuholen. Angesichts der eingetretenen Situation im

Ergebnis der Abwicklungspolitik stellte der Berliner Historiker Kurt Pätzold die Frage: "Sich totstellen oder wehren"? Er hat noch eine dritte Wahlmöglichkeit vergessen: sich rasch anzupassen. Es ist schon beeindruckend, wie Historiker, die bis weit in die Wende die Funktion eines Parteisekretärs innehatten, in Kürze ihr Image als stiller Sozialdemokrat und Systemopfer aufbauen. Die Verlierer der Geschichte sind offensichtlich nur dann akzeptabel, wenn sie mit gesenktem Haupt die Anklagen kommentarlos und bestätigend zur Kenntnis nehmen. Ein bekannter Kirchenmann, der es inzwischen zum Ministerpräsidenten eines der neuen Länder gebracht hat, warnte an der Jahreswende 1989/90 vor einem illustren politischen Publikum davor, die ideologische Intoleranz des Staatssozialismus durch eine "Marxismusverfolgung" zu ersetzen. Wie schnell doch weise Worte der Vergessenheit anheimfallen.

Wenn eine bestimmte Art von Geschichtsschreibung all das mit zu verantworten hat, was von der Geschichte gewogen und für zu leicht befunden wurde, dann besteht für keinen Historiker Anlaß, sich selbstgerecht zurückzulehnen, weder für denjenigen, der aus der Distanz der geschenkten Freiheit ohnehin alles besser wußte und schon gar nicht für den, der, eingebunden in das System, nicht widersprochen hat, mochte auch manches "zwischen den Zeilen" gestanden oder sogar unmittelbar auf kritische Zurückhaltung gedeutet haben.

Geschichte erzählt oft von Helden, die Wissenschaft von der Geschichte und ihre Repräsentanten haben höchst selten heldische Züge. Was den Herrschenden der Historiker wert ist, hat Stefan Heym im König David Bericht zeitlos beschrieben. Daß sich die Methoden, historisches Denken zu domestizieren oder in ein Randdasein zu drängen, das den Mächtigen nicht den Schlaf raubt, verfeinert haben, sei durchaus eingestanden. Manurtschicksale sind außer Mode gekommen.

Seit Herodot, "dem Vater der Geschichtsschreibung", gehört Klio zu den wehrlosesten aller Musen. Vor Mißbrauch ist sie ebensowenig gefeit wie andere Sphären menschlichen Denkens und Tuns. Jede Form der Macht, gleich, ob autoritär oder demokratisch, liebt es, sich mit dem Hauch des Historischen zu umgeben. Wer kennt nicht die unzähligen "historischen" Begegnungen und Entscheidungen, von denen die meisten schon nach Tagen aus dem Alltagsbewußtsein geschwunden sind. Sich der Geschichte zu versichern, gehört zu den unheilbaren Krankheiten der meisten Berufspolitiker. Wieviele neu beschriebene Seiten im "Buch der Geschichte" erweisen sich als Makulatur, noch ehe die Tinte auf ihnen getrocknet ist? Vergangenes steht ex post jeglicher Vereinnahmung hilflos gegenüber. Nur die Fähigkeit des Menschen zu vergessen, bewahrt ihn, von solcher "Geschichte" erdrückt zu werden. Allerdings wird dem Historiker, der sich der Macht verschreibt, im Unterschied zum Mediziner, dem eine Operation mißlingt, nicht das Recht auf Kunstfehler zugestanden. Umgang mit Geschichte rührt an die Seele und Gefühle eines Volkes; werden hier

die Normen verletzt, sind die Folgen besonders schmerzhaft, weil die Reaktionen dann extrem heftig ausfallen. Die Trümmer stürzender Idole erschlagen nicht selten ihre geistigen Urheber. Wenn denn die Weltgeschichte das Weltgericht ist, dann muß der Historiker dieses Tribunal als das für ihn zuständige anerkennen.

Legitimation und Herrschaft

Wolfgang J. Mommsen, der Vorsitzende des Verbandes der Historiker Deutschlands, hat in einem frühen Artikel ("Hilfe statt Beckmesserei", FAZ vom 13.7.1990) zur "Lage der Geschichtswissenschaft in der DDR" den berechtigten Vorwurf erhoben, diese Geschichtswissenschaft sei eine "Herrschaftswissenschaft" gewesen, um "dem bestehenden Regime eine zusätzliche historische Legitimation zu verschaffen". Daß Wissenschaft Herrschaft legitimiert, ist gewiß nicht erst eine Erscheinung des gescheiterten Staatssozialismus. Viele Beispiele ließen sich vorweisen, seit es historisches Denken gibt (gleich, ob die Historie in religiöser oder säkularisierter Form für die Macht instrumentiert wurde). Belassen wir es bei dem Hinweis darauf, wie die "kleindeutschen" Historiker (Hauptbeispiel: Heinrich von Treitzschke), die Einigungspolitik Bismarcks enthusiastisch absegneten oder denken wir an die Debatte um den Verfassungsbürger - der jetzt wieder dem nationalen Staatsbürger zu weichen scheint - unter altbundesdeutschen Historikern. Und stand der jüngste "Historikerstreit" um die NS-Zeit bei einigen seiner Exponenten jedem Legitimationsgedanken fern? Geschichtswissenschaft scheint gegen das Oppenheimersyndrom am wenigsten gefeit zu sein. Also doch ein Plädoyer wider die notwendige "Abrechnung"? Mitnichten! Nichts könnte verhängnisvoller sein. Es geht vielmehr um die Koordinaten und Bedingungen einer "wirklichen Neuorientierung hinsichtlich der grundlegenden Zielsetzungen historischer Forschung und Lehre", wofür der genannte Autor bedenkenswerte Vorschläge unterbreitet. Ähnlich differenziert äußerten sich die Teilnehmer des II. deutsch-deutschen Wissenschaftsgesprächs in Konstanz (April 1990) zur Aufgabe einer "Hochschulreform als Wissenschaftsreform". Die Konstanzer Denkschrift "Geisteswissenschaften heute" (Mai 1990) formulierte noch die Hoffnung, daß "in der gegenwärtigen Krise die Chance des Anfangs einer beiderseitigen (!) Universitäts- und Wissenschaftsreform (Mittelstraß 1977) wahrgenommen werden kann - eine Chance, die verspielt wäre, wenn die Bildungsinstitutionen der DDR kurzerhand von den bestehenden Rahmenordnungen der Bundesrepublik Deutschland vereinnahmt würden" (S. 254 f.). Hat man die gegenwärtige Situation nach dem Dezemberwahlen in den neuen Bundesländern vor Augen, dann scheint alles um Jahre zurückzuliegen und längst vergessen. Legitimationsanspruch ist für die deutschen Geisteswissenschaften ein Problem sui generis. Die genannte Konstanzer Denkschrift hat dafür genügend Belege geliefert.

Marxistische Geschichtsschreibung?

"Marxistische Geschichtsschreibung?" So wenig der pauschalisierende Begriff "bürgerliche Geschichtsschreibung" angesichts der Pluralität historischen Denkens und Arbeitens angebracht ist (aber so recht in die gerade in Deutschland von beiderseitiger Selbstblockade geprägten Fronten- und Lagermentalität paßte), scheint auch der Abschied vom Begriff "marxistische Geschichtsschreibung" erforderlich, zumindest aber deren ungleich differenziertere Betrachtung. Im Grunde genommen erlaubte der Begriff "marxistische Geschichtsschreibung" eine doppelte Etikettierung: Für die eine Seite war es die bequemste Art, den Anspruch auf Wissenschaftlichkeit a priori in Frage zu stellen (westliche Autoren, die Originalwerke in russischer oder anderen osteuropäischen Sprachen zur Kenntnis nehmen, sind noch immer weiße Raben), andererseits verband sich bei vielen Marxisten des Ostens damit ein Selbstverständnis von Wissenschaftlichkeit, das keinen Raum für die kritische Befragung des eigenen politisch-gesellschaftlichen Umfeldes ließ.

Im Besitz der Wahrheit zu sein, entlastet von der Mühe, sich stets von neuem auf die Suche nach ihr zu begeben. Das Grundmerkmal allen wissenschaftlichen Denkens - die Fähigkeit zum Zweifel - schien außer Kraft gesetzt. Marx sah das genau umgekehrt - indem er die Fähigkeit zu permanenter Selbstkritik als Wesensmerkmal einer sozialistischen Revolution und Gesellschaft ansah. Wer heute Marxismus sagt, dem sollte stets die Vielfalt der darin eingeschlossenen Denkrichtungen bewußt sein, obwohl es gerade daran in einer Zeit der Schlagworte und vorschnellen Verallgemeinerungen sichtlich hapert: der "originale" Marx, der dogmatisierte, auf Formeln eingefrorene Staatsmarxismus, die divergierenden marxistischen Denkweisen von der klassischen Sozialdemokratie bis Antonio Gramsci und weiter in die Philosophie, Soziologie, Geschichte und ihnen verwandten Disziplinen der Gegenwart (sowohl innerhalb wie insbesondere außerhalb Europas). Wer könnte heute angesichts der rasch zunehmenden Pluralisierung marxistischer Sichtweisen noch das Wagnis unternehmen, den Marxismus zu definieren.

Wende oder Wandel?

Als Walter Markov 1946 "Vom Nutzen der Historie" schrieb, traf er die Feststellung, daß die besondere Schwäche der Geschichtswissenschaft, die eben nicht in ein "neutrales Sachgebiet abwandern" oder sich in eine nicht-chiffrierbare "Sprache verflüchtigen" könne, darin bestehe, "verstummen oder bekennen" zu müssen. "Der Tyrann hat guten Grund zu befiehlt, was und wie Geschichte sei." Weiter: "Unsere unfertige Gesellschaftsordnung kann kein fertiges Geschichtsbild haben." Wie wäre es, wenn für den Prozeß der schweren geistigen Selbstprüfung der Historiker diese so schnell

vergessenen Gedanken als Leitmotive genommen würden, um das eigene Tun (das vergangene wie das künftige) daran zu messen?

Angesichts der wenig ermutigenden Erfahrungen mit der praktischen Politik sollte die fällige Erneuerung der Geschichtswissenschaft weniger als "Wende" denn als *Wandel* begriffen werden. Mit Konvertiten, die rasch das rettende Ufer erreichen wollen, ist - zumindest, wenn es um den Geist geht - keiner Seite gedient. Freiheit der Lehre und Forschung, Methodenpluralismus, Nachweis wissenschaftlicher Kompetenz und Konkurrenzfähigkeit gehören zu den unabdingbaren Voraussetzungen. Über die Kompatibilität im Rahmen einer künftig gesamtdeutschen Wissenschaft hinaus kommt der europäischen und außereuropäischen Dimension im Sinne eines universalhistorischen Geschichtsverständnisses (auch in Anlehnung an die von der History Faculty des nordamerikanischen MIT diskutierte Idee der "global history") besonderer Rang zu. Wie weit sind das "europäische Deutschland" und die "Eine Welt" von den Historikern wirklich vorgedacht? Die Überbetonung der nationalen Komponente im zentralistisch verordneten Geschichtsbild bildete eine der entscheidenden ideologischen Verwerfungen, zu deren praktischen Konsequenzen auch die Unfähigkeit und die Aggressivität gehören, die sich jetzt gegen das Phänomen der multikulturellen Begegnung entladen. Das von den Historikern mitzuverantwortende Demokratie- und Toleranzdefizit schlägt hier am eindeutigsten zu Buche.

Die Frage, ob Deutschlands Einheit eine "post-nationale Einheit" (Elisabeth Pond) darstellt, ist längst nicht entschieden, gerade auch wegen des spezifischen Stellenwertes, den der Begriff "Nation" im offiziellen Politikverständnis der DDR gehabt hat. Die "semantische Korrektur" (Lutz Hoffmann) von "Das Volk" zu "Ein Volk" hat die substantiellen Möglichkeiten eines Neo-Nationalismus freigelegt, der sich einer europäischen Zählung leicht entziehen kann. Dem DDR-Bürger wurde ein post-nationales Interpretationsverständnis auf doppelte Weise verbaut: gegen Westen durch die gewaltsame Systemabgrenzung (die umgekehrt nicht weniger hart verlief) und gegen Osten mit dem sichtlichen Scheitern des RGW, was nicht nur politisch-ökonomische Ursachen, sondern auch kulturell-mentale Aspekte hatte, da nicht wenige Länder (und in die Länder eingeordnete Ethnien) ihre nationalen Identitäten neu bestimmten. Gerade darin lag einer der Zündsätze für die "Nachholrevolution" (Jürgen Habermas), die für die Historiker zu den verordneten Tabugegenständen gehörten, da die jeweils regierenden Parteien sich vorbehielten, über die "eigene" Geschichte zu befinden. So verschwand in Leipzig ein ganzes Programm zur Geschichte der ost- und südosteuropäischen Länder in der Versenkung. Hätte es bei alledem nicht die Forschungen und Lehre zur alten, mittelalterlichen, Universal- und Regionalgeschichte gegeben, man wäre versucht, von einem nationalen Geschichtsautismus zu sprechen.

Ein bestimmter Denkansatz für die Erneuerung der Geschichtswissenschaft wie der Geistes- und Sozialwissenschaften im Osten zielt auf die "biologische" Lösung. Die heute fünfzig- bis sechzigjährigen Inhaber der Lehrstühle gelten als Vertreter des "alten Diskurses", der "neue Diskurs" könne nur mit der jüngeren, anpassungsfähigeren Generation geführt werden. Diese auch von einflußreichen Historikern der Bundesrepublik vertretene Auffassung steht in doppelter Hinsicht auf wackligen Füßen: erstens gab und gibt es sowohl "alte", "mittelalterliche" wie "junge" Dogmatiker, d.h. eine Grenzziehung nach Alterskategorien ist nicht möglich; zweitens muß angesichts der Tatsache, daß nicht wenige jüngere Historiker mit originellen Forschungsergebnissen auftreten (und das nicht erst seit der Wende), die Frage erlaubt sein, welche Persönlichkeiten, aus deren Schule sie kommen, dafür anregend gewirkt haben.

Da die Aufgabe, eine Wissenschaft zu erneuern, kein Verordnungsakt, sondern ein Prozeß ist, steht jetzt schon außer Frage, daß die junge Historikergeneration dabei eine Schlüsselstellung einnehmen muß und wird. Das Ergebnis wird nicht zuletzt davon abhängen, ob die an den ostdeutschen Universitäten in Gang gekommene, aber kaum in den Medien gewürdigte demokratische Bewegung des akademischen Mittelbaus nicht völlig der von der neuen Macht favorisierten Ordinariuniversität zum Opfer fällt. Weiterhin entscheidet über das Schicksal einer akademischen Schule, ob deren Entwicklung von einem Generationsvertrag oder einer Generationskonfrontation (nicht zu verwechseln mit einem fair auszutragenden Generationskonflikt) geprägt wird.

Auch gilt es, über den deutsch-deutschen Bretterzaun hinwegzuschauen. Besonders die internationale Debatte anlässlich des Bicentenaire von 1789 hat verdeutlicht, daß sich die Geschichtswissenschaft europa- und weltweit im Generationsumbruch befindet. Es handelt sich also nicht um ein DDR-spezifisches Problem, wiewohl hier der politische Hintergrund ein anderer ist. Generationsumbruch aber heißt neue Sichtweisen, andere Kreativität und eine gesunde Distanz gegenüber den ideologischen Grabenkämpfen der Alten. Hier gilt jener Grundsatz, mit dem der jakobinische Konvent die Künstler der Revolution zu neuen epochalen, nicht nur das Hergebrachte imitierenden Leistungen ermunterte: "Was man bewundert, kann man nicht überwinden". Der Vorteil der jüngeren Generation im Ringen um die Selbstfindung und Selbstbestimmung ihres geistigen Ortes besteht gewiß darin, sich leichter aus der Autorität ihrer Lehrer zu lösen, als es manchem, dem sich die Universitäten nach 1945 erschlossen haben, gelang.

Die Zäsuren von 1968 und 1989 werden dann ihre Früchte tragen, wenn pluralistisches und alternatives Denken nicht im Glanz des "DM-Nationalismus" (Jürgen Habermas) verblassen und die sanfte (und die inzwischen offene) Gewalt der Anpassung obsiegt. Es hat schon seine eigene Logik, wenn der Widerstand gegen die "Abwicklung" (nicht gegen deren eindeu-

tige Notwendigkeit für bestimmte Bereiche, sondern die autoritär-zentralistischen Methoden!) vorrangig von Studenten und Nachwuchswissenschaftlern, dagegen weit weniger von den am eigenen Schuldkomplex arbeitenden Professoren getragen wird. Politik und Geschichte werden sich auch in Zukunft als siamesische Zwillinge erweisen, die so leicht nicht zu trennen sind. Der Historiker ist und bleibt eine besondere Spezies des zoon politikón.

Auf welche Weise das historische Denken, speziell mit dem Blick auf die deutsche und die DDR-Geschichte, deformiert worden ist, haben Heinz Heitzer, Walter Schmidt, Rolf Badstübner u.a. in erster kritischer Selbstbefragung dargelegt, ohne dabei zu übersehen - wiewohl eine solche Feststellung unpopulär ist, es sei denn ein unabhängiger Vertreter der Kirche formuliert sie -, wie rasch die alten durch neue Legenden überwuchert zu werden drohen. Auch hier bedarf es des zeitlichen Abstandes, was aber ein Ausweichen nicht rechtfertigt.

Erneuerung, Wandel, Wende - wie auch immer die Begriffe lauten mögen - sind in der Geschichtswissenschaft, neben den dringendsten angezeigten administrativen Neu- und Umstrukturierungen, an zwei Grundvoraussetzungen gebunden: die rigorose Aufhebung des Monopols einer staatlich verordneten Geschichtsauffassung im Sinne tatsächlicher Pluralisierung nach dem Prinzip der Freiheit und Einheit von Forschung und Lehre einerseits und die weitestgehend inhaltliche und methodische Neubestimmung des an Marx orientierten Geschichtsverständnisses. Die Gefahr einer Ghettoisierung oder Ausgrenzung alternativ-marxistisch geprägter Historiker ist inzwischen behördlich sanktionierte Tatsache; auch das inzwischen des öfteren gemachte noble Angebot, einige solcher Exoten zur Belebung der akademischen Atmosphäre, gleichsam als Feigenblatt akademischer Freiheit, zu belassen, gehört dazu. Mancher hoffnungsvolle junge Wissenschaftler wird sich deshalb von seinem Lehrer nicht allein aus erkenntnistheoretischen und methodischen Motiven, sondern auch wegen sehr praktischer Beweggründe distanzieren. Die Allgewalt des Marktes spart die Geschichtswissenschaft nicht aus.

Erneuerung und Entdogmatisierung

Die an Marx orientierte Geschichtswissenschaft muß ihren traditionell-marxistischen Charakter in dem Sinne verlieren, daß sie sich erneuert und entdogmatisiert wie sich jede in ihrer Entwicklung offene Wissenschaft allen theoretischen, methodologischen und empirischen Anregungen gegenüber als zugänglich und aufnahmefähig erweist. Natürlich gab es in der DDR nicht wenige Historiker, die sich mit neuen Fragestellungen auch neuen Methoden öffneten, wiewohl ein solches Verhalten nicht das Gesicht der Zunft prägte und ebensowenig dazu führte, die politisch-pragmatische Bindung an das bestehende System aufzulösen. Eher war das Gegenteil der

Fall - inzestöser Provinzialismus mit einer gegen außen, auch und gerade gegen andere "Marxisten" abgeschotteten Leistungsbewertung. Unter den Bedingungen einer demokratisch-pluralistischen Öffnung und der Methodenvielfalt muß sich auch das Verhältnis von Geisteswissenschaft - Gesellschaft - Politik neu bestimmen.

O bwohl politisch instrumentiert, war die Geschichtswissenschaft der DDR nicht in dem Sinne "politikfähig", daß von ihr Einfluß auf gesellschaftlich relevante Entscheidungen ausgegangen wäre, statt dessen bestand für erhebliche Bereiche die Aufgabe in der ex post Legitimierung und Illustrierung der vom Machtzentrum vollzogenen Politik, während andere Teildisziplinen eben deshalb über größere Freiräume verfügten, da sie für eine Legitimierungsfunktion als unerheblich angesehen wurden. Die These, daß Geschichtswissenschaft in der DDR "Herrschaftswissenschaft" gewesen sei bzw. Herrschaftswissen vermittelt habe, trifft in dieser Pauschalität nicht zu. Hier schlug der enge geistige Horizont der politischen Führung, die eigentlich einem an der Erfahrung des 19. Jahrhunderts orientierten (fast "bismarckianisch" zu nennenden) Nationalprinzip anhing, für die Geschichtswissenschaft zum (relativen) Vorteil aus. Ungeachtet der institutionell (vor allem über die Akademieinstitute bei tendenzieller Austrocknung bestimmter Universitätsbereiche) und propagandistisch hypotrophierter Position der Geistes- und Sozialwissenschaften unterlagen sie faktisch einer Marginalisierung, wie sie analog für die alte Bundesrepublik (vgl. nochmals die Konstanzer Denkschrift über die Rolle der Geisteswissenschaften), wenn auch dort mit anderem historisch-politischem Hintergrund, jüngst wieder thematisiert wurde. Im Unterschied zur öffentlichkeitswirksamen Rolle der *Sciences humaines* im französischen oder der *Social sciences* im angelsächsischen Bereich setzte sich in beiden Teilen Deutschlands das traditionell gestörte oder zumindest problematische Verhältnis von Geisteswissenschaft und politisch-gesellschaftlichem Umfeld fort. Für die einstige DDR kommt erschwerend hinzu, daß der Konflikt von Geist und Macht inzwischen durch die Distanzierung zwischen Intelligenz und Volk abgelöst wurde.

Speziell von Repräsentanten der um 1969 in der Bundesrepublik gegründeten Reformuniversitäten wurde angesichts des Umbruchs in der DDR die Frage gestellt, welches Innovationspotential gegenüber bisherigen Gesellschaftsvorstellungen eingebracht werden könnte oder ob die passiv-integrative Variante obsiege. Es ging also auch auf dem Gebiet der Geistes- und Sozialwissenschaften um das Verhältnis von Art. 146 GG zu Art. 23 GG. In der politischen Realität hat sich die integrative gegenüber der innovativen Option voll durchgesetzt. Die hoffende Behauptung "Soviel Anfang war noch nie" (Motto des erwähnten II. deutsch-deutschen Wissenschaftsgesprächs in Konstanz) ist widerlegt worden.

Nicht die politische Einheit wurde durch gesellschaftliches Vor- und Neu-denken in die Wege geleitet, sondern ihr wuchernder Vollzug erzwang ein

gesellschaftliches Nach-Denken angesichts gesetzter Realitäten: "Das Sein bestimmt das Bewußtsein". Die damit verbundene Herausforderung für eine neue Geschichtswissenschaft könnte kaum größer sein. Der post- oder transnationale Verfassungsbürger ist - mit Ausnahme der basisdemokratischen Minderheiten - für den ehemaligen DDR-Bürger (noch) keine geistig faßbare politische Realität. Zur "Nachholerevolution" und zum "Rückgriff auf 1789" (Norman Birnbaum) gehört aber auch eine neue Form des Nationalismus, den die offizielle Politik zwar verdrängen kann, der ungeachtet dessen grassiert. Sturz der Werte, Wertevakuum münden zunächst in eine "Ideologieleere, aufgefüllt mit Haß" (Irene Runge). Selbst die allgegenwärtige Berufung auf eine Synchronisierung von nationaler und europäischer Einigung bleibt konfus.

Eindeutig überholt die "nationale" die "europäische" Frage: Das 19. Jahrhundert ist durchaus noch nicht zu Ende; speziell die ethnozentrischen Explosionen in Osteuropa bringen seine Renaissance. Für das restaurierte Deutschland verbindet sich im günstigsten Falle eine neue (gewiß demokratisch und nicht mehr autoritär verfaßte) Variante des Germanozentrismus (der neue Gigant der Mitte) mit dem über die Europäische Gemeinschaft kanalisiertem Eurozentrismus. Wo bleibt in Bewußtsein und Praxis der "Rest der Welt"? Weder die "totalitäre" noch die "demokratische" Geschichtswissenschaft haben dafür bislang eine überzeugende Antwort gefunden. Die Verantwortung der Geistes- und Sozialwissenschaften liegt aber in der Formulierung und Vermittlung allgemeinmenschlicher, transnationaler und universal-transeuropäischer Werte, die global orientierte Antwort auf die existenzielle Bedrohung der Menschheit durch die globale Krise geben. Überzeugende Optionen haben bislang weder das scheiternde "östliche" noch das erfolgreichere "westliche" System geboten. Die einseitige Lösung des West-Ost-Gegensatzes hat keineswegs dem Nord-Süd-Konflikt oder der ökologischen Krise Primat eingeräumt. Die Gefahr, daß eine "Besinnung auf Europa" auch Elemente eines "Rückzuges auf Europa" in sich birgt, ist nicht von der Hand zu weisen. Neue Mauern - innere wie äußere - ragen in die Höhe. Droht den Deutschen - jetzt auf höherer Ebene - von ihrer nationalen Vergangenheit eingeholt zu werden? Welchen Wert hat ein europäisches Bewußtsein, das gegen alle Solidaritätsbekenntnisse in der Praxis neue Mauern gegen die Dritte Welt aufbaut?

D ie besondere Dramatik der bisherigen Geschichtswissenschaft ergibt sich aus einer doppelten Zwangslage. Durch den Verlust der Eigenstaatlichkeit der DDR ist sie dem übermächtigen Legitimationsanspruch durch die altbundesdeutsche Historiographie ausgesetzt. Eine Möglichkeit wie in anderen Ländern des gescheiterten Sozialismus in nationalem Rahmen, also sich relativ eigenständig neu zu formieren, besteht nicht. Weiterhin gehört dazu, daß sich diese Geschichtswissenschaft nicht allein mit einer bestimmten Herrschaftsform, sondern zugleich mit einem spezifischen Gesellschaftsmodell identifizierte, die beide auseinandergebrochen sind. Die scheinbar Realität gewordene Vision fällt auf die

Dimension einer Utopie zurück. Mit dem "Ende der Geschichte" (Francis Fukoyama) ist das "Ende der Utopie" angesagt. Antiutopie von Kuhnert über Dürrenmatt bis Octavio Paz kommt in Mode, entgegen aller historischen Erkenntnis, daß menschliches Denken und Handeln stets einer bestimmten Zielvorstellung (Vision) unterliegt. Diese Endzeitdiskussion wird sich bald als das erweisen, was sie in Wirklichkeit ist: die kurzschlüssige Geschichtsdeutung aus der Pose des Siegers der Geschichte; eine intellektuelle Momentaufnahme von allerdings nicht zu unterschätzender Suggestion unter den Bedingungen der eingetretenen Wertekrise und des Wertevakuums.

Der Beitrag wurde - mit Zustimmung des Autors - erheblich gekürzt; die Red.

Manfred Grieger

Klios roter Umhang

Krise und Perspektive marxistischer Historiographie

Die Geschichte geht in ihrem Amt als Totengräberin überlebter Gestalten überaus "gründlich" zu Werke.¹ Die purpurnen Dienstuniformen der Waagemeister des historischen Fortschritts wurden weggeworfen. Innerhalb weniger Monate blich die grelle Wintersonne des kapitalistischen Marktes den roten Umhang der einstmals selbstgewissen Geschichtsmuse aus. Selbst das ungeübte Auge erkennt nun an den Aufschlägen schadhafte Stellen, die durch den steifen Westwind ausfransen. Die Linke nimmt derweil zu Weinerlichkeit, betroffenem Schweigen oder zum raschen Wechsel der Fronten Zuflucht, was seinen Reflex in der Existenzkrise der Geschichtswissenschaft des historischen Materialismus findet.²

Das territoriale Wachstum der deutschen Bundesrepublik vermag die schwindenden Arbeitsmöglichkeiten marxistisch orientierter Historikerinnen nicht auszugleichen, zumal die alten Bundesländer ohnehin nicht als deren günstige Heimstatt gelten können. Denn die Historiographie der ehemals kleineren BRD tendiert seit einiger Zeit zu einer liberal-konservativen Identitätsfindung. Die sozialdemokratischen Platzhirsche zehren zwar noch vom erreichten Besitzstand. Die Konservativen um Stürmer, Hildebrand, Geiss und Nolte bestimmen demgegenüber die Debatten sowohl über eine geschichtsphilosophisch aufgeladene Erfolgsgeschichte der deutschen Nation und die Stellung des Nationalsozialismus in der deutschen Entwicklung, als auch über die gesetzmäßige Niederlage der sozialistischen Zwangsstaaten.³ Der intellektuelle Siegfrieden steht bevor.

Der erzwungene Rückzug der konservativen Gipfelstürmer in der vielbeachteten "Historikerdebatte"⁴ verleitete dazu, die demokratisch-materialistischen Tendenzen in der Sozial- und Wirtschaftsgeschichtsschreibung überzubewerten und mit der Entwicklung der Gesamtdisziplin zu identifizieren, obgleich sich allmählich eine Hegemonie der Konservativen herausbildet. Diese suchen personalistische Ansätze zu fördern, über die Diskussion der vermeintlichen "Modernität" und "revolutionären Wirkung" des Nationalsozialismus sein verbrecherisches Wesen zu überdecken und mittels eines oberflächlich-komparativen Verfahrens den NS-Völkermord in einer Sammlung der "Massaker in der Weltgeschichte" (Immanuel Geiss) zu relativieren. Es erscheint wahrscheinlich, daß zusehends die jüngeren Historiker und Historikerinnen ihre flotten Barkassen auf diesen main stream lenken werden, da ihnen ein methodologisch erneuerter und damit als gemäßigt geltender Konservatismus am ehesten individuellen Progreß verspricht. Außerdem gerät auf diesem Weg der Geschichts-Tui auf die Siegerseite, deren Glanz immer auch ein wenig auf den Chronisten abzu-

strahlen scheint. Diese klandestine Entwicklung erhält durch die neue weltpolitische Position der BRD im Gefolge des Golf-Krieges ihre Offenkundigkeit. Selbst manch reflektierter Historiker geriet in den Sog kriegsbefürwortender Argumentationen, was für die Zukunft der Zunft wenig Erfreuliches befürchten läßt, zumal die Gleichsetzung von Saddam Hussein mit Adolf Hitler, von blutigen Drohgebärden eines orientalischen Despoten mit dem nationalsozialistischen Völkermord keineswegs ein Privileg historisch dilettierender Literaten bildete.

Angesichts dieser Entwicklung tut sich die kleine Zahl kapitalismuskritischer Historiker in der alten BRD überaus schwer. Zünftig spielen sie ohnehin keine Rolle. Im Wissenschaftssystem und der Forschungsförderung kommen ihnen allenfalls randständige Positionen zu. Für den "Verband der Historiker Deutschlands" gilt gleiches.⁵ Kurzum, historisch-materialistische Geschichtsforschung und -vermittlung muß sich allenthalben außerhalb des arrivierten akademischen Diskurses entwickeln. Zudem können die betreffenden Forscher nur auf schwache materielle Ressourcen zurückgreifen.

Ein Spiegelbild dieser Außenseiterrolle bieten die eingeschränkten Publikationsmöglichkeiten. Eine Betrachtung der Zeitschriften "Das Argument", "Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung", "Marxistische Blätter", von "Konkret" und "1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts" vermag ein geradezu enzyklopädisches Schlaglicht auf Stand und Entwicklungstendenzen westdeutscher historisch-materialistischer Geschichtsschreibung zu werfen.⁶

These 1: *Ungeachtet der historischen Orientierung der marxistischen Theorie findet eine eigenständige Geschichtsforschung nur ausnahmsweise statt.*

Zwar beansprucht beispielsweise "Das Argument" als "Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften" keinen ausdrücklichen Zugriff auf die Geschichtswissenschaft. Angesichts der engen Beziehung des historischen zum dialektischen Materialismus hat sich "Das Argument" früher wiederholt und ausgiebig mit Geschichtsthemen beschäftigt; die damalige Kontroverse um den Primat von Ökonomie oder Politik im Nationalsozialismus und die Intervention in den "Historikerstreit" seien stellvertretend genannt.⁷ Obgleich die Diskussion um das Wesen des osteuropäischen Sozialismus, die Suche nach charakterisierenden Begriffen seines Aufstiegs und seiner Krise als Teil einer Debatte um die Formationsgeschichte aufgefaßt werden können und im Rahmen ihres breiten Rezensionsteils regelmäßig monographische Neuerscheinungen vorgestellt werden, enthält der 32. Jahrgang (1990) nur einen einzigen historiographischen Beitrag.⁸

Etwas günstiger fällt der Befund bei der vorliegenden Zeitschrift "Z" aus. Wohlwissend um die Auffassung von Friedrich Engels, der 1844 unmißverständlich festhielt, daß die Geschichte das "Eins und Alles" des historischen Materialismus sei,⁹ finden sich im Zeichen der Erneuerung des Marxismus

einige Artikel zu historischen Themen: Engelberg resümiert die Reichsgründung 1871 und Schleifstein erläutert anhand der Niedergangs der deutschen Sozialdemokratie und ihrer revolutionären Erneuerung im bzw. nach dem August 1914 ein tröstendes Beispiel der revolutionären Verarbeitung historischer Krisen.¹⁰ Schließlich skizziert Andreas Malycha in Auswertung neuerschlossener Archivmaterialien der SED die Herausbildung der "Partei neuen Typs", die zwischen 1946 und 1950 zur Stalinisierung der SED in der SBZ/DDR geführt habe.¹¹ Georg Fülberth kritisiert den internalisierten Nationalismus als entscheidende Wurzel der ideologischen wie realpolitischen Systemintegration der Sozialdemokratie.¹² Die Neubewertung der KPD/SED-Parteigeschichtsschreibung und die formationshistorische Analyse der Entwicklung des politischen Systems bilden in "Z" den Kern der erneuerten Geschichtsbetrachtung, die allerdings im wesentlichen bereits andernwärts abgedruckt wurde.¹³ Ein origineller historiographischer Neubeginn steht bei der intellektuellen "Renovierungsbrigade des Marxismus (West)" noch aus.

These 2: *Die historisch-materialistische Geschichtsschreibung existiert weithin als Thesen-Produzentin.*

Der rührige Fülberth¹⁴ hat sich zwischenzeitlich zu einem wichtigen Gedankenlieferanten der zersplitterten marxistischen Szene entwickelt. Right or wrong - der Marburger Politikwissenschaftler ist einer der wenigen, der sich überhaupt zu Worte meldet und dabei unterschiedlichen Gruppen zur Verfügung steht. So beurteilte er in einer provokanten Miniatur die in der damaligen DDR seit Oktober/November 1989 eingetretenen Veränderungen als eine "bürgerliche, antisozialistische und imperialistische Revolution"¹⁵, die gleich der russischen Oktoberrevolution einem bürgerlichen Revolutionszyklus angehöre. So anregend der Gedanke auch sein mag, wie an anderer Stelle läßt ihn aber der Kampfeswille übers Ziel hinausgreifen. Der Argumentationsgang besteht auch hier aus recht unbehauenen Gedankenquadern, die einen sterilen Geschichtsobjektivismus offenbaren und z.T. groteske Züge tragen.

Die windungsreiche sowjetische Geschichte zu begreifen, fehlt Fülberth schlicht die Geduld. Stattdessen schließt der Marburger Politikwissenschaftler im historischen Zirkelschluß aus dem heutigen globalen Erfolg des Kapitalismus kurzerhand und dann noch zweifelsfrei auf den "objektiven historischen Ort" der russischen Oktoberrevolution zurück und stellt diese mit der "antiimperialistische Revolution" Kemal Atatürks auf eine Stufe, was aus vielerlei Gründe zumindest gewagt erscheint. Zum einen kann aus dem Umstand, daß nach Meinung Fülberths auf lange Sicht der Horizont von bürgerlichen Revolutionen nicht überschritten wurde, nicht automatisch das kapitalistische Wesen der Oktoberrevolution geschlußfolgert werden. Nach dem gleichen Muster müßten die frühbürgerlichen Revolutionen in Deutschland als feudale Revolution angesehen bzw. die Pariser Kommune als bürgerlicher Aufstand gewertet werden. Mit Fug

und Recht kann zum anderen bestritten werden, daß die Oktoberrevolution nach 70 Jahren allein die bürgerliche Gewerbefreiheit, ein wenig politischen Pluralismus und dazu noch eine Menge Nationalismus, Antisemitismus usw. zustande gebracht hätte, denn es wäre eine unangemessene Vereinseitigung, die Eigentumsverhältnisse wie die Gesellschaftsstruktur der UdSSR ohne nähere Analyse schnell zu staatskapitalistischen umzu- deuten. Die derzeitigen Verwerfungsprozesse in der Sowjetunion verweisen m.E. eher auf eine nichtkapitalistisch-etatistische Transformationsgesellschaft denn auf einen couvierten Kapitalismus. Alles in allem verdichtet sich der Eindruck, daß Fülberth nicht die Totalität der Widersprüche wahrnimmt, sondern sich mit einem Wirklichkeitsausschnitt begnügt, der einem offen gegen den politischen Linksradikalismus Genüge tut.

Wie die meisten Megarevolutionäre möchte sich Fülberth vordringlich über die Grausamkeit der Geschichte beklagen, was dem wahrheitssuchenden Wissenschaftler gewöhnlicherweise keine gute Hilfe bietet. Engels wollte sich aus diesem Grunde nicht zur Larmoyanz bei der Betrachtung historischer Ereignisse bewegen lassen und empfahl stattdessen "ihre Ursachen und damit auch ihre Folgen (zu verstehen)".¹⁶ Namentlich bei der Analyse historischer Umbruchssituationen zeigt Fülberth demgegenüber auffällige Unsicherheiten. So sehr ihm zuzustimmen ist, daß die seit den 20er Jahren aus der Expropriierung der Landbevölkerung und der Industrialisierung geschaffenen materiellen Ressourcen dem heute aufkeimenden Kapitalismus in der UdSSR dienen können, um so mehr erweist sich der anschließend geäußerte Gedanke, daß "dadurch die Oktoberrevolution objektiv eine bürgerliche Revolution (wurde)", als unausgegoren. Die behauptete Ursache-Wirkung-Beziehung kann nur schwerlich nachvollzogen werden, da die Übernahme der vorgefundenen Produktivkräfte schlichtweg den Zusammenhang in der Menschheitsgeschichte konstituiert. Bei Fülberth riecht die "einfache Tatsache, daß jede neue Generation die von der alten Generation erworbenen Produktivkräfte vorfindet,"¹⁷ nach Klassenverrat - eine Position, die Marx in der "Deutschen Ideologie" als spekulative Verdrehung kritisiert, da in ihrem Blickwinkel "die spätere Geschichte zum Zweck der früheren gemacht wird".¹⁸

Die Neigung zur Entlarvung imperialistischer Ränkespiele prägt auch den Argumentationsgang seiner Artikel zur Geschichte der Sozialdemokratie. Das an anderer Stelle präsentierte Diktum, der Kapitalismus sei zwischenzeitlich in die fünfte Periode seiner Entwicklung eingetreten, liegt auf ähnlichem Niveau.¹⁹ Da er diese kurzatmige Position, die denkwürdig unkritisch an die mechanistischen Konzepte der kanonisierten sowjetischen Geschichtsforschung seit Ende der 20er Jahre anknüpft, offenkundig aufgegeben hat, soll sie als leise Ironie aufgefaßt werden und nicht als ernsthafter Versuch, die heutigen Umwälzungsprozesse in ihre welthistorischen Zusammenhänge einzuordnen.

Allem Anschein nach empfiehlt es sich, die mit dem Anspruch auf Wissenschaftlichkeit veröffentlichten Arbeiten zuallererst in der Rubrik politische

Publizistik zu führen. Demgegenüber hat schon Engels darauf aufmerksam gemacht, "daß nur massenhaftes, kritisch gesichtetes, vollständig bewältigtes historisches Material" zur Abfassung materialistischer Geschichtshandlungen befähigt.²⁰ Bei Fülberth ersetzt die historisch-logische Setzung über weite Strecken die historisch-konkrete Analyse. Auf diesem Wege entstehen zwar ungeheuer anregende Thesen, die sich jedoch einer intersubjektiven Überprüfung widersetzen. Zugespißt formuliert: sie nähren eher ein affirmatives Kritikgebäude des subkulturellen Diskurses, befähigen aber eben nicht zur historisch-kritischen Betrachtung der umgebenden Welt und des eigenen Geschichtsbewußtseins. Der politische Wille, angesichts der Schwächung der revolutionären Kräfte an der wissenschaftlichen Analyse der Klassenkämpfe nachgerade störrisch festzuhalten, in den Zeiten des herrschenden Rauschens die Verbrechen des Imperialismus herauszustellen und sich die Kritik der bestehenden Verhältnisse aufs Panier zu stecken, verdient Hochachtung und Unterstützung. Allerdings entstehen auf dieser Strecke neue Erkenntnisse zumindest nicht notwendigerweise.

Einen ähnlichen Mangel zeichnen fast alle Artikel der um Geschichtsthemen redlich bemühten "Marxistischen Blättern" aus. Der Philosoph Hans Heinz Holz behauptet in seinem Beitrag "Geschichtliche Perspektiven und die Organisationsfrage" in langen Sätzen die Existenznotwendigkeit einer Kommunistischen Partei im heutigen imperialistischen Deutschland.²¹ Die Agonie dieser Denkschule führt stellvertretend Robert Steigerwald vor Augen, dessen rhetorisch eingebrachte Frage nach der Notwendigkeit einer neuen Epochendiskussion sich in alter Denktradition und gewohnten Worten erfolglos um einen Anschluß an die dynamische Entwicklung der Wirklichkeit bemüht.²² Anregend wirkt dagegen die historisch-kritische Betrachtung der Parteiauffassung Lenins, die vom glühenden Leninisten Josef Schleiße unter Verweis auf die ihr innewohnende Historizität und Dialektik rekonstruiert wird.²³ Typischerweise huscht jedoch Schleiße an anderer Stelle über die aufgeworfenen Problemfelder zur DDR-Geschichte, etwa über die Umstände der politischen Abdankung Walter Ulbrichts, allzu hurtig hinweg, wie der Schriftsteller André Müller kritisierte.²⁴ Übergangsweise soll der Abdruck von zentralen, allerdings außerhalb der engen parteikommunistischen Zirkel längst bekannten Dokumenten aus der unmittelbaren Nachkriegszeit gewissen Ersatz für die Versäumnisse der DKP-nahen Geschichtsforschung bieten.²⁵ Eine inhaltliche Neuorientierung parteikommunistischer Geschichtsbetrachtung ist einstweilen jedoch nur in ihren groben Umrissen absehbar; ein Abschied von liebgewordenen Denkfiguren bleibt allerdings unwahrscheinlich.

These 3: *Historisch-materialistische Geschichtswissenschaft existiert in der West-BRD vornehmlich als Modernisierungs- und Kapitalismuskritik.*

Die der Politik & Kultur verschriebene Monatszeitschrift "konkret" bot im Jahre der DM-Expansion energischen Gegnern eines neuen

"Großdeutschlands" Möglichkeiten zur Meinungsäußerung. An historischen Argumenten - die Entfesselung zweier Weltkriege, der faschistische Massenmord, die deutsche Beteiligung an der mörderischen Ausbeutung der Dritten Welt usw. - fehlte dabei es nicht. Gleichwohl kann es zunächst verwundern, daß "konkret" während des gesamten Jahres der Diskussion um das Wesen der NS-Massenvernichtungspolitik breite Aufmerksamkeit widmete.

An ihrem Ausgangspunkt hatten Susanne Heim und Götz Aly die sozial- und bevölkerungspolitischen Grundlagen, somit die "Rationalität" der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik herausgestellt.²⁶ Demgegenüber betonte der Essener Historiker Dan Diner die Gegenrationalität des Nazi-regimes.²⁷ Diner charakterisiert die Vernichtungsplanungen als "scheinmaterialistische Rationalisierung rassistischer Vorhaben". Zwischen den Positionen der unmittelbaren Ableitung des Vernichtungsprozesses aus den wissenschaftlich begleiteten Neuordnungskonzepten der deutschen Herrschaftseliten und dem Beharren auf einer strukturellen Unerklärlichkeit des Holocausts finden sich vermittelnde Positionen, die in ihrer argumentativen Verästelung nur noch schwer voneinander geschieden werden können.²⁸

Die Kritik der imperialistischen Modernisierungspolitik und der modernen Wissenschaften (Eugenik, Medizin, Sozial- und Geschichtswissenschaft), die unbestritten ihr gerüttelt Maß zur Konzipierung und Radikalisierung der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik beigetragen haben, stehen im Mittelpunkt der Arbeit der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts und des Hamburger Instituts für Sozialforschung und einer losen Forschergruppe um die Berliner Historiker Götz Aly und Susanne Heim. Letztere hat sich mit der Reihe "Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik" eine eigenständige Publikationsmöglichkeit geschaffen.²⁹ Die historiographische Bedeutung der quellenorientierten Forschung dieser Gruppe kann kaum überschätzt werden. Sie zwang die zünftigen Historiker, u.a. auf dem internationalen Symposium des Instituts für Zeitgeschichte im September 1989, zur Auseinandersetzung mit ihren Ergebnissen.³⁰ Gleichwohl erscheint ihre Kernthese, daß Auschwitz "in hohem Maß die Folge einer gnadenlos instrumentalisierten Vernunft" gewesen sei, "die aus ihrer inneren Logik heraus zu immer weiterreichenden Deportations- und Vernichtungsplänen führte",³¹ überspitzt und mechanistisch.

Otto Köhler lenkt demgegenüber die Sicht auf die Improvisationen des Vernichtungsprozesses, deren "Kampagnen (...) ihre politische Demagogie wörtlich nahmen und von Propaganda und Terror zur systematischen Verwirklichung ihrer Drohungen übergingen".³² Ganz zu Recht mahnt Köhler die exaktere Bestimmung der konkreten Wirkungsgeschichte der von Aly/Heim herangezogenen Dokumente, da einstweilen der Weg von der Idee über die Planung zum Massenmord allzu gradlinig dargestellt wird. Köhler will zutreffenderweise an dem kleinen, aber entscheidenden Unter-

schied zwischen gedanklicher Vorwegnahme der Ausgrenzung in institutionellen Überlegungen und Planungen und der schließlichen Verwirklichung des Völkermords festhalten. Wenngleich Aly und Heim sicherlich nicht die Einebnung der Differenz zwischen wissenschaftsimmanentem Kalkül und tatsächlichem Massenmord vorgeworfen werden kann, so verdeckt die behauptete, zu immer weiterreichenden Deportations- und Vernichtungsplänen führende "innere Logik" der instrumentalisierten Vernunft gleichwohl mehr Fragen, als sie Antworten zu geben vermag.

Neben "konkret" hat sich "1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts" allmählich zum zentralen Publikations- und Diskussionsorgan der kapitalismuskritischen Geschichtsforschung entwickelt. Im inzwischen fünften Jahrgang von "1999" kommt eine verhältnismäßig große Bandbreite von Themen zur Sprache - von der Mädchenbildung im Kaiserreich bis zur Theorie und Geschichte des "Massenarbeiters" in Italien, von der Geschichte der biologischen Waffen bis zur Revolte der Produktivkräfte im "real existierenden Sozialismus".³³

"1999" kommentierte zwar die rasante Entwicklung in der DDR,³⁴ blieb aber ansonsten ihren ausgewiesenen Themenkomplexen treu: kritische Wissenschaftsgeschichte (Medizin, Stadtplanung),³⁵ Forschungen zur Kontinuität modern-repressiver Sozialtechnologien (Täterbiographien)³⁶ und Sozial- und Geschlechtergeschichte.³⁷ Materialreichtum, pointierte Gedankenführung und das Eingreifen in aktuelle Debatten zeichnen die allermeisten Artikel aus. Darüber hinaus sind die Bemühungen zur Internationalisierung der Diskussion und Integration von Wissenschaftlern aus der früheren DDR bemerkenswert. Insofern handelt es sich bei der Zeitschrift "1999" um einen interessanten Versuch, durchaus unterschiedliche Auffassungen im Rahmen einer historisch begründeten Kapitalismuskritik zu bündeln und die segmentierte Linke zu wissenschaftskritischen Forschungen und zum Meinungsaustausch anzuregen.

Die lobenswerte politische Absicht zur Kritik der gewachsenen Verhältnisse schlägt mitunter jedoch unangemessen auf die Darstellung durch und beraubt sie dadurch punktuell ihrer wissenschaftlichen Bedeutung. So neigen die wirtschaftshistorischen Studien von Christopher Simpson und Karl Heinz Roth zur Überbetonung der Kontinuitäten in der Kapitalismusedwicklung. Während bei Simpson die Tatsache, daß beide Staaten sich ab Dezember 1941 in einem militärischen Konflikt befanden, durchaus in den Hintergrund tritt, geht Roth in seiner Diskussion der Formel "Nazismus = Fordismus" über mancherlei eingeräumte "Widersprüche und Ungereimtheiten" forsch hinweg, um den "Triumph des Fordismus in der deutschen Autoindustrie Mitte der dreißiger Jahre" herausstellen und "frappierende Übereinstimmungen" der deutschen mit der amerikanischen Entwicklung konstatieren zu können.³⁸ Wie in vielen seiner Arbeiten geht die Argumentation von der Existenz eines ideellen Planungszentrums aus, das vorzugsweise in der Spitze der Deutschen Bank angesiedelt wird. Die unterschiedlichen Bestrebungen zur Rationalisierung der Produktion in den ver-

schiedenen Autofabriken konstituieren bei Roth einen einheitlichen Prozeß, obgleich der zwischenbetriebliche Vergleich eine größere Komplexität ergibt.³⁹

Roths überarbeiteter Vortrag übersieht - und dies mag dem Hang zu hochaggregierten Analysen geschuldet sein - die Improvisationen der Unternehmen wie des NS-Regimes. Ihm gelten die USA als "Labor", dem die NS-Elite "die Spezialmaschinen, die Ingenieure und das Know How (entnahmen), damit die gerade von den fertiggestellten Mirafiori-Werken abgezogenen italienischen Bauarbeiter" das Volkswagenwerk fertigstellen konnten. Die "Zukunftsvision eines zu spät Gekommenen" umfaßte in der Darstellung Roths zusätzlich den Import der amerikanischen "Personnel Management"-Konzeption, mit der die Arbeiterklasse endgültig gebändigt werden sollte, um den Überfall auf die Völker Europas vorzubereiten.

Die These ist griffig, kapitalismuskritisch, kontinuieritätsbetonend und in vielerlei Hinsicht zutreffend. Allein sie überzeichnet die Bedeutung der Planungen und vernachlässigt die Probleme ihrer Verwirklichung: Die Spezialmaschinen konnten nicht zuletzt aufgrund des aufrüstungsbedingten Devisenmangels bis zum Ausbruch des Krieges nur zum geringeren Teil beschafft werden. Die angeworbenen Deutschamerikaner, darunter auch Ingenieure, bildeten zweifelsohne ein wichtiges Segment des technischen Fachpersonals, da das Volkswagenwerk ein getreues Abbild der River Rouge-Factory in Detroit bilden sollte. Die DAF warb italienische Bauarbeiter jedoch erst an, als der "Westwallbau" und die Errichtung der "Reichswerke" in Salzgitter kurzfristig tausende Arbeiter von der Fallerslebener Großbaustelle abzog und die Vollendung der "modernsten Autofabrik der Welt"⁴⁰ ernsthaft gefährdete. Das vermeintlich wohlgefügte Gesamtprogramm der Fordisierung der deutschen KFZ-Industrie zerfällt bei näherer Betrachtung in zahllose Widersprüchlichkeiten, die durch die maßlose und hektische Aufrüstungspolitik des NS-Regimes weithin ungeregelt blieben.

Ungeachtet dieser Vorbehalte bleibt es Roths Verdienst, daß sich die wirtschaftshistorische Kritik der kapitalistischen Erfolgsstory wieder mehr Gehör verschaffen konnte. Zusammengenommen lassen sich in der kritischen Wissenschaftsgeschichte, der kapitalismuskritischen Unternehmensforschung und der materialistischen Sozial- und Geschlechtergeschichte die Aktiva der bundesdeutschen Geschichtsszene erkennen. Denkwürdig unterbelichtet ist ein früheres Lieblings-thema der linken Bewegung: die Arbeiter(bewegungs)geschichte und die Geschichte nichtdeutscher Staaten.

These 4: *Die Zukunft des historischen Materialismus liegt in seiner entkanonisierten Praxis.*

Zweifelsohne steht eine kritische Verständigung über die theoretischen und methodologischen Grundsätze zukünftiger historisch-materialistischer Geschichtswissenschaft noch aus. Eine unkritische Fortschreibung bisheriger Ergebnisse wie Forschungsziele verbietet sich allerdings von vornher-

ein. Auch die eilige Einbeziehung bisher vernachlässigter oder gar verfeimter Konzepte verspricht vorderhand wenig Aussicht auf eine inhaltliche Kompetenzerweiterung, zumal die periodische Rezeption der Rehabilitierten zu den Ritualen einer selbstgewissen Theorie gehörte. Angesichts des Erneuerungsbedarfs sollte die kritische Prüfung kanonisierter Theoreme keinesfalls mit der additiven Erweiterung bisheriger Lehrsätze verwechselt werden.⁴¹

Realistischerweise geht es zunächst nur um die Erhaltung einer Option auf eine historisch-materialistische Geschichtswissenschaft, die den "wirklichen Produktionsprozeß"⁴², also den Prozeß der "Produktion und Reproduktion des unmittelbaren Lebens"⁴³ und die Geschichte der Klassenkämpfe als grundlegende Analysebegriffe rekonstruiert.⁴⁴ Inwieweit das Basis-Überbau-Theorem oder zentrale Begriff der "Gesellschaftsformation" Verwendung finden können, muß eher zurückhaltend beurteilt werden, da beides für ökonomistische Verengung und teleologische Kanonisierung steht.⁴⁵

Dem Neubeginn bzw. der Fortsetzung tragfähiger Forschung muß eine grundlegende Kritik des Denkbauwerks vorausgehen. Die verbreitete Vorstellung, der Marxismus könne sich allein durch die Ausrufung der Wahrheitsverpflichtung der unliebsamen "Deformationen" gleichsam wie einer schäbigen Haut entledigen, läßt durch ihre Naivität wie Unverfrorenheit aufschrecken. Einen Ansatz zur skeptischen Überprüfung boten die sog. "Altersbriefe" Friedrich Engels, in denen er vor einer Formalisierung und mechanistischen Auslegung der historisch-amaterialistischen Geschichtsauffassung warnte, schon 100 Jahre lang. In einem Briefentwurf vom 5. Juni 1890 wollte er diesen "als Leitfaden beim historischen Studium behandeln" wissen, dessen Methode in ihr Gegenteil umschlägt, wenn er in den Arsenalen der Historiker "als fertige Schablone" zum Maßschneidern von historischen Fakten liegt.⁴⁶ Aber noch heute muß festgehalten werden, daß die Grundfragen der historisch-materialistischen Geschichtstheorie weiterhin dem Verhältnis von Ökonomie und Politik/Ideologie/Kultur, der Bestimmung der Charakteristika historischer wie heutiger Gesellschaften und der Analyse von Klassenkämpfen gelten. Mehr denn je hat sich die Notwendigkeit ergeben, den historischen Materialismus angesichts der Vielgestaltigkeit und Multidimensionalität des Geschichtsverlaufs als "Anleitung beim Studium" zu begreifen.⁴⁷

Die Schwierigkeit liegt somit weniger in der von Lenin geforderten enzyklopädischen Integration von "exakten und unbestreitbaren Tatsachen".⁴⁸ Das eigentliche Dilemma bildeten die vermeintlich erkannten historischen Gesetzmäßigkeiten. Schon die Alltagswahrnehmung wird vor der Annahme eines relativ gradlinigen Verlaufs der Weltgeschichte zurückschrecken, die im übrigen die behauptete Systemüberlegenheit des Sozialismus dermaßen eindrucksvoll von sich wies. Sowohl die Umkehrbarkeit historischer Entwicklungen als auch der gegenwärtige aggressive Entwicklungsschub des labilen Imperialismus lassen gegenüber den orthodoxen Prognosen größte Vorbehalte formulieren. Wer wollte heute etwa daran festhal-

ten, daß im Weltmaßstab der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus stattfände. Der gegenwärtige Krisenzustand der Welt wie der marxistischen Theorie rät eindringlich zur Zurückhaltung bei der Formulierung allgemeiner historischer Gesetze, insbesondere solcher, die teleologisch die Verwirklichung von Gerechtigkeits- und Friedensutopien vorhersagen.

Im Hinblick auf die Entwicklungsrichtung der Geschichte steht die historisch-materialistische Geschichtstheorie vor einem Scherbenhaufen. Demgegenüber stimmt die Schärfe ihrer Analyse von Klassenkonflikten und aggressiv-expansionistischen Gesellschaften durchaus hoffnungsvoll: Der Golfkrieg erhellt die Gültigkeit der Formulierung Lenins, daß "die ganze Geschichte des Kapitals eine Geschichte von Gewalttaten und Plünderung, von Blut und Schmutz (ist)".⁴⁹ Da wir ganz offenkundig in eine Entwicklungsetappe eingetreten sind, die zum wiederholten Male militärisch eine "Neuordnung" der Welt etablieren möchte, findet die historisch-materialistische Geschichtswissenschaft dringliche Aufgabenfelder.

Um den historischen Materialismus als eingreifende Wissenschaft reaktivieren zu können, wird man sich zunächst des einseitig entwickelten Methodenapparates bewußt werden müssen. Dabei dürfte u.a. die Fortsetzung der älteren Debatten zwischen Vertretern der "Nouvelle Histoire" (Ariès, Le Goff, Vovelle u.a.m.) und Marxisten besondere Aufmerksamkeit verdienen.⁵⁰ Ähnlich intensiv muß wohl erst noch die Spezialliteratur zur Grundlegung einer Historischen Sozialwissenschaft und die Plädoyers für eine moderne Sozialgeschichtsschreibung rezipiert werden.⁵¹ Daneben wird die Problematisierung von "historischen Ereignissen" sowie insgesamt das konservative Geschichtsbild mit seiner Variante der *Posthistoire* verstärkt in den Blick geraten.⁵²

Hasst oder politische Überdeterminiertheit können dabei nur den Schaden vorschneller Behauptung neuer Gewißheiten anrichten. Stattdessen sollte der Gründlichkeit und dem skeptischen Nachdenken Vorrang eingeräumt werden. Pierre Vilar formulierte entsprechend unmißverständlich: "In die Phase der Forschung allerdings gehört zweifellos die Arbeit des Historikers, (...) die unmittelbare Durchdringung der historischen Materie. Dies sei den eiligen Marxisten, Literaten und Soziologen ins Stammbuch geschrieben, die zwar hochnäsiger auf den 'Empirismus' der Arbeit der Historiker herabsehen, doch ihre eigenen (langen) Analysen auf das (knappe) aus zwei, drei Handbüchern gezogene historische Wissen stützen."⁵³

Allerdings erscheint die Fortentwicklung methodologisch innovativer, empirisch ausgreifender, historisch-konkreter Studien noch wichtiger als die Rekapitulierung geschichtstheoretischer Denkansätze. In Anbetracht der früheren Indienstnahme der Historiographie für die Machtlegitimierung wird der Weg von der geduldigen und umfassenden Forschung zur Geschichtstheorie führen, die bei der Konfrontation mit der historischen Wirklichkeit nutzbringend den Schleier des Chaos beseitigt. Der heutige historische Materialismus hat zuvörderst die Aufgabe, das bislang Ver-

schwiegene zu formulieren und neue komparative, der Internationalität und Interdependenz gesellschaftlicher Phänomene wie Rüstung, Krieg und Nationsbildung angemessene Modelle vorzuschlagen. Dieser wird aus seiner gegenwärtigen Krisis am ehesten wieder herausfinden, wenn seine Subjekte wieder sprachfähig geworden sind und die schier unüberschaubare Grausigkeit der Weltgeschichte zu erklären vermögen. Seine geisteswissenschaftliche Bedeutung wird in dem Maße steigen, wie es gelingt, beispielsweise den jüngst beendete Golfkrieg in seiner Entstehungsgeschichte darzustellen und die internationalen Implikationen mit ihrer Interessenkonstellation zu analysieren. Ein allzu rascher Rückbezug auf altbekannte Kernsätze (imperialistischer Zugriff auf das Öl, Weltpolizistenrolle der USA) verhindert die Wahrnehmung der gesellschaftlichen Totalität, die sowohl die Expansion des Irak als auch den ökonomischen Widersinn der Zerstörung der lockenden Ölquellen außer Acht läßt.

Den Surplus einer Geschichtstheorie bilanziert deren erfolgreiche Anwendung. Der historische Materialismus ist dazu aufgerufen, gerade auch am Beispiel der Niedergangsgeschichte des realsozialistischen Weltsystems und ihrer Ideologie seine Leistungsfähigkeit zu erweisen. Zunächst muß die Rekonstruktion der empirischen Realität geleistet werden, da bekanntlicherweise ein Teil des präsentierten Daten- und Faktenmaterials aus intellektuellen Fälscherwerkstätten stammte. In einem weiteren Schritt kommt die Suche nach Begriffen zur Bezeichnung und Erklärung des Gesamtphänomens DDR/Sozialistische Staaten hinzu. Zu alledem werden Zeit, Geld, Geduld und gute Worte vonnöten sein. Larmoyante Klagen über die Austrocknung gewachsener Wissenschaftsstrukturen helfen nicht weiter. Allein "jahrelange ruhige Studien" können den historischen Materialismus, der dann mit der alten marxistischen Geschichtsschreibung nur noch die Ahnherren gemein haben wird, vorantreiben.⁵⁴

Immanuel Wallerstein tröstete vor einiger Zeit die marxistische Linke mit seiner Prognose, daß "Marx und seine Gedanken am Leben" seien und im wissenschaftlichen Denken wohl auch noch im kommenden Jahrhundert zentral bleiben würden.⁵⁵ Optimistische Überlegungen mögen angesichts der gegenwärtigen widerspruchsvollen Entwicklung auf einen Bedeutungszuwachs des historischen Materialismus hoffen, da dieser in "das Chaos und die Willkür, die bis dahin in den Anschauungen über Geschichte und Politik geherrscht haben", Licht zu bringen beabsichtigte.⁵⁶ Realistischerweise wird im fortdauernden konservativen Zeitalter mangels etablierter Stellen oder anderweitiger Professionalisierungsmöglichkeiten von einem quantitativen Einbruch der historisch-materialistischen Geschichtswissenschaft auszugehen sein. Aber die Kunstfertigkeit manches Historikers, von Ernst Engelberg bis Eric J. Hobsbawm, verbreitet die Hoffnung, schon bald mit dem Schneidern des neuen wetterfesten, schön rubinroten Umhangs der Muse der Geschichte voranzukommen.

¹ Karl Marx: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. MEW, Bd. 1, S. 382.

- 2 Karl Heinz Roth: Anschlußhistoriker - Historikeranschluß. In: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 6 (1991), Heft 1, S. 8-12.
- 3 Siehe etwa den programmatischen Sammelband Schatten der Vergangenheit. Impulse zur Historisierung des Nationalsozialismus. Hrsg. von Uwe Backes, Eckhard Jesse und Rainer Zitelmann. Frankfurt/M.; Berlin 1990; zur Entwicklung der deutschen Geschichtswissenschaft vgl. Heinrich Senff: Kein Abschied von Hitler. Ein Blick hinter die Fassaden des "Historikerstreits". Köln 1990.
- 4 Reinhard Kühnl: Ein Kampf um das Geschichtsbild: Voraussetzungen - Verlauf - Bilanz. In: Vergangenheit, die nicht vergeht. Die "Historiker-Debatte". Darstellung, Dokumentation, Kritik. Hrsg. von Reinhard Kühnl. Köln 1987, S. 200-291.
- 5 Roth sieht in dem vom Historikerverband initiierten Unterwerfungsverfahren das Wirken der "Zerstörungswut" "westdeutscher Annexionshistoriker", Roth, Anschlußhistoriker, a.a.O., S. 12; vgl. auch die "Neustrukturierungs"empfehlungen der "Erklärung des Verbandes der Historiker Deutschlands", die eine ausdrücklich antimarkistische Stoßrichtung aufweisen, abgedruckt in Geschichte in Wissenschaft und Unterricht (GWU) 41 (1990), Heft 11, S. 727f.
- 6 Zur Entwicklung der früheren DDR-Geschichtswissenschaft vgl. den gleichfalls abgedruckten Beitrag von Manfred Kossok.
- 7 Tim Mason, Eberhard Czichon u.a.: Faschismus-Diskussion. Berlin 1978 (Argument-Studienhefte, Nr. 6.); siehe auch die Beiträge zum "Historikerstreit" in Das Argument 29 (1987), Nr. 161 "Auschwitz ins Museum?"
- 8 Bernd Jürgen Wernke: Bürgerliche Emanzipation und aufrechter Gang. Zur Geschichte eines Haltungsideals. In: Das Argument 32 (1990), Nr. 179, S. 39-52.
- 9 Friedrich Engels: Die Lage Englands. MEW, Bd. 1, S. 545.
- 10 Josef Schleifstein: Historische Krisen und ihre Verarbeitung. Das Beispiel des August 1914. In: Z. Zeitschrift für Marxistische Erneuerung 1 (1990), Nr. 2, S. 167-173.
- 11 Andreas Malycha: Die Entwicklung zur Partei neuen Typs - Stalinisierung der SED? Ebd., Nr. 3, S. 131-149.
- 12 Georg Fülberth: Fischer-Chöre und Arbeiterklasse. Zur sozialdemokratischen Linie nationaler Interessenvertretung. Ebd., Nr. 4, S. 63-70.
- 13 Ders.: Arbeiterklasse und deutsche Nation. In: konkret, 12/1990, S. 44-48; Ernst Engelberg: Bismarck. Das Reich in der Mitte Europas. Berlin 1990, S. 1-5.
- 14 Neben einer großen Anzahl von eher journalistischen Aufsätzen und Artikeln in diversen Zeitungen und Zeitschriften veröffentlichte Georg Fülberth im Jahre 1990 im Heilbronner "Distel"-Verlag außerdem noch eine Monographie "KPD und DKP 1945 - 1990.
- 15 Ders.: Ist die "Revolution" ein bürgerlicher Begriff? In: Marxistische Blätter 28 (1990), Nr. 5, S. 36-38, hier S. 38; weitere Artikel zum Thema in Heft 2 und 5/1990.
- 16 Friedrich Engels: Vorwort zu "Karl Marx vor den Kölner Geschworenen" (1885), MEW, Bd. 21, S. 201.
- 17 Karl Marx an Pawel Wassiljewitsch Annenkow vom 28.12.1846, MEW, Bd. 27, S. 453.
- 18 Karl Marx: Deutsche Ideologie (1845/46), MEW, Bd. 3, S. 45.
- 19 Ders.: KPD und DKP, a.a.O., S. 7.
- 20 Friedrich Engels: Rezension zu Karl Marx, Zur Kritik der Politischen Ökonomie (1859), ebd., Bd. 13, S. 471.
- 21 Marxistische Blätter 28 (1990), Nr. 1, S. 46-54.
- 22 Ebd., Nr. 6, S. 29-33.
- 23 Ebd., S. 79-83.
- 24 Josef Schleifstein: Zur Geschichte und Perspektive der DDR, ebd., Nr. 1, S. 64-69; Andre Müller: Jupp Schleifsteins wunderliche Geschichtsbetrachtung, ebd., Nr. 3, S. 83f.
- 25 Ebd., Nr. 3, S. 46-61; Nr. 5, S. 56-68; Nr. 6, S. 72-78.
- 26 Zum einstweiligen Abschluß der Artikelserie faßten Susanne Heim und Götz Aly ihre Position noch einmal zusammen "Kann Auschwitz sich wiederholen?" Konkret 12/1990, S.

- 70-74; siehe auch ihre gerade erschienene Monographie "Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung", Hamburg 1991.
- 27 Dan Diner: Die Wahl der Perspektive. In: konkret 1/1990, S. 68-72, hier S. 71.
- 28 Ludger Weß: Wissenschaft und Massenmord, ebd., 4/1990, S. 70f.; Götz Rohwer: Rationalisierung der Vernichtungspolitik; ebd., 5/1990, S. 56-60; Walter Grode: "Modernisierung" und Destruktion; ebd., 6/1990, S. 60-63; Werner Röhr: Zur Rationalität der NS-Ideologie; ebd., 8/1990, S. 44-48; Jan Philipp Reentsma: Terroratio I und II; ebd., 9/1990, S. 62-66, 10/1990, S. 56-61.
- 29 Zuletzt Arbeitsmarkt und Sondererlaß. Menschenverwertung, Rassenpolitik und Arbeitsamt. Autoren: Wolf Gruner, Horst Kahrs, Dieter Maier, Tatjana Brustin-Berenstein. Berlin 1990, hier S. 8.
- 30 Götz Aly: Bevölkerungspolitische Selektion als Mittel der sozialen "Neuordnung. In: Der nationalsozialistische Krieg. Hrsg. von Norbert Frei und Hermann Kling. Frankfurt/M.; New York 1990, S. 137-145; Kommentar von Jeremy Noakes, ebd., S. 170-173; siehe auch Das Daimler-Benz-Buch. Ein Rüstungskonzern im "Tausendjährigen Reich". Nördlingen 1987.
- 31 Heim/Aly, Auschwitz, a.a.O., S. 72.
- 32 Köhler, Schule, a.a.O., S. 75
- 33 Siehe auch das Zeitschriftenporträt Bereicherung der Landschaft. In: Marxistische Blätter 1987, Nr. 7-8, S. 102-105.
- 34 Karl Heinz Roth: Vor dem "Anschluß". In: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 5 (1990), Heft 1, S. 6-13; Christopher Simpson: Die internationalen Wirtschaftseliten und das Wiedererstarken des deutschen Kapitalismus, 1945 - 1948, ebd., Heft 2, S. 11-35.
- 35 Elke Pahl-Weber, Dirk Schubert: Zum Mythos nationalsozialistischer Stadtplanung und Architektur, ebd. 82-106; Christiane Rothmaler: Gutachten und Dokumentation über das Anatomische Institut des Universitäts-Krankenhauses Eppendorf der Universität Hamburg 1933 - 1945, ebd., Heft 2, S. 78-95; Ludger Weß: Die Bioethik und der Wert des Menschen. Kapitulierte die medizinische Ethik?, ebd., Heft 4, S. 64-81.
- 36 Karsten Linne: "Wettlampf um Rohstoffe". Walter Pahl - Eine Gewerkschafter-Karriere. In: ebd., Heft 3, S. 39-55; Jan Kuhlmann: Die Sozialversicherungskarte - Schlüssel zur sozialen Selektion, ebd., S. 136-144
- 37 Sergio Bologna: Theorie und Geschichte des Massenarbeiters in Italien, ebd., Heft 1, S. 107-125, Heft 2, S. 60-77; Heinz-Gerd Hofschien: Werftarbeiterstreik und Gewerkschaftsausschlüsse 1953, ebd., S. 36-59; Marcel van der Linden, Wayne Thorpe: Aufstieg und Niedergang des revolutionären Syndikalismus, ebd., Heft 3, S. 9-38; Ursula D. Nienhaus: "Unter dem Reichsadler". Postbeamtinnen und ihre Organisation 1908-1933, ebd. S. 56-79; Michael Fichter: Von der Volksgemeinschaft zur Sozialpartnerschaft. Betriebe und Betriebsvertretungen im Raum Stuttgart, 1945 - 1950, ebd. S. 80-97; Kirsten Heinsohn: Der "Platz an der Sonne" - Höhere Mädchenbildung in Hamburg um die Jahrhundertwende, ebd., Heft 4, S. 43-63.
- 38 Karl Heinz Roth: Nazismus gleich Fordismus? Die deutsche Autoindustrie in den dreißiger Jahren, ebd., S. 82-91.
- 39 Vgl. etwa Peter Kirchberg: Entwicklungstendenzen der deutschen Kraftfahrzeugindustrie 1929 - 1939 gezeigt am Beispiel der Auto Union AG, Chemnitz. Dresden: Phil. Diss 1964; Karl Heinz Roth: Der Weg zum guten Stern des "Dritten Reichs": Schlaglichter auf die Geschichte der Daimler-Benz AG und ihrer Vorläufer (1890-1945). In: Das Daimler-Benz-Buch, a.a.O., S. 27-382, insb. 78ff.; Manfred Grieger: Der Käfer geht in die Luft. Das Volkswagenwerk und die Luftrüstung. Bochum, November 1987 (Workshop "Automobilindustrie und Kriegsproduktion").
- 40 So der Vorstandler der DBAG und Hauptgeschäftsführer der Volkswagenwerk GmbH, Jakob Werlin, in seinem resümierenden Aufsatz "Fortschritte der Motorisierung". In: Der Vierjahresplan 3 (1939), Nr. 1, S. 70-73, hier S. 72.
- 41 Marxistische Blätter 28 (1990), Heft 4, S. 15-56; mancher Titel enthüllt bereits den unbefriedigenden Zugriff siehe beispielsweise Klaus Seemann: Etwas [sic!] über Trotzki, ebd., S. 25-33; Hans Peter Drexler: Warum wir Max Weber nutzen sollten, ebd., S. 51-56.

- 42 Karl Marx: Deutsche Ideologie, a.a.O., S. 37.
- 43 Friedrich Engels, Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates (1884), MEW, Bd. 21, S. 27.
- 44 Manifest der Kommunistischen Partei (1848), ebd., Bd. 4, S. 462; Friedrich Engels: Karl Marx (1877), ebd., Bd. 19, S. 102ff.
- 45 Siehe hierzu etwa Klaus Naumann: Ökonomische Gesellschaftsformation und historische Formationsanalyse. Köln 1983; Ökonomische Gesellschaftsformationen. Theorie und Geschichte. Hrsg. vom IMSF. Frankfurt/M. 1981; Jakob Juchler: Die sozialistische Gesellschaftsformation. Allgemeine Theorie und Fallstudie (Polen 1945 - 1984). Frankfurt/M.; New York 1986.
- 46 Friedrich Engels an Paul Ernst (Entwurf) vom 5.6.1890, MEW, Bd. 37, S. 411.
- 47 Friedrich Engels an Conrad Schmidt 5.8.1990, MEW, Bd. 37, S. 437.
- 48 Wladimir Lenin: Statistik und Soziologie, LW, Bd. 23, S. 286.
- 49 Ders.: Über den Nationalstolz der Großrussen. LW, Bd. 21, S. 94; vgl. auch die Geschichtskonzeption Heiner Müllers bei Frank Hörnigk: "Texte, die auf Geschichte warten..." Zum Geschichtsbegriff bei Heiner Müller. In: Heiner Müller. Material, Texte und Kommentare. Hrsg. von Frank Hörnigk. Göttingen 1989, S. 123-137.
- 50 Die Rückeroberung des historischen Denkens. Grundlagen der Neuen Geschichtswissenschaft. Jacques Le Goff u.a. Frankfurt/M. 1990.
- 51 Theorie der modernen Geschichtsschreibung. Hrsg. von Pietro Rossi. Frankfurt/M. 1988.
- 52 Lutz Niethammer: Posthistoire. Ist die Geschichte zu Ende? Reinbek bei Hamburg 1989.
- 53 Pierre Vilar: Marxistische Geschichte, eine Geschichte im Entstehen. Versuch eines Dialogs mit Althusser. In: Schrift und Materie der Geschichte. Vorschläge zur systematischen Aneignung historischer Prozesse. Hrsg. von Claudia Honegger. Frankfurt/M. 1977, S. 108-168, S. 114.
- 54 Friedrich Engels: Rezension zu Karl Marx, Zur Kritik der Politischen Ökonomie, MEW, Bd. 13, S. 471.
- 55 Immanuel Wallerstein: Marx, der Marxismus-Leninismus und sozialistische Erfahrungen im modernen Weltssystem. In: Prokla 20 (1990), Nr. 78, S. 126-137, hier S. 128.
- 56 Wladimir Lenin: Drei Quellen und Bestandteile des Marxismus, LW, Bd. 19, S. 5.

Monika Domke

Gegen die Feminisierung von Reformalternativen, Politik, Gesellschaft, Frauen und Männern

Eine Polemik gegen Heidi Knake-Werners Thesen zu "Feminismus und Reformalternative"

Bei der Forderung nach Feminisierung der Gesellschaft oder gar der Bezeichnung der Feminisierung als globale Herausforderung unserer Zeit sträuben sich mir schon seit Jahren die Nackenhaare. Ohne inhaltliche Auseinandersetzung hatte sich der Begriff auf einmal in der ehemaligen DKP-Erneuerungsströmung eingebürgert, und er geistert immer noch herum, wie ich in "Z", Heft 3, feststellen konnte. Und wie eh und je wird dieser Begriff verwendet, ohne daß definiert oder nur näher erläutert wird, was mensch darunter versteht. Heide Knake-Werner schafft es gerade noch zum Schluß der siebten ihrer 8 Thesen zu "Feminismus und Reformalternative" (H. 3, S. 61 ff) einen Erklärungsversuch zu starten, was für sie Feminisierung der Gesellschaft bedeutet.

Dieser späte Erklärungsversuch könnte die Ungereimtheiten und Widersprüche in den 7 Thesen verständlich machen. In denke allerdings, daß es einfacher ist: Frauenbefreiung wird gleichgesetzt mit der Ausnutzung von Gestaltungsräumen für Frauengleichstellung, also mit Frauenpolitik. Feminisierung klingt allerdings besser als die Forderung nach Frauengleichstellung, hört sich nach neuem theoretischen Ansatz an, ähnelt dem Begriff Feminismus, der bei Knake-Werner auch einmal vorkommt - nämlich in der Überschrift; allerdings hat er mit Feminismus so richtig doch nichts zu tun, womit wir MarxistInnen dann unsere eigene Identität bewahren können und wir die vielfältige feministische Diskussionen über Abbau und letztendlich Abschaffung des Patriarchats nicht in unsere Strategiediskussion einbeziehen müssen. So kann Knake-Werner auch in einer konsequenten Selbstherrlichkeit schreiben: "Der allgemeinste Begriff für Frauenbefreiung ist heute der Begriff der Feminisierung." (S. 68) Daß der Begriff der Feminisierung außer bei Menschen aus dem ehemaligen DKP-Erneuerungsspektrum und bei Teilen der PDS heute kaum verwendet wird, scheint Knake-Werner entweder nicht zu bemerken, nicht zu interessieren oder sie ist der Meinung, wirklich etwas Neues entwickelt zu haben.

Ist sie nun was Neues, die Feminisierung oder ist sie nur wie alter Wein in neuem Schlauch?

Laut Knake-Werner geht es bei der Forderung nach Feminisierung der Gesellschaft nicht darum, alte männliche Vereinseitigungen durch neue weibliche zu ersetzen, also wohl nicht um die allgemeine Durchsetzung weiblicher Werte in unserer Gesellschaft. Da bin ich aber froh, denn mir

sind ein paar weibliche Werte bekannt, die ich zum Kotzen finde. Aber weiter: "Tatsächlich geht es jedoch nicht um die Zerschlagung all dessen, was unter den Bedingungen des Patriarchats an männlich domestizierten Strukturen, Traditionen, Sichtweisen und Wertsystemen entstanden ist, sondern um die Aufhebung aller objektiven wie subjektiven Vereinseitigungen zugunsten einer ganzheitlichen Entwicklung, in der die Interessen, Lebenswelten, Wertsysteme und Deutungsmuster von Frauen zur Geltung kommen." (S. 68)

Aha! Neben der interessanten Frage, was wohl unter "männlich domestizierte(n) Strukturen" zu verstehen ist (domestizieren bedeutet laut meinem Fremdwörterduden entweder: Haustiere und Kulturpflanzen aus Wildformen züchten, oder: zähmen, heimisch machen), kommt mir der Gedanke, es gibt sie also doch, die Interessen etc. von Frauen. Dies erweckt unguete Erinnerungen, so an die Interessen der Arbeiterklasse. Könnte hier noch auf die Anerkennung einer Vielfalt von Fraueninteressen, Lebenswelten etc. geschlossen werden und die unguete Erinnerung verschwinden, schaudert es mich spätestens bei folgendem Satz: "Die MarxistInnen müssen heute lernen, die Interessen und die Sichtweise der Frauen auf die gleiche Weise in alle gesellschaftlichen Bereiche hineinzutragen, wie dies bei der Entwicklung des wissenschaftlichen Sozialismus für die Durchsetzung des Klassenstandpunkts notwendig war." (S. 69, Hervorhebungen von mir) Also: der Frauenstandpunkt ist der Klassenstandpunkt der heutigen Zeit, und wir MarxistInnen müssen nun die Interessen der Frauen in die gesellschaftlichen Bereiche hineinragen, und dann läuft's!? Irgendwoher kenne ich diese Denkweise.

Aber neben dem Lernen des Hineintragens müssen wir noch etwas begreifen, nämlich im "strategischen Rahmen der Reformalternative" die Entwicklung "eines neuen, sowohl materiell als auch ideell abgesicherten Geschlechterverhältnisses als eine Hauptseite des allgemeinen Transformationsprozesses ..." (S. 69). Hierzu gibt es eine Menge Fragen, aber wirklich brennend interessiert mich, was denn eine ideelle Absicherung des Geschlechterverhältnisses sein könnte.

Es gibt weitere Aussagen, die mich nachdenklich machen. So wird in These 7 "als nach wie vor richtig" angesehen, " ... die Auflösung der Kleinfamilie als Unterdrückungs- und Zwangsverhältnis und Hort einer lust- und frauenfeindlichen Sexualmoral zu postulieren". (S. 68) Das bleibt für Knake-Werner aber folgenlos, wenn nicht "über Schritte zu einer humaneren Existenzbedingung in diesen Strukturen nachgedacht wird." (S. 68) Denn: "Der Abbau domestizierender und die individuelle Entfaltungsmöglichkeit behinderender miefiger Kleinfamilienverhältnisse scheint ... denkbar, wenn sich Frauen ihrer Subjektrolle bewußt sind." (S. 68) Interessant! Wir postulieren zwar noch die Abschaffung der Kleinfamilie, aber um dieses Postulat durchsetzen zu können, müssen wir in deren Strukturen bleiben - und denken, was wahrscheinlich leichter und besser ist für alle Beteiligten,

und es nur schaffen, den Mief heraus zu bekommen. Es lebe die alternative, feminisierte Kleinfamilie mit der sich ihrer Subjektrolle bewußten Frau!

Die Frage ist jetzt nur noch, wie werden sich die Frauen über ihre Subjektrolle bewußt? Mein Lösungsvorschlag: vielleicht durch die Aufklärung durch uns MarxistInnen! Falsch! Das Bewußtsein der Frauen entwickelt sich durch die ökonomische Selbständigkeit, deren Durchsetzung "zentrales Element sozialistischer Politik" (S. 68) bleibt. Denn die ökonomische Gleichstellung ist neben der "Befreiung vom Joch der Familie" - das letzte verstehe ich aber nicht, wo wir doch um die humaneren Bedingungen innerhalb der Familienstruktur kämpfen sollen - "letztendlicher Inhalt von Frauenbefreiung" (S. 67). Das haut mich nun nicht so vom Hocker, aber Knake-Werner wohl auch nicht. Denn sie schränkt ein, daß diese beiden Momente nur den Inhalt von Frauenbefreiung beschreiben, aber "nicht die Form unter der sie stattfindet und nicht den kulturellen, geistigen und sozialpsychologischen Gesamtrahmen, innerhalb dessen die ökonomische Gleichstellung erst realisiert werden kann." (S. 67 f) Das ist nun wieder interessant. Also wir haben gelernt aus der Analyse (?) der Behandlung der Frauenfrage in der DDR und anderen früheren realsozialistischen Ländern, daß - zumindest ansatzweise - erreichte ökonomische Gleichstellung sogar bei unterstützenden Reproduktionsleistungen durch den Staat nicht funktioniert hat als Mittel zur Frauenbefreiung, und wie das so aussieht mit der Bewußtwerdung der Frau über ihre Subjektrolle, da haben wir auch so unsere Bedenken. Es fehlt also noch etwas, und Heidi Knake-Werner hat das Fehlende für den Inhalt der Frauenbefreiung gefunden - die Form, den Gesamtrahmen. Also wir müssen jetzt diesen kulturellen geistigen und sozialpsychologischen Gesamtrahmen erstellen (wobei mir leider unklar bleibt, welche Eckdaten dieser aufweisen müßte), dann erreichen wir den letztendlichen Inhalt der Frauenbefreiung, die ökonomische Gleichstellung. Ist das nun die Voraussetzung für das Bewußtwerden der Frauen über ihre Subjektrolle, womit die alternative, unter humanen Existenzbedingungen sich entwickelnde Kleinfamilie entstehen kann, oder ist es umgekehrt, oder wie oder was? Und wo bleibt die Befreiung vom Joch der Familie?

Knake-Werner trifft die Aussage, daß die Frauenunterdrückung älter als der Kapitalismus ist und ihn auch überleben kann. Das hat sie u.a. daran festgemacht, daß auch in den ehemals sozialistischen Ländern "... sich die ursprüngliche natürliche Arbeitsteilung in eine gesellschaftliche verfestigt (hat). Die biologische Mutterschaft ist auch hier zu einer sozialen geworden mit all ihren diskriminierenden Folgen." (S. 65) Mal abgesehen davon, daß geschlechtsspezifische und -hierarchische Arbeitsteilung zunächst natürlich ein Erbe des Kapitalismus ist, muß sich Knake-Werner doch fragen, wieso die Frauenunterdrückung sich verfestigt hat, nicht aufgebrochen werden konnte. Liegt es wirklich nur daran, daß die Sozialismuskonzeption zu ökonomistisch war und Unterdrückungsverhältnisse von Männern zu

Frauen nicht als eigenständige Herrschaftskategorie verstanden wurden? Oder liegt es nicht daran, daß die dogmatische Sozialismuskonzeption nicht davon ausgegangen ist, daß die Freiheit aller die Freiheit der einzelnen Person bedingt? Daß nicht Entstaatlichung und Vergesellschaftung im Mittelpunkt der politischen Konzeption stand, sondern Herrschaftssicherung der Partei das Wesentliche wurde, das 'Wohl' der Allgemeinheit - sprich Staat und Partei - über das des einzelnen Individuums ging, der sozialistische Staat, die Parteiorganisation Selbstzweck wurde? Und ist es nicht auffallend, daß in diesem Zusammenhang in der SU der späten zwanziger Jahre Diskussionen über alternative Lebensformen zur bürgerlichen Kleinfamilie und das Experimentieren damit unterdrückt wurden? Stattdessen wurde die sozialistische Kleinfamilie kreiert, die Mutterrolle hervorgehoben und idealisiert, die Zuständigkeit der Frau für die Familie, also den Reproduktionsbereich nicht verändert. Nur im ökonomischen Bereich veränderten sich die Normen, die Berufstätigkeit der Frauen wurde normal, wirtschaftlich gewünscht und dafür einige, durchaus nicht zu unterschätzende Maßnahmen ergriffen, damit dies möglich wurde. Das Prinzip der geschlechtsspezifischen und -hierarchischen Arbeitsteilung allerdings war ungebrochen.

Ähnliches ist im Verlauf der Französischen Revolution zu beobachten. Mit dem Hervortreten des Individuums in der Geschichte (Entwicklung vom Ständewesen zum gesellschaftlichen Individuum) traten auch die Frauen massiv in die Geschichte ein, bildeten politische Organisationen, forderten politische und soziale Rechte, die ihnen vorenthalten wurden, denn es ging um Brüderlichkeit und den Bürger. Solange Frauen auf den Barrikaden und zur Unterstützung des Revolutionskrieges gebraucht wurden, ließ Mann sie mitdiskutieren. Doch als im Verlauf der Jakobinerherrschaft die demokratische Entwicklung nicht nur nicht weiter vorangetrieben, sondern mit der Begründung der erst mal notwendigen Macht- und Herrschaftssicherung zurückgedreht wurde (gerade auch in Bezug auf die eigene politische und soziale Basis) und in Terror überging, waren es die Frauen, die als erste davon betroffen waren. Ihre politischen Organisationen wurden verboten, ebenso jegliche politische Betätigung für sie. Sie mußten zurück ins Heim und an den Herd. Vergleichbares findet sich in vielen revolutionären Entwicklungen und Umbrüchen, auch der näheren Vergangenheit und der Gegenwart.

Daraus kann geschlossen werden, daß Frauenunterdrückung notwendig ist zur Herrschafts- und Machtsicherung. Und hier ist auch der Zusammenhang zur Behandlung der Frauenfrage in der DDR. Ehe und Familie, jetzt natürlich sozialistisch, wurde à la Engels zur Keimzelle des Staates, jetzt des sozialistischen, definiert, gefördert, geschützt etc. Daß Engels den Staat als Unterdrückungsapparat analysierte und ihn im Sozialismus absterben sehen wollte und in diesem Zusammenhang die Familie kritisch betrachtete, ging dabei verloren. Die nicht stattgefundene Frauenbefreiung in der DDR, bei allen ökonomischen und strukturellen Maßnahmen zu-

gunsten der Frauen, hängt also nicht nur mit Ökonomismus zusammen. Sie ist Ausfluß der Tatsache, daß Herrschaftsverhältnisse nicht abgebaut, sondern aufgebaut, die Individualitätsentwicklung der Menschen zurückgedreht, diese entmündigt wurden. Vater Staat sorgt für seine BürgerInnen, solange diese - wie Kinder - nicht aufmucken. Ein - veraltetes - patriarchales System. Und dazu waren die Aufwertung der Mutterrolle und sozialistischen Kleinfamilie notwendig. Die Familie hat eine wichtige Überbaufunktion, die zum einen in der Kompensation gesellschaftlicher Verhältnisse, zum anderen in der Vermittlung gesellschaftlicher Normen und Rollenerwartungen/-zuweisungen besteht. Beides wirkt sowohl in den ökonomischen Bereich als auch in den gesellschaftlich-staatlichen Bereich - und umgekehrt. Durch den historisch entstandenen Herrschaftscharakter der Geschlechterbeziehung werden in ihrer institutionalisierten Form Ehe und Familie *alle* Herrschaftsverhältnisse stabilisiert, reproduziert und produziert.

Bei Knake-Werner kommt er erst gar nicht vor, dieser Herrschaftsmechanismus. Sie konstatiert Unterdrückungstatbestände, aber sie versucht nicht, dem Wesen der Frauenunterdrückung in allen bisherigen Klassen- und Herrschaftsverhältnissen auf die Spur zu kommen. Das könnte die Erklärung sein für die folgenden widersprüchlichen Aussagen in ihrer 5. These: "Der Sündenfall des Privateigentums hat das Patriarchat zwar menschheitsgeschichtlich hervorgebracht, aber so lange die Menschheit nicht im kommunistischen Überfluß materieller und kultureller Güter lebt, sind seine Wurzeln tief im Alltag der Gesellschaft verankert, und diese saugen ihren Nährstoff aus den zahllosen, dem männlichen Teil der Menschheit historisch zugewachsenen Möglichkeiten, die eigene Notdürftigkeit zu lindern, in dem die Notdürftigkeit der weiblichen Existenz aufrechterhalten wird." (S. 65) "Die Frauenunterdrückung dient dem Kapitalismus zu vielfältigen Zwecken, aber er hat sie weder geschaffen, noch ist er an ihre Existenz gebunden. ... Es gibt kein ökonomisches Gesetz, das die Frauenunterdrückung zur Voraussetzung hat, sondern die besondere Ausbeutung der Frau ist nur eine besondere Form der allgemeinen Gesetze des Kapitalismus." (S. 66)

Nach der ersten Aussage müssen wir mit der Frauenbefreiung warten, bis die ökonomischen Verteilungskämpfe in unserer Gesellschaft ausgestanden sind, und nicht nur bei uns, sondern weltweit. Also doch die Lösung der sozialen Frage vor der Frauenbefreiung? Laut zweiter Aussage ist Frauenbefreiung im Kapitalismus möglich. Bemerkenswert ist, daß beide Aussagen hauptsächlich auf die ökonomische Seite eingehen. Dies wird noch deutlicher, wenn Knake-Werner schreibt: "Aus dieser Feststellung allein (sic!) läßt sich die Forderung ableiten, die Befreiung der Frau auch unter der Hülle der kapitalistischen Produktionsverhältnisse voranzutreiben. Es verhält sich mit der Frauenbefreiung im Kapitalismus wie mit anderen, weitgehenden Variationen, die die Reformalternative für den Kapitalismus für möglich hält. Es sind Veränderungen, die bestimmte Wir-

kungsmechanismen, nicht aber die ökonomischen Gesetze des Kapitalismus außer Kraft setzen." (S. 66) Ich kann hier nicht auf die Problematik der ökonomischen Gesetze eingehen. Doch hat sich nicht die ökonomistische Reduzierung in der Frage, ob es für den Kapitalismus die Möglichkeit gibt, auf Krieg als Mittel der Politik zu verzichten, mit dem Golfkrieg bitter gerächt? Und ausgerechnet das Beispiel militärische 'Friedensfähigkeit' des Kapitalismus wird herangezogen, um Frauenbefreiung im Kapitalismus vorstellbar zu machen (S. 63).

Frauenbefreiung wird gleichgesetzt mit der Forderung nach besseren Bedingungen für die individuelle Entfaltung und Entwicklung von Frauen, mit der Ausnutzung von Gestaltungsräumen für Frauengleichstellung (wobei das Ziel Frauengleichstellung auch problematisiert werden muß). Beides kann in der Tat im Kapitalismus vorangetrieben werden, besonders in so reichen Ländern wie der BRD. Da lassen sich viele konkrete Forderungen aufstellen, die von Frauen und Männern gemeinsam erkämpft werden müssen und können. Wenn ich mir z.B. Schweden ansehe, ist dort einiges erreicht worden hinsichtlich der Reproduktionsbedingungen für Frauen, der materiellen und strukturellen Möglichkeiten, auch bei der Existenz von Kindern nicht vor der Entscheidung zu stehen, entweder alleinerziehend zu sein oder in einer Kleinfamilie und Ehe zu bleiben. Institutionell und materiell sind andere Lebensformen der Ehe und Familie gleichgestellt.

Damit sind bestimmte Mechanismen im Geschlechterverhältnis durchbrochen, eine größere Selbstbestimmung von Frauen ist möglich. Dies ist individuell und gesellschaftlich gesehen positiv. Aber es ist keine Frauenbefreiung, denn der prinzipielle Macht- und Herrschaftsmechanismus ist nicht durchbrochen. Es ist notwendig, die beiden Ebenen Frauenbefreiung und das notwendige Erreichen von mehr Selbstbestimmung für Frauen, die in einem dialektischen Zusammenhang stehen, zu unterscheiden. Wenn wir das entweder vermischen oder nebeneinander stehen lassen bzw. das Geschlechterverhältnis dem Klassenverhältnis unterordnen oder dem Klassenverhältnis das Geschlechterverhältnis einfach hinzufügen (Knake-Werner schafft beides gleichzeitig), kommen wir nicht weiter. Frauenbefreiung wird damit nicht ernsthaft angegangen und damit auch nicht die Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse mit dem Ziel einer ausbeutungs- und herrschaftsfreien Gesellschaft, in der die Freiheit des Individuums die Bedingung für die Freiheit aller ist.

Also: Gegen die Feminisierung von Reformalternativen, Politik, Gesellschaft, Frauen und Männern!

Josef Schleifstein

Der 'Gorbatschowismus': Wie weiter mit dem 'Ende des Sozialismus'?

Kritische Anmerkungen zur Aburteilung Gorbis durch Heinz Jung - nach dem Leitsatz: Im Zweifel für den Angeklagten

1. Vorbemerkung: Das Tagebuch, das Heinz Jung zur "Niederlage des Sozialismus und zum Abgang der DDR" (IMSF, Ffm 1990) veröffentlicht hat, ist nicht nur eine fesselnde Lektüre, die viele Vorzüge und Möglichkeiten der Tagebuchform demonstriert, sobald Autorin oder Autor etwas zu sagen haben. Heinz Jung hat ein gedankenreiches und anregendes Buch geschrieben, das eine Fülle von Fragen aufwirft und neue Gesichtspunkte einbringt, das bohrend nach Antworten sucht oder sie auch vorschlägt, das Wege und Blickrichtungen für neue Untersuchungen und Forschungen eröffnet. Zugleich ist es ein sehr emotionales Buch, Zeugnis individueller Betroffenheit, der psychischen Qualen, die der Zusammenbruch des bisher einzigen Sozialismusmodells bei so vielen von uns ausgelöst hat.

Wer manchen der Folgerungen des Verfassers widersprechen will, wer gegen einige auch emotional rebelliert, ertappt sich dennoch - gleich einem gedanklichen Schmarotzer - dabei, sich sagen zu müssen: Du wärest ja auch nicht einmal auf die Fragestellung gekommen. Schon von den antiken Philosophen wissen wir, daß es oft wichtiger ist, die Fragen gestellt, als Antworten gefunden zu haben. Doch glaube ich, daß gerade die ältesten Gefährten von Heinz Jung verpflichtet sind, um der Sache willen ihre Einwände vorzubringen. Dem sind in einem Zeitschriftenaufsatz räumliche Grenzen gesetzt, die zur Beschränkung auf jene Fragen zwingen, die einem subjektiv besonders wichtig erscheinen.

2. Der Umgestaltungsprozeß in der Sowjetunion bildet naturgemäß eines der Hauptthemen des Buches, mit zahlreichen seiner inneren und äußeren Wirkungen, vor allem auch auf den Zerfall der DDR und die nachfolgende Vereinnahmung durch die Bundesrepublik. Da die gesamte Entwicklung seit 1985 untrennbar verbunden ist mit der Person, den Ideen, dem Handeln und Nicht-Handeln Michail Gorbatschows und seiner Berater, ist das, was nun Heinz Jung 'Gorbatschowismus' nennt, ins Zentrum seiner kommentierenden Betrachtungen gerückt. Die Tatsachen selbst, das ist unbestritten, werden in ihrem dramatischen Verlauf wie in ihrer zunehmend krisenhaften Tendenz korrekt registriert. Der Autor sucht uns die radikale Wandlung seines Urteils als Resultat der eigenen Desillusionierung nahezubringen und ist bemüht, die emotionale Schärfe seiner Kritik (bis hin zum überbordenden Schimpfkrieg) aus den Konzeptionen und

Illusionen, den Handlungen und Unterlassungen der Kritisierten herzuweisen. Nicht dies soll der Gegenstand meiner Anmerkungen sein. Mir geht es im folgenden darum, ob Heinz Jung

- a) die unerbittlichen objektiven Voraussetzungen und Möglichkeiten für das Handeln Gorbatschows und der 'Gorbatschowisten' - aber auch für das der anderen jetzt in der Sowjetunion agierenden Hauptströmungen - realistisch, also historisch 'gerecht' beurteilt;
- b) ob er die Gewichte seiner Kritik und seiner Anklagen an die Adresse derer, die die tödliche Krise des Landes herbeigeführt haben, und derer, die sie überwinden wollen (und sollen), sachlich und moralisch begründet verteilt;
- c) ob er sich schließlich das beispiellose Ausmaß der Schwierigkeiten bewußt macht, in einer Krise dieser Schwere und dieser Abgründe, wie immer geartete Lösungswege zu finden, und ob er - ferner Schreibtischbeobachter wie wir alle - den zum Handeln Verdammten wenigstens die Irrtümer und Lernprozesse zubilligt, die wir selbst für unvergleichlich geringere Aufgaben ständig beanspruchen.

3. Beginnen wir mit den weltpolitischen Bedingungen des Perestroikaprozesses und damit, wie sie sich im Verständnis der 'Gorbatschowisten' darstellten. Die Beteiligten mußten eine möglichst friedliche und entspannte Weltlage, was für die Sowjetunion vor allem identisch war mit ihren Beziehungen zu den USA und Westeuropa, für die erste, mit aller Energie anzustrebende Voraussetzung der inneren Umgestaltung ansehen. Eine nicht zu widerlegende Ausgangsposition. Das aber berührte sofort auch einen Kernpunkt der inneren Krisenursachen: nämlich die für das Land unerträglich gewordene Last der Rüstung und der Weltmachtrolle. Es ist oft davon gesprochen worden, daß die Imperialisten der USA die Sowjetunion totrüsteten, und nicht wenige US-Politiker und Publizisten haben das offen verkündet. Wir haben uns aber, infolge eines unverantwortlichen Schönfärbens der realen wirtschaftlichen und sozialen Situation der Sowjetunion, d.h. infolge des Betrugs und Selbstbetrugs unserer dortigen Genossen, nicht klar gemacht, daß spätestens Anfang der achtziger Jahre die USA und die NATO dieses Ziel erreicht hatten: Sie hatten die Sowjetunion totgerüstet.

Diese Erkenntnis steht am Anfang der Perestroika. Sie erklärt die Konzentration des "neuen Denkens" auf die internationalen Beziehungen und die weltpolitischen Fragen. Der Rüstungswettlauf hatte, infolge des noch immer sehr starken ökonomischen und technologischen Rückstands der Sowjetunion gegenüber den USA, Westeuropa und Japan, einen übermäßig großen Teil des wirtschaftlichen Potentials, der menschlichen und materiellen Ressourcen, der wissenschaftlichen Forschungskapazität, der qualifiziertesten technischen Kräfte und bestausgestatteten Industrieanlagen, Labors und Konstruktionsbüros in einem Maße beansprucht, das die so-

wjetische Gesellschaft total überforderte. Solange der Gegensatz zur kapitalistischen Weltmacht USA in den internationalen Beziehungen beherrschend blieb, war die Akzeptanz der erdrückenden Rüstungslast aber auch Voraussetzung für die von der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg zunächst militärisch unter furchtbaren Opfern errungene, später politisch ausgebaute Weltmachtrolle. Ohne hier auf die historischen Aspekte näher eingehen zu können, scheint es mir unbezweifelbar, daß die Erkenntnis, den Rüstungswettlauf nicht länger tragen zu können, mit dem Verzicht auf die Weltmachtrolle zusammenfallen mußte. Beides überstieg alle ökonomischen und technologischen Möglichkeiten des Landes. Wer diesen zentralen Ansatz in der Einschätzung der sowjetischen Situation der frühen achtziger Jahre durch die 'Gorbatschowisten' übersieht oder überspielt, beraubt sich jeder Chance einer nüchternen Analyse und flüchtet in die - allerdings grenzenlosen - Gefilde des Wunschenkens.

Die Schlußfolgerungen Gorbatschows hingen auch eng zusammen mit der Schaffung jener Voraussetzungen, die den notwendigen und unaufschiebbaren inneren Reformprozeß erst ermöglichen konnten. Von Anfang an standen die Handelnden vor der Frage: ist der überfällige, zum Überleben notwendige innere Reformprozeß möglich ohne drastische Minderung der Rüstungslast? Hat dieser Prozeß auch nur die geringste Chance, wenn die seit langem auf einer viel zu schwachen, zurückgebliebenen und stagnierenden ökonomischen Grundlage basierende und die eigenen Völker unermessliche Opfer kostende Weltmachtrolle aufrechterhalten wird? Von ihrer Grundanalyse her mußten die Gorbatschowisten diese Fragen mit 'Nein' beantworten. Doch auch die verantwortlichen Militärexperten müssen sie mit Nein beantwortet haben, denn sonst wäre der neue außenpolitische Kurs nie möglich gewesen. Als Schewardnadse vor den Mitarbeitern des Außenministeriums und später Ryschkow vor dem Obersten Sowjet über das zuvor offiziell nie eingestandene Ausmaß der Rüstungslast und dessen Untragbarkeit sprachen, erhob sich kein Widerspruch irgendeines der leitenden Militärs. Und es ist auch keine ernstzunehmende sowjetische Meinung bekanntgeworden, die dem analytischen Ausgangspunkt der außenpolitischen Orientierung der 'Gorbatschowisten' widersprochen hätte.

4. Wenn Heinz Jung das "neue Denken" ironisiert und glossiert, macht er es sich zu einfach. Es gibt keine Idee oder Konzeption, vor allem wenn sie Breitenwirkung suchen muß, die gegen Banalisierung und Mißbrauch aller Art geschützt wäre. Das gilt erst recht für die praktischen Folgerungen, die inmitten eines Umbruchprozesses von historischer Tragweite aus ihnen gezogen werden. Es ist nicht zu bezweifeln, daß die wichtigsten Initiativen und Vorschläge Gorbatschows nicht nur im Interesse der Sowjetunion, sondern auch der anderen Völker lagen: Abrüstung unter gegenseitiger Kontrolle; Entschärfung der Konfrontation der Großmächte; Abbau der Konfliktpotentiale und Aufbau einer Vertrauensbasis zu den USA und den übrigen NATO-Mächten; Stärkung der Rolle der Vereinten Nationen und Akzentuierung der globalen Probleme und der Interdepen-

denz der verschiedenen "Welten". Vorgestellt als eine Art politische Philosophie unter dem Motto "Neues Denken", sollten (im Bereich der Außen- und Weltpolitik) Kernideen für ein völkerrechtliches Konzept zur Erhaltung des Weltfriedens, zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit, zur friedlichen Lösung internationaler Konflikte, zur vielseitigen Zusammenarbeit der Staaten und Systeme entwickelt werden.

Im Tagebuch wie im Artikel über den 'Gorbatschowismus' im Heft 5 der "Z" spricht Heinz Jung vom 'Paradigmenwechsel' im Konzept des "neuen Denkens", weg vom Klassenantagonismus und Systemgegensatz zu den allgemeinmenschlichen Interessen und Werten, und er meint, dies bedeute ein Verlassen marxistischer Positionen. Ich halte das in dieser Zuspitzung und für die Ausgangsperiode der 'Gorbatschowisten' für falsch. Die meisten Sozialisten und Kommunisten, die sich als Marxisten verstanden, hatten lange vor Gorbatschow, infolge der Drohung des Atomkriegs, einen "Paradigmenwechsel" vollzogen, indem sie nämlich das Prinzip des Klassenkampfes nicht aufgaben, aber ergänzten durch das Prinzip des Friedenskampfes und der Verhinderung eines Atomkriegs, weil sozialistische Ziele sonst für ganze Völker, vielleicht für große Teile der Menschheit ihren Sinn verloren.

Seit dem XX. Parteitag der KPdSU, spätestens seit der Konferenz der 81 Kommunistischen und Arbeiterparteien von 1960 war diese Verknüpfung eingetreten, wobei der Primat des Friedenskampfes, dort, wo es um das Überlebensinteresse ganzer Völker und der Menschheit ging, nie in Frage stand. Versucht man es theoretisch zuzuspitzen, so vollzog sich bereits damals ein höchst widersprüchliche Verbindung zweier "Paradigmen": Klassenkampf gegen den Kapitalismus und für die soziale Emanzipation; Klassenkooperation im Interesse der menschheitlichen Friedens- und Überlebensinteressen (trotz des fortbestehenden Klassen- u. Systemgegensatzes). Die historische Entwicklung selbst war es, die diese seltsame gesellschaftliche Dialektik hervorgebracht hatte. Und wenn die Arbeiterbewegung ihre politische Praxis auf reale Voraussetzungen gründen wollte, so konnte sie nicht länger an einem einzigen 'Paradigma' festhalten. Das lag nicht nur in der Tradition der praktischen Arbeiterbewegung, es lag auch in der marxistischen Denktradition, die ihre grundlegenden praktischen Orientierungen nie aus einer abstrakten Idee, sondern aus den Bedürfnissen und Interessen der arbeitenden Menschen herzuleiten suchte.

Wenn die 'Gorbatschowisten' diesen 'Paradigmawechsel' ausdehnten, wenn sie eine abermalige Erweiterung sozialistischer und humanistischer Grundziele proklamierten, so muß man es ihnen als Verdienst anrechnen. Die veränderte Realität - innergesellschaftlich und global - machte es notwendig, wie seinerzeit den Friedenskampf, nun auch den Kampf um die Bewahrung der natürlichen Lebensbasis des Menschen als Bedingung und integrierenden Bestandteil aller sozialistischen und humanistischen Bestrebungen zu begreifen. Wie der Friede, kann auch dieses Ziel, geht man

von der gegebenen Relation der gesellschaftlichen Kräfte in der Welt aus, nur klassen- und nationalübergreifend erstrebt und erreicht werden. Die Akzentuierung der allgemeinmenschlichen Interessen und Werte hatte also eine - im Bewußtsein von Sozialisten und Kommunisten bei uns längst anerkannte - reale Grundlage, woran auch eine manchmal abstrakt-ethische Diktion nichts ändert.

Anfangs jedenfalls lagen die theoretischen Begründungen des 'Gorbatschowismus' keineswegs abseits von einer den neuen Entwicklungen gerecht werdenden marxistischen Betrachtungsweise. Im programmatischen Credo Gorbatschows - dem Buch 'Perestroika' von 1987 - wurde das 'neue Denken' durchaus mit der realen Weltsituation verbunden. Es sollte ein Konzept der internationalen Politik entwickelt werden, das "verlässliche Garantien für ein Überleben der Menschheit" bieten könne. Die klassenbezogene Analyse wurde durchaus nicht negiert. Vielmehr wollte man "die Erkenntnis der neuen Dialektik der allgemeinmenschlichen und der klassenspezifischen Interessen und Prinzipien unserer modernen Epoche" fördern.

5. Unmittelbar mit dem Vorwurf des 'Paradigmenwechsels' verbunden ist die auf die Außenpolitik bezogene Kritik Heinz Jungs an dem Bruch der 'Gorbatschowisten' mit dem Konzept der 'Bipolarität' und des 'Systemgegensatzes' und dessen Ersetzung durch die Idee der 'Interdependenz'. Auch in diesem Punkt, glaube ich, macht es sich der Verfasser zu leicht. Im Grunde geht es hier um zwei Seiten einer Problematik, die seit langem nicht mehr deckungsgleich waren. Die theoretische These der Bipolarität und des Systemgegensatzes hatte natürlich eine reale Grundlage in den ökonomischen, politischen und militärischen Differenzen und Gegensätzen der kapitalistischen und der sozialistischen Länder, vor allem in der kältesten Zeit des Kalten Krieges. Kern des Systemgegensatzes war stets der Gegensatz der beiden Weltmächte: USA und Sowjetunion. Verknüpft mit einer - wie wir längst wissen - illusorischen und allenfalls in sehr weiten historischen Zeiträumen denkbaren Epochenbestimmung, schien der Systemgegensatz, die Bipolarität, auch in der praktischen Außenpolitik beherrschendes Prinzip.

Aber das war ja keineswegs der Fall. Theoretische These und reale internationale Politik klappten weit auseinander. Selbst wenn man absieht davon, daß schon die Allianz der Sowjetunion mit den Westmächten gegen das faschistische Deutschland gezeigt hatte, daß die These der Bipolarität keineswegs ausreichte, um die gesamte Realität der weltpolitischen Beziehungen abzudecken, so konnte diese These schon lange vor Gorbatschow in der Praxis keine bestimmende Grundlage sowjetischer Außenpolitik mehr sein. Sie war bereits an der Realität zerschellt, die sich als weit komplizierter und differenzierter erwiesen hatte. In den fünfziger, sechziger, noch in den siebziger Jahren standen sozialistische Länder - China, Rumänien, Jugoslawien - zu unterschiedlichen Zeiten und in unterschiedlichen

Graden - der kapitalistischen Supermacht USA weit näher als der Sowjetunion. Bipolarität und Systemgegensatz waren in den praktischen Beziehungen unter den sozialistischen Ländern so wenig beherrschendes Prinzip, daß China gegen Vietnam Krieg führte, daß es an der chinesisch-sowjetischen Grenze zu Militärhandlungen kam, daß im Afghanistan-Konflikt die USA, Pakistan und China die Gegner der rechtmäßig afghanischen Regierung und ihres sowjetischen Verbündeten gemeinsam mit Waffen versorgten. In der Realität also konnte lange vor Gorbatschow die These der 'Bipolarität' nicht mehr "zur Bestimmung von Freund und Feind" dienen. Innersystemare Gegensätze machtpolitischer Natur, wenn auch ideologisch verhüllt, waren oft genug stärker als der Systemgegensatz.

Was nun die 'Interdependenz' betrifft, die der Autor gleichfalls als Zeugnis für ein Verlassen des 'alten Paradigmas' anführt, so muß man auch hier zu den geschichtlichen Quellen zurückgehen. Als der Systemgegensatz durch den XX. Parteitag und die sowjetische Politik auf das Feld des "friedlichen ökonomischen Wettbewerbs" und des "ideologischen Kampfes" verlagert war, als dann mit dem Entspannungs- und Helsinki-Prozeß die ergänzende Formel der "ökonomischen Zusammenarbeit" hinzukam, war es nur ein winziger - und absolut logischer - Schritt zur Interdependenz. Abermals kann man den 'Gorbatschowisten' nur die Erweiterung und Vertiefung einer früheren Idee vorwerfen, denn ökonomische Zusammenarbeit ist objektiv undenkbar ohne gegenseitige Abhängigkeit - Interdependenz. Natürlich ist das alles, zusammengenommen, ideologischer Ausdruck für ein verändertes Herangehen an die außen- und weltpolitischen Fragen. Aber diese Veränderung ist das Ergebnis der realen Situation der Sowjetunion in der Mitte der achtziger Jahre, der ersten Versuche einer sich von Selbsttäuschungen allmählich freimachenden Analyse, des Eingeständnisses, daß das Land seine Außenpolitik in einer Lage extremer Schwäche umzugestalten hat.

In dem Bestreben, das friedenspolitische Programm des 'Neuen Denkens' populär zu machen und im Westen Vertrauen zu gewinnen, wurde das 'Neue Denken' später zu einer Sozialphilosophie hochstilisiert, die es natürlich nicht sein konnte, da die Diplomatie nie eine Gesellschaftsanalyse ersetzen kann und beide unter total verschiedenen Gesetzen stehen, wenigstens sobald die Diplomatie an die Öffentlichkeit tritt. Da wurden dann oft, insofern hat Heinz Jung recht, die realen Interessengegensätze in der Welt zugedeckt, wurden illusorische, abstrakt-ethische (von Interessen und Bedürfnissen "freie") Auffassungen verbreitet, wurde die äußerst komplizierte Dialektik sich gegenseitig durchdringender und überlagernder Menschheits- und Klasseninteressen künstlich harmonisiert, und spezifische Interessen und Bedürfnisse von Klassen, sozialen Schichten und Gruppen traten zunehmend aus dem Bild des 'neuen Denkens' zurück. Man konnte das allerdings eher als den Versuch sehen, das friedenspolitische Programm auch denen verständlich und annehmbar zu machen, die marxistischen

Denkansätzen fremd gegenüberstanden und ein Bündniskonzeption der humanistischen Kräfte in der Welt zu entwerfen.

6. Selbstverständlich geht es Heinz Jung nicht nur um Konzeptionen und 'Paradigmen', sondern um das, was er als Folgen 'gorbatschowistischer' Außenpolitik ansieht. In seinem Buch erscheint der Zusammenbruch der staatsbürokratischen sozialistischen Systeme in den Nachbarländern und auch in der DDR als "Aufgegebenwerden" durch die Sowjetunion, als sowjetischer "Verzicht auf das 'Glacis'", als "freiwilliges Abdanken" von der Weltmachtposition. Und das alles wird den 'Gorbatschowisten' angelastet. Aber das ist eine Verkehrung von Ursachen und Wirkungen. Der 'Gorbatschowismus' ist, wie immer man die einzelnen außen- oder innenpolitischen Schritte beurteilen mag, selbst die Folge eines gescheiterten, in die Sackgasse geratenen sozialistischen "Modells" im Stadium seines tiefsten Krisen-, ja Auflösungsprozesses, und wer das vergißt, vergißt den Kern der Dinge.

In seinem Tagebuch sagt der Autor, es gebe eben kein geschichtliches Beispiel, wo "ein solch mächtiges Paktsystem und Empire kampflos zusammengebrochen" sei (S. 274). Der Irrtum liegt bereits in der tatsächlichen Voraussetzung. Als die 'Gorbatschowisten' ihre außenpolitischen Ideen zu entwickeln begannen, gab es schon seit geraumer Zeit kein "mächtiges Paktsystem" mehr. Die Sowjetunion hatte - aus mancherlei historischen und aktuellen Gründen - kaum noch einen verlässlichen Partner im Warschauer Pakt. Militärisch mächtig war allein die Union. Wie lange konnte und sollte sie eine "Schutzmachtfunktion" aufrechterhalten, die von einem breiten Teil der Volksmassen in diesen Ländern, teils auch schon von ihren Regierungen abgelehnt wurde? Was war ein Pakt wert, in dem die Verbündeten - militärisch und politisch - inzwischen eher zu einem Risiko als zu einer Stütze für die sowjetische Sicherheit geworden waren? Für wen hätte die Sowjetunion den "Kampf" aufnehmen sollen - für Regierungen und Parteien, die in ihren Ländern bereits das Vertrauen verloren und den "Kampf" selbst aufgegeben hatten? Hätten sich die 'Gorbatschowisten' denen aufdrängen sollen, die - wie die Führungen in der DDR oder der CSSR - dem sowjetischen Reformkurs mißtrauisch bis feindselig gegenüberstanden und die jede Notwendigkeit eigener tiefgehender Reformen ablehnten?

Und welchen "Kampf" hätte man aufnehmen sollen oder auch nur können, eingedenk der historischen Erfahrungen von 1956 oder 1968, angesichts der eigenen Existenzkrise und der allgemeinen Verurteilung des Afghanistan-Engagements in der sowjetischen Bevölkerung? Jede Intervention war nicht nur politisch fragwürdig und nicht vereinbar mit den selbst verkündeten Grundsätzen über die Beziehungen zu den anderen sozialistischen Ländern. Sie war auch unvereinbar mit der Notwendigkeit, dem Perestrojkaprozess friedliche Bedingungen nach außen zu sichern. Heinz Jung sagt mit vollem Recht (S. 80), Prag habe die Lektion von 1968 nicht beherzigt

und die verflossenen 21 Jahre nicht genutzt. Warum hätten die 'Gorbatschowisten' diejenigen 'retten' sollen, die selbst jetzt nicht Willens waren, den einzigen Weg der eigenen Rettung - den radikaler Reformen - einzuschlagen?

Alle diese Fragen gelten auch für die Stellung der 'Gorbatschowisten' gegenüber der DDR und ihrem Auflösungsprozeß. An der Deutschlandpolitik der Gorbatschow und Schewardnadse 1989 und 1990 gibt es nicht wenig zu kritisieren. Als Mitbetroffene haben deutsche Antifaschisten und Sozialisten, ja alle Deutschen, die dem Großmachtstreben und den Großmachtträumen ihrer Herrscher zu mißtrauen gelernt haben, ihre Fragen und Zweifel. Das gilt besonders für den Verzicht auf die Möglichkeit einer Konföderation; für die Chance einer allmählichen, gesteuerten Entwicklung zu einem gemeinsamen Wirtschaftsgebiet; für die Einbringung progressiver Institutionen und Verfassungsgrundsätze aus der Periode des DDR-Runden-Tisches; für die militärische Neutralität usw. Doch ändert das leider nichts an der Ausgangssituation, in der sich die 'Gorbatschowisten' im Falle der DDR denselben Problemen gegenübersehen wie in Polen, Ungarn oder der Tschechoslowakei. Wie hätten sie die 'Rettung' derer übernehmen sollen, die den allein möglichen politischen Weg einer solchen 'Rettung' seit 1985, als er vielleicht noch mit eigenen Kräften, eigenen Mitteln und eigenen Ideen möglich gewesen wäre - sagen wir als "Perestroika in den Farben der DDR" - auf keinen Fall gehen wollten? Zu einer Zeit, da die Massenbasis der bisherigen Staatsmacht weitgehend geschwunden, das Vertrauen in die SED fast völlig erschüttert, die Rückwirkungen außerpolitischer Natur für sie selbst unberechenbar geworden waren: Was sollten und konnten die Sowjets da noch tun?

Es geht um die objektiven Bedingungen sowjetischer Außenpolitik, und ich scheue mich nicht, bis zur Ermüdung zu wiederholen: der Kern der Gorbatschow'schen Rückzüge war die Schwäche der Sowjetunion, die die 'Gorbatschowisten' geerbt und nicht verschuldet hatten, und daran kamen auch die Militärs nicht vorbei. Hierin liegt auch die Berechtigung eines begrenzten Vergleichs mit der Zeit des Brester Friedens (Januar-März 1918). Alle Vergleiche hinken - das ist so wahr, daß es schon wieder eine Banalität ist. Vernünftige Analogien beziehen sich daher auf wichtige Aspekte, Momente, Elemente historischer Situationen. Was mit 1918 verglichen werden kann (auf anderem Niveau und unter anderen Bedingungen), ist die extreme Schwächelage, die jede auf Selbstbetrug oder Selbstberuhigung basierende Analyse des Kräfteverhältnisses gegenüber dem Gegner, jedes Ausweichen vor der nüchternen Bilanz zu einem katastrophalen Abenteuer hätte werden lassen. 1918 waren es die vom Erfolg der Revolution berauschten Romantiker, die glaubten, durch Wunschdenken die brutalen Tatsachen heroisch negieren zu können, und die so das Schicksal der Sowjets der von Lenin so bitter geißelten "revolutionären Phrase" geopfert hätten. Nach 1985 konnte in der Sowjetunion nur die entgegengesetzte Art von Romantik aufkommen, die machtpolitisch-konservative, die

aber selbst unter den Militärs nur einen sehr begrenzten Einfluß erlangte, weil allen nüchternen Urteilenden klar war, daß es eine reale Alternative zur Grundorientierung (nicht zu allen einzelnen Schritten) der 'gorbatschowistischen' Außenpolitik nicht gab.

7. Die für die antiimperialistische Linke überall in der Welt schmerzhafteste Wirkung der sowjetischen Schwäche und ihrer Folgen in der Außenpolitik ist die Einschränkung der praktischen Hilfe und Unterstützung für antiimperialistische Länder und Bewegungen. Wenn der bisher stärkste antiimperialistische Faktor in der Welt selbst in eine Existenzkrise gerät, wenn die sozialistischen Nachbarn als Verbündete ausscheiden und den Weg kapitalistischer Restauration beschreiten, dann mußte das unvermeidlich negative Auswirkungen auf die Länder der "Dritten Welt" und die antiimperialistischen Bewegungen haben, die der UdSSR und anderen RGW-Ländern am nächsten standen. Die Hilfe und Solidarität für sie, vor allem für diejenigen unter ihnen, die einen nichtkapitalistischen Entwicklungsweg eingeschlagen hatten, war zweifellos eines der bedeutenden Verdienste der Sowjetunion und anderer sozialistischer Länder. Und sie war ein wichtiger Faktor im Kampf gegen neokoloniale Unterwerfung, gegen Rassismus und Apartheid, gegen imperialistische Abenteuer. Jede Einschränkung vor allem der ökonomischen Unterstützung durch die Sowjetunion ist ein Rückschritt. Doch sollte sich die notwendige marxistische Kritik von außen vor zwei Fehlern hüten: a) die "Komsomolskaja Prawda" mit Gorbatschow und der sowjetischen Regierung zu verwechseln; b) die vergangene Haltung der sowjetischen Politik zu antiimperialistischen Regierungen und Bewegungen zu idealisieren. Die "Komsomolskaja Prawda" wurde wegen antikubanischer Hetze in Kuba verboten zu einer Zeit, als Anfang Januar das sowjetisch-kubanische Wirtschaftsabkommen für 1991 unterzeichnet wurde, das nahezu alles bei den früheren günstigen Bedingungen für Kuba beläßt.

Die alte Politik gegenüber den Ländern Asiens, Lateinamerikas und Afrikas beruhte auf einer viel zu einfachen Interpretation der sowjetischen Weltmachtrolle: man glaubte, überall sein zu müssen (und sein zu können), wo auch die Amerikaner waren. Der - in der Hauptursache militärischen - Hilfe lag der sehr undifferenzierte Leitsatz zugrunde (so alt und ehrwürdig wie die Geschichte der Staaten): der Feind meiner Feinde ist mein Freund. Das hatte zwei verhängnisvolle Folgen: es überforderte einmal die Kräfte der Sowjetunion ganz gewaltig und trug in nicht geringem Maße zur ständigen Ausweitung und Aufblähung des militärisch-industriellen Komplexes bei, der die inneren Reserven des Landes aufzog. Andererseits führte es zum Verzicht auf jede ernste, wirklich kritische Prüfung derer, die man unterstützte. So half man nicht selten Regimes, Herrschern, Führungsgruppen, die im Innern die engagiertesten antiimperialistischen Kräfte, die Kommunisten, mit blutigem Terror verfolgten.

Die entscheidende Schwäche der sowjetischen Solidarität mit den antiimperialistischen Ländern und Bewegungen aber resultierte aus den eigenen, sehr begrenzten ökonomischen und finanziellen Möglichkeiten, was viele der fortschrittlichsten hilfsbedürftigen Länder zwang, praktische wirtschaftliche Unterstützung in der reichen kapitalistischen Welt zu suchen. Lange vor Gorbatschow stand die Sowjetunion vor den nur in einem komplizierten Umwertungsprozeß zu beantwortenden Fragen: Wem hilft man? Mit welchen Mitteln hilft man? Was kann man den eigenen Völkern an Opfern zumuten? Was läßt sich tun, um die Hilfe zu einem vorrangigen Thema in den Vereinten Nationen zu machen? Sicher haben die 'Gorbatschowisten' auf diese Fragen keine befriedigenden Antworten gegeben, doch kennen wir auch von anderen Strömungen in der SU keine besseren, allenfalls weit schlimmere Antworten. Daß sich die grundlegende Schwäche der Sowjet-Union zu Lasten aller antiimperialistischen Kräfte auswirken mußte, gehört sicher zu den schmerzlichsten Folgen, nur muß man auch das denen anlasten, die über mehr als ein, zwei Jahrzehnte das Land in diese Lage gebracht haben.

8. Meine Anmerkungen zur innenpolitischen Entwicklung der Sowjetunion und der Kritik Heinz Jungs an den Ideen wie am Handeln der 'Gorbatschowisten' auf diesem Feld können viel kürzer gehalten werden, da ich hier weit mehr mit den Auffassungen des Autors übereinstimme. Zwar glaube ich auch zu diesen Fragen, daß er die objektive Ausgangslage, die 1984/85 und danach für Gorbatschow und seine Berater gegeben war und die im Tagebuch an verschiedenen Stellen mit strengem Realismus festgehalten ist, dann außer Acht läßt, wenn er Kritik an denen übt, die nun nach Auswegen suchen mußten. Doch würde ich - in der großen Richtung - vielen der wichtigsten Punkte in der Kritik Heinz Jungs zustimmen. Nur glaube ich, daß es wie bei den außenpolitischen Problemen, auch in den inneren politischen einen methodischen Bruch gibt und zwar einen umgekehrten: berücksichtigt der Verfasser in den internationalen Fragen die objektiven Voraussetzungen zu wenig oder streicht sie aus seinen Schlußfolgerungen, so sagt er uns bei den inneren Fragen nicht, wo denn die subjektiven Kräfte hätten gefunden werden sollen, die den absolut notwendigen Reformkurs eingeschlagen, aber die Fehler der 'Gorbatschowisten' vermieden hätten. Man muß annehmen, daß er sie ebensowenig kennt wie wir anderen.

Daß 'Gorbatschow und seine Berater mit der Demokratisierung und mit Glasnost begannen, war wohl unvermeidlich. Ohne die Freiheit der politischen Meinung und Diskussion; ohne lebendige Öffentlichkeit und breiten Diskurs über die riesigen Schwierigkeiten, die sich angestaut hatten; ohne selbstkritische Überwindung der stalinistischen Überbleibsel, ohne den Versuch, rechtsstaatliche Verhältnisse und demokratische Repräsentativkörperschaften zu schaffen, die diesen Namen verdienten, konnte ein radikaler Umbruch, eine "Revolution von oben" nicht gelingen. Für äußere

Beobachter, soweit sie sich als Marxisten verstanden, ergaben sich die Zweifel in einer Richtung, die den Charakter des Demokratisierungsprozesses und die Möglichkeiten seiner Beeinflussung betrafen. In der ersten Periode der "Perestroika" und nach den frühen programmatischen Äußerungen konnte man hoffen, daß eine Renaissance der Räteidee im Lenin'schen Sinne angestrebt würde. Es zeigte sich aber bald, daß ein Kurs auf parlamentarisch-repräsentative Körperschaften sich durchsetzte und amerikanisch-westeuropäische Vorbilder in den Vordergrund rückten.

Dafür gab es gewiß Gründe, denn nach einer mehr als sechzigjährigen Zeit der Versteinerung und einer gründlichen Diskreditierung der Sowjetidee, die nur noch identifiziert wurde mit bürokratischer Herrschaft, war ihre Wiederbelebung wahrscheinlich illusorisch. Basisdemokratie lebt von Masseninteresse, Masseninitiative und Massenenthusiasmus. Die aber wären nur erreichbar gewesen bei spürbaren wirtschaftlichen und sozialen Verbesserungen. So blieb die Resonanz des demokratischen Reformprozesses auf die Intelligenz und ihr nahestehende Angestelltenschichten beschränkt. Von Anfang an rächte sich damit an den 'Gorbatschowisten', daß die wirtschaftlichen und sozialen Probleme nicht sofort an den ersten Platz aller Perestroikabemühungen gesetzt worden waren. Als breitere Teile der Arbeiterklasse in die politische Bewegung hineingezogen wurden, da geschah dies bereits in der Gefolgschaft der Populisten und Demagogen, als Ausdruck sozialen Protests gegen die wachsenden ökonomischen Schwierigkeiten.

Sicher haben die 'Gorbatschowisten' auch in anderer Hinsicht zu lange gezögert: so in einer klaren Stellung zum Mehrparteiensystem und zur Neuformulierung der Rolle der KPdSU; in einer eigenen Initiative zur Sammlung und Einbindung der reformwilligen Kräfte unterschiedlicher Richtung, die allein populistischer Demagogie und Abenteuerertum das Wasser hätte abgraben können, nicht zuletzt in der nationalen Frage.

Heinz Jung sagt zu Recht, daß die 'Gorbatschowisten' 'Schleusenöffner' gewesen wären, die allerdings nicht überblickt hätten, welchen Wassermassen sie den Lauf freigaben (S. 195). Dazu wäre hinzuzufügen: die Schleusen wurden vom Politbüro der KPdSU selbst geöffnet, das Gorbatschow wählte und sein Konzept im April 1985; doch wäre jeder ernste Reformansatz und jeder Reforminitiator in dieselben Lager geraten, das war unvermeidbar. Die Illusion, die Entwicklung des Reformprozesses mit Hilfe einer reformierten Partei, in der die Führungskader auf allen Ebenen "umdenken", einen neuen Arbeitsstil entwickeln, in das offene Gespräch mit den Massen eintreten, unten Initiative wecken, die Partei selbst demokratisch umstrukturieren würden, war gewiß nicht ein Monopol der 'Gorbatschowisten'. Es war eine historische Situation eingetreten, in der niemand eine auch nur annähernd richtige Einschätzung der kommenden Probleme haben konnte. Dazu war viel zu vieles zugedeckt und verdrängt

worden, hatte sich zu viel Ungelöstes und nur in längeren Zeiträumen Lösbares angestaut.

Nimmt man die gegenwärtig in der Sowjetunion wirkenden Hauptströmungen, soweit dies aus sowjetischen und hiesigen Presseorganen abzulesen ist, so scheint es mir aber noch immer so zu sein, daß bei all ihren schweren innenpolitischen Fehlern und Unterlassungen - a) eine Rettung des Zusammenhalts zumindest des größten Teils der Sowjetunion - ihrer slawischen Kernländer und einiger der asiatischen Republiken -; b) die Vermeidung eines Bürgerkriegs und des totalen politischen Chaos; c) die Überwindung der schlimmsten Aspekte des Wirtschaftsverfalls und die Sicherung der elementaren Versorgungsfragen; d) die Bewahrung einer gewissen Substanz sozialistischer Eigentumsformen und ökonomischer Steuerungs- und Planungsmöglichkeiten am ehesten noch durch die Gorbatschowisten, vor allem durch den Präsidenten und die Ausnutzung seiner Vollmachten erreichbar sind.

Es hat sich offenbar in der Sowjetunion, seit dem Tagebuch von Heinz Jung und seit dem Erscheinen seines Artikels im letzten Heft von "Z", eine Verlagerung der politischen Kräfte vollzogen, die zu einer Annäherung der 'Gorbatschowisten' und des gemäßigt-konservativen Flügels in Partei, Militär und den Sicherheitskräften geführt hat. Vieles weist darauf hin, und es ist eine logische Folge einer Krisenzuspitzung. Auf der anderen Seite hat die eindeutig bürgerlich-restaurative Strömung der "radikalen Reformen", nimmt man die Bergarbeiterstreiks als Gradmesser, da sie, wie die Populisten überall, in der Lage sind, allen alles zu versprechen, an Zulauf vor allem in den Großstädten gewonnen. Die herausfordernde Sprache Jelzins und seiner Anhänger ist Ausdruck eines verschärften Machtkampfes, der schon in Kürze zur Explosion führen kann. Möglicherweise ist dieses Urteil nur ein Reflex der hiesigen Medienberichterstattung, aber alle Krisenmomente deuten auf eine Notstandssituation. In Ländern mit parlamentarischer Tradition wäre eine nationale Koalition an der Tagesordnung, und man muß sich schon fragen, ob zur Rettung der Existenz nicht auch in der Sowjetunion eine Koalition des Zentrums, der gemäßigten Konservativen aus dem Parteiapparat, dem Militär und den Sicherheitsorganen sowie der gemäßigten Kräfte bei den "radikalen Reformern", falls es sie gibt, nicht der einzig verbliebene Weg ist, einen friedlichen Ausweg zu finden.

9. Was Heinz Jung über die Ökonomie, sowohl über die wirtschaftlichen Probleme als Grundursache aller sozialistischen Zusammenbrüche wie über die theoretisch-historischen Perspektiven sozialistischer Erneuerung sagt, gehört zum Besten und Gedankenreichsten, was - soweit ich die Literatur kenne -, überhaupt zu diesem Thema bisher geschrieben wurde. Soweit die 'Gorbatschowisten' und ihre Ziele auf ökonomischem Gebiet in Betracht kommen, soweit ihre Vorschläge und Maßnahmen bisher mehr sind als pragmatische Richtlinien für einen kürzeren Übergang, so meine ich allerdings (oder hoffe ich es?), daß er sie falsch

beurteilt. (Da teile ich eher den von Peter Heß, wenn ich nicht irre in der Zeitschrift 'Utopie kreativ', vertretenen etwas optimistischeren Standpunkt.) Über die objektive Ausgangslage kann es hier Differenzen kaum geben. Heinz Jung schreibt (S. 76), es sei die "Auf- und Übernahme eines offenkundig desolaten Unternehmens gewesen", und ein Mann wie Gorbatschow wäre nie an die Macht gekommen, "wenn nicht die Möglichkeiten im Rahmen des Alten total aufgebraucht gewesen wären".

Das erklärt auch den Marktenthusiasmus, ja Markt fetischismus fast aller theoretischen wie praktischen sowjetischen Ökonomen und Technokraten. Da keiner der wirtschaftlichen Reformversuche nach dem XX. Parteitag, besonders der in der Mitte der sechziger Jahre, gefruchtet hatte, war im Grunde bei den ökonomischen "Experten", die Berater Gorbatschows inbegriffen, jede Hoffnung auf eine Reform unter sozialistischen Vorzeichen geschwunden. Die Unterschiede zwischen den äußersten "Reformern" wie Schatalin und den Gorbatschow näherstehenden Beratern schienen - oder sind auch - gradueller, nicht tiefergehender Natur. Die Schatalins wollen die brutale neoliberale Marktvariante, die anderen eine gemäßigte, vorsichtigere, an der Sozialdemokratie orientierte Variante.

Wir müssen uns in diesem Zusammenhang die geschichtlichen Bedingungen dieser theoretisch-ideologischen Flucht klarmachen. Der Mißerfolg des bisherigen Sozialismus mußte - auch in der Theorie - zum Erfolg des Kapitalismus werden. In ihren philosophischen Grundkursen hatten die sowjetischen Ökonomen, wie die gesamte Intelligenz, stets vernommen, wichtigstes erkenntnistheoretisches Kriterium der Wahrheit sei die gesellschaftliche Praxis des Menschen. Die ökonomische Überlegenheit der entwickelten kapitalistischen Länder war praktisch so überzeugend, daß es nahe lag, alle ererbten historischen Rückstände ebenso außer Acht zu lassen wie die Rüstungslasten, und in die bewundernden Lobgesänge auf den Markt einzustimmen.

In der Ökonomie - wie in der Demokratie - ist der Sozialismus eine Hypothese geblieben, deren positiver Beweis noch aussteht. Ich hatte mich deshalb schon im September 1989 (in einem UZ-Interview) nicht gescheut, zu sagen, wir seien in praktischer Hinsicht auf die Ideale der frühen Arbeiterbewegung zurückgeworfen. Die historische "Notwendigkeit" des Sozialismus (im Sinne des "Wendens realer Not") ist in der Hauptsache negativ, kapitalismuskritisch, aus den Unmenschlichkeiten, Zerstörungen, Vergeudungen, Ungerechtigkeiten der Profitgesellschaft bestimmbar, kaum noch, allenfalls aus ersten, vielversprechenden Ansätzen, aus positiv-sozialistischer Realität. Der Enthusiasmus für den Markt, das Mißtrauen gegen das bisherige Sozialismusmodell gerade in der Ökonomie, hat also tiefe reale Wurzeln. Sozialistische Begründungen oder Optionen irgendeiner Art haben gegenwärtig in der sowjetischen Ökonomie keinerlei Überzeugungskraft, basieren nicht auf Effizienz, Innovationsfähigkeit, technologischem Fortschritt oder Erfolgen in der

Versorgung mit Konsumgütern, sondern fast ausschließlich auf sozialen und sozialetischen Motiven.

Mit alledem will ich nur sagen, daß diejenigen, die an einer Grundsubstanz sozialistischer Eigentumsverhältnisse und Planungsmechanismen festhalten wollen (dazu würde ich aber immer noch Gorbatschow, die Regierung und einige der jetzigen Berater zählen) fast nur auf Tradition, auf Befürchtungen sozialer Natur, auf Bewahren des Gewohnten, auch auf Interessen nicht unbedingt beweglicher und reformwilliger Kräfte zählen können. Ich bin kein ökonomischer Experte, aber es gibt meines Erachtens keinen Grund, sich vor Marktelementen in einer Übergangswirtschaft, die sozialistische Elemente der genannten Art aufrechterhält, zu fürchten. Warum sollten der Union, den Republiken, den Regionen, den Stadtgemeinden, den Belegschaften und Genossenschaften nicht Unternehmen gehören, die miteinander konkurrieren und in großer Selbständigkeit wirtschaften, und zwar nicht nur Industriebetriebe, sondern auch Forschungsinstitute, Labors, Konstruktionsbüros etc.? Auch kapitalistische Konzernunternehmen haben keine Schrecken, wenn eine gesellschaftliche Kontrolle gesichert wird, man dadurch schneller Anschluß an die technologische Entwicklung findet und eine bessere Versorgung mit Konsumgütern erreicht. Wie 1918 und danach, als Lenin den sowjetischen Kommunisten verständlich zu machen suchte, daß Staatskapitalismus in einer rückständigen Ökonomie ein Fortschritt und nichts sei, was man fürchten müsse, wird alles davon abhängen, ob die sowjetische Gesellschaft sich ein solches Maß an Eigentums- wie an Kontrollrechten sichern kann, das ihr ermöglicht, die grundlegende Entwicklungsrichtung und die Rahmenbedingungen zu bestimmen.

Vielleicht ist das längst nur Wunschdenken, und die 'Gorbatschowisten' haben ganz andere Pläne, die - wie Heinz Jung meint - auf Ausverkauf und Kapitulation hinauslaufen. Es mag sein, daß die ökonomischen Berater die Dinge bereits so beurteilen, daß Milliardenkredite, Hilfe des Internationalen Währungsfonds, Lizenzen, Joint Ventures, Niederlassungen ausländischer Konzerne nicht ausreichen zur Sanierung der sowjetischen Wirtschaft und daß totale Kapitulation und Ausverkauf bereits beschlossene Sache sind. Wir wissen es nicht, soweit Gorbatschow und seine Anhänger im engeren Sinne in Betracht kommen. Die angeblich "linken" Reformer wollen es. Daß die sowjetische Ökonomie viel äußere Hilfe braucht; daß diese Hilfe nur von den reichen kapitalistischen Ländern und den großen internationalen Konzernen kommen kann; daß dies unvermeidlich Abhängigkeit, vielleicht auch starke Abhängigkeit bringen muß, liegt auf der Hand. Ob diese Abhängigkeit - bei einem so großen Land, mit so gewaltigen Rohstoffreichtümern und zukünftigen Potenzen - tatsächlich zum Ausverkauf führen muß, wissen wir nicht, und das liegt wohl noch immer in der Entscheidung derer, die in der UdSSR die Oberhand gewinnen werden. Doch würde ich Gorbatschow selbst jetzt "the benefit of the doubt" - die Gunst des Zweifels - zugestehen.

PapyRossa

Frühjahr

1991



Eckart Spoo (Hg.)
KohlZeit
Neudeutschland und sein Kanzler
180 Seiten, DM 18.- ISBN 3-89438-013-6

Neuerscheinungen

**Arbeitsgruppe Alternative
Wirtschaftspolitik**
MEMORANDUM '91
Gegen Massenarbeitslosigkeit
und Chaos - Aufbaupolitik in
Ostdeutschland
240 Seiten, DM 24.-
ISBN 3-89438-014-4

Jörg Wollenberg (Hg.)
Von der Hoffnung aller Deutschen
Wie die BRD entstand
1945 bis 1949
373 Seiten, DM 28.-
ISBN 3-89438-016-0

Neuauflagen

Georg Fülberth
Leitfaden durch die Geschichte
der Bundesrepublik
170 Seiten, DM 16.-
ISBN 3-89438-017-9

Bernd Müllender/Peter Vermeulen
Nicht mehr mit uns!
Reservisten verweigern
4., auf den neuesten Stand gebrachte Aufl. '91
208 S., DM 18.- ISBN 3-89438-020-9

Winfried Schwaborn/Bernd Müllender
Handbuch für Kriegsdienstverweigerer
12., aktualisierte u. erweiterte Auflage '91
220 S., DM 12,80 ISBN 3-89438-024-1

Verbilligt noch lieferbar

Jan Brauns
Handbuch für Zivildienstleistende
196 S., DM 6.- ISBN 3-89438 318-6

Jonas Müller/Detlev Thiesen
Handbuch für Wehrpflichtige
Von A wie AIDS bis Z wie Zurückstellung
411 S., DM 15.- ISBN 3-89438 299-6

Bezug über Ihre Buchhandlung oder (zuzügl. Versandkosten) direkt bei

PapyRossa Verlag Petersbergstr. 4 5000 Köln 41

Kritik am Fordismus-Konzept

Joachim Bischoff, Richard Detje: *Massengesellschaft und Individualität (Krise des "Fordismus" und die Strategie der Linken)*, VSA-Verlag, Hamburg 1989, 184 S., DM 19,80.

Diese Schrift erschien noch vor dem 'crash' des Sozialismus und konnte deshalb auch noch nicht die entsprechenden Fragestellungen für die Analyse des BRD-Kapitalismus und die Entwicklung einer Alternative der Linken aufnehmen. Trotzdem verdient sie es, nach wie vor zur Kenntnis genommen zu werden, bietet sie doch einen guten Einstieg zur Auseinandersetzung mit der Frage, was denn nun mit der Durchsetzung der konservativen Wendepolitik seit Ende der 70er Jahre in den Metropolen des Kapitalismus geschehen ist. Die damit entstandenen Bedingungen dürften wohl auch für den postsozialistischen Kapitalismus von heute bestimmend sein.

In erster Linie geht es den Autoren, beide ausgewiesene Experten der Sozialistischen Studiengruppen (SOST), um eine Aufarbeitung des Fordismus-Konzepts und um eine Kritik an den von Joachim Hirsch und Roland Roth entwickelten und dargelegten Positionen. Deren Buch "Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Postfordismus" war 1986 ebenfalls im VSA-Verlag erschienen.

In Anlehnung vor allem an die französische Regulationsschule, deren Konzeption in der Vergangenheit vor allem in der Zeitschrift

PROKLA vorgestellt und erörtert worden war, hatten sie das Konzept sich ablösender Formationen auf dem Boden der kapitalistischen Produktionsweise für die Interpretation der jüngeren Entwicklung angewendet. In dieser Optik hatte sich nach dem 2. Weltkrieg in den kapitalistischen Metropolen die Formation des Fordismus - geprägt durch Massenproduktion, den Massenarbeiter, Massenkonsum, Massenkultur, Institutionalisierung der Klassenbeziehungen und -konflikte, keynesianisches Interventionsregime und Sozialstaat usw. - allgemein durchgesetzt, worin sich auch die Hegemonie des US-Imperialismus ausdrückte. Dieses relativ stabile Regime der Reproduktion und Regulierung geriet Mitte der 70er Jahre in die offene Krise, mit der sich der Übergang zu einer postfordistischen Formation ankündigte. Dieser Prozeß ist bis zur Gegenwart noch nicht abgeschlossen, d.h. die postfordistische Formation ist erst in den Konturen sichtbar. Auf jeden Fall geht es, in der Sicht der Autoren, um eine neue flexibilisierte Arbeitsweise, die Differenzierung der Arbeitskräfte, die Freisetzung eines Individualisierungsschubs gekoppelt mit pluralisierten Lebensstilen usw., die Aufhebung des sozialstaatlichen Klassenkompromisses, die Durchsetzung einer neuen Weise der Regulation der ökonomischen und sozialen Beziehungen. Als Ferment dieses Umbruchs, die gleichzeitig eine progressive Perspektive verkörpern, erscheinen die neuen sozialen Be-

wegungen, während Arbeiterbewegung und Gewerkschaften als Relikte des vorfordistischen Kapitalismus endgültig auf die Abgangsstraße gedrängt bzw. voll der etatistischen Institutionalisierung unterworfen werden. So könnte in aller Kürze die Position von Hirsch/Roth, mit der sich vor allem die Autoren der vorliegenden Schrift auseinandersetzen, skizziert werden.

Auf den ersten Blick sind mit dem Begriff Fordismus und seiner Verwendung meist Irritationen verbunden, lag doch die Durchsetzung dieser "Produktionsweise" schon in den 20er Jahren und ihr Kernstück war das Fließband und die tayloristische Rationalisierung. Das galt nicht nur für die USA. Wenn man jene Zeit als vorfordistische Formation bezeichnet, ist dies natürlich fragwürdig. Tatsächlich wird der Begriff Fordismus für jene Periode in der marxistischen Tradition oder Richtung von Antonio Gramsci verwendet, mitunter analog zu Amerikanisierung. Und er knüpft hier nicht zuletzt auch an der Beurteilung des Taylorismus durch W.I. Lenin an. Die Periodisierung und Begriffsbildung bei Hirsch/Roth ist also etwas unklar und sie dienen wohl auch in erster Linie dazu, einen Zugang zum Verständnis der Veränderungen, des "neuen Gesichts" des Kapitalismus seit Mitte der 70er Jahre zu schaffen.

Es verwundert nicht, daß Bischoff/Detje der Periodisierung ablehnend gegenüberstehen. Dies betrifft bei ihnen generell ein historisierendes Verständnis der

kapitalistischen Produktionsweise und eine entsprechende Stadien- oder Etappenbildung und galt auch für die Konzeption des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Zusammenfassend schreiben sie: "Hinter der These von der 'fordistischen Entwicklungsphase' steht eine fixe Idee, die freilich mit den Analysen von Gramsci zum Fordismus und Amerikanismus nicht mehr viel zu tun hat. Lebenswelten und Kultur dieses Entwicklungsstadiums seien bestimmt durch das Gesetz der großen Zahl, die Anonymisierung und Homogenisierung des Individuums zu einem Durchschnittsindividuum in der sogenannten Massengesellschaft; die populäre Verlängerung dieser These lautet nun, daß in der Gegenwart die Individualisierung und Pluralisierung von Lebenswelten und -stilen festzustellen sei." (74) Die "Verknüpfung von Massenproduktion mit einer bestimmten Erscheinung von Lebensstilen und Alltagsverhältnissen" sei "nicht zulässig". (74) Gegen die Formationskonzeption im Sinne der Regulationsschule setzen Bischoff/Detje die Prämisse, daß die kapitalistische Produktionsweise "eine fortwährende und sich wiederholende Umwälzung in den technologischen und organisatorischen Strukturen des Arbeitsprozesses" bedinge (74), weshalb dann auch für sie Formationsbildungen mit dieser Begründung bzw. qualitative Umschwünge im Rahmen des Kapitalismus entfallen. Freilich müssen sie auch konstatieren, daß bei Gramsci mit der Kategorie des

historischen Blocks ebenfalls ein Wechsel der Formationen festgehalten ist. Dies sehen sie allerdings durch andere Zusammenhänge begründet.

Im ersten Teil ihrer Schrift setzen sie sich mit dem Fordismuskonzept auf einer theoretisch-argumentativen Ebene auseinander. Ihr Haupteinwand: dieses löse seinen Anspruch nach nichtökonomischer und nichtreduktionistischer Vermittlung von Produktionsprozeß und Lebensverhältnissen nicht ein. Faktisch werde der Taylorismus deterministisch auf die Konsumsphäre übertragen. Damit könne man die dann eintretende Pluralisierung der Lebensstile und Schichtung nach Lebenslagen nicht erklären. Demgegenüber verweisen sie auf die Charakteristik der Lohnarbeit auch für den "Massenarbeiter", in der die Differenzierung schon angelegt sei, und zwar für alle Perioden kapitalistischer Entwicklung: "Es macht gerade die Dimension der Lohnarbeit als vermitteltem Herrschaftsverhältnis aus, daß die Vorstellung der freien Selbstbestimmung und die Entscheidung über die persönlichen Bedürfnisse ein wesentliches Element der zivilisatorischen Wirkung des Kapitals einschließt." (34)

Für Ökonomismus halten sie auch eine Interpretation des politischen Überbaus bzw. dann des "Sozialstaates", wonach dieser der "Sicherung der fordistischen Akkumulationsweise" diene. (34) Diese Kritik ist zumindest übertrieben, da dies vom Standpunkt des Reproduktionsprozesses ja

tatsächlich seine Funktion ist, welche Triebkräfte auch bei seiner Herausbildung Pate standen.

Zentral für ihre Argumentation sind die Erörterungen Gramscis zum Fordismus. "Ihm geht es darum, zu begründen, warum über die Durchsetzung einer neuen Produktions- und Konsumtionsstruktur weder deren technische Effizienz noch die Einbindung der mit ihr befaßten Lohnarbeiter entscheiden, sondern das vorhandene ökonomisch-soziale Milieu eines Landes und das damit gegebene gesellschaftliche Kräfteverhältnis." (39) Milieu und Kräfteverhältnis werden dementsprechend für sie zu den Schlüsselbegriffen für die Durchsetzung neuer Betriebsweisen, Lebensverhältnisse usw. Nur damit ließe sich erklären, ob ein neuer Rationalitätstypus der Produktion, eben der Fordismus, zum Fixpunkt der Entwicklung werden könne oder nicht.

Für Gramsci war seinerzeit die zentrale Frage, warum sich in den USA der fordistische Industrialismus durchgesetzt habe und in Italien nicht. Und bei der Erklärung stehen die genannten Kategorien im Zentrum. In dieser Sicht erschien auch schon damals der kulturkritische Massengesellschaftsdiskurs als "Untergangsmythos von Teilen der Intelligenz". (46) Bischoff/Detje meinen, daß Gramsci völlig auf den Kopf gestellt werde, "wenn von einer direkten Anpassung der Lebensweise an die neue Produktionsstruktur gesprochen wird". (48) Per Saldo ist für sie im Kontext mit Gramsci eine Verallge-

meinerung beschleunigter Kapitalakkumulation nur über einen neuen hegemonialen Block aller in die Produktion eingebundenen Kräfte möglich. Hieraus ergeben sich für sie auch Anregungen für Alternativprogramme heute, wobei es dann freilich immer um die Kräfteverhältnisse innerhalb des Modernisierungsblocks geht.

Gramsci hatte die Rückständigkeit Italiens vor allem aus dem Bleigewicht parasitärer Schichten, Sedimenten der Vergangenheit, die sich vor allem im Bereich der öffentlichen (der Gesellschaft aufgezungenen) Dienste abgesetzt hatten, begründet. Und weil dieses historische Milieu für die USA nicht gegeben war, "konnte sie mit wachsender gesellschaftlicher Akzeptanz der technologischen Neuerungen und der Hegemonie bestimmter Wertorientierungen eine "fordistische" Konsumtions- und Lebensweise verallgemeinern". (52)

Sie werfen vor allem im zweiten Teil ihrer Untersuchung, im empirisch-analytischen Teil, die Frage auf, ob es Zusammenhänge zwischen der konservativen Wendepolitik heute und "parasitären Sedimenten" gebe. Die konservative Apologetik weist dabei ja bis heute auf das Sozialsystem hin und begründet damit die Notwendigkeit zur Aufkündigung des "asymmetrischen sozialstaatlichen Klassenkompromisses". Dies wird durch die realen Verhältnisse nicht gedeckt, setzt sich freilich als gesellschaftspolitische Linie durch. Mit der Anwendung des Äquivalenz-Prinzips würden nun die "Ungleichheiten im System des

gleichen Rechtes" auf die Spitze getrieben (117). Dem müsse das Prinzip der gesellschaftlichen Gestaltung entgegengestellt werden. Der tatsächliche Parasitismus sei demgegenüber in der Sphäre des Finanzkapitals, des Staatsschuldtransfers, des ökonomischen Subventionswesens usw. zu orten.

Aus ihrer Untersuchung der empirischen Realität der BRD ergibt sich vor allem, daß zentrale Thesen zur Charakteristik einer postfordistischen Periode oder Formation nicht zu verifizieren sind. So erweise sich die These vom Ende der Massenproduktion als "Mär". (65) "Von einem Übergang zu einer "flexiblen Spezialisierung" als dominante Produktionsstruktur kann keine Rede sein." (72) War der "Massenarbeiter" des Fordismus eine "Fiktion", dann stellt sich auch die Differenzierung im Postfordismus in einem anderen Lichte dar. Ebenfalls sei die These vom Standardprodukt der Massenfertigung ungenau. Vielmehr gehe es in der Realität um die Überführung der ehemaligen Luxusgüter in den Alltagsgebrauch.

Vor allem stellen sie jedoch die These von einer neuen "Hyperindustrialisierung" in Frage: "Nicht weitere Errungenschaften und Widersprüche einer Hyperindustrialisierung stehen im Zentrum der gesellschaftlichen Entwicklung und Auseinandersetzung, sondern die Ausgestaltung des Dienstleistungssystems der entwickelten kapitalistischen Metropolen." (78) Für die BRD müsse ein "Tertiarisierungseffekt" konstatiert werden. Die Polemik geht aller-

dings etwas an der Position von Hirsch/Roth vorbei, da sie - aus der Sicht des Rezensenten zu Recht - von einem Industrialisierungsschub im bisherigen Tertiärsektor ausgehen. Freilich gehen Bischoff/Detje in ihren weiteren Erörterungen ohnehin zur Zweigleisigkeit über, daß neben der Umgestaltung der Industrie jene des Tertiärsektors "nicht minder wichtig" sei. (102) Ihr Resümee: "Die Annahme eines qualitativen Sprungs von dem fordistischen zum postfordistischen Entwicklungsstadium des Kapitalismus ist weder empirisch noch auf Basis der allgemeinen Bewegungsgesetze dieser Gesellschaftsformation begründbar." (129)

Im dritten Teil ("Arbeit für alle oder neue Ethik?") erörtern Bischoff/Detje Alternativen zum Neokonservatismus mit den aktuellen Fragestellungen und Auseinandersetzungen von 1989. Bei heutiger Lektüre zeigt sich doch, wie schnell sich die Konstellationen ändern.

Sie konstatieren, daß sich entgegen auch den Annahmen von Hirsch/Roth der Widerstand der neuen sozialen Bewegungen verflüchtigt habe und es nicht zum Siegeszug grün-alternativer Wertorientierungen gekommen sei. Ebenfalls seien die Prognosen von der Niederlage und dem Niedergang der Gewerkschaften nicht eingetroffen. Vielmehr seien in den 80er Jahren die Gewerkschaften in die Schlüsselrolle des Widerstandes und bei "der Erneuerung der politischen Linken" hineingewachsen. (155) Aus ihrer

Sicht ist die Zentralität der Erwerbsarbeit für die Gewerkschaften eine Existenzfrage und ein Formelkompromiß - oder gar die Position Oskar Lafontaines - sei für sie nicht tragbar. "Solange in einer alternativen Konzeption zum Neokonservatismus der 'neue Arbeitsbegriff' - die Orientierung auf die informellen Tätigkeiten als Grundlage und Ausgangspunkt der Gesellschaftsreform - ins Zentrum gerückt wird, ist an eine tragfähige Entwicklungsperspektive der politischen Linken nicht zu denken." (173) Daran hat sich - aus Sicht des Rezensenten - nichts geändert. Freilich sind damit die in diesem Zusammenhang aufgeworfenen Fragen bei weitem noch nicht "erledigt".

Heinz Jung

Reformulierte Kapitalismustheorie und radikaler Reformismus

Joachim Hirsch: Kapitalismus ohne Alternative? (Materialistische Gesellschaftstheorie und Möglichkeiten einer sozialistischen Politik heute), VSA-Verlag, Hamburg 1990, 200 S., DM 26,80.

Der Verfasser gehört zu den nicht allzu zahlreichen Hochschullehrern, die sich stetig darum bemüht haben und bemühen, marxistisches Denken im Geistesleben der BRD lebendig zu halten und die dies auch mit einem sozialistischen politischen Engagement verbinden - so J. Hirsch im SB, bei "links" usw. Seine kapitalismustheoretischen und -analytischen Arbeiten der Vergangenheit zeichnen sich in

hohem Maße durch das Anknüpfen an die Konzeption des leider zu früh verstorbenen griechisch-französischen Marxisten und Althusser-Schülers Nicos Poulantzas und durch die Aufarbeitung der Ansätze der kritischen Theorie der Frankfurter Schule bzw. ihre Verbindung mit der politischen Ökonomie aus. Trotz gewisser Tendenzen zur Übertheoretisierung haben seine Arbeiten immer einen realistischen Blick auf die Situation der Linken und die Lage der lohnabhängigen Bevölkerungsmehrheit behalten. Er hat sich auch nie gescheut - gegen die Ausgrenzungstendenz der 'scientific community' -, auch die theoretischen Konzeptionen der kommunistischen Richtung zum Gegenstand sachlich-kritischer Erörterungen zu machen. Bei der Poulantzas-Konzeption rückten ähnliche Fragen in den Mittelpunkt der Untersuchungen wie bei der SMK-Richtung - so die Etatisierung der Gesellschaft, die Verflechtung von Monopolen und Staatsapparaten, der Interaktionsmechanismus u.a. Hieraus resultierte die Parallelität vieler Fragestellungen.

In jüngerer Zeit hat sich J. Hirsch - wie schon in der Besprechung zu Bischoff/Detje erörtert - kapitalismustheoretisch als Promoter der Fordismus-Konzeption in kritischer Verarbeitung der Ansätze der Regulationsschule profiliert. In diesem Sinne liegt die vorliegende Schrift völlig auf der Linie von "Das neue Gesicht des Kapitalismus" (VSA 1986). Bedauerlicherweise setzt er sich nun kaum mit der Kritik von Bischoff/Detje aus-

einander. Dies wäre für die weitere Diskussion zweifellos von Nutzen gewesen.

In der vorliegenden Arbeit geht es ihm vor allem um zwei Dinge: um eine kritische Aufarbeitung der Ansätze und Kategorien der Regulationsschule und ihre Integration in ein reformuliertes gesellschaftstheoretisches Konzept der Kapitalismus-Analyse zum einen (Teil 1) und um das Ausloten der Inhalte, Ziele, Formen und Möglichkeiten sozialistischer Politik im herausziehenden postfordistischen Zeitalter und nach Niederlage und Zusammenbruch des Realsozialismus zum anderen (Teil 2). Hier entwickelt er das Konzept eines "radikalen Reformismus", der auf den Versuch hinausläuft, den kapitalistischen Tiger zu reiten und in eine bestimmte Richtung zu zwingen, ohne herabgeworfen und verschlungen, d.h. in die kapitalistische Gesellschaft integriert zu werden.

Mit sympathischer Offenheit verweist er selbst darauf, daß beide Teile nicht aus einem Guß sind und auch Widersprüche und Brüche nicht ausgeräumt seien. Sie fallen auch in der Art der Erörterung auseinander, wobei der Verfasser in der Darstellung mit der Fülle der Gedanken zu ringen hat, der zweite Teil jedoch sehr lebendig und griffig ausfällt.

Aus seiner Sicht ist die Krise des Marxismus, die sich mit der historischen Niederlage des Sozialismus gravierend zuspitzte, auch durch die Defizite in der Wahrnehmung der Eigenständigkeit des Überbaus

und der unterschiedlichen Vergesellschaftungslogiken der Basisstrukturen und des politisch-sozialen Handelns bedingt. Hieraus ergibt sich sein Interesse für die Regulationstheorie, die trotz unübersehbarer Schwächen gerade in dieser Richtung Möglichkeiten zur "Reformulierung" der Kapitalismustheorie bietet.

Man sollte nicht übersehen, daß das Ausbleiben eines revolutionären Aufschwungs der Arbeiterbewegung mit der Krise Mitte der 70er Jahre für die Regulationsschule den Hintergrund für die Problemstellungen abgab (S. 22), war doch nun zu erklären, weshalb unter den Bedingungen des modernen fordistischen Kapitalismus eine Formierung des revolutionären Subjekts als Verlängerung der sozialökonomischen Basis nicht mehr stattfindet. Die Erklärung wird in der Einbindung der Arbeiterklasse in eine Regulationsweise, in ein System institutioneller Bürokratisierung und Etatisierung gesehen, was zu sich verstärkenden Querlagen und Überlagerungen der Klassenstruktur führt. Theoretische Ansätze in der marxistischen Tradition erschließen sich dazu vor allem aus dem Werk Antonio Gramscis. Dies gilt auch für die Konzeption der Formationen innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise, die sich an Gramscis "historischen Block" anlehnen kann. Dies ist dann die Grundlage zur Herausarbeitung des Fordismus und Postfordismus als qualitativ unterschiedlichen Formationen oder Etappen kapitalistischer Entwicklung. In ähnli-

cher Weise, wenn auch mit anderen Begründungen, sah auch die SMK-Theorie die Entwicklung des Kapitalismus in unserem Jahrhundert.

Worin bestehen nun in der Sicht von J. Hirsch die Essentials der Regulationstheorie? Vor allem muß auf die Umformulierung des Marx'schen Basis-Überbau-Theorems in das Theorem von der Interaktion zweier unterschiedlicher Ebenen der Vergesellschaftung mit unterschiedlichen Logiken verwiesen werden: dem Akkumulationsregime und der Regulationsweise. Über das und in dem System der institutionellen und normativen Formen bezieht sich das kollektive und individuelle Handeln auf die Kapitalakkumulation bzw. -reproduktion. Der damit entstehende Zusammenhang wird als grundlegender Strukturzusammenhang angesehen, der im Verlauf der Entwicklung des Kapitalismus für die einzelnen Formationen eine jeweils typische Ausprägung erhält. (S. 19 ff.) Als Akkumulationsregime wird der Modus der Herstellung der zur erweiterten Reproduktion erforderlichen sozialen und ökonomischen Proportionen angesehen, während unter der Regulationsweise die Gesamtheit der Institutionen, Normen usw. verstanden wird, in denen sich die Reproduktion der antagonistischen Sozialverhältnisse realisiert. Der Reproduktionsprozeß erscheint dabei mehr oder weniger als Prozeß ohne steuerndes Subjekt. Diese Metapher taucht auf allen Ebenen wieder auf.

In diesem Zusammenhang kann auch daran erinnert werden, daß in Reaktion auf die Krise Mitte der 70er Jahre im Rahmen der SMK-Richtung analoge Positionen formuliert wurden - freilich ohne Infragestellung des Marx'schen Basis-Überbau-Konzepts und der sozialökonomisch fundierten Klassentheorie. Die damalige Krise wurde als Regulierungskrise aufgefaßt, als Krise des Wirkungsmechanismus der ökonomischen und sozialen Gesetze und seiner Institutionen. Dies betraf vor allem den Interaktions- oder Verflechtungsmechanismus zwischen Monopolen bzw. Wirtschaft und Staat und den konkreten Modus der Vergesellschaftung, der sich über diesen Mechanismus durchsetzt. In diesem Zusammenhang war die Rede von der krisenhaften Herausbildung eines neuen Regulierungs- und Vergesellschaftungstyps, der für eine mehr oder weniger längere Periode die Stabilität des Reproduktionsprozesses gewährleistet.

Zurück zum Konzept der Regulationsschule, dessen Schwächen J. Hirsch vor allem in folgendem sieht: in der nichtgelungenen Vermittlung von Struktur und Handeln, in den ungeklärten Beziehungen zwischen Produktionsverhältnissen als Grundstrukturen der Produktionsweise und den veränderlichen Momenten, zwischen Akkumulationsregime und Regulationsweise, in den Unklarheiten über die Objekte der Regulierung, in der fehlenden theoretischen Bestimmung von Institutionen, Normen, Werten, in der Blindstelle

Staatstheorie, in einer Krisentheorie, die theoretisch nur als Gemengelage aufgefaßt werden könne, in der Gefahr, mit der Ablehnung eines historischen Subjekts auch die Akteure des Prozesses in den Institutionen aufgehen zu lassen, in der Tendenz zum historischen Institutionalismus und insgesamt im Unvermögen, die neuen Elemente und Gesichtspunkte des Regulationskonzepts in eine materialistische Gesellschaftstheorie einzubetten. Dies ist eine lange Liste von Einwänden, die an diesem Konzept nur wenig ungeschoren läßt. Gleichwohl geht J. Hirsch an den Reformulierungsversuch.

In den Produktionsverhältnissen sieht er die allgemeinste Kategorie, die den insgesamt bestimmenden "Modus der Vergesellschaftung" der Produktionsweise enthält - im Kapitalismus die private Warenproduktion, die Eigentumspolarisierung, antagonistische Klassenverhältnisse, die Konkurrenz u.a. Die historische Tendenz dieser Produktionsweise (31) besteht in der fortschreitenden Durchkapitalisierung und "reellen Subsumtion". Insofern zeigt sich - aus der Sicht des Rezensenten - gerade hierin das allgemeine Gesetz der kapitalistischen Produktionsweise und es ist nur schwer verständlich, wenn sich J. Hirsch in der Auffassung der Entwicklung auf die Position der Folge von offenen Positionen zurückzieht.

Der in die kapitalistischen Produktionsverhältnisse eingeschriebene Zwang zur Mehrwertproduktion realisiert sich jedoch unter unterschiedlichen historischen Be-

dingungen und Formen der Vergesellschaftung: "Diese konkreten Gestalten des Produktions- und Reproduktionsprozesses bezeichnen wir als historisch-besondere Akkumulationsregimes." (34) "Der Prozeß der Kapitalakkumulation, die Klassenbeziehungen und Klassenkämpfe sind immer in ein normativ-institutionelles System der Regulation eingebettet." (31) Und über dieses normative Geflecht vollzieht sich die Regulation der Produktion, der Arbeitskraft, des Geldes, des Kredits, der Konkurrenz, des Rechts usw. Und zu den Institutionen dieses Systems gehören Staat, Markt, Unternehmen, Familie - also Institutionen unterschiedlicher gesellschaftlicher Sphären.

Kurzum: "Akkumulations- und Regulationsweisen sind der historisch-konkrete Ausdruck der allgemeinen, vom kapitalistischen Produktionsverhältnis bestimmten Vergesellschaftungsweise." (39)

Die Blindstelle Staatstheorie wird mit der Konzeption von N. Poulantzas ausgefüllt, der einst das Althusser'sche Konzept von den repressiven und ideologischen Staatsapparaten konkretisierte und weiterentwickelte. Dabei spielte auch die "Übersetzung" von Gramsci eine gewisse Rolle. Das Gewaltmonopol ist "das grundlegende Formmerkmal des kapitalistischen Staates" (43), der weder als Subjekt noch als Instrument aufgefaßt werden könne, sondern als "Kristallisationspunkt" bzw. Verdichtung von Klassenbeziehungen und Kräfteverhältnissen, als "Terrain sozialer Konflikte und

Kämpfe" (44) zu sehen sei. Dies ist die Ablehnung der klassischen marxistischen Instrument-These, die allerdings insofern logisch ist, als auch Klassen der Charakter historischer Subjekte abgesprochen wird. Hier verfängt sich das Konzept freilich in Widersprüchen, da der Staat ja als Zentrum des institutionellen Systems der Regulation erscheint. Aber wenn man beim Klassencharakter des Kapitalismus bleibt, bezieht sich die Regulation ja immer auf die Aufrechterhaltung dieses Zustandes und dazu gehört ja auch, daß dabei die herrschende Stellung von sozialen Gruppen, Klassen reproduziert wird, was dann per Saldo ja nichts anderes bedeuten kann, als daß der Staat in diesem Sinne fungiert, in die Verhältnisse eingreift, als Mittel oder Instrument wirksam ist. Auf der anderen Seite kennt auch die Geschichte des Kapitalismus jene Situationen, wo der Staat anstelle von Klassen fungiert und insoweit als Subjekt aufzufassen wäre.

Freilich kommt aus der Sicht des Rezensenten der Argumentation vom Staat als Terrain des Klassenkampfes zentrale Bedeutung für das Verständnis der Klassenbeziehungen im heutigen Kapitalismus zu. Dabei ist nochmals darauf zu verweisen, daß die Etatisierung und Bürokratisierung der Gesellschaft Konsequenz der fortschreitenden Durchkapitalisierung ist. Und dies gilt notwendigerweise auch für die Klassenbeziehungen und die Sozialstruktur.

"Einiges spricht also dafür, daß der parlamentarisch-demokratische

Rechtsstaat die Form des politischen Regimes ist, in der sich am ehesten und dauerhaftesten eine hegemoniale Herrschaft des Kapitals entfalten kann ..." (51) Dabei kommt auch den Parteien als Bestandteilen des Regulationssystems - ebenfalls eine Parallelität mit der SMK-Analyse - eine hervorgehobene Bedeutung zu und zwar vor allem als Scharnier zwischen zivilen und politischer Gesellschaft. Da die großen Parteien keine Klassenparteien im reinen Sinne sein können, liegt die politische Polarisierung, ein Moment der politischen Bewegung, quer zu den Klassenantagonismen. "Die Entkoppelung von sozialer Interessenstruktur und politischen Entscheidungsprozessen im Regulationszusammenhang wird dadurch ein wesentliches Stück weiter getrieben." (68) Parteiensystem und Staat sind so - in der Sicht von J. Hirsch - die Knotenpunkte eines Regulationssystems, in dem die Widersprüche der Klassenherrschaft prozessieren können, ohne den Systemrahmen zu sprengen.

So ist also die zunehmende Institutionalisierung im Zuge kapitalistischer Vergesellschaftung für J. Hirsch der Hauptgrund für die Sicht des politischen und sozialen Wandels als "Prozeß ohne Subjekte", wobei er aber trotzdem dabei bleibt: "Auch wenn soziales Handeln und Politik nicht unvermittelt auf objektive Klassenlagen zurückgeführt werden kann, ist die kapitalistische Gesellschaft Klassengesellschaft ..." (73) Aber, so scheint es dem Rezensenten, diese Annahme ist kaum zu halten, wenn

auf die Vermittlung aus prinzipiellen Gründen verzichtet wird. Wahrscheinlich unterschätzt J. Hirsch hier die Leistungsfähigkeit einer auf den institutionalisierten Kapitalismus fortentwickelten klassischen Klassentheorie. Sie muß dabei freilich gerade jenen Tatsachen Rechnung tragen, auf die J. Hirsch immer wieder verweist: Individualisierung, Pluralisierung, Differenzierung und die damit verbundenen "Querlagen". "Die gesellschaftlichen Individuen sind daher immer innerhalb und quer zu den Klassen "gespalten". (81) Wichtig ist, daß darauf verwiesen wird: "Die Möglichkeit eines gegen die herrschenden Institutionen gerichteten Handelns ist in der Widersprüchlichkeit der kapitalistischen Vergesellschaftungsweise und ihren institutionellen wie normativen Ausformungen begründet." (84)

Was die Herausbildung politischer Kollektiv-Akteure betrifft, die zum Träger und Ferment progressiver Änderungen werden könnten, setzt J. Hirsch auf die Selbstkonstitution sozialer Bewegungen, die nicht mehr als Verlängerung von Klasseninteressen zu begreifen sei. Dies führt zum Konzept der neuen sozialen Bewegungen, wie es im Buch von 1986 entwickelt wurde und in Teil 2 wieder aufgegriffen wird.

Zum Abschluß des Teils 1 kommt J. Hirsch nochmals auf das Fordismus-Konzept und den Umbruch zum Postfordismus zurück. Für ihn ist der Kapitalismus im Weltmaßstab die Verbindung nationaler Formationen. Und: "Notwendig

impliziert die Krise einer globalen historischen Formation auch den Zerfall der imperialistischen Hegemonialstruktur, im Falle der Fordismus-Krise also z.B. den Niedergang der US-Hegemonie." (94) Allerdings ist auch hier die Praxis der Test und der Golfkrieg erscheint dem Rezensenten als das Gegenteil einer Verifizierung dieser These. Auch die von J. Hirsch vertretene These vom Ende der historischen Arbeiterbewegung mit dem Fordismus und dem fordistischen Staat (102) stößt sich mit den Tatsachen oder war etwa die Rolle der Belegschaften von Ford, Fiat oder Renault kein Höhepunkt der nationalen Arbeiterbewegungen?

Für den Postfordismus sieht er ein neues Akkumulationsregime, gestützt auf neue Techniken und durchgesetzt mit der "radikalen Umwälzung" der Arbeitsverhältnisse, Klassenstrukturen, Konsumnormen, Vergesellschaftungsformen usw. Dabei denkt er weniger an eine "Tertiarisierung" im klassischen Sinne, sondern an eine "Hyperindustrialisierung" - vor allem im (statistischen) Dienstleistungssektor. (105) Es geht um jene 2/3-Gesellschaft, in der der "Gentryfizierung" oder Privilegierung der einen die Marginalisierung der anderen gegenübersteht und die zur Regulierung des Kampfes aller gegen alle des starken Sicherheitsstaates bedarf. Dabei geht es auch um eine Neuordnung des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft.

Wenn also auch nach dem neuen Buch die von Bischoff/Detje auf-

geworfenen Fragen und formulierten Kritiken bleiben, ist die konstatierte Umbruchsituation m.E. unabweisbar. Dies gilt auch für die freigesetzten Vergesellschaftungsschübe, die sich unter den gegebenen Bedingungen als "passive Revolution" von oben realisieren und in der Konsequenz entsprechende Periodisierungen der historischen Entwicklung des Kapitalismus erforderlich machen.

Im Mittelpunkt des Teils 2 steht die Subjektfrage unter den Gesichtspunkten einer sozialistischen Politik heute. Ausgangspunkte sind der Übergang zum Postfordismus und die Niederlage des Sozialismus. "Der Glaube an die welthistorische Mission der Arbeiterklasse hat sich als Trugschluß erwiesen." Der "Versuch, mit Hilfe des Staates die Gesellschaft zu verändern, hat ... in einem Exzeß bürokratischer Herrschaft gependet." (119)

Die historischen Wandlungen des Kapitalismus hätten die Klassenrealität so stark überlagert, daß "alle herkömmlichen Vorstellungen von politischer und sozialer Revolution getrost zu den Akten gelegt werden können". (124) Mit der Verabschiedung vom "Mythos Proletariat" trete die Selbstkonstitution sozialer Bewegungen auf die Tagesordnung progressiver Orientierung. Dem muß freilich die Realität des ökonomischen und gewerkschaftlichen Kampfes und seine Rolle für die tatsächlichen Kräfteverhältnisse ebenso entgegengehalten werden wie der "Mythos" von den neuen sozialen Bewegungen. Schließlich verlangt die Beantwortung der Subjektfrage

auch den Blick auf die Realität einer herrschenden Klasse, ihrer Interessen und Aktions- und Handlungsebenen.

Die Bildung politisch-ideologischer Kollektivsubjekte war aber schon immer ein Akt der "Selbstkonstitution". Dies zeigt sich etwa in allen Fragen des Parteikonzepts W.I. Lenins. Freilich findet dieses seine legitimatorische Ebene in der historischen Mission der Arbeiterklasse. Aber wie auch immer, auch heute selbstkonstituierte politische und soziale Subjekte müssen den Bezug zu übergreifenden Zielen und Interessen finden.

Sozialistische Strategie heute müsse sich von der Vorstellung der Eroberung der Staatsmacht und der Nutzung des Staates zur Umwälzung der Gesellschaft lösen. (145 ff.) Vielmehr ziele ein "radikaler Reformismus als sozialistische Strategie" auf die Zurückdrängung anstatt die Eroberung der Staatsmacht, auf die Selbstorganisation anstatt die Verbesserung der bürokratischen Kontrolle und auf demokratische Umgestaltung und Kontrolle der Produktionsmittel anstatt ihre Verstaatlichung. Im Kern geht es heute um einen "politisch und sozial besser regulierten Kapitalismus". (181)

Für die sozialistische Bewegung handle es sich um die Entwicklung von den Institutionen der bürgerlichen Gesellschaft unabhängiger, also autonomer Vergesellschaftungs- und Politikformen, um "die Fähigkeit, zugleich innerhalb der bestehenden Gesellschaft und

gegen sie zu operieren" (147), um die "Herstellung eines neuen, zivilgesellschaftlichen institutionellen Netzwerks außerhalb des monopolkapitalistisch-sicherheitsstaatlichen Bürokratiegeflechts". (150) Freilich wird in diesem Kontext von der Kritik zu Recht die Frage aufgeworfen, ob es sich dabei real um mehr als das Refugium linker Hochschulintelligenz handeln kann. So bleibt auch hier die Verbindung mit Masseninteressen der werktätigen Bevölkerung und ihrer Organisationen ein springender Punkt sozialistischer Strategie. "Die These ist, daß der Kapitalismus nachhaltig verändert werden kann, wenn es gelingt, die Produktions-, Investitions- und Marktprozesse einer funktionierenden öffentlichen und demokratischen Kontrolle zu unterwerfen". (181) Als Alternative zu einem konservativ oder sozialdemokratisch geprägten Postfordismus sieht Joachim Hirsch die Alternative eines neuen Reformismus auf der Basis der Veränderung der Vergesellschaftungsformen und einer gestärkten Zivilgesellschaft.

Die anlaufende Diskussion der marxistischen Linken um die Relevanz des Zivilgesellschaftskonzepts für eine neue sozialistische Orientierung wird in diesem Buch interessante und wichtige Anregungen vorfinden. Das Konzept der hier entwickelten radikalen Reformpolitik verdichtet sich mit z.T. ähnlichen Begründungen zu einer Perspektive, die mit jener, die in der Reformalternativdebatte der marxistisch-kommunistischen Richtung

entwickelt wurde, nicht wenige Übereinstimmungen aufweist. Unterschiedliche kapitalismustheoretische Ansätze, die sich den Realitäten des heutigen Kapitalismus stellen, gelangen also durchaus zu ähnlichen politisch-strategischen Konsequenzen.

Heinz Jung

DRITTE WELT Krieg am Golf

Sonderheft in Zusammenarbeit
mit Asta-Friedensreferat
der Universität Marburg

Historische Wurzeln • Konfliktursachen
• US-Hegemonieverlust • Bundeswehr
und Golfkrieg • Pressefreiheit • Ökologische
Gefahren • Rüstungsexport •
Friedensbewegung • Golfkrieg und Dritte
Welt • Fundamentalismus • Gewerkschaften
• Berichte zu Irak • Kuwait •
Palästina/Israel • Kurdistan • Jordanien

Mit Beiträgen von: Till Bastian, Azmy Bishara,
Dieter Boris, Wolfram Brönnner, BUND, Lothar
A. Heinrich, Kurdistan-Komitee, Felicia Langer,
Jürgen Link, Uwe Meyer, Roland Müller,
Martin Schuck u.a.

56 Seiten, DM 6,- gegen Vorkasse (Briefmarken
oder Scheck); ab 10 Expl. 33% Rabatt

Bestellungen an: Dritte Welt e.V.
Liebigstraße 46
3550 Marburg

Moderner Kapitalismus

Herbert Schui: Ökonomische Grundprobleme des entwickelten Kapitalismus. Diestel Verlag, Heilbronn 1991. 111 S., DM 14,80.

In Form eines Essay - also ohne die üblichen Zitat-, Tabellen- und Fußnotenberge - behandelt Schui nach einer Einführung in die makroökonomischen Grundbegriffe (1) im wesentlichen sechs Grundfragen der Entwicklungsmechanismen des Kapitalismus:

den Konjunkturmechanismus im klassischen und entwickelten Kapitalismus (2), die "Langen Wellen", insbesondere die Rolle des technischen Fortschritts und der Profitratenentwicklung (3), die klassische Lohn-Preis-Inflation-Konjunktur-Arbeitslosigkeitsfrage (4), Probleme der Staatsaktivitäten und -defizite im modernen Kapitalismus (5), den Wechsel von der keynesianischen zur monetaristischen Angebotspolitik der letzten 15 Jahre (6) und die Grundfragen der Umweltökonomie (7).

In dieser Gesamtanalyse des modernen Kapitalismus nach dem Scheitern des Sozialismus fehlen offenbar nur zwei Grundfragen, die den heutigen globalen Kapitalismus ebenfalls extrem herausfordern: die Regulierung des Nord-Süd-Reichtumsabgrunds - Schui hat an anderer Stelle brillante Analysen der Verschuldungsproblematik vorgelegt - sowie die Frage der Transformation ehemals sozialistischer in kapitalistische Wirtschaften.

Als Fachökonom bin ich - so muß ich gestehen - hin- und hergerissen

ob der Unbekümmertheit, mit der Schui die schwierigsten und in der Fachwelt - auch der marxistischen - umstrittensten Fragen in der Form von Vorlesungen mit dem theoretisch-begrifflichen Instrumentarium der in der keynesianischen Tradition stehenden Makroökonomie angeht und "löst".

So schreibt Schui beispielsweise zur Instabilitätsproblematik des Kapitalismus: "Wenn das Sparen das Investieren übersteigt..., wenn also Instabilität offen zutage tritt, haben Krisentheorien ihren Platz, die Erklärungen wie *Überproduktion, Überakkumulation, Unterkonsumtion* oder *Übersparen* anbieten (Hervorhebung durch mich, H.B.). Möglicherweise ist es zweckmäßiger, diese - gelegentlich unproduktiven und schwierigen - Unterscheidungen zu verlassen und statt dessen die Krisenerklärung unter folgendes Schema zu ordnen. Ausgangspunkt ist ein stabiler Entwicklungspfad mit einem gegebenen Niveau von Ersparnis und Investieren. Wird von diesem Entwicklungspfad nach unten abgewichen, so sind zwei Klassen von Erklärungen möglich...." (S. 27). In der Terminologie Keynes' und Kaleckis werden nun Gründe für Variationen des Investierens und volkswirtschaftlichen Sparens durchdekliniert und dann die verschiedenen Phasen und Wendepunkte des Zyklus analysiert.

Schui kommt hierbei zugute, daß er ein exzellenter Kenner nicht nur der keynesianischen makroökonomischen Schule, sondern auch der diversen Krisentheorien des Marxismus sowie des

Monetarismus ist und zugleich die marxistischen Kategorien in keynesianische transformieren kann. Bei ihm gerinnt der "angereicherte Keynesianismus" zu einer Art volkswirtschaftlicher Metatheorie, eben zu einer "General Theory", in die die diversen theoretischen Erklärungsansätze für Spezialprobleme, z.B. für die Frage, warum die inneren Widersprüche einen Konjunkturaufschwung zu einem oberen Wendepunkt treiben, je nach Bedarf integriert werden, allerdings auf essayistische Weise, so daß der Leser/die Leserin diese Theorien ebenfalls kennen muß, um zu merken, wann er sie fakultativ heranzieht.

Obwohl die Diktion des Textes suggerieren mag, daß er für Anfänger geschrieben ist, dürfte es daher eher eine Abhandlung sein, die sich an den Kreis der FachkollegInnen richtet. Und hier wird er dann mit seinem Text auch jede Menge böses Blut erzeugen, weil erstens aus seiner Sicht die unglaublich vielen Spitzfindigkeiten z.B. der innermarxistischen Krisen-debatte als *L'art pour l'art* erscheinen müssen, weil Schui in diesem Text zweitens hemmungslos auf empirische Absicherungen seiner Argumente verzichtet, die Kenntnis dieser Literatur aber implizit voraussetzt, und sich drittens jeweils zu seinen Gunsten entscheidet, d.h. Kontroversen um Detailfragen nicht erwähnt, wie im folgenden gezeigt wird.

Zu den einzelnen Kapiteln möchte ich nur wenige Anmerkungen machen.

Zu 2: Der Abbruch des Konjunkturaufschwungs wird von Schui bei Preisflexibilität nach unten (klassischer Kapitalismus) durch das Sinken der Profitrate als Folge der sinkenden Stückgewinne erklärt. Wenn die Profitrate einen kritischen (empirisch nicht feststellbaren, von Schui auch empirisch nicht diskutierten) Wert unterschreitet, brechen die Erweiterungsinvestitionen ab und bewirken damit den Abschwung. Mir scheint dagegen plausibel, daß man den konkurrenzbedingten Aufbau von Überkapazitäten in der Boomphase als Erklärung für die Einleitung des Abschwungs mitheranziehen sollte. Unbedingt zuzustimmen ist dennoch dem allgemeinen Resultat dieses Abschnitts, daß sich vornehmlich gegen die konservativen Theoretiker wendet: "Es trifft nicht zu, daß eine hohe Profitrate zu hohen, eine niedrige Profitrate zu niedrigen Investitionen führt. Entscheidend ist vielmehr die jeweilige Konjunkturlage bzw. wie Erfahrungen (über die Profitrate, H.B.) in Erwartungen transformiert werden" (S. 3).

Durch die krisenbedingten Konzentrations- und Zentralisationschübe verändert der Kapitalismus seine Eigentumsstruktur, er monopolisiert sich. Der wesentliche Effekt auf die Zyklenmechanik besteht nach Schui in der relativen Starrheit der Preise nach unten (im monopolistischen Sektor). Der Extramehrwert durch technischen Fortschritt wird nicht mehr (vollständig, H.B.) in Preissenkungen weitergegeben, Extraprofite

pro Stück werden stabilisiert, deshalb zugleich jedoch die nachfragesteigenden Effekte von Preissenkungen unterdrückt, der Konjunkturaufschwung bricht früher ab - auch eine plausible Erklärung.

Zu 3: "Die lange Frist" - so der Titel dieses Kapitels - oder die langen Wellen werden wesentlich durch Basisinnovation erklärt, die durch den moralischen Verschleiß riesiger fixierter Kapitalanlagen ein weiteres Feld für die Neuanlage von Kapital eröffnen. Der gesamte Produktionsapparat wird modernisiert und umstrukturiert, es entstehen völlig neue Kapitalanlagesphären. Das Auslaufen der langen Wellen erklärt Schui wie folgt: "Akkumulation und Profitrate sind im entwickelten Kapitalismus dann und deswegen niedrig, wenn und weil es bei gegebenem hohem Entwicklungsstand (der Technik, H.B.) und gegebener volkswirtschaftlicher (Einkommens-, H.B.) Verteilung an einem technischen Fortschritt fehlt, der die Investitionsgüternachfrage auf einen höheren Stand bringt, sie also dem jeweiligen Sparen anpaßt. Folglich werden auch in einem Kapitalismus, der von Monopolen durchsetzt ist, Phasen einer sinkenden Durchschnittsprofitrate beobachtbar sein. Dies ist nicht der Gegenbeweis für die Fähigkeit einer bedeutenden Gruppe von Unternehmen, hohe Profitraten am Markt durchzusetzen. Vielmehr ergibt sich dieses Phänomen daraus, daß die Profitquote - bestimmt durch das gesellschaftliche Kräfteverhältnis - mehr investierbare Fonds erzeugt,

als durch die Entwicklung des technischen Fortschrittes absorbiert werden" (S. 52). Als Ausweg für zu geringe binnenwirtschaftliche private Investitionen treten nun inländische Staatsdefizite und ausländische Außenhandelsdefizite.

Nach dem interessanten und aufschlußreichen Abschnitt über die Zusammenhänge von Lohnerhöhungen, Preisen, Inflation und Gewerkschaftsstärke (4) folgt unter der überraschend negativ formulierten Überschrift "Der unbrauchbare Kompromiß: Wachstum durch Staatsdefizite" (5) sowie dem Kapitel (6) "Die neue Politik: Aufwerten, kontrollierte Kreditversorgung" eine brillante Analyse der inneren Widersprüche keynesianischer Vollbeschäftigungspolitik, die schließlich Mitte der 70er Jahre zu ihrer Ablösung durch die monetaristische Angebotspolitik führte. Schui leitet überzeugend ab, daß diese neue Politik im Interesse der stärksten Konzerne realisiert wird, die ihre Aktivitäten globalisieren, daß sie zugleich ein Instrument zur Disziplinierung der durch keynesianische Vollbeschäftigungspolitik gestärkten Gewerkschaften ist: "Der Zweck der Aufwertung besteht nicht nur darin, durch billige Importe die Preise zu dämpfen, es geht auch darum, eine internationale Konkurrenz um die niedrigsten Löhne wirksam werden zu lassen. Lohn-, d.h. Verteilungspolitik durch Währungspolitik, dies unter Umgehung der Gewerkschaften und weitab von parlamentarischer Kontrolle: ein

Gemisch aus Sachzwang und Unabhängigkeit der Notenbank sorgt für die nötige Anonymität der Verantwortlichkeit." (S. 85) Damit sind auch die strukturellen Veränderungen der Machtverteilung in der parlamentarischen Demokratie treffend skizziert.

Die inneren ökonomischen und sozialen Widersprüche dieser neokonservativen Politik und damit auch die Ansatzpunkte für eine alternative Wirtschaftspolitik sind in dieser Arbeit Schuis nun leider nur angedeutet und nicht ausführlicher diskutiert (Reichtumspolarisierung, Verschuldung der 3. Welt, Zerfall der Infrastruktur in den strukturell zur Schwäche neigenden Kapitalismen (England, USA)), wie überhaupt die Folgen der Hartwährungspolitik auf die ökonomische Leistungsfähigkeit der verschiedenen Länder durchaus unterschiedlich ausfallen.

Befürchtungen, das 7. Kapitel über "Wachstum und Umwelt" könnte eher eine neumodische Pflichtübung eines Makroökonom sein, werden schließlich im Schlußkapitel gründlich zerstreut. Herbert Schui legt hier eine hochinteressante kompakte Analyse makroökonomischen Typs vor, die es Wert wäre, separat und ausführlich diskutiert zu werden. Dabei ist es zunächst für seinen Argumentenduktus unerheblich, ob seine These, die Preis- bzw. Werttheorie könne den Verbrauch an natürlicher Umwelt nicht adäquat berücksichtigen, zutrifft. Ich persönlich vertrete hier die Position, daß man diese Frage erst nach der gründlichen Lektüre und

Diskussion der Publikationen von Roos/Streibel (Umweltgestaltung und Ökonomie der Naturressourcen; Berlin 1979) sowie Tjaden (Mensch, Gesellschaftsformation, Biosphäre; Marburg 1990) beantworten sollte: der systematische Ausbau der marxistischen Werttheorie in Richtung einer umfassenden Theorie der Reproduktionskosten des Mensch-Gesellschaft-Umwelt-Systems erscheint mir durchaus ein gangbarer Weg zu sein.

Schui "entideologisiert" die Debatte wiederum durch nüchterne makroökonomische Überlegungen: Umweltverträgliche Produktion erfordert weitgehend geschlossene Kreisläufe (Tjaden warnt aber zurecht vor einer idealistischen Fassung der Forderung nach "geschlossenen Kreisläufen"; vgl. K.H. Tjaden, Marx, der Müll und der Fortschritt; in: Z., Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Heft 5, März 1991) und ein ökologisches "Versorgungs- bzw. Konsumschema", d.h. einen möglichst geringen Verbrauch an materiellen Inputs (Rohstoff- und Maschinenverbrauch), also eine möglichst geringe technische Zusammensetzung des Kapitals (was allerdings zu überprüfen ist: "geschlossene" Kreisläufe können sehr kapitalintensiv sein, H.B.). Damit dürfte die Verwertung des Kapitals in der Produktion kein Problem sein, um so mehr aber die Realisierung, das Auffinden neuer Kapitalanlagensphären usw. und damit das Beschäftigungsproblem. "Die (Einkommens-)Verteilung also muß dem neuen Konsumschema

angepaßt werden. Dies ist unter kapitalistischen Bedingungen kaum zu erreichen" (S. 107).

Mit der letzten These wird man sich nun gründlich auseinanderzusetzen haben. Schui selbst deutet die 'Lösung' des Problems an: es geht um eine "angemessene Verteilung zwischen privatem und öffentlichem Sektor". Das Überschußproblem als Schranke werde ansatzweise durch Ausgaben für Forschung und Entwicklung durchbrochen (S. 108), wobei auch die Personalausgaben quasi Investitionscharakter haben. Auch die Arbeitszeitverkürzung sollte als Mittel der Überschußabsorbition nicht vergessen werden.

Warum kann eine radikale Reformpolitik, deren ökonomischer Kern höhere Steuern für Unternehmen und Gutverdienende sein müßten, die dann für ökologische Ausgaben, soziale Dienstleistungen und nicht zuletzt für drastische Hilfen zugunsten der Dritten Welt zu verwenden sind, das Absorbitionsproblem nicht in den Griff bekommen?

Aus relativ unerfindlichen Gründen verfällt Herbert Schui hier wiederum auf eine sehr traditionelle Position, die seiner eigenen Analyse der Entwicklung des Kapitalismus vom klassischen zum staatsmonopolistischen durchaus widerspricht, da er für diese Etappe die Entwicklungs- und Reformfähigkeit ausführlich beschrieben hat. Eine Weiterentwicklung des Systems des Kapitalismus müßte mithin zumindest als Frage formuliert werden.

Das Kernproblem besteht meines Erachtens in zwei Fragen:

Können erstens die politischen Konstellationen entstehen, die (international) eine höhere öffentliche Absorbition des Überschusses durchsetzen können? Man kann hier aus Erfahrung durchaus pessimistisch sein. Dann tritt ein, was Schui auf S. 108 andeutet: die "kapitalistische Lösung" wird in der Beibehaltung der herkömmlichen Versorgungsschemata bestehen, wobei Produkte und Produktionsprozesse bis zur vollen Umweltperfektion zu entwickeln sind. Dies bedeutet (relativ, H.B.) geschlossene Kreisläufe mit (relativ) umweltneutralem Energieinput und folglich weiterhin private Investitionen und eine Produktion, die unverändert ein Merkmal hat, nämlich auf Märkten privat angeeignet werden zu können (S. 108)". Da dieser Reproduktionstypus jedoch viel ressourcenintensiver als der mit neuen Konsumschemata sein wird, basiert er - dies die Ergänzung des Rezensenten - auf der endgültigen Negierung des Recht auf Entwicklung der Dritten Welt: nicht nur der aktuelle, sondern auch der ökologische 'american way of life' ist global nicht verallgemeinerbar.

Damit ist das aus meiner Sicht zweite Grundproblem angesprochen: Selbst wenn die Regulierungsmechanismen für ökologische Reproduktionsschemata bekannt und beherrschbar sind, kann in den Metropolen ein politisch-psychologisches Klima geschaffen werden, das verhindert, daß die durch die mikroelektronische Re-

volution enorm gesteigerte Arbeitsproduktivität in materielle Konsumptionssteigerungen statt in ökologische Stabilisierungsmaßnahmen umgesetzt wird? Die Beantwortung dieser zweiten führt ebenso zur Beantwortung der ersten Frage. Politische Reformkonstellationen sind nur dann formierbar, wenn sich globale Überlebensinteressen als massenhaftes subjektives Bedürfnis realisieren. Dies allerdings ist eine Frage weit jenseits der Makroökonomie.

Insgesamt ist auch dieser "Schui" ein spannendes und zugleich provozierendes Buch, wenn auch sicherlich mit vielen Haken und Ösen. Aber gerade dies fordert Einmischung heraus und damit hoffentlich auch Fortschritte bei der theoretischen Klärung von elementaren und zugleich verzwickten Fragen. Besonders empfehlenswert ist dieses Buch nicht zuletzt für all diejenigen von uns, die bislang die keynesianische Ökonomie meist immer haben rechts liegen lassen - aus welchem Grund auch immer.

Hermann Bömer

Marxistische Soziologie

Lothar Peter, *Dogma oder Wissenschaft - Marxistisch-Leninistische Soziologie und staatssozialistisches System in der DDR, IMSF Forschung & Diskussion 7, Frankfurt/Main 1991, 110 S., DM 12,80.*

Nach dem Niedergang des Realsozialismus ist das Stürzen von Dogmen auf der marxistischen Linken zu einer der häufigsten Denkhaltungen geworden. Wenn

nun Lothar Peter mit Bezug auf die marxistisch-leninistische Soziologie die Frage stellt "Dogma oder Wissenschaft?", dann scheint die Antwort festzustehen. Doch so einfach wird es nicht. Nach den zahlreichen Veröffentlichungen über Dogmatisierung der marxistischen Philosophie, der Politischen Ökonomie und des Historischen Materialismus, wird hier ausnahmsweise einmal die Entwicklung einer Einzelwissenschaft untersucht, die sich weder zu den klassischen drei Quellen, noch zu den drei Bestandteilen des Marxismus zuordnen läßt. Peter nähert sich seinem Thema auf ungewohnte Weise, indem er nicht als erstes nach den in der Kanonisierung des Marxismus zu suchenden Verkrüppelungen fragt, sondern nach dem Platz des Sozialen in der Marx'schen Theorieentwicklung.

Dieses Herangehen hat seine eigene Geschichte. Manche mögen sich erinnern, daß Lothar Peter schon am Anfang des Jahres 1989, also lange vor dem Zusammenbruch der DDR, die marxistische Diskussion mit der provokanten Fragestellung belebte, ob der Marxismus einen eigenen Begriff des Sozialen und mithin überhaupt eine marxistische Soziologie entwickelt habe. (Sozialismus, Heft 3/1989) Leider läßt er auch diesmal die Beantwortung der Frage offen, "ob die erkenntnistheoretischen Essentials des Marxismus prinzipiell nicht mit Soziologie als nach sozialem Sinn, seiner Produktion, Vergesellschaftung und handlungsgenerierenden Bedeutung forschender Wissenschaft

vereinbar sind." (11) Doch die Zurückhaltung des Autors täuscht. Schon im zweiten Kapitel, der der "Geschichte und Etablierung der Soziologie in der DDR" gewidmet ist, wird in einem soziologiegeschichtlichen Längsschnitt durch 40 Jahre DDR-Wissenschaft das ganze Dilemma der marxistisch-leninistischen Soziologie entrollt und kein Zweifel daran gelassen, daß zumindest die erkenntnistheoretischen Essentials des kanonisierten Marxismus-Leninismus keinen Platz für die Soziologie ließen. Kenntnisreich und mit vielen Quellen belegt, zeichnet Peter die verschiedenen Versuche der Soziologen nach, ihrer Wissenschaft einen eigenständigen Platz einzuräumen und der "Herrschaft" und "Raubwirtschaft" (Kuczynski) der Ökonomie zu entgehen.

Das Kapitel "Gegenstandsbestimmung, theoretischer Status, Methodologie" befaßt sich dann mit den eigentlichen Antinomien der DDR-Soziologie, ihrem Bemühen, einen Gegenstand zu erfassen, den im abgeschlossenen System des Marxismus-Leninismus die Politische Ökonomie längst bestimmt hatte. So rührten die Schwierigkeiten der Soziologie auch weniger aus politischem Druck, als aus dem Wissenschaftsverständnis selbst. Peter schlußfolgert: "Vielmehr drängte das von ideologischem Gefährdungsbewußtsein und Sicherheitsbedürfnissen der scientific community selbst geprägte Streben nach möglichst geschlossenen Systemen von Welterklärung dahin, die Vielfalt und Autonomie des Sozialen und damit

auch die mögliche Pluralität theoretischer Gegenstandsbestimmungen einzuebennen und durch den kategorialen Apparat des historischen Materialismus in seiner zeitgenössischen Lesart einzufrieden." (18) Versuche, das Soziale unabhängig vom kategorialen Primat der Ökonomie und des Historischen Materialismus zu fassen, setzten sich dem Verdacht der Abweichung aus und wurden regelmäßig als Angriff auf den Marxismus betrachtet, womit die Soziologie zur empirischen Dienstmagd der eindimensionalen Betrachtung des Sozialen als Widerspiegelung der Produktionsverhältnisse retardierte. "Indem der empirischen Forschung primär die Aufgabe zugewiesen wurde, den "statistischen Charakter" sozialer Gesetze zu verifizieren ... sah sich die soziologische Empirie trotz gegenteiliger Beteuerungen auf die Stufe eines zweitrangigen Erkenntnismittels abgedrängt." (33)

In den folgenden Kapiteln zeigt Lothar Peter dann am Beispiel einzelner Forschungsbereiche, wie "Sozialstruktur und soziale Beziehungen", "Arbeit und Leistung", "Kollektivität" und "Technik als sozialer Prozeß", wie die DDR-Soziologie versuchte, dem "ökonomischen Reduktionismus" zu entkommen. Wenn es dennoch nicht gelang, den Vermittlungszusammenhang zwischen dem Ökonomischen und dem Sozialen so zu erschließen, daß die relative Selbstständigkeit des zweiten theoretisch faßbar wurde, dann letztlich wohl deshalb, weil das vorherrschende Verständnis "sozialer Gesetze" und

das einengende Verständnis einseitig ökonomisch determinierter Sozialstruktur, eine unüberwindbare Erkenntnisranke bildeten. Daran änderte auch die Tatsache nichts, daß die empirischen Befunde der letzten Jahre immer mehr Widersprüche zutage förderten, die unter den herkömmlichen Begriffsapparat nicht mehr subsumierbar waren.

Am härtesten ist denn wohl auch die Schlußfolgerung des Autors, daß die "Soziologie in der DDR keine bemerkenswerte Rolle als 'machtkritische Subkultur' oder Grenzgänger kritischen Bewußtseins und positioneller Handlungsbereitschaft gespielt" hat. (9) Dieser Nachweis wird außerordentlich präzise und auch mit wohlthuender Distanz geführt, läßt aber auch viele Fragen offen. Die wichtigste darunter: Wenn es denn kategoriale Selbstbeschränkung und nicht politische Bevormundung war, die die Soziologie der DDR in diese Rolle drängte, weshalb es dem westlichen Marxismus am Ende der 60er und am Anfang der 70er Jahre dennoch gelang, die Rolle einer "machtkritischen Subkultur" zu spielen?

Harald Werner

AutorInnen

- Behrens, Hermann, Dr.** - Berlin, Sozialwissenschaftler
Bischoff, Joachim, Dr. - Hamburg, Redakteur der Zeitschrift 'Sozialismus'
Bömer, Hermann, Dr. - Dortmund, Hochschullehrer
Boris, Dieter, Prof. Dr. - Marburg/Lahn, Hochschullehrer
Domke, Monika - Köln, Koordinierungsausschuß des Sozialistischen Forums
Grieger, Manfred - Bochum, Historiker
Jung, Heinz, Dr. - Weilrod/Ts., Mitherausgeber und Redakteur von 'Z'
Heininger, Horst, Prof. Dr. - Berlin, 'IPW-Berichte'
Heuer, Uwe-Jens, Prof. Dr. - Berlin/Bonn, MdB, PDS/Linke Liste
König, Claus-Dieter - Marburg/Lahn, Student, ehem. Sprecher der BAG Internationalismus der GRÜNEN
Kossok, Manfred, Prof. Dr. - Leipzig, Hochschullehrer
Mähler, Klaus - München, isw e.V. (Sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V.)
Miehe, Jörg - Göttingen, Sozialwissenschaftler
Schleifstein, Josef, Prof. Dr. - Bad Homburg, Historiker
Steinitz, Klaus, Dr. - Berlin, Parteivorstand der PDS
Tjaden, Karl Hermann, Prof. Dr. - Kassel, Hochschullehrer
Volgt, Manfred, Dr. - Berlin, Sozialwissenschaftler
Werner, Harald, Dr. - Bremen, Publizist, Mitherausgeber von "Z"
Wittich, Dietmar, Dr. - Berlin, Institut für Sozialdatenanalyse e.V. (isda)

Das engagierte Sachbuch

Sabine Kebir
Antonio Gramsci
Zivilgesellschaft
240 Seiten; DM 38,-

Michael Brie/Dieter Klein (Hrsg.)
Umbruch zur Moderne?
Beiträge zur kritischen Sozialforschung
240 Seiten; DM 29,80

Joachim Bischoff/Michael Menard
Marktwirtschaft und Sozialismus
180 Seiten; DM 22,80

Joachim Hirsch
Kapitalismus ohne Alternative?
Postfordismus und Möglichkeiten
sozialistischer Politik heute
220 Seiten; DM 26,80

M. Muster/F. Dirks/U. Richter (Hrsg.)
Mit Vollgas in den Stau
Automobilproduktion, Unternehmensstrategien,
Ökologisches Verkehrssystem
240 Seiten; DM 29,80

Pierre Bourdieu
Die Intellektuellen und die Macht
Aus dem Französischen
Herausgegeben von Irene Dölling
160 Seiten; Franz. Broschur; DM 24,80



200 Seiten; DM 24,80

Michael Töteberg
Filmstadt Hamburg
Von Emil Jannings bis Wim Wenders:
Kino-Geschichte(n) einer Großstadt
220 Seiten; DM 29,80

Außerdem bei VSA:

- ★ Regional- und Freizeittführer
- ★ Städte zu Fuß
- ★ StadtReiseBücher
- ★ Reisebücher

Informationen, Hintergrundwissen,
praktische Reisetips in Reiseführern
»neuen Stils« (DER SPIEGEL)

VSA

Prospekt
anfordern!

VSA-Verlag
Postfach 50 15 71
Stresemannstr. 384a
2000 Hamburg 50